Untersuchungen über die Wirtschaftsstruktur und Finanzkraft der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Industrie und ihrer Ausbaumöglichkeiten

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Georg-August-Universität
zu Göttingen

vorgelegt von
Herbert Hellmold
aus Seeburg / Kreis Duderstadt

Göttingen 1966

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544311_0035

Untersuchungen über die Wirtschaftsstruktur und Finanzkraft der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Industrie und ihrer Ausbaumöglichkeiten

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Georg-August-Universität
zu Göttingen

vorgelegt von
Herbert Hellmold
aus Seeburg / Kreis Duderstadt

Göttingen 1966

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. Surányi-Unger

Mitberichterstatter: Prof. Dr. Rittig

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Februar 1966

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Erster Teil: Wirtschaftsstruktur der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg.	1
A Strukturanalyse und Wirtschaft.	1
I. Definition Wirtschaftsstruktur.	1
II. Strukturanalyse und evolutorische Wirtschaft.	4
III. Angebot und Nachfrage - Elemente der Wirtschaftsstruktur.	7
IV. Methoden der Strukturanalyse.	9
B Strukturelemente - empirische Untersuchung.	11
I. Stand, Entwicklung und Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts.	11
II. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit.	27
1. Entwicklung der Wohnbevölkerung.	27
2. Umfang und Gliederung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen.	28
3. Analyse der Pendelwanderungen.	33
III. Die Industrie.	44
1. Betriebe, Beschäftigte und Umsatz.	44
2. Branchenstruktur.	48
3. Betriebsgrößenverhältnisse.	60
4. Regionale Verteilung der Industriebetriebe.	63
5. Versuch zur Messung und Erklärung regionaler industrieller Wachstumsunterschiede.	73

Seite

IV. Die Landwirtschaft. 80

1. Natürliche Gegebenheiten. 80

2. Umfang und Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen. 82

3. Untersuchung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen. 84

4. Mechanisierungsgrad. 93

5. Umfang und Art der Bodennutzung. 100

6. Viehhaltung. 105

Stand und Entwicklung der Milcherzeugung. 108

V. Der Dienstleistungssektor. 110

1. Arbeitsstätten und ihre Beschäftigten. 110

2. Branchenzusammensetzung. 111

3. Entwicklungsstand. 114

4. Hannover-Messe und ihre Auswirkungen. 116

5. Der Handel. 119

Zweiter Teil: Entwicklungsmöglichkeiten des Untersuchungsraumes. 130

A Räumlich totales Gleichgewicht als wirtschaftspolitisches Zwischenziel. 130

B Absolute und relative Optimalität als Leitbilder der Raumstruktur. 132

C Optimale Raumstruktur und Marktwirtschaft. 136

D Ausgleich der Pro-Kopf-Realeinkommen - Ziel der Entwicklungspolitik (Industrialisierungspolitik). 144

E Konkretisierung wirtschaftsstruktureller Zwischenziele. 145

F Wachstumsmöglichkeiten des Untersuchungsraumes. 152

Seite

I. Arbeitskraftreserven. 152

1. Arbeitsmarktlage. 152
2. Pendler. 154
3. Landwirtschaftliche Arbeitskraftreserven. 156
4. Entwicklung der Wohnbevölkerung. 159

II. Boden. 160

1. Hildesheim. 162
2. Sarstedt. 164
3. Bad Salzdetfurth. 166
4. Bockenem. 168
5. Algermissen - Lühnde. 170
6. Hoheneggelsen - Söhlde. 172

III. Kapitalausstattung des Untersuchungsraumes. 175

1. Ausstattung mit privatem Kapital. 176
2. Finanzkraft der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg. 178

a. Entwicklung der Haushaltsvolumen. 178
b. Steueraufkommen und Finanzausgleich. 180
c. Umfang der Verschuldung. 183

IV. Verkehrsverhältnisse. 192

1. Straßennetz. 192
2. Schienenwege. 193
3. Flugverkehr. 194
4. Binnenschiffahrt. 194

V. Energieversorgung. 198

G Weitere Industrialisierung? 199

I. Industrielle Ausbaumöglichkeiten. 199

II. Wachstumsindustrien in der Bundesrepublik Deutschland. 201

III. Branchenstreuung - in welcher Richtung? 204

IV. Industrialisierung und agrarpolitische Zielsetzungen. 208

V. Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs. 210

ERSTER TEIL:

Wirtschaftsstruktur der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg.

A. Strukturanalyse und Wirtschaft.

I. Definition Wirtschaftsstruktur.

Die Methode der Strukturanalyse ist so alt wie die Volkswirtschaftslehre und läßt sich auf Quesnay zurückführen, der die Volkswirtschaft in drei Pole aufteilte, zwischen denen die Warenströme bzw. Geldkreislaufströme fließen.[1] Mit der Bedeutung und den Anwendungsmöglichkeiten der Strukturanalyse bzw. des Strukturbegriffes haben sich in neuerer Zeit eine Reihe von Autoren beschäftigt.[2] Die Stellungnahmen zu diesem Themenkreis

---

1) Vgl. Klatt, S., "Zur Theorie der Industrialisierung", Köln und Opladen, Westdeutscher Verlag, 1959, S. 237.

2) Vgl. hierzu Peter, H., "Strukturlehre der Volkswirtschaft", hrsg. von W. Koch, Göttingen, Verlag Otto Schwartz & Co., 1963. - Weitere Autoren: Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 99, Tübingen, 1939, S. 464-515; Machlup, F., "Structure and Structural Change: Weaselwords and Jargon", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XVIII, Wien, 1958, S. 280-298; Redl, F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIII, Wien, 1964, S. 189-199. Redl definiert Wirtschaftsstruktur"als das Ergebnis des langfristigen Zusammenwirkens und Aufeinanderwirkens der wesentlichen Bestimmungsgründe des Wirtschaftsgeschehens". (S. 189). Vgl. weiterhin Faehndrich, H., "Die Determinanten der Wirtschaftsstruktur", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIII, Wien, 1964, S. 200-208. Er legt fest: "Die Wirtschaftsstruktur ist der Datenkranz des Wirtschaftens". (S. 208); Paulsen, A., "Zum Begriff 'Wirtschaftsstruktur'", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIV, Wien - New York, 1964, S. 302-305; Leontief, W.W., "The Structure of American Economy 1919-1939", 2. erweiterte Aufl., New York, Oxford University Press, 1951.

reichen dabei von der Bezeichnung des Strukturbegriffes als inhaltsloses Konzept zur Verdeckung unklarer Sachverhalte[1] bis hin zu der Feststellung, daß der Strukturbegriff für die Wirtschaftstheorie unerläßlich sei.[2] Dem Begriff Struktur können zweifellos unterschiedliche Bedeutungen zugeordnet werden. Jedoch Voraussetzung für seine Anwendung auf die Erscheinungen des Wirtschaftslebens ist das Vorhandensein eines Ganzen[3] oder wie Hans Peter es ausdrückt: "Der Strukturbegriff wird vom Begriff des Ganzen impliziert, und was wir uns vorstellen, ist immer auch ein Ganzes."[4] Versteht man unter diesem Ganzen, der Wirtschaft, die Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen zur planvollen Deckung des menschlichen Bedarfs an Gütern[5] und unter Struktur "die Art und Weise,

---

1) Vgl. insbesondere Machlup, F., "Structure and Structural Change: Weaselwords and Jargon", a.a.O., S. 281: "Structure, I am afraid, is often a weaselword used to avoid commitment to a definite and clear thought." Machlup lehnt den Strukturbegriff nicht grundsätzlich ab, sondern fordert eine klare Abgrenzung: "I compiled and examined scores of statements about 'structure' and 'structural' by all sorts of economists, and found that several of the meanings were clear and definable." (S. 281). - Ebenso Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 466: "..., ja der Begriff 'Struktur' droht manchmal zu einem Schlagwort zu werden, dessen mangelnde Prägnanz seine Verwendung überall dort möglich macht, wo unklares Denken sich hinter dem Schwergewicht eines Wortes zu verbergen sucht."

2) So Peter, H., "Strukturlehre der Volkswirtschaft", a.a.O., S. 2: "Den Strukturbegriff braucht man in der Theorie immer. Es gibt nichts, das keine Struktur hätte."

3) Vgl. dazu Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 467 und Redl, F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", a.a.O., S. 189.

4) Peter, H., "Strukturlehre der Volkswirtschaft", a.a.O., S. 2.

5) Vgl. Stackelberg, H.v., "Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre", 2. Aufl., Tübingen-Zürich, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Polygraphischer Verlag A.G., 1951, S. 3.

wie die Teile eines Ganzen untereinander und zu diesem Ganzen verbunden sind",[1] so kann demnach die in einem gegebenen Zeitpunkt und Raum vorliegende Wirtschaftsstruktur definiert werden als die Art und Weise, wie die auf planvolle Deckung des menschlichen Güterbedarfs ausgerichteten einzelnen Maßnahmen und Einrichtungen miteinander und zu dem Ganzen "Wirtschaft" verbunden sind.

Die Frage, "wie weit der Kreis der wirtschaftlichen Erscheinungen zu ziehen ist, die ihrem Wesen nach eine Anwendung des Strukturbegriffes zulassen"[2] wird hier nicht weiter erörtert, da kein logischer Hinderungsgrund dafür zu sehen ist, den Strukturbegriff beispielsweise nicht auf Regionalwirtschaften anzuwenden, denn im weltwirtschaftlichen Rahmen sind die einzelnen Volkswirtschaften ja auch nur Teilganze.

Die Auswirkungen der obigen Konzeption der Wirtschaftsstruktur auf die Methodik der zu erstellenden Regionalanalyse zeigen sich sofort, wenn man bedenkt, daß nicht so sehr die Landwirtschaft oder die Industrie an sich die Struktur kennzeichnen, wohl aber die - größenmäßige und artmäßige - Verhältnismäßigkeit,[3] in der sich eine Gebietswirtschaft auf die einzelnen Wirtschaftszweige aufteilt; nicht die Beschäftigtengröße eines einzelnen Betriebes, wohl aber das Verhältnis der Betriebsgrößen zueinander; nicht die absolute Höhe des eingesetzten Kapitals, wohl aber die Einsatzrelationen zu den Produk-

---

1) Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 467.

2) Ebd., S. 468.

3) Thalheim bezeichnet "die Verhältnismäßigkeiten, in denen die Verknüpfung der Bauglieder einer Volkswirtschaft zum Ganzen ihren Ausdruck" findet als Strukturelemente. Vgl. ders., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 488.

tionsfaktoren Arbeit und Boden. Somit stellen gerade die Verhältniszahlen[1] ein geeignetes Mittel zur quantitativen Untersuchung der Wirtschaftsstruktur dar und sind soweit wie möglich heranzuziehen.

II. Strukturanalyse und evolutorische Wirtschaft.

In einem Zeitpunkt t_o ist die Wirtschaftsstruktur einer bestimmten Gebietswirtschaft ein Datum. Bezüglich der Zuordnung der Wirtschaftsstruktur zu den bestimmten und bestimmenden Größen des Wirtschaftsablaufs zeigt ihre Stellung Ähnlichkeiten mit der des Kapitals. Der Kapitalstock im Zeitpunkt t_o ist einerseits das Ergebnis der vorhergehenden Wirtschaftsperioden t_{-1}, t_{-2} usw., also eine gegebene Größe, andererseits bestimmt er aber auch die Produktionsmöglichkeiten der zukünftigen Perioden t_{+1}, t_{+2} usw. Ähnlich den Veränderungen des verfügbaren Kapitalstocks unterliegt auch die Struktur einer Gebietswirtschaft in sehr weitem Umfang dem menschlichen Willen.[2] Abgesehen von stationären Wirtschaften erscheint die in einem Zeitpunkt t_n vorhandene Wirtschaftsstruktur nur als eine Momentaufnahme, welche im Zeitpunkt t_{n+1} schon veränderte Züge aufweisen kann.

In diesem Zusammenhang ist aber noch zu prüfen, ob ein wirtschaftliches Wachstum ohne Veränderungen der Wirtschaftsstruktur denkbar ist und wenn ja, wie weit es realisierbar erscheint. Da Strukturänderungen Anpassungsvorgänge sind bzw. hervorrufen und diese wiederum unter empirischen Voraussetzungen in der Regel Reibungsverluste

---

1) Gliederungs- und Beziehungszahlen auf räumlicher, zeitlicher und sachlicher Grundlage.

2) Vgl. Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 468.

bedingen, ist die Frage nach den Realisierungsmöglichkeiten keineswegs rhetorischer Art. Ist wirtschaftliches Wachstum (verstanden als Erhöhung des realen Pro-Kopf-Einkommens) ohne Strukturänderungen in der Wirklichkeit möglich? Dagegen sprechen hauptsächlich drei Gründe:[1)]

1. Die Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte haben bei alternativen Einkommenshöhen unterschiedliche Dringlichkeit oder anders ausgedrückt: es wird unterstellt, daß mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote ansteigt.

2. Die unterschiedliche Vermehrbarkeit der Produktionsfaktoren. So ist beispielsweise in einer Volks- oder Gebietswirtschaft, deren Territorium schon voll genutzt ist, der Faktor Grund und Boden nicht mehr zu vermehren. Die Ausweitung des Faktorbestandes ist nur noch durch Bevölkerungswachstum und Vermehrung des Realkapitalbestandes möglich.

3. Die unterschiedliche Anwendbarkeit des technischen Fortschritts in der Herstellung einzelner Güter und bei der Erstellung von Dienstleistungen.

Wird von all diesen Gründen abstrahiert, so ist ein Wirtschaftswachstum ohne Strukturänderungen zwar denkbar. Dies besagt jedoch nicht, daß es auch in Wirklichkeit realisierbar ist, denn in entwickelten Volkswirtschaften ist der Produktionsfaktor Boden umfangmäßig eine Konstante, und die Vermehrung nur eines Faktors (Arbeit bzw. Kapital) hat eine Veränderung der relativen Knappheiten der Produktionsfaktoren, d.h. eine Veränderung der Produktionsstruktur, zur Folge. Im Hinblick auf die oben gemachten Annahmen und ihre Realitätsnähe dürfte "die Notwendigkeit

---

1) Siehe insbesondere Redl, F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", a.a.O., S. 195.

von Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und in deren Teilstrukturen als Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums auf der Hand liegen".[1] Unvereinbar mit dieser Feststellung ist die Vorstellung von einer optimalen Struktur einer Gebietswirtschaft, die, wenn sie einmal erreicht ist, auch beibehalten werden kann. In einem gegebenen Raum ist zwar für jeden Zeitpunkt t_n eine optimale Wirtschaftsstruktur denkbar, genau so, wie für jeden Zeitpunkt t_n ein Gleichgewichtspreissystem denkbar ist; in einer wachsenden Wirtschaft gibt es jedoch keine zeitlos und für alle Räume optimale Wirtschaftsstruktur, die anzustreben wäre.[2] Sollen die mit Strukturänderungen verbundenen Anpassungen möglichst rasch und reibungslos erfolgen, so muß Wachstumspolitik daher auch immer Strukturpolitik sein.[3]

Mit dem Vorhandensein von wirtschaftsstrukturellen Änderungen im Zeitablauf ergibt sich zugleich eine wichtige Schlußfolgerung für die hier anzuwendende Untersuchungsmethode. Eine rein statische Betrachtungsweise würde lediglich den Zustand beschreiben, der gerade im entsprechenden Zeitpunkt gegeben wäre. Sie würde nicht beachten,

---

1) Redl, F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", a.a.O., S. 195 und auch Paulsen, A., "Zum Begriff 'Wirtschaftsstruktur'", a.a.O., S. 304. Paulsen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, "daß es sich um eine bloße Definitionsfrage handelt, ob ein 'stetiges Wachstum', verstanden als proportionale Zuwachsrate bestimmter wirtschaftlicher Aggregate, als Strukturänderung oder unveränderte Struktur bezeichnet wird. Wächst etwa das Aggregat 'Gesamtverbrauch' stetig um 3 v.H. im Jahr, so ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich dabei die Anteile der einzelnen Verbrauchsgüter verändern, also die 'Verbrauchsstruktur'". (S. 304). - Weiterhin Bombach, G.,"Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums", in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 15, Berlin, 1959, S. 191.

2) Vgl. Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 160.

3) Vgl. Redl., F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", a.a.O., S. 199. In diesem Zusammenhang sei

daß dieser einmalige Zustand nur eine Momentaufnahme darstellt und sowohl das Ergebnis vorhergehender Wirtschaftsperioden ist als auch die noch folgenden beeinflußt. Zur Berücksichtigung des Zeitfaktors dürfte daher eher eine dynamische Betrachtungsweise angemessen sein, da sie neben den vergangenen auch die gegenwärtigen und noch in die Zukunft wirkenden Einflußfaktoren aufzeigen könnte.[1] In einer dynamischen Betrachtung ist aber die Berücksichtigung von "stocks" und "flows" notwendig. Damit wird die Strukturanalyse hier notwendigerweise zu einer Untersuchung der Strukturwandlungen[2] und daraus folgt, daß weitgehendst Zeitreihen anzuwenden sind.

III. Angebot und Nachfrage - Elemente der Wirtschaftsstruktur.

"Für analytische Zwecke kann eine Wirtschaftsregion als eine Kombination von wirtschaftlichen Aktivitäten beschrieben werden."[3] Diese finden ihren Niederschlag in den beiden großen Teilbereichen der Produktions- und

---

noch kurz bemerkt, daß es keine optimale Wirtschaftsstruktur an sich gibt. Sie wird vielmehr je nach den der Wirtschaft gesetzten Zielen verschieden ausfallen. - Vgl. insbesondere Thalheim, K.C., "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", a.a.O., S. 509.

1) Vgl. hierzu ebd., S. 469.

2) Diese werden dabei definiert als die Wandlungen in der Art und Weise, wie die auf planvolle Deckung des menschlichen Güterbedarfs ausgerichteten einzelnen Maßnahmen und Einrichtungen miteinander zu dem Ganzen "Wirtschaft" verbunden sind.

3) Leontief, W.W., "Interregionale Beziehungen wirtschaftlicher Aktivitäten", in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 14, Berlin, 1959, S. 50.

Konsumtionssphäre. Eine Gebietswirtschaft ist demnach hinsichtlich ihrer Struktur erst dann einigermaßen charakterisiert, wenn sie sowohl unter dem Gesichtspunkt des Angebotes als auch der Nachfrage untersucht wird.[1] Die Angebotsseite wird berücksichtigt durch die Darstellung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige zum Sozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt, da auf Kreisebene lediglich Berechnungen für letzteres vorliegen. Die Einbeziehung der Nachfrage hingegen hätte durch die Darstellung der Anteile der einzelnen Nachfragearten für die Zwecke des privaten und öffentlichen Konsums sowie der privaten und öffentlichen Investitionen an der Gesamtnachfrage zu erfolgen. Auf der Angebotsseite interessieren dabei primär die Größe des Territoriums, die klimatischen Bedingungen, Art und Beschaffenheit des Bodens, Ausstattung mit Bodenschätzen und Realkapital, Energiequellen sowie das Vorhandensein natürlicher Verkehrswege. Dem entsprechen auf der Nachfrageseite die Art und Rangordnung der Bedürfnisse. Das Bindeglied zwischen Angebots- und Nachfrageseite bildet die Bevölkerung. Einerseits beeinflußt sie die Zusammensetzung der Nachfrage, weil die Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftssubjekte nach Alter, Geschlecht, sozialer Stellung usw. verschieden sind. Andererseits ist sie auch für die Angebotsseite relevant, da von der Art des Bevölkerungsaufbaues, der Ausbildung usw. das Angebot an menschlicher Arbeitskraft abhängt. Das Zusammenspiel der auf der Angebotsseite bzw. Nachfrageseite vorhandenen Größen wird als Produktions- bzw. Nachfragestruktur bezeichnet. In einer sich im totalen Gleichgewicht befindenden und geschlossenen Gebietswirtschaft würde es zur Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur ausreichen, nur die Produktions- oder Nachfragestruktur zu ermitteln, da volle Übereinstimmung zwischen beiden bestehen müßte. Der hier zu

---

1) Vgl. dazu und im folgenden Redl, F., "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", a.a.O., S. 190 ff.

untersuchende Raum entspricht jedoch nicht dieser Kennzeichnung, und genau so wie die Wachstumsmöglichkeiten nur im interregionalen Zusammenhang gesehen werden können, genau so müssen zur Strukturkennzeichnung die interregionalen Export- und Importquoten und deren Zusammensetzung mit einbezogen werden.

IV. Methoden der Strukturanalyse.

Von den in der Literatur entwickelten Methoden zur Messung der Strukturwandlungen entfallen hier die theoretisch anspruchsvolleren vor allem infolge mangelnder Informationen. So beispielsweise die Untersuchung interregionaler Waren- und Geldströme, die Erfassung regionaler Multiplikatorprozesse sowie die Auswertung interregionaler Input-Output-Modelle. Da die für den Untersuchungsraum wirksame Nachfrage u. a. in einer Vielzahl anderer Wirtschaftsgebiete entfaltet wird und diese nur ungleich schwieriger zu erfassen ist als die regionale Angebotsstruktur, liegt das Schwergewicht der Untersuchung vor allem auf der regionalen Produktionsstruktur. Zur Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur werden folgende Strukturelemente herangezogen:

1. Vorhandene Produktionsfaktormengen im Untersuchungsraum
2. Höhe und Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts
3. Verteilung der Gebietswirtschaft auf die Produktionssektoren:
   a. Landwirtschaft
   b. Industrie
   c. Dienstleistungssektor.

Eine Kennzeichnung dieser Wirtschaftsbereiche[1] stützt sich dann vor allem auf die zeitlichen Entwicklungsreihen für:

1. Zahl der Betriebe, Betriebsgröße, Branchenstruktur
2. Beschäftigte
3. Umsätze
4. Art der Erzeugnisse
5. Räumliche Verteilung der Betriebe.

Dabei werden folgende Ermittlungsverfahren angewendet:

1. Auswertung des verfügbaren statistischen Materials
2. Ergänzung dieser Angaben durch eigene Erhebung
3. Verwertung qualitativer Fremdaussagen, falls keine quantitativen Unterlagen vorhanden sind.

---

1) Im folgenden werden keine besonderen Begriffsabgrenzungen der einzelnen Wirtschaftszweige vorgenommen. Die Zurechnung der Betriebe zu bestimmten Wirtschaftsbereichen erfolgt vielmehr in Anlehnung an die statistischen Erhebungsmerkmale. Weiterhin wird die Untersuchung des Handwerks hier vernachlässigt, da eine wirtschaftliche Einordnung nur sehr unvollkommen vorgenommen werden kann (bei der Erhebung Anknüpfung an den rechtlichen Tatbestand der Eintragung in die Handwerksrolle, starke Überschneidung von Industrie und Handwerk, Übernahme von Handelsfunktionen, sogen. "Handwerkshandel"), und außerdem in der Beschreibung des Kreises Hildesheim-Marienburg schon eine Darstellung vorliegt. - Vgl. insbesondere "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg" in: Die Landkreise in Niedersachsen, Bd. 21, Bremen-Horn, Walter Dorn Verlag, 1964, S. 257-264. Nach der Handwerkszählung vom 31.5.1956 waren im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg 14.182 Arbeitskräfte im Handwerk beschäftigt, und der Gesamtumsatz im Jahre 1955 betrug 165,94 Mill. DM. Damit war das Handwerk nach der Industrie der umsatzstärkste Wirtschaftszweig. Vgl. Tabelle 10, Zeile 10, Spalte 3 auf Seite 47. Zahlen für das Handwerk berechnet aus: "Das Handwerk in Niedersachsen, Ergebnisse der Handwerkszählung 1956", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Reihe F, Bd. 11, Wirtschaftsstatistik, Heft 18, Hannover, 1959, S. 43 und 45.

B. Strukturelemente - empirische Untersuchung.

I. Stand, Entwicklung und Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts.

Das Bruttoinlandsprodukt stellt den Wert der innerhalb eines Gebietes und eines bestimmten Zeitraumes durch die Faktorkombinationen erzielten Produktion dar. Im Gegensatz zum Bruttosozialprodukt[1] gibt es jedoch keine Auskunft über das Gesamteinkommen der Wirtschaftssubjekte einer Region. Es ermöglicht aber Aussagen über das wirtschaftliche Leistungsniveau der Gebietswirtschaften.

Wirtschaftliches Wachstum verläuft in der Regel nicht nur sektoral sondern auch räumlich ungleichmäßig. Höhe, branchenmäßige Zusammensetzung und Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts eignen sich zur Kennzeichnung der Produktionsstruktur. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts einer Region ist unter anderem von den zur Verfügung stehenden Produktionsfaktormengen abhängig. Bei Berechnungen auf Kreisebene sind die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Zusammenhang mit der Entwicklung der regionalen Faktormengen zu sehen. Da auf Kreisebene Pendelwanderungen der Arbeitskräfte einen größeren Umfang annehmen als beispielsweise zwischen Volkswirtschaften, ist die Entwicklung der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung im Zusammenhang mit dem Bruttoinlandsprodukt besonders wichtig.

Die vorliegenden statistischen Angaben beruhen auf Marktpreisen. Da die Entwicklung des Preisniveaus in den einzelnen Regionen einer Volkswirtschaft nur geringfügig

---

[1] Bruttosozialprodukt (BSP) = Bruttoinlandsprodukt (BIP) ± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit allen anderen Gebietswirtschaften.

von der gesamtwirtschaftlichen abweichen wird, kann unterstellt werden, daß unterschiedliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts nicht nur nominelle, sondern auch reale Entwicklungen wiedergeben.

Gegenüber dem Jahre 1957 wuchs in der Stadt Hildesheim das Bruttoinlandsprodukt bis 1961[1] um 42,3 v.H., während Hildesheim-Marienburg im gleichen Zeitraum nur einen Zuwachs von 38,4 v.H. aufzuweisen hat. Ein Vergleich mit den Werten des Landes Niedersachsen (45,3 v.H.) und des Bundesgebietes (44,8 v.H.)[2] zeigt, daß beide Zuwachsraten unter denen des Landes- bzw. Bundesdurchschnitts liegen. Unter Bezugnahme auf die Nachbarkreise[3] schneiden Hildesheim und Hildesheim-Marienburg jedoch besser ab. In den Kreisen Peine (33,9 v.H.), Burgdorf (33,8 v.H.) und Gandersheim (26,4 v.H.) war das Wachstum geringer, während Alfeld (42,5 v.H.) und besonders Hannover (73,6 v.H.) größere Zunahmen aufweisen.[4] Bei diesen Vergleichen darf jedoch die Entwicklung der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung[5] nicht vernachlässigt werden. Obwohl in Hildesheim sowohl die Wohnbevölkerung und verstärkt auch die Wirtschaftsbevölkerung zugenommen hat und Hildesheim-Marienburg bei der ersteren eine Abnahme um 2,1 v.H. und bei der letzteren um 11,8 v.H.

---

1) Vergleichswerte neueren Datums sind im Augenblick nicht vorhanden.

2) Vgl. hierzu S. 14, Tabelle 1, Zeilen 12, 16, 8 und 4, jeweils Spalte 1.

3) In den Vergleich sind nicht alle Nachbarkreise einbezogen.

4) Siehe insbesondere "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", in: Sozialproduktsberechnungen der Länder, Heft 1, Wiesbaden, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, 1964, S. 14-16 und 18.

5) Wirtschaftsbevölkerung = Wohnbevölkerung ± zweifacher Pendlersaldo.

aufweist, ist die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in der Stadt Hildesheim nur um 3,9 v.H. größer als im Landkreis.[1] Im Land Niedersachsen stieg die Wohnbevölkerung um 2,3 v.H. und die Wirtschaftsbevölkerung nur um 0,6 v.H.[2] an. Zieht man noch die Werte für das Bundesgebiet heran, so zeigt sich, daß mit zunehmender Größe des Untersuchungsgebietes die Differenz zwischen Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung verschwindet.[3] Die obigen Werte geben somit einen Hinweis darauf, daß in Hildesheim-Marienburg das Arbeitskräftepotential um etwa 14.800 [4] Arbeitskräfte größer ist, als die Arbeitsplatzkapazität, während in Hildesheim die Verhältnisse umgekehrt gelagert sind. Von den Nachbarkreisen weisen Alfeld, Peine und Gandersheim die gleichen Verhältnisse wie Hildesheim-Marienburg auf, wobei jedoch der Kreis Gandersheim, welcher den Südzipfel von Hildesheim-Marienburg umklammert, durch die 3,7 prozentige Wohnbevölkerungsminderung bei Abnahme der Wirtschaftsbevölkerung um 6,3 v.H. hervor-

---

1) Vgl. S.14/15, Tabelle 1, Zeilen 12 und 16, jeweils Spalten 8 und 9 sowie Zeilen 12 und 16, Spalte 1.

2) Vgl. ebd., Zeile 8, Spalten 8 und 9.

3) Die Konzeption der Wirtschaftsbevölkerung ordnet den Beschäftigten die Bevölkerungszahl zu, aus der die Erwerbstätigkeit resultieren würde. Die Korrektur der Wohnbevölkerung ist abhängig von der Höhe des Pendlersaldos und der Erwerbsquote. Die vorliegenden statistischen Angaben verwenden für das Bundesgebiet und die Kreise eine konstante Erwerbsquote von 0,5 Erwerbspersonen je Kopf der Wohnbevölkerung.

4) Der Zahlenwert ergibt sich aus:

Wohnbevölkerung 1961 ..... :	108.894
./. Wirtschaftsbevölkerung 1961 . :	79.300
Zweifacher Pendlersaldo ..... :	29.594
Einfacher Pendlersaldo ..... :	14.797

Tabelle 1:

Das Bruttoinlandsprodukt nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen sowie die Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung für die Jahre 1957 und 1961[1] in der Stadt Hildesheim, dem Landkreis Hildesheim-Marienburg, dem Land Niedersachsen und dem Bundesgebiet.

- absolute Beträge in Mill. DM -

Gebiet		Jahr Veränderung	B I P	Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (B I P)						Wohn-	Wirtschafts-
				Warenproduzierende Bereiche			Dienstleistungsbereiche			Bevölkerung	
				Insges.	Land- u. Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Insges.	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bundesgebiet insgesamt	1	1957[2]	225.485	133.325	19.660	117.665	92.160	45.405	40.155	56.057.700	56.567.000
	2	1961[3]	326.600	192.040	17.940	174.700	133.960	63.400	70.960	56.175.000	55.897.000
	3	Veränd.abs.[4]	101.115	59.315	2.280	57.035	41.800	17.995	29.805	3.517.300	3.329.400
	4	Veränd. %	44,8	44,5	14,6	48,5	45,4	39,6	50,9	6,7	6,3
Land Niedersachsen insges.	5	1957	23.176	13.837	2.983	10.854	9.339	4.387	4.952	6.493.142	6.390.900
	6	1961	33.684	20.073	3.506	16.567	13.611	6.226	7.385	6.640.855	6.429.100
	7	Veränd.abs.	10.508	6.236	523	5.713	4.272	1.839	2.433	147.713	38.100
	8	Veränd. %	45,3	45,1	17,5	52,6	45,7	41,9	49,1	2,3	0,6
Hildesheim, Krf.St.	9	1957	342	131	4	127	211	89	122	86.503	105.000
	10	1961	486	195	5	191	291	126	165	96.296	122.200
	11	Veränd.abs.	145	65	1	64	80	37	43	9.793	17.200
	12	Veränd.%	42,3	49,5	.[5]	50,2	37,9	41,8	35,1	11,3	16,4
Hildesheim-Marienburg	13	1957	305	231	61	170	75	31	43	111.254	89.900
	14	1961	422	311	72	240	111	45	66	108.894	79.300
	15	Veränd.abs.	117	81	11	70	36	14	23	- 2.360	- 10.600
	16	Veränd. %	38,4	35,0	18,0	41,0	48,9	44,3	52,2	- 2,1	- 11,8
Hildesheim u. Hildesheim - Marienburg insgesamt	17	1957	647	362	65	297	286	120	165	197.757	194.900
	18	1961	908	506	77	431	402	171	231	205.190	201.500
	19	Veränd.abs.	261	144	12	134	116	51	66	7.433	6.600
	20	Veränd. %	40,4	39,8	18,5	45,2	40,6	42,5	40,0	3,8	3,4

1) Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts auf Kreisebene liegen für neuere Zeiträume noch nicht vor. Sämtliche Eigenberechnungen wurden mit einem Rechenschieber vorgenommen.

2) Gebietsstand ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West).

3) Gebietsstand einschließlich Saarland und Berlin (West).

4) Veränd. = Veränderung 1961 gegenüber 1957. (abs. = absolute Veränderung in Mill. DM, rel. = relative Änderung.)

5) . = Zahlenangabe nicht vorhanden bzw. Nachweis unterlassen, da Repräsentation zu gering ist.

Quellen: Zeilen 1-4: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 47. - Zeilen 5-8: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 19. - Zeilen 9-16: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 15. - Zeilen 17-20: Berechnet aus Zeilen 9-16.

sticht.[1] Von diesen Kreisen weist jedoch keiner eine derartige Differenz zwischen Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung[2] auf wie Hildesheim-Marienburg. Dies läßt vermuten, daß außerhalb des Landkreises Hildesheim-Marienburg in subjektiv als tragbar empfundener Pendelentfernung Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 42,3 v.H. (38,4 v.H.) bei einer Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung um 16,4 v.H. (Abnahme um 11,8 v.H.) in Hildesheim (Hildesheim-Marienburg) deutet auf regionale Produktivitätsunterschiede hin. Die Relation Bruttoinlandsprodukt zu Wirtschaftsbevölkerung bringt sowohl unterschiedliche Erwerbsintensitäten als auch unterschiedliche Leistungseffekte zum Ausdruck, und bei gleicher Erwerbsquote spiegeln diese Beziehungszahlen allein (wenn auch nur indirekt) Produktivitätsunterschiede wider.

Der Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt, seine zeitliche Veränderung und die Wachstumsraten der Bereiche kennzeichnen die Produktionsstruktur und ihre Entwicklungsrichtung.[3] In der Stadt Hildesheim stellten 1961 die warenproduzierenden Bereiche 40,1 v.H. und die Dienstleistungsbereiche 59,9 v.H.[4] des Bruttoinlandsprodukts. Im Landkreis hingegen waren die Relationen umgekehrt. Die warenproduzierenden Bereiche trugen mit 73,7 v.H. zum Bruttoinlandsprodukt bei und die Dienstleistungsbereiche mit 26,3 v.H.[5] Im Land Niedersachsen

---

1) Vgl. hierzu "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", a.a.O., S. 14-16 und 18.

2) Vgl. ebd., S. 14-16.

3) Zu bedenken ist allerdings, daß der Untersuchungszeitraum für eine repräsentative Trendbestimmung kaum ausreichend ist.

4) Vgl. S. 18, Tabelle 2, Zeile 8, Spalten 1 und 4.

5) Vgl. ebd., Zeile 11, Spalten 1 und 4.

(Bundesgebiet) lag ein Verhältnis von 59,6 v.H. zu 40,4 v.H. (59 v.H. zu 41 v.H.)[1] vor. Auffallend ist dabei der niedrige Anteil der Dienstleistungsbereiche im Landkreis, was bei einem Vergleich mit den Nachbarkreisen besonders deutlich hervortritt. So weisen Alfeld, Peine, Gandersheim und Burgdorf[2] einen insgesamt höheren Dienstleistungsanteil auf. Diese Besonderheit findet teilweise ihre Erklärung darin, daß viele der für die Erledigung von Kreisaufgaben zuständigen Behörden ihren Sitz in der Stadt Hildesheim haben.[3] Neben den Funktionen der Stadt Hildesheim als zentraler Ort[4] kann das gehäufte Auftreten von Kreisbehörden im Stadtgebiet zur Erklärung des hohen Anteils der Dienstleistungsbereiche in der Stadt Hildesheim herangezogen werden, der den Dienstleistungsanteil in der Stadt Hannover noch um 7 v.H.[5] übersteigt.

Die Entwicklung der Anteile der einzelnen Bereiche am Bruttoinlandsprodukt ist im Landkreis gekennzeichnet durch eine Anteilserhöhung der Dienstleistungsbereiche und des warenproduzierenden Gewerbes. Für die Dienstleistungsbereiche

---

1) Vgl. S.18, Tabelle 2, Zeilen 2 und 5, Spalten 1 und 4.

2) Siehe dazu S.18, Tabelle 2.

3) So befindet sich der überwiegende Teil der Kreisverwaltung in der Stadt Hildesheim. Weiterhin die Schulaufsichtsbehörden, der Polizeiabschnitt des Kreises, die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die Kreishandwerkerschaft und andere.

4) Sitz der Regierungsbezirks-Verwaltung, 3 Knaben- und 2 Mädchen-Gymnasien, 2 Mittelschulen und eine höhere Landwirtschaftsschule, Theater, 2 Krankenhäuser, Amts- und Landgericht sowie Bischofssitz.

5) Der Wert für die Stadt Hannover beträgt 52,7 v.H. - Siehe dazu "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", a.a.O., S. 48.

Tabelle 2:

Anteile der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohn- bzw. Wirtschaftsbevölkerung für 1957 und 1961 in Hildesheim, ausgewählten Landkreisen, dem Land Niedersachsen und dem Bundesgebiet.

Gebiet, Bundesgebiet, Land, Landkreise		Jahr Veränderung	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %						Bruttoinlandsprodukt in DM je Kopf der Wohn-	Wirtschafts-Bevölkerung
			Waren produzierende Bereiche			Dienstleistungsbereiche				
			insges.	Land- u. Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	insges.	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen		
			1	2	3	4	5	6	7	8
Bundesgebiet insgesamt	1	1957[1]	59,1	6,9	52,2	40,9	20,1	20,7	4.280	4.290
	2	1961[2]	59,0	5,5	53,5	41,0	19,4	21,6	5.810	5.840
	3	Verand. %	- 0,1	- 1,4	+ 1,3	+ 0,1[4]	- 0,7	+0,9		36,2
Land Niedersachsen insges.	4	1957	59,7	12,9	46,8	40,3	18,9	21,4	3.570	3.630
	5	1961	59,6	10,4	49,2	40,4	18,5	21,9	5.070	5.240
	6	Verand. %	- 0,1	- 2,5	+ 2,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5		44,4
Hildesheim Krf.St.[3]	7	1957	38,2	1,1	37,1	61,8	26,0	35,8	3.950	3.250
	8	1961	40,1	0,9	39,2	59,9	25,9	34,0	5.050	3.980
	9	Verand. %	+ 1,9	- 0,2	+ 2,1	- 1,9	- 0,1	- 1,8		22,4
Hildesheim - Marienburg	10	1957	75,6	19,9	55,7	24,4	10,2	14,2	2.740	3.400
	11	1961	73,7	17,0	56,7	26,3	10,6	15,6	3.880	5.330
	12	Verand. %	- 1,9	- 2,9	+ 1	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,4		56,8
Hannover	13	1957	73,0	7,6	65,4	27,0	12,5	14,5	3.550	4.710
	14	1961	74,5	4,6	69,9	25,5	11,1	14,4	5.470	7.590
	15	Verand. %	+ 1,5	- 3,0	+ 4,5	- 1,5	- 1,4	- 0,1		61,2
Alfeld	16	1957	66,2	15,9	50,4	33,8	13,8	19,9	2.750	2.920
	17	1961	65,6	14,2	51,4	34,4	15,7	18,7	4.050	4.420
	18	Verand. %	- 0,6	- 1,7	+ 1	+ 0,6	+ 1,9	- 1,2		51,4
Peine	19	1957	69,7	9,5	60,2	30,3	14,8	15,5	3.530	3.630
	20	1961	70,7	9,2	61,5	29,3	13,6	15,7	4.790	5.000
	21	Verand. %	+ 1,0	- 0,3	+ 1,3	- 1,0	- 1,2	+ 0,2		37,8
Gandersheim	22	1957	66,3	11,6	54,7	33,7	13,4	20,3	3.340	3.510
	23	1961	66,1	12,9	53,2	33,9	15,2	18,7	4.380	4.730
	24	Verand. %	- 0,2	+ 1,3	- 1,5	+ 0,2	+ 1,8	- 1,6		34,8
Burgdorf	25	1957	65,1	13,5	51,6	34,9	15,0	20,0	2.910	3.530
	26	1961	64,0	12,2	51,8	36,0	16,6	19,4	3.750	5.050
	27	Verand. %	- 1,1	- 1,3	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,6	- 0,6		43,2

1) Vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 1.
2) Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 1.
3) Krf.St. = Kreisfreie Stadt.
4) Abweichungen gegenüber der Addition ergeben sich aus Abrundungen.

Quellen: Zeilen 1 und 2: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise...", a.a.O., S. 68. - Zeile 3: Berechnet aus Zeilen 1 und 2. - Zeilen 4 und 5: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 51. - Zeile 6: Berechnet aus Zeilen 4 und 5. - Zeilen 7, 8, 10, 11, 13, 14, 16, 17, 19, 20, 25 und 26: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 49.- Zeilen 9, 12, 15, 18, 21 und 27: Berechnet aus den jeweils vorhergehenden zwei Zeilen. - Zeilen 22 und 23: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 51. - Zeile 24: Berechnet aus Zeilen 22 und 23.

liegt dabei die Zunahme (+1,9) über dem Landeswert (+0,1), dem des Bundesgebietes (+0,1) und denen der Kreise Alfeld, Gandersheim, Peine, Hannover und Burgdorf.[1] Zieht man die Wachstumsraten der Bereiche zwischen 1957 und 1961 mit heran, so wird das ganz deutlich. Die Dienstleistungsbereiche verzeichneten im Landkreis das stärkste Wachstum und lagen damit auch über den Werten für Niedersachsen und das Bundesgebiet.[2] Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt sank im Landkreis stärker als auf Landes- bzw. Bundesebene.[3] Trotzdem war sein Anteil noch erheblich höher als im Land und im Bundesgebiet bzw. in den Kreisen Alfeld, Gandersheim, Burgdorf, Peine und Hannover. Die Erklärung ist wohl in den äußerst fruchtbaren Böden der Hildesheimer Börde zu suchen. Für die Stadt Hildesheim haben Land- und Forstwirtschaft nur geringe Bedeutung. Der Anteil der warenproduzierenden Gewerbe insgesamt stieg im Stadtgebiet von 1957 bis 1961 an, während der für die Dienstleistungsbereiche zurückging. Erstere weisen dabei die größte Zunahme unter allen anderen Bereichen auf.[4] Von 16 kreisfreien Städten im Lande Niedersachsen weisen dabei 9 die gleiche Tendenz auf.[5]

Die Beziehungszahl Bruttoinlandsprodukt (in DM) je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung stellt zwar keine Produktivitätskennziffer im engen Sinne dar. Ihre absolute Höhe und die zeitliche Entwicklung vermitteln jedoch Einblick in Leistungseffekte und in gewissem Umfang auch in die Produk-

---

1) Vgl. S. 18, Tabelle 2, Zeilen 12, 6, 3, 18, 24, 21, 15, 27, jeweils Spalte 4.

2) Siehe S. 14, Tabelle 1, Zeilen 16, 8 und 4, jeweils Spalte 5.

3) Vgl. S. 18, Tabelle 2, Zeilen 12, 6 und 3, jeweils Spalte 2.

4) Vgl. ebd., Zeile 9, Spalten 2, 3, 5 und 6.

5) "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", a.a.O., S. 48-51.

tionsstruktur. Beim Vergleich der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung im Zeitraum 1957 bis 1961 fällt die starke Differenz zwischen Hildesheim und dem Landkreis auf. Mit einer Steigerung von 56,8 v.H. liegt Hildesheim-Marienburg beträchtlich über den Werten des Landes, des Bundesgebietes und um das 2,5fache[1] über dem Zuwachs in der Stadt Hildesheim. Von den vergleichbaren Kreiswerten liegt nur noch der Landkreis Hannover höher, während die Stadt Hildesheim die niedrigste Zuwachsrate überhaupt aufzuweisen hat.[2] Bei der absoluten Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung für 1961 verschiebt sich das Ergebnis etwas. Der Landkreis übertrifft zwar den Landeswert geringfügig, aber sein Ergebnis beträgt nur 91 v.H. des bundesdurchschnittlichen Wertes, während die Stadt Hildesheim hierbei nur eine Relation von 68,3 v.H. erreicht.[3]

Der Vergleich des Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten für 1961 zeigt, daß die Ursachen für das niedrige Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung für Hildesheim in Produktivitätsunterschieden zu sehen sind. Obwohl bei der Berechnung auf Kreisebene noch keine Bewertung zu konstanten Preisen erfolgt, stellt die Relation von Bruttoinlandsprodukt zu Beschäftigten ein annehmbares Maß für Produktivitätsunterschiede regionaler und sektoraler Art dar. Dabei tritt in der Stadt Hildesheim die besonders niedrige Arbeitsproduktivität im warenproduzierenden Gewerbe stark hervor. Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten erreicht nur etwas über 51 v.H. des Landesdurchschnitts und liegt auch beträchtlich unter den anderen Kreiswerten.[4] Dahin-

---

1) Vgl. S. 19, Tabelle 2, Zeilen 12, 6, 3 und 9, jeweils Spalte 8.

2) Zahlenangaben S. 19, Tabelle 2, Zeilen 9, 12, 15, 18, 21, 24 und 27, jeweils Spalte 8.

3) Siehe ebd., Zeilen 11, 5, 2 und 8, jeweils Spalte 8.

4) Vgl. S. 22, Tabelle 3, Zeilen 5, 7, 9, 11, 13, 15 und 17, jeweils Spalte 3.

Tabelle 3[1]

Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 1961 in Niedersachsen, den kreisfreien Städten Hildesheim, Hannover und ausgewählten Landkreisen.

Gebiet		Bruttoinlandsprodukt in DM je Beschäftigten					Beschäftigte und Beschäftigtenanteile ausgewählter Wirtschaftbereiche				
		Insges.	Land- und Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Übrige Dienstleistungen	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Niedersachsen	1	11.710	6.990	13.740	11.080	12.640	2.877.127	501.228	1.229.896	561.852	584.151
in v.H. des Landesdurchschnitts	2	100	100	100	100	100	in v.H. der Gesamtbeschäftigung	17,5	42,8	19,6	20,1
Hannover, Krf. St.	3	13.400	.[1]	13.090	13.730	13.570	372.940	906	178.608	95.027	98.399
Hildesheim, Krf. St.	4	9.170	.	6.890	10.000	13.220	53.053	319	27.633	12.607	12.494
in v.H. des Landesdurchschnitts	5	78,3	.	50,2	90,5	104,9	in v.H. der Gesamtbeschäftigung	0,6	52,2	23,7	23,5
Hildesheim-Marienburg	6	12.370	8.690	14.530	10.080	13.370	34.141	8.241	16.503	4.462	4.935
in v.H. des Landesdurchschnitts	7	105,5	124,2	105,9	91	105,7	in v.H. der Gesamtbeschäftigung	24,1	48,4	13,1	14,4
Hannover	8	15.790	8.080	18.360	10.560	15.930	61.413	5.560	36.893	10.185	8.775
in v.H. des Landesdurchschnitts	9	134,5		133,7			in v.H. der Gesamtbeschäftigung	9,1	60,2	16,5	14,2
Alfeld	10	9.980	9.130	9.690	9.390	12.590	32.644	5.073	17.296	5.437	4.838
in v.H. des Landesdurchschnitts	11	85,1		70,6			in v.H. der Gesamtbeschäftigung	15,5	53	16,6	14,9
Peine	12	11.080	8.070	11.420	10.900	12.650	41.395	5.465	23.978	5.979	5.973
in v.H. des Landesdurchschnitts	13	94,5		83,2			in v.H. der Gesamtbeschäftigung	13,2	58	14,5	14,3
Gandersheim	14	11.000	8.490	11.470	9.940	13.300	30.224	5.049	15.412	5.087	4.676
in v.H. des Landesdurchschnitts	15	94		83,4			in v.H. der Gesamtbeschäftigung	16,7	51	16,8	15,5
Burgdorf	16	11.930	7.090	18.490	8.500	10.290	36.158	7.487	12.007	8.464	8.200
in v.H. des Landesdurchschnitts	17	102		134,4			in v.H. der Gesamtbeschäftigung	20,6	33,3	23,4	22,7

[1] Vgl. Fußnote 5 der Tabelle 1.

Quellen: Zeilen 1 und 14: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 70. - Zeile 2, Spalten 7-10: Berechnet aus: Zeile 1, Spalten 6-10. - Zeilen 3, 4, 6, 8, 10, 12 und 16: "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 69. - Zeilen 5, 7, 9, 11, 13 und 17, jeweils Spalten 1-5: Berechnet aus: Zeilen 1, 4, 6, 8, 10, 12 und 16, jeweils Spalten 1-5. - Zeilen 5, 7, 9, 11, 13 und 17, jeweils Spalten 7-10: Berechnet aus: Zeilen 4, 6, 8, 10, 12 und 16, jeweils Spalten 6-10. - Zeile 15, Spalten 1-5: Berechnet aus: Zeilen 1 und 14, jeweils Spalten 1-5. - Zeile 15, Spalten 7-10: Berechnet aus: Zeile 14, Spalten 6-10.

gegen beträgt das Ergebnis des Landkreises Hildesheim-Marienburg mehr als das Zweifache des Wertes für die Stadt Hildesheim und liegt außerdem um 8 v.H. über dem Landesdurchschnitt.[1] In den Bereichen Handel, Verkehr und übrige Dienstleistungen ist die Produktivität in der Stadt- und Kreisregion etwa gleich groß, wobei die Sparten Handel und Verkehr (übrige Dienstleistungen) unter (über) den Landesdurchschnitten liegen.[2] Im Kreisgebiet weist der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft mit einem Bruttoinlandsprodukt von DM 8.690 je Beschäftigten einen um 24,2 v.H. über dem Durchschnitt des Landes Niedersachsen liegenden Wert auf, welcher nur noch vom Kreis Alfeld übertroffen wird.[3]

Die geringere Produktivität der Land- und Forstwirtschaft im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsbereichen des Kreis- und Stadtgebietes und ihr Beschäftigtenanteil von etwa ein Viertel in Hildesheim-Marienburg bewirken zusammen mit dem größeren Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten[4] in der Stadt Hildesheim, daß die Produktivitätsunterschiede insgesamt nur eine Relation von 1 : 1,35 [5] zwischen Hildesheim und Hildesheim-Marienburg aufweisen.

Bei der Inbeziehungsetzung von Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigten, d.h. mit der Berechnung der Beschäftigten-

---

1) Zahlen berechnet S. 22 aus Tabelle 3, Zeilen 5, 7 und 2, jeweils Spalte 3.

2) Vgl. ebd.

3) Siehe ebd.

4) Das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten bei den "übrigen Dienstleistungen" beläuft sich in der Stadt Hildesheim auf DM 13.220 und das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft des Kreises beläuft sich nur auf DM 8.690. - Vgl. S. 22, Tabelle 3, Zeile 4, Spalte 5 und Zeile 6, Spalte 2.

5) Berechnet S. 22, Tabelle 3, Zeilen 4 und 6, jeweils Spalte 1.

produktivität, wird keine Aussage darüber gemacht, in welchem Mengenverhältnis die Produktionsfaktoren Kapital und Boden mit dem Faktor Arbeit kombiniert sind. Das Auftreten von Produktivitätsunterschieden läßt bei dem hier benutzten Material auch keinen Rückschluß auf die Optimalität der Faktorkombination zu, denn das Bruttoinlandsprodukt enthält noch die Abschreibungen. Handelt es sich nun um Produktionszweige, in denen die Arbeit einen relativ großen Anteil bei der Faktorkombination einnimmt, d.h. wo arbeitsintensive Produktion vorliegt, so ist im Bruttoinlandsprodukt nur ein geringerer Anteil von Abschreibungen enthalten als in Produktionszweigen, bei denen der Einsatz von Kapital pro Arbeitseinheit höher liegt. Die Analyse der Produktivitätsunterschiede ermöglicht hier also nur eine Aufdeckung der Produktionsstruktur. In der Stadt Hildesheim lag der Beschäftigtenanteil der arbeitsintensiven[1] Elektroindustrie für 1961 über

---

1) Zur Kennzeichnung der Produktionsstruktur, d.h. Anwendung kapital- bzw. arbeitsintensiver Fertigungsverfahren, wird das Verhältnis von Lohn- und Sozialaufwand benutzt. Für den Zeitraum von 1961 bis 1964 dazu einige Beispiele ausgewählter Industriezweige:

Industriezweig		Zeitraum	auf DM 1,-- Abschreibungsaufwand entfielen DM... Lohn- und Sozialaufwand
Elektrotechn.Ind.:			
Rob. Bosch GmbH	1	1961-1963	6,80
Standard Elektrik Lorenz AG	2	1962-1964	8,80
Chemische Ind.:			
Farbw. Hoechst AG	3	1962-1964	2,50
Fahrzeugbau:			
Volkswagenwerk AG	4	1962-1964	2,50
Zuckerindustrie:			
Südd. Zucker AG	5	1961/62 - 1963/64	2,20

Quellen: Zeile 1: Berechnet aus: "Der Volkswirt", 18. Jg., Frankfurt/M., 1964, Nr. 29, S. 1552.
Zeile 2: Berechnet aus: Ebd., 19. Jg., 1965, Nr. 18, S. 828.
Zeile 3: Berechnet aus: Ebd., 19. Jg., 1965, Nr. 18, S. 820.
Zeile 4: Berechnet aus: Ebd., 19. Jg., 1965, Nr. 19, S. 887.
Zeile 5: Berechnet aus: Ebd., 18. Jg., 1964, Nr. 51, S. 2676.

Die Angaben für die elektrotechnische (insbesondere Zeile 2) und Zuckerindustrie stimmen ziemlich genau mit den Ergebnissen

50 v.H. der industriellen Gesamtbeschäftigung. Im Landes- und Kreisdurchschnitt ergeben sich jedoch nur etwa 10 v.H.[1] Die bestehende Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in der Stadt und dem Landkreis erscheint damit teilweise durch die unterschiedliche Produktionsstruktur bedingt.

Zusammenfassende Kennzeichnung:

1. Die zu untersuchende Region (Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim-Marienburg) weist gegenüber 1957 für das Jahr 1961 eine Wachstumsrate von 40,4 v.H. des Bruttoinlandsprodukts auf, welche unter dem Landesdurchschnitt liegt.[2] Die Wohnbevölkerung (Wirtschaftsbevölkerung) nahm um 3,8 v.H. (3,4 v.H.) zu. Der Zuwachs ist damit höher als in Niedersachsen, liegt aber um etwa 50 v.H. unter dem Bundesdurchschnitt.[3] Dabei zeigen sich jedoch deutliche Differenzen zwischen der Entwicklung in der Stadt und im Landkreis. Das weitaus stärkere Anwachsen der Wirtschafts- gegenüber der Wohnbevölkerung in Stadtgebieten läßt sich auch in 14 von den 16 kreisfreien Städten Niedersachsens nachweisen.[4]

2. Im Kreis- und Stadtgebiet insgesamt sind die warenproduzierenden Bereiche (39,8 v.H.) und Dienstleistungsbereiche (40,6 v.H.) etwa gleich schnell gewachsen, wenn auch langsamer als im Landesdurchschnitt.[5] Im Jahre 1961 machte

---

einer Umfrage überein, die der Verfasser bei den Industriebetrieben der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg durchführte. Die Auskünfte sind jedoch vertraulich zu behandeln. Dabei zeigt sich deutlich die arbeitsintensive Produktionsweise der Elektroindustrie.

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1961", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 21, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1962, S. 18 und 23. (Wird Hannover im folgenden als Erscheinungsort zitiert, so handelt es sich stets um Veröffentlichungen des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes. Abweichungen hiervon werden gesondert ausgewiesen.)

2) Vgl. S. 14, Tabelle 1, Zeilen 20 und 8, jeweils Spalte 1.

3) Vgl. ebd., Zeilen 20, 8 und 4, jeweils Spalten 8 und 9.

4) Vgl. dazu "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 14-18.

5) Vgl. S. 14, Tabelle 1, Zeilen 20 und 8, jeweils Spalten 2 und 5.

der Anteil der warenproduzierenden Bereiche (Dienstleistungsbereiche) 55,8 v.H. (44,2 v.H.) des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Zusammenfassung von Stadt und Landkreis verwischt auch hier bestehende Unterschiede. Der hohe Anteil der Dienstleistungsbereiche in Hildesheim wird nur noch von 3 der 16[1] kreisfreien Städte in Niedersachsen übertroffen. Beim niedrigen Dienstleistungsanteil des Kreises ist zu beachten, daß im tertiären Sektor die höchste Zuwachsrate gegeben ist.

3. Das niedrige Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe in der Stadt Hildesheim tritt besonders stark hervor.[2] Es ist im Zusammenhang mit der Produktionsstruktur zu sehen und weist auf arbeitsintensive Produktionsweise hin.

II. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit.

1. Entwicklung der Wohnbevölkerung.

Entscheidend für den Bestand an Arbeitskräften ist sowohl die Größe der Wohnbevölkerung als auch die Erwerbsquote und deren Entwicklungen im Zeitablauf. Bei Vergleichen zwischen großräumlichen Gebietswirtschaften (z.B. einzelnen Bundesländern) geben Größe der Wohnbevölkerung und Erwerbsquote zugleich Aufschluß über die regional verfügbaren und eingesetzten Arbeitskräfte, da hier Pendelwanderungen nur einen geringen Anteil am Arbeitskräftebestand und -einsatz ausmachen. Hingegen bei Untersuchungen kleinräumlicher Gebietswirtschaften (z.B. Landkreise) bedürfen die obigen Größen der Ergänzung durch die Pendelbewegungen der Arbeitskräfte. Ihre Einbeziehung ermöglicht dann auch eine Aussage über das Verhältnis von Arbeitskräftepotential und Arbeitsplatzkapazität des zu untersuchenden Raumes.

---

1) Vgl. hierzu "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 14-18.

2) In den kreisfreien Städten und Landkreisen von Niedersachsen ist dies der niedrigste Wert. - Vgl. insbesondere "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise ...", a.a.O., S. 69 f.

Während in Niedersachsen und im Landkreis Hildesheim-Marienburg, zum größten Teil wohl bedingt durch die Bewegung der Flüchtlingsbevölkerung, von 1950 bis 1964 die Wohnbevölkerung erst ab- und dann zugenommen hat, weist die Stadt Hildesheim eine ständige Zunahme auf. Dabei treten in den letzten Jahren im Stadt- bzw. Kreisgebiet unterschiedliche Entwicklungstendenzen hervor. Eine Gegenüberstellung der Wohnbevölkerung in der Stadt Hildesheim ergibt für das Jahr 1964 gegenüber 1961 zwar noch eine Zunahme um 4,1 v.H. Die Zuwachsraten haben in diesem Zeitraum jedoch ständig abgenommen. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung bei der Stadt Hannover, die seit 1963 durch ein negatives Wachstum gekennzeichnet ist. Im Gegensatz dazu läßt sich im Landkreis ein verstärktes Wachstum nachweisen.[1)]

2. Umfang und Gliederung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen.

Für die Erwerbsquote als Relation von Erwerbspersonen zu Wohnbevölkerung ergab sich nach der Volkszählung von 1961 für den Landkreis Hildesheim-Marienburg der Wert 45 v.H., was dem Landesdurchschnitt entspricht. Im Stadtgebiet hingegen

---

1)

Gebiet		Zuwachsraten der Wohnbevölkerung und Bevölkerungsdichte				Bevölkerungsdichte (Einwohner auf 1 qkm)
		1962/61	1963/62	1964/63	1964/61	im Jahre 1964
		1	2	3	4	5
Hildesheim, Stadt	1	+2,2	+1,0	+0,9	+4,1	3.057
Hildesheim-Marienburg	2	+0,5	+0,9	+1,0	+2,4	173
Hannover, Stadt	3	+0,4	-0,2	-0,9	-0,7	4.220
Land Niedersachsen	4	+0,9	+0,9	+0,8	+2,6	143

Quellen: Zeilen 1-3, Spalten 1-4: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", 5. Ausg., Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, 1964, S. 12. - Zeile 4, Spalten 1-4: Berechnet aus: ebd., S. 13. - Zeilen 1-3, Spalte 5: Berechnet aus: ebd., S. 8 und 12. - Zeile 4, Spalte 5: Berechnet aus: ebd., S. 10 und 13.

war er etwas kleiner (44 v.H.).[1] Im Jahre 1950[2] betrug die Erwerbsquote im Kreisgebiet nur 42 v.H.[3] Eine ähnliche Entwicklung gilt auch für die Stadt Hildesheim (1950:42 v.H.)[4] und das Land Niedersachsen (1950:44 v.H.).[5] Die Aufteilung der Erwerbsquote auf männliche und weibliche Erwerbspersonen zeigt für das Jahr 1961 einen Anteil der weiblichen Erwerbspersonen insgesamt von 35 v.H. im Landkreis, 38 v.H. in der Stadt und 36 v.H.[6] im Land Niedersachsen. Der Anstieg der Erwerbsquote zwischen 1950 und 1961 kann mit der durch den Wirtschaftsaufschwung bedingten verstärkten Nachfrage nach Arbeitskräften sowie den steigenden Löhnen erklärt werden, die schon aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedene Arbeitskräfte zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit veranlaßt haben dürften.

Die für das Land Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegsentwicklung charakteristische Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen tritt auch im Untersuchungsgebiet deutlich hervor. Während 1939 im Landkreis Hildesheim-Marienburg die Land- und Forstwirtschaft mit 42,1 v.H.[7] der Erwerbspersonen noch an der

---

1) Vgl. dazu "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt-Statistik, 1964, S. 19 und 21.

2) Die Werte vom 6.6.1961 sind aus methodischen Gründen nicht genau mit denen der Volkszählung vom 13.9.1950 vergleichbar.

3) Berechnet aus: "Volks- und Berufszählung 1950", in: Statistik Niedersachsens, Reihe F, Bd. 15, Heft 2 (Tabellenteil), Hannover, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, 1953, S. 79.

4) Berechnet aus: Ebd., S. 79.

5) Dgl., S. 6-13.

6) Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", a.a.O., S. 19 und 21.

7) Vgl. hierzu "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 119.

Spitze aller Wirtschaftsbereiche lag, betrug dieser Anteil 1950 nur noch 29 v.H., und für 1961 lag er mit 17 v.H. etwas unter dem Landesdurchschnitt (19 v.H.).[1] Die Mehrzahl der Nachbarkreise weist für 1961 einen niedrigeren Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen auf; so z.B. die Kreise Alfeld mit 16 v.H., Peine mit 13 v.H., Burgdorf mit 16 v.H. und der Landkreis Hannover mit nur 7 v.H.[2]

Im Jahre 1961 lag das warenproduzierende Gewerbe nach dem Anteil der Erwerbspersonen sowohl in der Stadt Hildesheim als auch im Landkreis an der Spitze. Im Landkreis folgt dann die Land- und Forstwirtschaft, die also trotz einer starken Abnahme zwischen 1950 und 1961 (-12 v.H.) noch immer einem beträchtlichen Teil der Erwerbspersonen Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Für die Stadt Hildesheim ist der hohe Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich kennzeichnend, der jedoch im Vergleich zu 1950 etwas abgenommen hat. Die nachfolgende Tabelle gewährt einen Einblick in die Wandlungen des letzten Jahrzehnts:

---

1) Siehe S. 31, Tabelle 4, Zeile 1, Spalten 2 und 5 sowie Zeile 9, Spalte 2.

2) Siehe "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", a.a.O., S. 22.

Tabelle 4:

Erwerbspersonen nach Wirtschafts-bereichen in ausgewählten Gebieten für die Jahre 1961[1] und 1950.

Gebiet und Wirtschaftsbereiche		Erwerbs-personen 1961: Zahl der Erwerbspersonen	in v.H. der Gesamterwerbspersonen	darunter weibliche Erwerbspers. in v.H.	Erwerbs-personen 1950: Zahl der Erwerbspersonen	in v.H. der Gesamterwerbspersonen	darunter weibliche Erwerbspers. in v.H.
		1	2	3	4	5	6
Hildesheim-Marienburg,Kreis							
1. Land- und Forstwirtschaft	1	8.350	17	45,5	15.369	29	50,5
2. Produz. Gewerbe (einschl.Baugewerbe)	2	26.430	54	22,6	23.877	44	16,8
3. Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3	6.945	14	43,3	5.522	10	29,1
4. Sonstige Bereiche (Dienstleistungen)	4	7.003	15	58,4	8.776	17	52,2
Hildesheim, Stadt							
1. Land- und Forstwirtschaft	5	411	1	32,9	596	2	37,0
2. Produz. Gewerbe (einschl.Baugewerbe)	6	19.683	46	27,6	13.266	44	20,7
3. Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7	9.836	23	40,9	7.001	23	31,4
4. Sonstige Bereiche (Dienstleistungen)	8	12.553	30	50,6	9.218	31	47,6
Niedersachsen, Land							
1. Land- und Forstwirtschaft	9	588.888	19	50,5	909.012	30	51,6
2. Produz. Gewerbe (einschl.Baugewerbe)	10	1.291.813	43	22,2	1.087.972	36	17,4
3. Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11	539.307	18	38,8	451.673	15	26,6
4. Sonstige Bereiche (Dienstleistungen)	12	599.937	20	51,9	545.564	19	48,9

[1] Aus methodischen Gründen nicht genau mit den Angaben für 1950 vergleichbar.

Quellen: Zeilen 1-8, Spalten 1 und 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 22. - Zeilen 9-12, Spalten 1 u.2: Berechnet aus: Ebd., S. 24. - Zeilen 1-8, Spalte 3: Ebd., S. 22. - Zeilen 9-12, Spalte 3: Berechnet aus: Ebd., S. 24. - Zeilen 1-4, Spalten 4-6: Berechnet aus: "Volks- und Berufszählung 1950", a.a.O., S. 69. - Zeilen 5-8:, Spalten 4-6: Berechnet aus: "Volks- und Berufszählung 1950", a.a.O., S. 69. - Zeilen 9-12, Spalten 4-6: Berechnet aus: Ebd., S. 6-13.

Bei der Verteilung der weiblichen Erwerbspersonen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigen sich starke Verschiebungen. In allen Gebieten ist ein Absinken des Anteils der weiblichen Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft gegeben. Im Lande Niedersachsen war diese Abnahme mit 1,1 v.H. relativ gering, während sie in Hildesheim-Marienburg mit 5,5 v.H. das Fünffache betrug. Dafür zeigt sich im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowohl im Kreis (+14,2 v.H.) als auch in Niedersachsen (+12,2 v.H.) eine starke Zunahme des Anteils der weiblichen Erwerbspersonen, die in der Stadt Hildesheim (+9,5 v.H.)[1] nicht ganz so ausgeprägt verlief. Kennzeichnend für die gesamte Entwicklung ist eine Verlagerung der weiblichen Erwerbstätigkeit von der Land- und Forstwirtschaft zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, die teilweise auch schon bei der Untersuchung der Erwerbstätigkeit insgesamt zum Ausdruck kommt.

3. Analyse der Pendelwanderungen.

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung der Stadt Hannover seit 1963 ist ein Indiz dafür, daß die Präferenzen für diesen Raum als Wohngebiet in wachsendem Umfang abnehmen bzw. sogar in das Gegenteil umschlagen. Erfolgt mit der Änderung des Wohnsitzes nicht gleichzeitig eine Verlagerung der Arbeitsplätze, so nimmt der Umfang der Pendelbewegung, d.h. die Häufigkeit der räumlichen Überwindung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz zu.

Im Zusammenhang mit derartigen Erscheinungen läßt sich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion aufzeigen.[2] Die erstere ist eine flächenbeanspruchende Produktion, was eine weitgehende räumliche Dezentralisierung der Produktionseinheiten zur Folge hat. Die moderne industrielle bzw. großindustrielle Erzeugung hat diese Eigenschaft in einem derartigen Umfang je-

---

1) Siehe hierzu insbesondere S.31/32, Tabelle 4, Spalten 3 und 6.

2) Vgl. insbesondere auch Lösch, A., "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", Jena, Gustav Fischer, 1940, S. 62.

doch nicht. Bei ihr findet die Kombination der Produktionsfaktoren in mehr oder weniger zahlreichen räumlichen Zentren statt. Die Gründe dafür sind interne Ersparnisse, die sich aus der empirisch fehlenden beliebigen Teilbarkeit der Produktionsfaktoren ergeben, sowie die "localization economies"[1] und "urbanization economies"[2], auch als externe Ersparnisse bezeichnet.[3]

Die Erhöhung der Pendelströme bewirkt dann eine erhöhte Verkehrsbelastung zu den Zeiten der Arbeitsaufnahme und -beendigung. Wichtiger scheint noch der Kapazitätseffekt[4] der Transportleistungen zu sein. Die für ihre Erstellung erforderlichen Produktionsfaktormengen werden anderen Wirtschaftsbereichen entzogen. In den Produktionseinheiten sind grundsätzlich nur die Leistungen der Produktionsfaktoren (z.B. Arbeitsleistungen) ökonomisch relevant. Diese können jedoch nur mit den Menschen zusammen transportiert werden. Da während der Pendelzeit jedoch keine (abgesehen von der Transportleistung) produktiven Leistungen erbracht werden, ergibt sich die Frage: Unter welchen Bedingungen ist es ökonomisch noch rentabel, die Pendelbewegungen auszudehnen bzw. unter welchen Voraussetzungen ist eine Kombination der Produktionsfaktoren am Wohnsitz der Auspendler effektiver?

---

1) Localization economies = Ersparnisse, die sich aus der räumlichen Ansammlung gleichartiger Betriebe ergeben.

2) Urbanization economies = Ersparnisse, die sich aus der regionalen Anhäufung verschiedenartiger Betriebe ergeben.

3) Vgl. dazu die Ausführungen von Isard, W., "Location and Space-Economy", New York and London, 1956, S. 172. In Anlehnung an Ohlin und Hoover unterteilt Isard die Agglomerationsfaktoren in: large-scale economies, localization economies und urbanization economies.

4) Die Unterscheidung in einen Kapazitäts- und Preiseffekt der Transportleistungen nimmt Binswanger vor. Vgl. hierzu Binswanger, H.C., "Das intra-regionale Gleichgewicht. Zur Integration von Standorttheorie und Theorie des internationalen Handels", in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 97, Heft 2, Bern, 1961, S. 140.

Nach der Volks- und Berufszählung 1961 (1950) betrug die Zahl der Auspendler (Berufspendler) im Landkreis Hildesheim-Marienburg (sie umfaßt die Auspendler nach Hildesheim, den Nachbarkreisen und in andere Gemeinden des Landkreises) 24.476 (16.685), das sind 50 v.H. (31 v.H.) der gesamten Erwerbspersonen. Für das Stadtgebiet ergeben sich folgende Werte: 1961 (1950) = 2.774 (865) bzw. 7 v.H. (3 v.H.) der gesamten Erwerbspersonen und für das Land Niedersachsen: 1961 (1950) = 26 v.H.[1] (15 v.H.) aller Erwerbspersonen. Im Jahre 1961 hatte der Landkreis Hildesheim-Marienburg 9.671 und das Stadtgebiet 15.746 Einpendler zu verzeichnen.[2]

Bei derartigen Vergleichen ist jedoch zu berücksichtigen, daß die gemeindeinternen Pendler in den statistischen Angaben nicht enthalten sind. So kann beispielsweise eine Großstadt genau so viele Pendler aufweisen wie ein gleich großes Kreisgebiet, ohne daß dies aus dem Zahlenmaterial ersichtlich wird. Da bei den landwirtschaftlichen Erwerbspersonen im Gegensatz zu den nichtlandwirtschaftlichen in der Regel (und wie weiter unten gezeigt wird) der Wohnsitz mit dem Arbeitsplatz identisch ist, wird der Umfang der Pendelbewegung besser erfaßt durch die Relation: Zahl der Auspendler (Berufspendler) zu den nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Für die einzelnen Gebiete ergibt sich dann: Tabelle 5

Auspendler und nichtlandwirtschaftliche Erwerbspersonen in ausgewählten Gebieten in den Jahren 1961 und 1950.

Gebiet		Anteil der Auspendler in v.H. der nichtlandwirtschaftl.Erwerbspers.	
		1961	1950
		1	2
Hildesheim-Marienburg,Kreis	1	60	44
Hildesheim, Stadt	2	6,6	2,9
Niedersachsen, Land	3	32	21

Quellen: Zeilen 1-3, Spalte 1: Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 114 f., 90 f. und 24 f. - Zeilen 1-3, Spalte 2: Berechnet aus: ebd., Teil 2, a.a.O., S. 29, 35 und 4-159.

1) Vgl. hierzu "Gemeindestatistik Niedersachsen", Teil 1, a.a.O., S. 25, 91 und 115. Die Klammerwerte sind entnommen der "Gemeindestatistik für Niedersachsen", Teil 2, "Berufszählung 1950", Hannover, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und

Die Zahlenwerte zeigen eine starke Zunahme der Pendelbewegung. Berücksichtigt man die Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen, so scheint der Zuwachs der Pendelströme auf den ersten Blick damit seine Erklärung zu finden. Wird einmal unterstellt, daß die vom landwirtschaftlichen in den nichtlandwirtschaftlichen Sektor übergewechselten Erwerbspersonen die gleiche Pendelquote haben wie die nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen im Jahre 1950, so muß die Beziehungszahl Auspendler zu gesamten Erwerbspersonen anwachsen. Die reale Entwicklung bestätigt dies. Ist die Erweiterung des Pendelumfanges weitgehend durch die Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen bedingt, so muß aber die Relation Auspendler zu nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen etwa gleich bleiben, da beide Größen wachsen. Empirisch liegt jedoch ebenfalls eine starke Erhöhung vor. Somit verbleibt cet. par. nur der Schluß, daß für die Zunahme der Pendelbewegungen die Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen nur in geringem Umfang verantwortlich ist. Vielmehr scheinen Vorteile des Wohnens auf dem Lande und auch nicht so sehr mangelnde Wohnraumkapazität am Arbeitsplatz ausschlaggebend zu sein. Gestützt wird diese Auslegung durch die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Hannover.

Die Aufschlüsselung der Auspendler (Berufspendler) im Kreisgebiet nach Zielorten zeigt die große Bedeutung der Städte Hildesheim und Hannover für den Landkreis Hildesheim-Marienburg. So haben rd. 57 v.H. (17 v.H.) der Auspendler im Kreisgebiet Hildesheim (Hannover) als Zielort.

Statistik, 1953, S. 29 und 35. Der Landeswert wurde aus der gleichen Quelle, jedoch S. 4-159 errechnet.

2) "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 91 und 115.

Tabelle 6:

Auspendler des Kreises Hildesheim-Marienburg nach ausgewählten Zielgebieten (am 6.6.1961).

Zielgebiet	Zahl der Auspendler	In v.H. der gesamten Auspendler [1]
Hildesheim, Stadt	11.934	57
Hannover, Stadt	3.553	17
Gandersheim, Landkreis	814	3,6
Burgdorf, Landkreis	534	2,5
Hannover, Landkreis	325	1,5
Peine, Landkreis	115	0,4
insgesamt:	17.275	82

[1] Bei der Berechnung der relativen Anteile wurde als Basis die Gesamtzahl der im Kreisgebiet auspendelnden Berufspendler von 21.035 angenommen, die sich aus den Unterlagen des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes ergibt. Abweichungen mit den vorher genannten Zahlen ergeben sich daraus, daß bei letzteren nur alle Wohnsitz- bzw. Zielgemeinden mit 10 und mehr Aus- bzw. Einpendlern erfaßt wurden.

Quellen: Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover. (Volkszählung vom 6.6.1961).

Im Landkreis Gandersheim bieten die unmittelbar am Südzipfel des Kreises Hildesheim-Marienburg gelegenen Gemeinden Seesen und Bornum mit ihren Industriebetrieben Erwerbsmöglichkeiten und im Norden die Gemeinde Sehnde (Landkreis Peine). Von den 6.438 [1] Einpendlern im Kreis Hildesheim-Marienburg nehmen die kreisinternen Pendler (d.h. die Berufspendler, deren Wohnsitze und Arbeitsplätze zwar im Kreisgebiet liegen, aber nicht identisch sind) einen Anteil von etwa 55 v.H. ein. Es folgen die Stadt Hildesheim mit 1.082, der Landkreis Alfeld mit 964 (Zielort Bad Salzdetfurth = 748), der Landkreis Gandersheim mit 489 und der Landkreis Springe mit 243 in den Kreis Hildesheim-Marienburg einströmenden Berufspendlern.[2]

[1] Abweichungen von früher genannten Zahlen ergeben sich aus den erwähnten methodischen Unterschieden.

[2] Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

Für 1961 war der Pendlersaldo im Kreisgebiet mit 14.805 stark negativ. Das Stadtgebiet hingegen hatte einen Überschuß von 12.972 Einpendlern. Da die aus Hildesheim-Marienburg nach Hildesheim auspendelnden Erwerbspersonen in Hildesheim gleichzeitig als Einpendler erfaßt werden, erübrigt sich hierfür eine weitere Analyse. Unter den Einpendlern nach Hildesheim nehmen die aus dem Kreisgebiet den größten Umfang ein. Die Anziehungskraft der Stadt Hildesheim beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Landkreis. Unter den Einpendlern nach Hildesheim nimmt der Kreis Alfeld mit 1.673 den zweiten Platz ein, gefolgt von den Landkreisen Peine (466), Wolfenbüttel (241), Springe (218) und der Stadt Hannover (190).[1] Von den 2.459 [2] Auspendlern der Stadt Hildesheim nehmen die Stadt Hannover 1.136 und Hildesheim-Marienburg 1.082 Pendler auf, das sind zusammen etwa 90 v.H.

Mit Hilfe eines Vergleichs der Auspendelquoten nach den Zielorten Hannover und Hildesheim wurde versucht, die Einflußgebiete der beiden Städte bezüglich der Pendelbewegungen abzugrenzen. Dabei ergibt sich, daß der Auspendelanteil nach Hannover bei den Kreisgemeinden süd-östlich der Linie Barnten-Giften - Sarstedt-Gödringen-Bolzum jeweils kleiner ist als der entsprechende Wert für Hildesheim. Die große Anziehungskraft der Stadt Hannover tritt wieder deutlich hervor, wenn man berücksichtigt, daß der Auspendleranteil von Hildesheim nach Hannover etwa 46 v.H. beträgt.[3]

Durch die Einbeziehung der Pendelentfernungen erlangen die bisherigen Angaben größere Aussagekraft. Von den 11.934 Einpendlern in die Stadt Hildesheim aus dem Kreisgebiet hatten 2.828 (24 v.H.) ihren Wohnsitz in einer Entfernung bis zu 5 Kilometern vom Hildesheimer Stadtkern, und im

---

1) Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

2) Abweichungen zu den bereits genannten Werten sind methodisch bedingt.

3) Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

Umkreis von über 5 bis 10 Kilometern waren 4.495 (42 v.H.). Im Umkreis von 10 Kilometern zum Stadtkern hatten also 7.823 oder 66 v.H.[1] der Auspendler ihren Wohnort.

Über die Schwerpunkte der Pendelwanderungen im Untersuchungsgebiet gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Tabelle 7:

Ausgewählte Gemeinden nach Einpendlerzahlen, Pendlersaldo und Umfang der Pendlerwanderung (6.6.1961).

Gemeinden		Anzahl der Einpendler	Pendlersaldo	Umfang der Pendelwanderung (Ein- und Auspendler)
		1	2	3
Hildesheim	1	15.746	+ 12.972	18.520
Bad Salzdetfurth	2	2.286	+ 1.870	2.702
Sarstedt	3	942	- 1.200	3.084
Bockenem	4	730	+ 281	1.179
Groß Giesen	5	657	+ 344	970
Emmerke	6	366	+ 40	692
Himmelsthür	7	325	- 876	1.526
Algermissen	8	257	- 502	1.016

Quellen: Zeile 1, Spalte 1: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 91. - Zeile 1, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: Ebd., S. 91. - Zeilen 2 und 4-8, Spalte 1: Ebd., S. 109. - Zeilen 2 und 4-8, jeweils Spalten 2 und 3: Berechnet aus: Ebd., S. 109. - Zeile 3, Spalte 1: Ebd., S. 115. - Zeile 3, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: Ebd., S. 115.

Von den 24.476 Auspendlern im Landkreis Hildesheim-Marienburg (im Jahre 1961) entfielen etwa die Hälfte auf das verarbeitende Gewerbe. Es folgen dann das Baugewerbe (14 v.H.) und der Handel mit 11,1 v.H. Der Anteil der weiblichen Pendler ist bei dieser Wirtschaftsabteilung

1) Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

mit 1.477 von 2.718, d.h. mit 54 v.H. besonders hoch.[1] Bezüglich des Umfangs der Pendelwanderungen in der Land- und Forstwirtschaft bestätigen die empirischen Unterlagen die weiter oben gemachten Annahmen. Sowohl im Stadt- als auch im Kreisgebiet beträgt der Pendleranteil in der Land- und Forstwirtschaft jeweils nur 0,7 bzw. 0,8 v.H.[2] der gesamten Auspendler. In keiner anderen Wirtschaftsabteilung liegt ein derart niedriger Wert vor.

---

1) Siehe hierzu S. 41, Tabelle 8.

2) Vgl. ebd.

Tabelle 8:

Die Auspendler (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsabteilungen und Wohngebieten im Jahre 1961.

Wohngebiet	Zahl der Berufs-pendler (Auspendler)	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	Baugewerbe	Handel	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Dienstleistungen soweit nicht an anderer Stelle erwähnt	Organisationen ohne Erwerbscharakter u. private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
Stadt Hildesheim	2.774	20	104	1.182	223	364	298	80	267	25	211
	in v.H.	0,7	3,8	42,6	8,1	13,1	11	2,9	9,7	0,9	7,6
Landkreis Hildesheim-Marienburg	24.476	185	1.679	12.156	3.485	2.718	1.317	333	1.313	248	1.034
	in v.H.	0,8	6,8	49,7	14,2	11,1	5,4	1,4	5,4	1,0	4,2

Quelle: Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

Grundvoraussetzungen für das Entstehen von Pendelbewegungen in größerem Umfang ist u. a. das Vorhandensein ausreichend schneller und billiger Verkehrsverbindungen. Entsprechend der räumlichen Struktur der Ausgangs- und Zielorte zeigen sich die Besonderheiten der einzelnen Verkehrsmittel bzw. ihre Geeignetheit als Transportmittel. Dabei sind mehrere Fälle zu unterscheiden:

1. Einpendel- und Auspendelort sind räumliche Zentren.
2. Der Einpendelort bildet ein Zentrum, während die Auspendelorte räumlich gestreut sind.
3. Der Auspendelort stellt ein Zentrum dar, während die Einpendelorte räumlich verstreut sind.
4. Ein- und Auspendelorte sind räumlich gestreut.

In den Fällen 2 bis 4 erscheinen Verkehrsmittel mit flächenhaftem Erschließungscharakter, wie z.B. Omnibus, Personenkraftwagen, Motor- und Fahrräder besser geeignet, obwohl ihre Transportkapazität nur begrenzt ausdehnbar ist. Hingegen im ersten Fall erscheinen bei Überschreiten des Transportvolumenminimums Verkehrsmittel mit linienhaftem Aufschliessungscharakter wie z.B. die Eisenbahn als vorteilhafter. So nehmen die von den Berufspendlern im Landkreis Hildesheim-Marienburg (die Situation entspricht etwa dem Fall 2; Hildesheim als zentraler Einpendelort und die Kreisgemeinden als räumlich verstreute Auspendelorte) benutzten Verkehrsmittel, die sich der Straße als Verkehrsmedium bedienen, etwa einen Anteil von 62 v.H. ein, während auf die Eisenbahn nur rd. 14 v.H. entfallen.

Tabelle 9:

Von den Auspendlern (ohne Soldaten) - Berufspendler - benutzte Verkehrsmittel im Juni 1961

Wohnsitz		Zahl der Auspendler	Eisenbahn	Straßenbahn	Kraftomnibus, O-Bus	PKW, Kleinbus, LKW, Kombikraftwag.	Motorrad, Motorroller, Moped	Fahrrad	Sonstige
Hildesheim, Stadt	abs.	2.774	765	126	720	607	75	106	375
	v.H.	100	27,6	4,5	26,0	21,8	2,7	3,8	13,6
Hildesheim-Marienburg	abs.	24.476	3.318	1.924	5.797	2.827	2.778	3.847	3.985
	v.H.	100	13,6	7,8	23,7	11,5	11,3	15,7	16,4
Sarstedt	abs.	2.142	298	854	340	261	116	132	141
	v.H.	100	13,9	39,8	15,9	12,2	5,4	6,2	6,6
Himmelsthür	abs.	1.201	10	6	400	124	107	390	164
	v.H.	100	0,8	0,5	33,3	10,3	8,9	32,4	13,8
Gleidingen	abs.	983	15	641	13	106	57	78	73
	v.H.	100	1,5	65,3	1,3	10,8	5,8	7,9	7,4
Algermissen	abs.	759	435	--	80	104	50	16	74
	v.H.	100	57,4	--	10,5	13,7	6,6	2,1	9,7

Quelle: Errechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

Hingegen bei der Stadt Hildesheim (die Verhältnisse ähneln hier dem Fall 1; Hannover und Hildesheim als zentrale Einpendel- bzw. Auspendelorte) sind die Eisenbahn mit etwa 28 v.H. und die anderen Verkehrsmittel mit 54 v.H. am Pendelvolumen beteiligt. Für den Landkreis ist noch zu berücksichtigen, daß bei Gleidingen und Sarstedt die Voraussetzungen des 2. Falles nicht gegeben sind, da diese Gemeinden an der Eisenbahn- bzw. Straßenbahnlinie von Hildesheim nach Hannover liegen. Der hohe Anteil der Radfahrer ist teilweise auf die berufliche Zusammensetzung der Pendler (Bergleute) zurückzuführen. Zum anderen ist er im Funktionalzusammenhang mit der Entfernung zu sehen. (Himmelsthür, praktisch ein Vorort der Stadt Hildesheim, hat z.B. einen Anteil der Radfahrer von 32 v.H.).

III. Die Industrie.[1]

1. Betriebe, Beschäftigte und Umsatz.

Nach der Anzahl der Beschäftigten lag die Industrie (1963) sowohl in der Stadt Hildesheim (16.282) als auch im Landkreis (11.[illegible])[2] an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche. Für die Relation Zahl der Industriebeschäftigten zur Gebietsfläche,[3] die sogenannte Industriedichte, ergibt sich für 1963 der Wert

---

1) Die Untersuchung erstreckt sich auf alle Industriebetriebe. Darin nicht enthalten sind die Betriebe des Bauhauptgewerbes (im Stadt- und Landkreis waren am 30.6.1963 insgesamt 195 derartige Betriebe vorhanden). Dem Bauhauptgewerbe gehörten am 30.6.1963 im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg 5.721 Beschäftigte an. Davon entfielen 55,9 v.H. auf das Stadtgebiet. Der Gesamtumsatz (Stadt- und Landkreis) belief sich im Kalenderjahr 1962 auf etwa 101,14 Millionen DM. Der Jahresumsatz je Beschäftigten lag mit 17.700 DM etwas unter dem Durchschnitt des Landes Niedersachsen von 17.800 DM. - Alle Zahlenangaben berechnet aus: "Das Bauhauptgewerbe in Niedersachsen 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 56, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964, S. 30.

2) Vgl."Die Industrie in Niedersachsen 1963", in: Statistik von Niedersachsen, a.a.O., Bd. 55, 1964, S. 17.

3) Hier Stadt- und Landkreis insgesamt.

44,6 Industriebeschäftigte je qkm, der damit um 180 v.H. über dem Landesdurchschnitt (16)[1] liegt. Der Industriebesatz wird oft definiert als das Verhältnis zwischen den Industriebeschäftigten und der Einwohnerzahl. Da für den Anteil der Industriebeschäftigten aber die Gesamtzahl der Erwerbspersonen die entscheidende Bezugsgröße ist, wird der Industriebesatz hier als Beziehung zwischen Industriebeschäftigten und Erwerbspersonen benutzt. Im Gegensatz zum Land Niedersachsen (0,25) betrug er 1961 im Untersuchungsgebiet 0,33 [2] Industriebeschäftigte je Erwerbsperson. Während im Landesdurchschnitt also auf 4 Erwerbspersonen 1 Industriebeschäftigter entfällt, ergibt sich im Stadt- und Kreisgebiet zusammen eine Relation von 3:1. Industriedichte und Industriebesatz sind Ausdruck einer stärkeren Industrialisierung des Hildesheimer Raumes im Vergleich zum Landesdurchschnitt.

Im Jahre 1963 zählte die Industrie (Stadt und Landkreis) 272 Betriebe. Davon waren jedoch 45,5 v.H.[3] (Land Niedersachsen = 44,1 v.H.) Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Hervorzuheben ist dabei die Entwicklung des Anteils dieser Betriebe im Zeitablauf. Während im Jahre 1955 die Industriebetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten im Landkreis Hildesheim-Marienburg (Land Niedersachsen) noch mit 56,2 v.H.[4] (44,6 v.H.) an der Zahl der Industriebetriebe beteiligt waren, sank dieser Anteil für 1959 auf 50,4 v.H.[5] (41,8 v.H.) ab. Die Erklärung ist sowohl in der betrieblichen

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 17 und "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 8 und 10.

2) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1961", a.a.O., S. 3 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 19 und 21.

3) Ebenfalls berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 17.

4) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1955", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Wirtschaftsstatistik , Heft 16, Hannover, 1956, S. 10 und 12.

5) Berechnet aus:"Die Industrie in Niedersachsen 1959", in: Statistik von Niedersachsen,Bd. 5, a.a.O., 1961, S. 13.

Expansion als auch in zunehmender betrieblicher Konzentration und der Verdrängung kleinerer Betriebe zu sehen. Nach diesem Rückgang stieg der Anteil bis 1963 für den Landkreis (Land Niedersachsen) wieder auf 54,0 v.H. (44,1 v.H.) an, wobei die Gründung von Filialbetrieben und die Auslagerung von Teilfertigungen aus industriellen Ballungsgebieten entscheidend mitgewirkt haben dürften. Da die Industriebetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten im September 1963 im Stadt- und Landkreis nur 1,6 v.H. der Gesamtbeschäftigten stellten, bei einem Anteil von 2 v.H. [1] am industriellen Gesamtumsatz im September 1963, bleiben sie bei der folgenden Analyse unberücksichtigt. Regional größere Bedeutung hatten sie im Landkreis in der Söhlder Kreideindustrie und bei der Käseherstellung in Harsum. In den letzten Jahren hat aber auch hier eine starke betriebliche Konzentration stattgefunden. In der früher überwiegend handwerklich betriebenen Kreideherstellung arbeiten 1965 drei Betriebe mit kapitalintensiven Produktionsverfahren.

Nach dem Stand vom 1. April 1965 waren in der Stadt und im Landkreis Hildesheim-Marienburg 150 Industriebetriebe[2] mit 10 und mehr Beschäftigten vorhanden. Davon entfielen 80 auf das Kreisgebiet und 70 auf die Stadt Hildesheim. Über die Entwicklung der Betriebe, Beschäftigten und Monatsumsätze unterrichtet die folgende Tabelle:

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 17.

2) Berechnet aus Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Hildesheim.

Tabelle 10:

Betriebe, Beschäftigte und Umsätze in ausgewählten Gebieten für den Zeitraum 1955 bis 1963.

Gebiet	Jahr		Industrie insgesamt[1]		
			Betriebe (10 und mehr Beschäftigte)	Beschäftigte	Umsatz in[2] 1.000 DM
			Ende September		im September
			1	2	3
Niedersachsen	1963	1	5.127	742.512	2.857.319
	1961	2	4.786	732.449	2.494.500
	1959	3	4.501	673.380	2.065.950
	1957	4	4.482	658.543	---- [3]
	1955	5	4.596	610.839	1.537.580
Stadt- u. Landkreis Hildesh.-Marienburg	1963	6	150	29.241	84.999
	1961	7	141	30.342	76.492
	1959	8	138	29.044	68.082
	1957	9	133	26.405	----
	1955	10	142	23.875	48.898
Hildesheim, Stadt	1963	11	71	18.147	49.632
	1961	12	67	18.436	42.719
	1959	13	65	18.201	39.609
	1957	14	66	15.551	----
	1955	15	72	14.062	25.976
Landkreis Hildesh.-Marienbg.	1963	16	79	11.094	35.367
	1961	17	74	11.906	33.773
	1959	18	73	10.843	28.473
	1957	19	67	10.854	----
	1955	20	70	9.813	22.922

1) Ohne Bauindustrie und Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgungsbetriebe.

2) Ohne Umsatz in Handelsware, jedoch einschl. Verbrauchssteuern. Die amtliche Statistik weist nur die Septemberumsätze aus.

3) Umsätze nicht veröffentlicht.

Quellen: Zeilen 1, 11 und 16, Spalten 1-3: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32. - Zeilen 2, 12 und 17, Spalten 1-3: "Die Industrie in Niedersachsen 1961", a.a.O., S. 18. - Zeilen 3, 13 und 18, Spalten 1-3: "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27. - Zeilen 4, 14 und 19, Spalten 1-3: "Die Industrie in Niedersachsen 1957", in: Statistische Berichte E,I,2/j/57, Hannover, 1958, S. 8. - Zeilen 5, 15 und 20, Spalten 1-3: "Die Industrie in Niedersachsen 1955", a.a.O., S. 5 und 6. - Zeilen 6-10, Spalten 1-3: Berechnet aus Zeilen 11-20.

Sowohl das Stadt- als auch das Kreisgebiet sind seit 1957 durch eine Zunahme der Betriebe gekennzeichnet, wobei das letztere einen stärkeren Zuwachs aufweist. In allen aufgeführten Regionen ist eine Erhöhung der Umsätze je Beschäftigten festzustellen. Dieser Umsatzzuwachs findet seine Erklärung u. a. in dem verstärkten Einsatz des Produktionsfaktors Kapital in der Form zunehmender Automatisierung, welche durch die Unergiebigkeit des Arbeitsmarktes im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich wurde. Bei den Umsätzen je Beschäftigten zeigen sich zwischen dem Land Niedersachsen (im September 1963 = 3.850 DM), Hildesheim-Marienburg (3.160 DM) und besonders der Stadt Hildesheim (2.740 DM) starke Unterschiede. Da dieser aggregierte Industrieumsatz jedoch weder die Zahl der Produktionsstufen noch den Anteil der Vorleistungen angibt, hat der Vergleich der Umsatzwerte auf dieser Basis kaum Aussagekraft für die Optimalität der Faktorkombination.

2. Branchenstruktur.

Von den 150 Industriebetrieben des Untersuchungsraumes entfallen auf die einzelnen Industriebereiche:

1. Bergbau	4
2. Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	45
3. Investitionsgüterindustrie ..	33
4. Verbrauchsgüterindustrie	38
5. Nahrungs- und Genußmittelindustrie	30
insgesamt	150 [1]

Da die Zahl der Betriebe wegen der unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur in den einzelnen Industriezweigen für einen Branchenaufriß nicht als sehr geeignet erscheint, werden im folgenden die Septemberumsätze im Jahre 1963 benutzt. Hierbei zeigen sich die regionalen Besonderheiten der einzelnen Industriebereiche.

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41.

Tabelle 11:

Anteile der einzelnen Industriebereiche am industriellen Gesamtumsatz in v.H. im September 1963 in ausgewählten Gebieten.

Industriebereiche		Hildesheim	Hildesh.-Marienbg.	Hildesheim und Hildesh.-Marienbg.	Niedersachsen
		1	2	3	4
1. Bergbau	1	---	17,3	7,2	4,4
2. Grundstoffindustrie	2	10,0	13,7	11,7	24,4
3. Investitionsgüterind.	3	80,8	26,8	58,0	40,1
4. Verbrauchsgüterind.	4	6,1	12,8	8,9	14,1
5. Nahrungs- und Genußmittelind.	5	3,1	29,4	14,2	17,0
insgesamt:		100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Zeilen 1-5, Spalten 1, 2 und 4: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32, 33, 36, 38 und 40. - Zeilen 1-5, Spalte 3: Berechnet aus: ebd., S. 32, 33, 36, 38 und 40.

Faßt man die Stadt Hildesheim und Hildesheim-Marienburg bei der Analyse der Branchenstruktur zusammen und vergleicht sie mit der des Landes Niedersachsen, so ergeben sich trotz größenmäßiger Unterschiede doch einige Übereinstimmungen. In beiden Räumen liegt der Schwerpunkt des industriellen Umsatzes bei der Investitionsgüterindustrie. Während in Niedersachsen dann die Grundstoffindustrie umsatzmäßig den zweiten Rang einnimmt, ist dies im Untersuchungsgebiet die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bei der Verbrauchsgüterindustrie und dem Bergbau ist die Reihenfolge dann wieder gleich. Daß derartige Zusammenfassungen in der Regel regionale Unterschiedlichkeiten verwischen, zeigt der Vergleich zwischen der Stadt und dem Landkreis. Die Spitzenstellung der Nahrungs-

und Genußmittelindustrie im Landkreis zeigt deutlich die hohe Ertragskraft und vor allem die große Bedeutung der hier ansässigen Landwirtschaftsbetriebe als Rohstoffbasis für die darauf aufbauende Industrie. Diese Interdependenz wird bei der Frage nach den industriellen Wachstumsmöglichkeiten mit zu berücksichtigen sein. Der Hauptanteil des Umsatzes der Nahrungs- und Genußmittelindustrie entfällt dabei auf die Zuckerindustrie, getreideverarbeitende Industrie und die Milchverwertung. Für das Jahr 1963 ergibt sich für die Zuckerindustrie ein Anteil von 30 v.H.[1] am Septemberumsatz der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Da für die Jahre 1961[2] und 1959[3] jedoch ein konstanter Anteil von 55 v.H. vorliegt, darf das Ergebnis von 1963 wohl als nicht repräsentativ unterstellt werden. Die Restquote verteilt sich dann auf die Milchverwertung (etwa 6 v.H.) und vor allem auf die Mühlenindustrie. Den zweiten Rang nimmt dann die Investitionsgüterindustrie ein, an deren Umsatz der Maschinenbau mit 23 v.H. und die elektrotechnische Industrie mit 49 v.H. teilhaben. Es folgt dann der Kalibergbau mit etwa 16 v.H.[4] am industriellen Gesamtumsatz des Kreises.[5]

In der Stadt Hildesheim hingegen liegt eine ganz andere Branchenstruktur vor. Hier dominiert mit weitem Abstand die Investitionsgüterindustrie. Davon stellt die elektrotechnische Industrie mit 75 v.H. des Septemberumsatzes der In-

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 und 41.

2) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1961", a.a.O., S. 18 und 27.

3) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27 und 36.

4) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32.

5) Die amtliche Statistik gibt für die 3 Kalibergwerke und einen Erdölgewinnungsbetrieb einen Umsatz im September 1963 von 6.133.000 DM an. Die weitere Aufgliederung unterbleibt aus Geheimhaltungsgründen. Da das Mölmer Erdölfeld nur noch geringe und ständig sinkende Mengen fördert, erscheint der Anteil des Kalibergbaus kaum als zu hoch gegriffen.

vestitionsgüterindustrie bzw. mit 60 v.H.[1] des industriellen Gesamtumsatzes der Stadt den Hauptanteil. Der Maschinenbau stellt dagegen nur 7 v.H. des Umsatzes der Investitionsgüterindustrie; hingegen ist die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie mit 16,5 v.H. am Umsatz dieser Industrie beteiligt. Bei dem hohen Prozentsatz der Investitionsgüterindustrie ist jedoch zu berücksichtigen, daß statistisch auch Firmen wie die Blaupunkt-Werke (Herstellung von Radio- und Fernsehempfangsgeräten) unter die Investitionsgüterindustrie eingeordnet werden, obwohl eine Zuordnung zum Verbrauchsgütersektor als repräsentativer erscheint. Es folgen dann die Grundstoff-, Verbrauchsgüter- und Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die zusammen knapp 20 v.H. des industriellen Gesamtumsatzes der Stadt stellen. An dem Umsatz der Grundstoffindustrie führt die Chemie mit 18,3 v.H. vor dem Industriezweig Steine und Erden (14,7 v.H.). An der Verbrauchsgüterindustrie ist die Bekleidungsindustrie umsatzmäßig mit 56 v.H.[2] (Druck- und Vervielfältigungsindustrie = 28 v.H.) am stärksten beteiligt.

Das Bild dieser ersten Grobgliederung nach Industriebereichen kann durch eine weitere Untergliederung nach Industriezweigen noch verfeinert werden. Die Reihenfolge der umsatzstärksten Industriezweige, gemessen am Septemberumsatz des Jahres 1963, lautet dann:

---

1) Errechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32, 36 und 37.

2) Berechnet aus: Ebd., S. 32-41.

Tabelle 12:

Monatsumsätze ausgewählter Industriezweige im September 1963 in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg.

Umsatz im Sept. 1963 in Mill. DM

Hildesheim-Marienburg		Hildesheim	
1. Kalibergbau	etwa 6	29,68	1. Elektrotechn.Industrie
2. Zuckerindustrie	6,5[1)]	6,63	2. Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
3. Elektrotechn.Industrie	4,65	2,80	3. Maschinenbau
4. Papier und Pappe verarb. Industrie	3,77	1,70	4. Bekleidungsindustrie
5. Mühlenindustrie	etwa 3	1,61	5. Ernährungsindustrie
6. Industrie der Steine und Erden	3,07	0,93	6. Chemie
7. Maschinenbau	2,64[2)]	0,85	7. Druck- und Vervielfältigungsindustrie
8. Kautschukindustrie	1,39	0,75	8. Industrie der Steine und Erden
9. Milchverwertung	0,59	0,53	9. Stahlbau
10. Textilindustrie	0,34	0,19	10. Holzverarb. Industrie
		0,18	11. Sägewerke und holzbearb. Industrie

1) Aus bereits dargelegten Gründen wird der Wert von 1962 eingefügt. Siehe hierzu: "Die Industrie in Niedersachsen 1962", a.a.O., S. 23.

2) Da Septemberumsatz 1963 unveröffentlicht, wurde der Wert für 1962 verwendet. Vgl. "Die Industrie in Niedersachsen 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 40, Hannover, 1963, S. 19.

Quellen: Alle Zahlenangaben entnommen aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41.

Im Gegensatz zur Stadt Hildesheim, die durch die überragende Stellung der elektrotechnischen Industrie Anzeichen einer Monostruktur aufweist, erscheint die Branchenstruktur des Landkreises wesentlich ausgeglichener. Bei kurzfristiger Betrachtung tritt der Einfluß der branchenmäßigen Zusammensetzung einer Region im Verlauf der Konjunkturschwankungen besonders deutlich hervor. Regionen mit monoindustrieller Struktur werden wirtschaftlich viel stärker von Konjunkturrückgängen getroffen, da es kaum Ausweichmöglichkeiten in andere Beschäftigungen gibt. Unterstellen wir einmal, daß der Absatz der Produkte der

elektrotechnischen Industrie (z.B. Radio-, Fernseh-, Tonbandgeräte, elektrotechnische Zubehörteile der Kraftwagenindustrie, Beleuchtungskörper usw.) stark einkommenselastisch ist (diese Annahme dürfte nicht allzu praxisfern sein); dann würden bei einem gesamtwirtschaftlichen Rückgang der Einkommen die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Industriezweig besonders stark zurückgehen und damit das regionale Sozialprodukt stark abnehmen, was sich im Sinne eines multiplikativen Effekts auch auf andere Wirtschaftszweige auswirken könnte. Unter Einbeziehung des räumlichen Aspekts darf die Forderung nach branchenmäßiger Streuung der Industriebetriebe zwecks Risikominderung[1] jedoch auch nicht zum anderen Extrem führen, daß beispielsweise in der Stadt Hildesheim unter allen Umständen Betriebe anderer Industriezweige errichtet werden müßten. Entscheidend ist vielmehr die Branchenstruktur innerhalb eines Wirtschaftsraumes, also eines flächenhaften Gebildes. So schwächt die branchenmäßige Zusammensetzung der Industriebetriebe im Landkreis Hildesheim-Marienburg, der das Stadtgebiet von allen Seiten umschließt, die Ansätze monoindustrieller Branchenstruktur schon stark ab. Entscheidenden Einfluß haben dabei der Kalibergbau, die Papier und Pappe verarbeitende Industrie, die Industrie der Steine und Erden, der Maschinenbau, die Kautschukindustrie und in ganz besonderem Umfang die Ernährungsindustrie. Da die Nachfrage nach den Grundnahrungsmitteln (u.a. Mehl und Zucker) nur wenig einkommenselastisch ist, wird bei einer Einkommensminderung die Nachfrage nach diesen Gütern nur in geringerem Umfang zurückgehen.

Polyindustrielle Branchenstrukturen haben außerdem noch den Vorteil, daß bei Änderungen der Nachfragestruktur der Wirtschaftssubjekte die strukturell erforderlichen Anpassungsprozesse gemäßigter verlaufen, da Wandlungen der Nachfragestruktur (bei gleichbleibender Sparquote) keine Nachfrageminderung, sondern nur eine Verlagerung darstellen.

Die Werte für den Industriebesatz und die Industriedichte waren als Hinweis für eine stärkere Industrialisierung des Untersuchungsgebietes im Vergleich zum Land Niedersachsen gedeutet worden. Das Ausmaß der Industriebeschäftigung sagt

[1] Vgl. hierzu die Ausführungen im zweiten Teil der Untersuchung, S. 149 f.

jedoch noch nichts aus über die ökonomischen Leistungen der vorhandenen Betriebe. Trotz der methodischen Bedenken (s.o.) soll der Umsatz je Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen zur Kennzeichnung der industriellen Produktionsstruktur und des Standes der Industrialisierung im Vergleich zum Land Niedersachsen herangezogen werden. Dabei ergibt sich, daß in Hildesheim-Marienburg die Industriezweige Sägewerke und holzbearbeitende Industrie, Papier und Pappe verarbeitende Industrie, der Maschinenbau und die Textilindustrie einen gleich hohen bzw. höheren Umsatz je Beschäftigten aufweisen als im Landesdurchschnitt. In der Stadt Hildesheim sind es dagegen folgende Industriezweige: Stahlbau, elektrotechnische Industrie, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Bekleidungs- und Ernährungsindustrie. Der durchschnittliche Monatsumsatz je Beschäftigten bei den in Tabelle 13 aufgeführten Industriezweigen ergibt für September 1963 die Werte:

1. Land Niedersachsen ..... = 3.460 DM/Beschäftigten[1)]
2. Hildesheim-Marienburg .. = 3.200 DM/Beschäftigten
3. Hildesheim ..... = 2.740 DM/Beschäftigten
4. Stadt Hildesheim und Landkreis zusammen ..... = 2.900 DM/Beschäftigten[2)]

Über die Einzelheiten unterrichtet Tabelle 13:

---

1) Da in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg nicht alle niedersächsischen Industriezweige vertreten sind, werden für die Errechnung des Landeswertes nur die Industriezweige herangezogen, welche im Stadt- bzw. Landkreis Hildesheim-Marienburg ebenfalls vorhanden sind.

2) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41.

Tabelle 13:

Durchschnittlicher Monatsumsatz[1] je Beschäftigten[2] (in DM) im Jahre 1963 in den einzelnen Industriezweigen.

Industriezweig	Hildesheim	Hildesheim-Marienburg	Niedersachsen
Kalibergbau	----[3]	2.580[4]	2.980
Chemie	2.940	----	4.260
Industrie der Steine und Erden	2.660	2.980	3.620
Sägewerke und holzbearb. Industrie	----	4.660	3.400
Kautschukindustrie	----	1.930	3.400
Stahlbau	3.540	----	3.140
Maschinenbau	1.690	2.600[5]	2.600
Elektrotechn. Ind.	3.240	2.480	3.120
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	3.080	----	2.860
Holzverarb. Industrie	1.390	----	2.500
Papier und Pappe verarb. Industrie	840[5]	5.300	3.050
Druck- und Vervielfältigungsindustrie	1.760	----	1.890
Textilindustrie	----	3.980	2.800
Bekleidungsindustrie	2.340	----	2.320
Ernährungsindustrie	6.940	5.420	6.470
darunter: Milchverwertung	----	7.800	13.400

1) Umsatz im September 1963.

2) Ende September 1963.

3) Industriezweig nicht vertreten bzw. keine Zahlenangaben vorhanden.

4) Enthält Umsätze aus Erdölgewinnung.

5) Werte des Jahres 1962, da für 1963 aus Geheimhaltungsgründen nicht mehr ausgewiesen.

Quelle: Alle Zahlenangaben berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41.

Unterstellen wir einmal, daß die Umsätze je Beschäftigten etwa die Arbeitsproduktivität widerspiegeln, so scheint der Anteil des Produktionsfaktors Kapital an den insgesamt eingesetzten Faktor-

mengen in der Stadt und auch im Landkreis geringer zu sein als im Landesdurchschnitt, wobei das Kreisgebiet etwas günstigere Werte aufweist. Aus dieser Erscheinung den Schluß zu ziehen, das Untersuchungsgebiet sei schlechter mit Kapital ausgestattet und habe daher im Vergleich zum Land Niedersachsen einen niedrigeren Industrialisierungsgrad, erscheint ohne weiteres nicht zulässig. Vielmehr ist die Produktionsstruktur zu berücksichtigen. Die starken Unterschiede zwischen kapitalintensiver bzw. arbeitsintensiver Produktion in einem gegebenen Zeitpunkt und Raum zeigen deutlich die, verglichen mit den anderen Industriezweigen, hohen Umsatzwerte bei der Milchverwertung, die sich kapitalintensiver Fertigungsverfahren bedient.[1] Sind beispielsweise arbeitsintensive Produktionen räumlich konzentriert, so ergeben sich zwar niedrigere Umsatzwerte je Beschäftigten im Vergleich zu einer Region, die durch kapitalintensive Produktion gekennzeichnet ist, da hier die Abschreibungen in den Umsätzen enthalten sind, aber der Industrialisierungsgrad kann dennoch der gleiche sein. Liegt auch der Umsatz je Beschäftigten für Hildesheim-Marienburg (Hildesheim) um 7,5 v.H. (20,8 v.H.) unter dem Landesdurchschnitt, so läßt dies doch noch keinen Schluß auf einen geringeren Industrialisierungsgrad zu.

Unter Zuhilfenahme eines dritten Verfahrens soll der Frage nach dem Industrialisierungsgrad weiter nachgegangen werden. Nach Hoffmann[2] liegt in der Regel bei niedrigerem Industrialisierungsgrad das Schwergewicht auf der Konsumgüterindustrie, und hier wiederum bei der Bekleidungs-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Im Gegensatz dazu weisen Wirtschaftsgebiete mit einem relativen Wachstum der Kapitalgüterindustrien

---

1) Nach den Angaben mehrerer milchverarbeitender Betriebe im Hildesheimer Gebiet entfielen im Zeitraum von 1961 bis 1964 auf 1,--DM Abschreibungsaufwand etwa 2,50 DM bis 3,--DM Lohn und gesetzlicher Sozialaufwand. - Vgl. dazu insbesondere die Ausführungen S. 25 unter Fußnote 1.

2) Vgl. Hoffmann, W., "Stadien und Typen der Industrialisierung", Jena, Fischer, 1931 (Probleme der Weltwirtschaft, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, hrsg. von B. Harms, 54), S. 95 ff. und 135 ff.

einen höheren Reifegrad auf. Erst bei fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung stellt sich tendenziell ein Gleichgewicht zwischen Konsumgüter- und Produktionsmittelindustrien ein, und die Zweige der Kapitalgüterindustrien werden kennzeichnend für den Strukturtyp. Auf der Grundlage dieses Gedankenganges und unter Verwendung des vorhandenen Materials soll ein Versuch zur Bestimmung des Industrialisierungsgrades unternommen werden. Als Vergleichsbasis dienen dabei die Werte für das Land Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 14:

Umsätze und Beschäftigte der Produktions- und Konsumgüterindustrie und ihre Relationen 1959 und 1963.

Gebiet		Umsatz[1] der Produktionsgüterindustr.[3] in 1.000 DM	Umsatz[1] der Konsumgüterindustrie[3] in 1.000 DM	Beschäftigte[2] der Produktionsgüterindustrien	Beschäftigte[2] der Konsumgüterindustrien
		1	2	3	4
Niedersachsen	1 2	1.971.707 (1.371.956[4])	885.612 (693.994)	513.854 (464.910)	228.658 (208.470)
Relation zwischen Produktions- u.Konsumgüterind.	3	2,23 : 1 (1,98 : 1)		2,24 : 1 (2,22 : 1)	
Hildesheim u. Landkr.Hild.-Marienburg	4 5	65.443 (48.933)	19.556 (19.151)	24.142 (24.494)	5.099 (4.550)
Relation zwischen Produktions- u.Konsumgüterind.	6	3,34 : 1 (2,56 : 1)		4,75 : 1 (5,4 : 1)	
Bundesgebiet	7 8	205.876.275[5] (148.243.228)	99.822.203[5] (75.412.872)	5.491.543 (5.023.588)	2.478.425 (2.371.155)
Relation zwischen Produktions- u.Konsumgüterind.	9	2,1 : 1 (1,97 : 1)		2,2 : 1 (2,1 : 1)	

1) Umsätze jeweils im September.
2) Beschäftigte jeweils Ende September.
3) Die Produktionsgüterindustrien umfassen: Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und Investitionsgüterindustrie; die Konsumgüterindustrien umfassen: Verbrauchsgüterindustrie und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.
4) Die Klammerwerte beziehen sich auf das Jahr 1959.
5) Die Umsatzangaben beziehen sich ausnahmsweise auf jeweils ein ganzes Jahr.

Der Untersuchungsraum[1] ist durch eine im Vergleich zu den Werten des Landes Niedersachsen und des Bundesgebietes außerordentlich hohe Relation zwischen Produktions- und Konsumgüterindustrien nach der Umsatzverteilung gekennzeichnet. Der Unterschied beträgt etwa 50 v.H. Auch schon für das Jahr 1959 weisen Hildesheim und Hildesheim-Marienburg insgesamt einen höheren Anteil der Produktionsgüterindustrien im Vergleich zu den Konsumgüterindustrien auf. Dabei ist das umsatzmäßige Verhältnis von Produktions- zu Konsumgüterindustrien hier schneller gestiegen als in den Vergleichsgebieten.[2] Die höheren Relationswerte zeigen somit einen höheren Industrialisierungsgrad für das Untersuchungsgebiet an. Bezüglich seines Umfanges sind jedoch einige Einschränkungen zu machen. Wie schon oben aufgezeigt, werden den Investitionsgüterindustrien auch Güterkategorien zugerechnet, deren Einordnung unter die Verbrauchsgüterindustrien sinnvoller erscheint. Hier sind es vor allem einige Produkte der elektrotechnischen Industrie.[3] Der Fehler wäre unerheblich, wenn in den Vergleichsgebieten gleich hohe Umsatzanteile der Elektroindustrie gegeben wären. Da dies nicht der Fall ist,[4] werden die Produktionsgüterindustrien im Untersuchungsraum zu stark gewichtet. Die gleiche Ungenauigkeit der Abgrenzung zeigt sich auch bei Erfassung der Umsätze des Industriezweiges Fahrzeug- und Luftfahrzeugbau im Rahmen des Landes

---

Quellen: Zeilen 1 und 4, Spalten 1-4: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41. - Zeile 7, Spalten 1-4: Berechnet aus: ebd., S. 28. - Zeilen 2 und 5, Spalten 1-4: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27-36. - Zeile 8, Spalten 1-4: Berechnet aus: ebd., S. 23, und Zeilen 3, 6 und 9: Berechnet aus den jeweils vorhergehenden 2 Zeilen.

1) Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg zusammen.

2) Vgl. hierzu S. 57, Tabelle 14.

3) Dieser Industriezweig hat im Stadt- und Kreisgebiet insgesamt einen Anteil von etwa 40 v.H. am Umsatz der gesamten Industrie.

4) Im Land Niedersachsen ist die elektrotechnische Industrie nur mit 6,8 v.H. am industriellen Gesamtumsatz beteiligt. - Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 und 37.

Niedersachsen, wobei sie jedoch weniger ins Gewicht fällt.[1] Insgesamt dürfte sich damit für das Untersuchungsgebiet zwar eine Verringerung des Umsatzverhältnisses zwischen Produktions- und Konsumgüterindustrien ergeben, aber der Industrialisierungsgrad verbleibt wohl doch über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Für die Frage der Wachstumsmöglichkeiten der Industrie bietet die Zeitablaufanalyse der Branchenstruktur im Gegensatz zur Zeitpunktanalyse Informationen in größerem Umfang. Im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums können die absoluten Umsätze aller Industriezweige zunehmen. Interessanter sind daher die Veränderungen der relativen Umsatzanteile der einzelnen Industriebereiche am Gesamtumsatz. In der folgenden komparativ-statischen Analyse werden jeweils die Septemberumsätze der Jahre 1959 und 1963 miteinander verglichen. Der Kali- und Steinsalzbergbau weist im Landkreis neben der absoluten Umsatzsteigerung von 4.590.000 DM (1959) auf 6.133.000 DM (1963) auch eine Erhöhung seines Umsatzanteils von 16,1 v,H. auf 17,3 v.H.[2] auf. Eine Erhöhung des relativen Umsatzanteils bedeutet zugleich, daß in dem betreffenden Industriebereich eine höhere Zuwachsrate vorliegt als im Durchschnitt der gesamten Industriebereiche. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie läßt sich für den Landkreis die gleiche Entwicklung nachweisen. (1959: Umsatzanteil von 11,9 v.H.; 1963: 13,7 v.H.) Hingegen im Stadtgebiet liegt eine Abnahme vor. (1959: 11,5 v.H.; 1963: 10 v.H.)[3] Das gleiche gilt auch für Niedersachsen. Sowohl das Land Niedersachsen (1959: 34,4 v.H.; 1963: 40,0 v.H.), die Stadt Hildesheim (1959: 78 v.H.; 1963: 80,8 v.H.) und auch das Kreisgebiet (1959: 19,3 v.H.; 1963: 26,8 v.H.) weisen für die

---

1) Der umsatzmäßige Anteil dieses Industriezweiges beträgt etwa 19 v.H. - Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 und 37.

2) Berechnet aus: ebd., S. 32 f., sowie "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27 f.

3) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 f., sowie "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27 f.

Investitionsgüterindustrien eine beträchtliche Erhöhung ihres Umsatzanteils am Gesamtumsatz der Industrie auf. Dabei hat Hildesheim-Marienburg die größte Anteilserhöhung. Die Untersuchung der Umsatzanteile der Verbrauchsgüterindustrien erbringt für Hildesheim und Niedersachsen etwa gleichbleibende Quoten (6,1 v.H. bzw. 14,0 v.H.). Im Kreisgebiet liegt jedoch eine Erhöhung von 8,8 v.H. auf 12,8 v.H. vor.[1] Die Erhöhung der Umsatzanteile der bisher besprochenen Industriezweige im Kreisgebiet ging im vorliegenden Zeitraum ganz zu Lasten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Ihr Anteil verringerte sich von 43,6 v.H. im Jahre 1959 bis auf 29,4 v.H. für 1963.[2] Da der Umsatzwert der Zuckerindustrie nicht als repräsentativ anzusehen ist, liegt der Umsatzanteil in normalen Erntejahren einige Prozente höher. Das negative Wachstum des Umsatzanteils läßt sich auch für Hildesheim und das Land Niedersachsen nachweisen (1959: 4,4 v.H.; 1963: 3,2 v.H. bzw. 1959: 19,5 v.H.; 1963: 17,0 v.H.).[3]

3. Betriebsgrößenverhältnisse.

Die Industriebetriebe in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg insgesamt beschäftigten im Jahre 1963 durchschnittlich 195 Arbeitskräfte je Betrieb (Hildesheim: 253, Hildesheim-Marienburg: 140) und lagen damit wesentlich über dem Landesdurchschnitt (145).[4] Zwischen den einzelnen Industriezweigen bestanden jedoch beträchtliche Unterschiede.

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41, sowie "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27-36.

2) Berechnet aus: Ebd., S. 32 und 40, sowie S. 27 und 35.

3) Ebenfalls berechnet aus der gleichen Quelle wie in Fußnote 2.

4) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32.

Tabelle 15:

Durchschnittlicher Beschäftigtenbesatz der Industriebetriebe in ausgewählten Branchen für Niedersachsen und den Untersuchungsraum im September 1963.

Industriezweig	Beschäftigte im Betriebsdurchschnitt		
	Hildesheim	Hildesheim-Marienburg	Niedersachsen
Kali- und Steinsalzbergbau	----[1]	1.135	570
Chemie	etwa 125[2]	etwa 50[2]	160
Ind.d.Steine und Erden	35	55	45
Kautschukindustrie	----	180	610
Maschinenbau	165	----	200
Elektrotechn. Ind.	2.300	625	350
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	720	----	180
Druck- und Vervielfältigungsindustrie	54	----	54
Textilindustrie	----	21	163
Bekleidungsindustrie	72	----	90
Papier und Pappe verarb. Industrie	----	236	113
Zuckerindustrie	----	153	185
Milchverwertung	----	15	28

[1] Industriezweig im betreffenden Gebiet nicht vorhanden bzw. Zahlenangaben nicht veröffentlicht.

[2] Geschätzt aus dem von der Industrie- und Handelskammer zur Verfügung gestellten Material.

Quellen: Alle Zahlenangaben berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41.

Dabei haben vor allem die auch umsatzmäßig größten Industriezweige eine über dem Landesdurchschnitt liegende Beschäftigtenzahl je Betrieb. So die elektrotechnische Industrie, der Kalibergbau, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie und die Industrie der Steine und Erden.

Vergleicht man die Besetzung der Beschäftigtengrößenklassen mit der des Landes Niedersachsen, so zeigt sich, daß der Untersuchungsraum zwar einen gleich großen Betriebsanteil in der Beschäftigtengrößenklasse von 10 bis 49 Beschäftigten hat wie Niedersachsen (58,0 v.H. bzw. 58,5 v.H.); bei den Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten tritt jedoch der hohe Anteil dieser Betriebsgrößen im Untersuchungsraum sehr deutlich hervor (10,0 v.H., Land Niedersachsen: 5,1 v.H.).

Tabelle 16:

Verteilung der Industriebetriebe auf die Beschäftigtengrößenklassen im Untersuchungsraum und dem Land Niedersachsen.

Gebiet		Zahl der Betr.	10-49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000 u. mehr	Summe der v.H.
		1	2	3	4	5	6	7	8
Niedersachs.	1	4.915[1)]	58,5	17,0	11,5	7,9	2,9	2,2	100
Hildesheim, Stadt	2	70	54,4	24,3	8,5	4,3	2,9	5,6	100
Hildesheim-Marienburg	3	80	61,4	15,0	8,7	3,7	7,5	3,7	100
Hildesheim, Stadt und Landkreis zusammen	4	150	58,0	19,3	8,7	4,0	5,3	4,7	100

1) Angabe bezieht sich auf das Jahr 1963, ebenso alle Zahlen für Zeile 1, Spalten 1-7. Die übrigen Werte entsprechen dem Stand vom 1. April 1965.

Quellen: Zeile 1, Spalten 1-7: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 18. - Zeilen 2-4, Spalten 1-7: Berechnet aus dem von der Industrie- und Handelskammer überlassenen Material.

Das die Stadt Hildesheim und den Landkreis umfassende Gebiet ist gekennzeichnet durch kleine und mittelgroße Industriebetriebe jedoch in Verbindung mit einem auf Landesebene relativ hohen Anteil der industriellen Großbetriebe, die eine dominierende Rolle spielen. Außerdem ist die Betriebsgrößenverteilung im Landkreis ungleichmäßiger als im Stadt-

gebiet. Der Anteil der Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten beträgt im Kreisgebiet (Stadt Hildesheim) 61,4 v.H. (54,4 v.H.). Hingegen die Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten halten in Hildesheim-Marienburg (Stadt) eine Quote von 11,2 v.H. (8,5 v.H.).[1] Die Großbetriebe finden sich vor allem im Bergbau, der elektrotechnischen Industrie, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Metallgießereien, Kautschuk- sowie der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie, während die Klein- und Mittelbetriebe hauptsächlich auf die Industrie der Steine und Erden, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und den Maschinenbau (Ausnahme: Harzer Achsenwerke KG in Königsdahlum mit 751 bis 1000 Beschäftigten) konzentriert sind.

4. Regionale Verteilung der Industriebetriebe.

Die ökonomischen Aktivitäten sind stets an die Standorte der Produktionsstätten gebunden. Das nächstliegende Kriterium zur Erfassung der räumlichen Wirtschaftsstruktur ist daher die regionale Verteilung der Betriebe. Die Zahl der Betriebe allein ist jedoch wenig geeignet, denn ein großer Teil der Betriebe hat sowohl nach der Zahl der Beschäftigten als auch bezüglich der Umsätze nur geringe Bedeutung. Die regionalen Unterschiede der Betriebskonzentration sind so schwerwiegend, daß es erforderlich ist, die Betriebsgrößen in der Bemessungsgrundlage ebenfalls zu berücksichtigen.[2] Als Gewichtungsfaktor wäre beispielsweise die Beschäftigtenzahl, der Kapitaleinsatz bzw. der Umsatz oder die Nettowertschöpfung denkbar. Von entscheidender Bedeutung für die Region sind jedoch in erster Linie die Beschäftigten und die aus der Erwerbstätigkeit bezogenen Einkommen. Sind beispielsweise Betriebe vorhanden, die in großem Umfang kapitalintensiv produzieren und daher nur in geringem Umfang Arbeitskräfte beschäftigen, so ergeben sich in der Regel

---

1) Vgl. hierzu S. 62, Tabelle 16.

2) Vgl. insbesondere Kloten, N., "Wandlungen der industriellen Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland", in: Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 26, Berlin, 1962, S. 290.

hohe Umsatzwerte je Beschäftigten. Werden außerdem Rohstoffe und Investitionsgüter aus anderen Regionen bezogen und werden die Kapitaleinkommen räumlich transferiert, so ist der Einkommenseffekt für die betreffende Region nur gering, was aus den Umsatzwerten nicht ohne weiteres hervorgeht. Verwendet man hingegen die Beschäftigtenzahl als Wägungsfaktor und berücksichtigt man, daß die räumliche Transferierung von Arbeitseinkommen im Gegensatz zu Kapitaleinkommen in der Regel weniger umfangreich ist, so erscheint der vorgeschlagene Wägungsfaktor aussagekräftiger in bezug auf das regional entstehende bzw. in gewissem Umfang auch verwendete Einkommen und bezüglich der Verteilung der Industriebetriebe.

Nach der Zahl der Betriebe führt die Stadt Hildesheim (70). Ihr folgen dann Sarstedt, Bockenem, Hasede und Himmelsthür. Die gewichtete Industriezahl zeigt jedoch eine weitgehend andere regionale Gliederung an. Bezüglich der Betriebsanhäufung liegt die Stadt Hildesheim immer noch an der Spitze (236). Danach kommen Bad Salzdetfurth (55), Sarstedt (41), Bockenem (29), Königsdahlum und Groß Giesen liegen gleichauf (20), Emmerke (17) und Borsum (16).[1] Bis auf die nordöstlich von Hildesheim gelegene Gemeinde Borsum liegen alle anderen auf einer Linie, die sich von Nordwesten (Sarstedt) nach Südosten (Bockenem) durch das gesamte Kreisgebiet erstreckt. Das Schwergewicht der Betriebsanhäufungen unter Berücksichtigung der Beschäftigtenzahlen liegt somit eindeutig im Westen des Untersuchungsgebietes. Die räumliche Verteilung der Industriebetriebe ist dabei sowohl durch die Rohstoffvorkommen als auch durch andere Standortfaktoren, wie sie sich deutlich bei der Industrie der Steine und Erden nachweisen lassen, bestimmt.

Die natürliche Grundlage für den Bergbau im Kreisgebiet stellen die Kali- und Steinsalze sowie in geringerem Umfang die Erdöllagerstätten dar. Von den im Herbst 1964 betriebsbereiten vier Kaliwerken förderten jedoch nur zwei ganzjährlich. Nach der Zahl der Beschäftigten im Herbst 1964 lag das Kaliwerk Salzdetfurth (Salzstock des Hildesheimer Waldes) mit 1.260 an der Spitze. Das etwas kleinere Kali-

---

1) Vgl. hierzu S.65 f., Tabelle 17.

Tabelle 17:

Die regionale Verteilung der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in der Stadt Hildesheim und im Landkreis am 1. April 1965 nach der Zahl der Betriebe, Beschäftigtengrößenklassen und Industriezweigzugehörigkeit.

	Gemeinde	Zahl d. Betriebe	Gewichtete Zahl d. Betriebe [1]	Beschäftigtengrößenklasse	Industriezweig [2]
1.	Ahrbergen	1	2	51 - 100 = 1	N = 1
2.	Algermissen	4	7	10 - 50 = 3 101 - 200 = 1	G = 2; V = 1; N = 1
3.	Asel	1	1	10 = 50 = 1	G =1
4.	Bad Salzdetfurth	3	55	über 1000 = 2 501 - 750 = 1	B = 1; I = 2
5.	Bettrum	1	1	10 - 50 = 1	N = 1
6.	Bockenem	7	29	10 - 50 = 4 101 - 200 = 1 201 - 300 = 1 501 - 750 = 1	G = 3; V = 1; N = 3
7.	Bodenburg	1	1	10 _ 50 = 1	V = 1
8.	Bolzum	1	1	10 - 50 = 1	N = 1
9.	Borsum	2	16	10 - 50 = 1 501 - 750 = 1	G = 1; I = 1
10.	Bültum	1	1	10 - 50 = 1	G = 1
11.	Derneburg-Astenbeck	1	1	10 - 50 = 1	N = 1
12.	Diekholzen	2	4	51 - 100 = 2	B = 1; G = 1
13.	Dingelbe	1	2	51 - 100 = 1	N = 1
14.	Dinklar	1	6	201 - 300 = 1	N = 1
15.	Emmerke	3	17	10 - 50 = 2 501 - 750 = 1	G = 2; V = 1
16.	Farmsen	1	1	10 - 50 = 1	G = 1
17.	Garmissen-Garbolzum	1	1	10 - 50 = 1	V = 1
18.	Giften	1	1	10 - 50 = 1	G = 1
19.	Gleidingen	2	2	10 - 50 = 2	G = 1; V = 1
20.	Groß Düngen	1	1	10 - 50 = 1	N = 1
21.	Groß Giesen	1	20	751 - 1000 = 1	B = 1
22.	Groß Lobke	1	1	10 - 50 = 1	N = 1
23.	Harsum	2	3	10 - 50 = 1 51 - 100 = 1	I = 1; N = 1
24.	Hasede	5	6	10 - 50 = 4 51 - 100 = 1	G = 1; V = 2; N = 2
25.	Heisede	1	1	10 - 50 = 1	G = 1
26.	Himmelsthür	5	6	10 - 50 = 4 51 - 100 = 1	I = 2; V = 2; N = 1
27.	Hoheneggelsen	1	1	10 - 50 = 1	G = 1
28.	Holle	1	1	10 - 50 = 1	N = 1

29. Königsdahlum	1	20	751 - 1000 = 1	I = 1
30. Marienburg	2	2	10 - 50 = 2	I = 1; N = 1
31. Ochtersum	2	5	10 - 50 = 1 101 - 200 = 1	G = 1; N = 1
32. Östrum	1	6	201 - 300 = 1	N = 1
33. Sarstedt	13	41	10 - 50 = 7 51 - 100 = 3 101 - 200 = 2 über 1000 = 1	G = 6; I = 5; V = 1; N = 1
34. Schellerten	1	2	51 - 100 = 1	N = 1
35. Söhlde	4	4	10 - 50 = 4	G = 3; I = 1
36. Sottrum	1	4	101 - 200 = 1	G = 1
37. Ummeln	1	2	51 - 100 = 1	G = 1
38. Wehmingen	1	4	101 - 200 = 1	I = 1
Landkreis Hildesheim-Marienburg insgesamt	80		10 - 50 = 49 51 - 100 = 12 101 - 200 = 7 201 - 300 = 3 501 - 750 = 4 751 -1000 = 2 über 1000 = 3	B = 3; G = 29; I = 15; V = 11; N = 22
Stadt Hildesheim	70	236	10 - 50 = 38 51 - 100 = 17 101 - 200 = 6 201 - 300 = 2 301 - 400 = 1 751 -1000 = 2 über 1000 = 4	G = 13; I = 25; V = 26; N = 6
Stadt Hildesheim und Landkreis zusammen	150		10 - 50 = 87 51 - 100 = 29 101 - 200 = 13 201 - 300 = 5 301 - 400 = 1 501 - 750 = 6 751 -1000 = 2 über 1000 = 7	B = 3; G = 42; I = 40; V = 37; N = 28

[1] Die gewichtete Betriebszahl ergibt sich aus der Zahl der Betriebe und ihrer Zugehörigkeit zu den Beschäftigtengrößenklassen. Der Wägungsfaktor wird für je 50 Beschäftigte gleich 1 gesetzt.

Beispiel: Gemeinde Bad Salzdetfurth.

Vorhanden sind 2 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten. Wägungsfaktor = 1000 : 50 = 20. Gewichtete Betriebszahl = 2 X 20 = 40, da 2 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten sich in dieser Gemeinde befinden. Ein weiterer Betrieb fällt in die Größenklasse 501-750 Beschäftigte. Der Wägungsfaktor und gleichzeitig die gewichtete Betriebszahl sindhier 15. Gewichtete Betriebszahl insgesamt: 55.

[2] Für die Abkürzungen gelten:

B = Bergbau, G = Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, I = Investitionsgüterindustrien, V = Verbrauchsgüterindustrien und N = Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

Quelle: alle Angaben zusammengestellt aus dem Material der Industrie- und Handelskammer, Hildesheim.

werk Siegfried-Giesen in Groß Giesen (Sarstedt-Sehnder Salzstock) hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 1.000 Beschäftigte. Von den verbleibenden Bergwerken dient das in Diekholzen bestehende vorwiegend Lehr- und Versuchszwecken (nur zweitweise Kaliförderung; 73 Beschäftigte im Herbst 1964) und das Kaliwerk in Sarstedt als Reservekaliwerk.[1] Teile der im Kreisgebiet noch lagernden Kalisalze werden nicht genutzt, weil ihre Förderung nicht als rentabel erscheint.

Von den Kiesvorkommen im Kreise Hildesheim-Marienburg (Innerste-, Nette- und Leinetal) sind die im Nordwesten des Kreisgebietes, im Raum Giften-Sarstedt-Gleidingen gelegenen, heute die bedeutendsten. Diese Lagerstätten haben gegenüber den anderen vor allem den Vorteil, daß sie sehr günstige Absatzbedingungen besitzen, da sie in unmittelbarer Entfernung zur Großstadt Hannover liegen. Die Kieswerke mit 10 und mehr Beschäftigten befinden sich in Giften, Heisede, Ahrbergen und Sarstedt. Mit der Einführung von Transportbeton in das Bauwesen wurden u. a. in Giften und Heisede entsprechende Anlagen errichtet. Daneben gibt es im Kreise nur noch in Diekholzen ein Betonwerk, in dem im Herbst 1964 etwa 85 Arbeitskräfte beschäftigt wurden.[2]

Noch deutlicher als bei der Kiesgewinnung läßt sich die Absatzorientierung bei der Ziegelsteinherstellung (Mauersteine) nachweisen, denn in dem Maße, in dem die Rohstoffe gleichmäßig über den Raum verteilt sind, verliert die Materialorientierung an Einfluß als standortbestimmender Faktor und andere Größen werden entscheidend. Die zur Herstellung der Ziegelprodukte erforderlichen Tone und Lehme finden sich fast im gesamten Kreisgebiet. Jedoch die Ziegelherstellung konzentriert sich beinahe ganz auf den nördlichen Teil von Hildesheim-Marienburg.[3] Von den 12 Ziegeleien im Kreisge-

---

1) Vgl. "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 230.

2) Zusammengestellt nach Unterlagen und Auskünften der Industrie- und Handelskammer Hildesheim.

3) Verteilung der Ziegeleibetriebe im Untersuchungsraum:

Algermissen	(1)	Hoheneggelsen	(1)
Asel	(1)	Ochtersum	(1)
Borsum	(1)	Sarstedt	(2)
Farmsen	(1)	Sottrum	(1)
Gleidingen	(1)	Ummeln	(1)
		Hildesheim	(1)

biet (einschließlich Hildesheim) liegt nur der Betrieb in Sottrum im südlichen Gebietsteil. Die wichtigsten Absatzgebiete sind die Räume Hannover, Peine und Braunschweig. Eine Sonderstellung nehmen dabei die Dachziegelwerke ein. Ihre im Gegensatz zu den Mauersteinen höherwertigen Produkte können eine stärkere Transportkostenbelastung tragen. So werden beispielsweise Dachziegel im nordniedersächsischen Raum, Schleswig-Holstein und bis an die dänische und holländische Grenze abgesetzt.[1)]

Im Gegensatz hierzu sind die Betriebe der Kreidegewinnung wieder stärker rohstofforientiert. Sie bestimmen die Branchenstruktur der im Osten des Landkreises gelegenen Gemeinde Söhlde. Die Absatzgebiete der Kreideprodukte erstrecken sich über die ganze Bundesrepublik und teilweise auch über das Ausland. Bei der Erzeugung liegt das Schwergewicht heute auf der Industriekreide, deren Hauptabnehmer vor allem die Kabelindustrie und die gummiverarbeitende Industrie sind (z.B. Continental Gummiwerke AG, Hannover).[2)]

Die große Bedeutung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Zucker- und Mühlenindustrie) innerhalb des Landkreises zeigte sich deutlich bei der Analyse der Branchenstruktur. Auch heute noch ist der Anbau von Zuckerrüben weitgehend an Lößboden gebunden und da dieses Anbauprodukt ein Gewichtsverlustmaterial darstellt, ist seine Verwertung weitgehend rohstofforientiert. Damit kann jedoch die bestehende starke Besetzung mit Zuckerfabriken nicht mehr erklärt werden. Durch die Entwicklung des Transportwesens ist es möglich, die Rohprodukte über größere Entfernungen zu befördern. So bezogen beispielsweise einige Zuckerfabriken in den vergangenen Jahren Zuckerrüben aus Nachbarkreisen, weiterhin aus Bayern und Schleswig-Holstein und sogar aus Dänemark, um die Kapazitätsreserven auszunutzen.[3)] Die

---

1) Zusammengestellt nach den Umfrageergebnissen. Vgl. Fußn. 3.
2) Zusammengestellt nach den Angaben mehrerer Betriebe.
3) Zusammengestellt aus den Umfrageergebnissen. Vgl. S. 25, Fußn. 1.

relativ große Anzahl der Verarbeitungsbetriebe ist historisch bedingt, und die Betriebe befinden sich in einem strukturellen Anpassungsprozeß,[1] wie die Stillegungen in Algermissen und Groß Düngen, sowie die Fusion der Zuckerfabrik Ahstedt-Schellerten mit einem anderen Betrieb zeigen. Von den im Jahre 1965 noch arbeitenden sechs Zuckerfabriken[2] sind vier direkt am Rande der Hildesheimer Börde gelegen und zwar in Dinklar, Dingelbe, Harsum und Ahstedt-Schellerten. Weitere Betriebe befinden sich in Bockenem und Östrum.

Die Betriebe der Mühlenindustrie haben ihre Standorte in Hasede (2) und Sarstedt (1), wo sich eine der größten Mühlen Niedersachsens befindet. Die restlichen Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind über das Untersuchungsgebiet verteilt.

Die sich nach der gewichteten Betriebszahl ergebenden örtlichen Zentren beherbergen außerdem noch folgende Betriebe:

Bad Salzdetfurth:	Antennenwerk	über 1000	Beschäftigte
	Betrieb der elektrotechn. Industrie ...	501-750	"
Bockenem:	Maschinenbau	10-50	"
	Sägewerk und Holzbearbeitung	10-50	"
	Moosgummifabrik	501-750	"
	Eisen-, Stahl- und Metallgießerei	101-200	"
Königsdahlum:	Maschinenbau	751-1000	"
Sarstedt:	Chemische Industrie.	10-50	"
	Kohlensäure-Automatenfabrik	51-100	"
	Gummiwarenfabrik ...	10-50	"
	Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie	über 1000	"
	Papier verarb. Ind.	101-200	"
	Gummiverarbeitung (2)	10-50	"

Quelle: Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Hildesheim.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der regionalen Ver-

---

1) Die Anpassungen werden teilweise recht erheblich durch die Rechtsform der Zuckerfabriken als Aktiengesellschaften mit vinkulierten Namensaktien erschwert. Die Aktionäre unterliegen dadurch einer Rübenablieferungspflicht gegenüber ihrer Gesellschaft.

2) Errechnet aus den Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Hildesheim.

teilung der Industriebetriebe stellt sich die Frage nach der Konzentration bzw. der Streuung der Produktionsstätten im Raum. Unter den möglichen Erscheinungsformen einer Konzentration interessieren hier die Bevölkerungsdichte (Wohnbevölkerung je Flächeneinheit = qkm), der Industriebesatz im oben definierten Sinn und vor allem die Industriedichte. Da diese Beziehungszahlen für sich allein nur geringe Aussagekraft besitzen, werden sie mit den Werten gleich- bzw. übergeordneter Räume (Kreisgebiet bzw. Landes- und Bundeswerte) verglichen. Dabei ist zu bedenken, daß die Werte des Konzentrationsmaßes von der gewählten regionalen Aufgliederung abhängen. Es ist anzunehmen, daß die Unterschiede umso stärker hervortreten, je kleiner die gewählten Gebietseinheiten sind. Die Stellung des Untersuchungsraumes verdeutlicht die anschließende Tabelle:

Tabelle 18:

Bevölkerungsdichte,[1] Industriebesatz[2] und Industriedichte[3] in ausgewählten Gebieten.

Gebiet		Bevölk.-dichte 1964	Industr.-besatz 1961	Industriedichte[4]		
				1963	1955	Zuwachsraten von 1955-1963
		1	2	3	4	5
Bundesgebiet	1	233	0,31[5]	33,2	---	---
Niedersachsen	2	143	0,25	16	13,2	21 v.H.
Hildesheim u. Hildesh.-M.	3	312	0,33	44,6	36,3	23 v.H.
Hild., Stadt	4	3.058	0,44	563	436	29 v.H.
Hannov.„Stadt	5	4.215	0,43	910	650	40 v.H.
Hann. Stadt- u. Landkreis	6	1.200	0,40	235	172	37 v.H.
Peine, Landkr.	7	243	0,41	40	37	8 v.H.
Burgdorf, "	8	146	0,16	9,6	9,4	2 v.H.
Alfeld, "	9	162	0,30	20,4	21,7	- 6 v.H.
Gandersheim, Landkreis	10	146	0,31	19,6	18,6	5 v.H.
Springe, Ldkr.	11	155	0,24	16,5	16,9	- 2 v.H.

1) Bevölkerungsdichte = Wohnbevölkerung/Gebietsfläche (in qkm).

2) Industriebesatz = Industriebeschäftigte / Erwerbspersonen.

3) Industriedichte = Industriebeschäftigte/Gebietsfläche (in qkm).

4) Für die Flächengröße wurde der Gebietsstand vom 6.6.1961 herangezogen.

5) Für die Industriebeschäftigten wurde der Wert von 1963 für das Bundesgebiet verwendet.

Die Auswertung der Angaben über die Bevölkerungs- und Industriedichte zeigt, daß bis auf den Landkreis Burgdorf ein enger Zusammenhang zwischen diesen Größen besteht. Diese Erscheinung kann insofern Bedeutung für die Entwicklung des künftigen Industrialisierungsgrades erlangen, da sich für die Stadt Hildesheim und besonders für Hildesheim-Marienburg bei der Bevölkerungsanalyse ein Ansteigen der Wohnbevölkerung ergab.

Besonders auffallend ist die Entwicklung der Zuwachsraten der Industriedichte in dem Zeitraum von 1955 bis 1963. So weisen die Gebiete mit relativ hohen Zahlen für die Industriedichte im Jahre 1955, vom Landkreis Peine abgesehen, auch höhere Zuwachsraten auf. Zur Erklärung von empirischen Betriebsanhäufungen im Raum bedient sich die Raumwirtschaftstheorie des Modells der multiplikativen Prozesse. Sind beispielsweise Rohstoffe (Gewichtsverlustmaterialien) räumlich konzentriert, so ziehen sie entsprechende Betriebe heran. Der Zustrom von Arbeitskräften bewirkt eine verstärkte Nachfrage nach Gütern. Dadurch werden wiederum bedarfsorientierte Industriezweige herangezogen. Das Wachstum des Arbeitskraftpotentials vermag möglicherweise wieder arbeitsorientierte Produktionen zur Standortgründung in diesem Raum zu bewegen. Dieser sich ständig verstärkende Prozeß bewirkt so nicht nur eine Betriebskonzentration in einem gegebenen Raum, sondern

---

Quellen: Zeilen 1 und 2, Spalte 1: Entnommen aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 318. - Zeilen 3-11, Spalte 1: Berechnet aus: Ebd., S. 12 f. und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61," Teil 1, a.a.O., S. 14 und 16. - Zeile 1, Spalte 2: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 322 und 326. - Zeilen 2-11, Spalte 2: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1961", a.a.O., S. 3 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 19 und 21. - Zeile 1, Spalte 3: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 318 und 326. - Zeilen 2-11, Spalte 3: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 17 sowie "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 14 und 16. - Zeilen 2-11, Spalte 4: Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1955", a.a.O., S. 10 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 14 und 16. - Zeilen 2-11, Spalte 5: Berechnet aus Zeilen 2-11 und Spalten 3 und 4.

zugleich auch eine Verminderung der ökonomischen Aktivitäten in anderen Räumen. Somit erzeugt ein einmal in Gang gekommener Konzentrationsprozeß ständig neue Konzentrationen. So weist beispielsweise die Stadt Hannover mit der höchsten Industriedichte für das Jahr 1955 auch zugleich die höchste Wachstumsrate dieser Kennziffer auf. In der Reihenfolge des Zuwachses kommt dann der Landkreis Hannover. Es folgen die Stadt Hildesheim und das Kreisgebiet. Die Landkreise mit der niedrigsten Industriedichte 1955 (Burgdorf, Springe und Gandersheim) haben zugleich auch das geringste Wachstum (2 v.H.,-2 v.H. und 5 v.H.).[1] Trotz der zahlreichen Einflußfaktoren scheint damit doch in groben Zügen die multiplikative Konzentrationsbewegung empirisch bestätigt und läßt cet. par. für die Zukunft eine steigende Attrahierungskraft des Untersuchungsraumes erwarten.

Ob diese Entwicklungstendenz unter Berücksichtigung des räumlichen Aspektes positiv zu bewerten ist, hängt u. a. davon ab, welchen Grad der Konzentration das Untersuchungsgebiet aufweist. Sind für ihn die Konzentration oder die Streuung kennzeichnend? Zu bedenken ist dabei stets, daß Konzentration bzw. Streuung immer relative Größen sind. Im Vergleich der Werte der Industriedichte für das Jahr 1963 zeigt sich, daß Stadt und Kreis Hildesheim nicht nur über dem bezogen auf Bundesebene extrem niedrigen Landeswert liegen, sondern auch über dem Wert des Bundesgebietes und der benachbarten Landkreise mit Ausnahme von Hannover. Mit der Kennzeichnung des Großraumes Hannover als Ballungsgebiet kann die räumliche Struktur von Hildesheim und Hildesheim-Marienburg zusammen unter Zuhilfenahme der hypothetischen Betriebszahl als schwerpunktmäßige Streuung charakterisiert werden mit den örtlichen Zentren Hildesheim, Bad Salzdetfurth, Sarstedt und Bockenem. Dabei darf das Stadtgebiet innerhalb des Untersuchungsraumes als regionales Ballungszentrum angesehen werden. Neben der räumlichen Streuung ist noch festzuhalten, daß, von Hildesheim abgesehen, außerdem auch eine vielseitige Produktionsstruktur gegeben ist.

---

[1] Vgl. dazu S. 70, Tabelle 18.

5. Versuch zur Messung und Erklärung regionaler industrieller Wachstumsunterschiede.

Das wirtschaftliche Wachstum ist in der Regel in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Rein theoretisch kann zwar die Möglichkeit eines räumlich gleichmäßigen Wirtschaftswachstums nicht ausgeschlossen werden, aber die Empirie ist weitgehend durch differenzierte Wachstumsraten gekennzeichnet. Regional unterschiedliches Wachstum kann dazu führen, daß sich die Unterschiede in der räumlichen Wirtschaftsentwicklung noch weiter verstärken. In dynamischen Wachstumsmodellen hat der Begriff des gleichgewichtigen Wachstums eine zentrale Bedeutung. Solange dabei jedoch vom Raum abstrahiert wird, können die aufgestellten Gleichgewichtsbedingungen sich jedoch nur auf ein räumlich indifferentes Gleichgewicht beziehen. Räumlich unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen können Folge eines regional ungleichgewichtigen Wachstums sein. In diesem Zusammenhang interessiert hier vor allem: Wie lassen sich derartige Entwicklungen erfassen und welches sind ihre Ursachen? Dabei ist es unter anderem wichtig zu wissen:

1. Wie groß sind die Nettoverschiebungen im Wirtschaftsvolumen der gesamten Industrie einer Gebietswirtschaft, die sich infolge regional unterschiedlicher Wachstumsraten in einem gegebenen Zeitraum zwischen den Regionen ergeben haben?

2. In welchem Umfang ist dieses unterschiedliche industrielle Wachstum
   a) durch die regional unterschiedliche Entwicklung innerhalb der einzelnen Industriezweige,
   b) durch die ungleichmäßige Verteilung der schnellwachsenden Industriezweige (sogen. Wachstumsindustrien) auf die Regionen bedingt?

Mit Hilfe der sogenannten "Shift Analyse" soll versucht werden, diese Fragen zu beantworten. Diese Methode wurde von E.S. Dunn jr. in das regional-wissenschaftliche Instrumentarium übernommen und verfeinert.[1] Als Indikator für den regional-industriellen Wachstumsgrad werden dabei im folgenden die jeweiligen industriellen Septemberumsätze in den Jahren

---

1) Vgl. dazu Dunn jr., E.S., "Une technique statistique et analytique d'analyse régionale", in: Économie Appliquée, Tome XII, Paris, 1959, S. 521-530.

1959 und 1963 benutzt. Während im Lande Niedersachsen diese Größe im vorliegenden Zeitraum um knapp 40 v.H. wuchs, betrug sie in der Stadt und dem Landkreis Hildesheim-Marienburg zusammen nur etwa 30 v.H.[1] Dieses aggregierte industrielle Wachstum für Niedersachsen und das Untersuchungsgebiet zeigt, daß andere Regionen in diesem Zeitraum eine über dem Landesdurchschnitt liegende Zunahme hatten. Das tatsächliche Wachstum des Untersuchungsraumes liegt um etwa 6,8 Millionen DM unter dem Wert, der sich bei der Wachstumsrate des Landes ergeben hätte. Diese Differenz bezeichnen wir in Anlehnung an Dunn als "total net shift". Damit wäre die erste Frage beantwortet.

Doch wodurch sind die Nettoverschiebungen zuungunsten der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg bedingt? Der Teil des regional unterschiedlichen industriellen Gesamtwachstums, der auf die räumlich verschiedene Entwicklung innerhalb der gleichen Industriezweige zurückzuführen ist, und den Dunn mit "net differential shift" bezeichnet, ergibt sich durch die Ermittlung der $\pm$ Differenz zwischen dem tatsächlichen Wachstum jedes im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg vertretenen Industriezweiges und dem Wachstum, das sich ergeben hätte, wenn der Industriezweig im Untersuchungsraum mit der landesdurchschnittlichen Wachstumsrate zugenommen hätte. Dieser hypothetische Zuwachs wird gewonnen durch Multiplikation des industriellen Septemberumsatzes des Industriezweiges im Ausgangsjahr (1959) mit der landesdurchschnittlichen Wachstumsrate des entsprechenden Industriezweiges. Da im zu analysierenden Raum nicht alle niedersächsischen Industriezweige vorhanden sind, würde bei gleichem Wachstum[2] aller vertretenen Industriezweige das im Hildesheimer Raum vorliegende unterlandesdurchschnittliche Wachstum der Gesamtindustrie in vollem Umfang durch eine unterschiedliche Verteilung der schnellwachsenden Industriezweige auf Niedersachsen und das Untersuchungsgebiet bedingt sein, d.h. die Addition der

---

1) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 sowie "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27.

2) Wachstum der Industrie n_1 im Untersuchungsraum = Wachstum der Industrie n_1 im Land Niedersachsen.

positiven und negativen Differenzen des Wachstums der einzelnen Industriezweige müßte den Wert ± 0 ergeben bzw. es würden gar keine Abweichungen gegenüber den Landeswerten auftreten können. Die Auswertung der empirischen Unterlagen zeigt jedoch, daß das gegebene, im Vergleich zu Niedersachsen geringere Wachstum, nur auf ein geringeres Wachstum der vorliegenden Industriezweige zurückzuführen ist. So ergibt die Addition der oben angeführten positiven und negativen Differenzen den Wert von knapp -8 Millionen DM.[1] Den größten Anteil an dieser negativen Differenz hat die elektrotechnische Industrie[2] mit etwas weniger als -6,5 Millionen DM. Es folgen die Ernährungsindustrie (-2,8 Mill. DM), die Industrie der Steine und Erden (-0,75 Mill. DM) und der Maschinenbau mit -0,66 Mill. DM.[3] Würde die Zusammenfassung der negativen und positiven Zuwachskomponenten den Wert -6,768 Millionen DM ergeben, so wäre der Anteil der einzelnen Industriezweige in Niedersachsen und unserem Untersuchungsgebiet identisch. Da er tatsächlich jedoch noch höher liegt (-8 Mill. DM), ist die sektorale Verteilung der Industriezweige, wie gleich gezeigt wird, im Stadt- und Landkreis günstiger als im Landesdurchschnitt.

Der Teil der Gesamtverschiebung, der auf der unterschiedlichen Verteilung der schnell wachsenden Industrien in Niedersachsen und unserem Vergleichsgebiet beruht, ergibt sich als Differenz zwischen dem tatsächlichen Wachstum in den hier betrachteten Räumen und dem Wachstum, das sich ergeben würde, wenn der Anteil der Industriezweige am industriellen Gesamtumsatz in Niedersachsen und im Gebiet der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg gleich wäre (unter der gleichzeitigen Annahme regional gleichmäßigen Wachstums innerhalb jedes Industriezweiges). Rechnerisch ergibt sich dieser "net proportionally shift" genannte Teil aus folgender Gleichung:

---

1) Vgl. dazu S.76 ff.,Tabelle 19, Zeile 10, Spalten 2-17.

2) Die dem Verfasser vorliegenden Umfrageergebnisse unterstützen die hier vorgetragene Interpretation und Berechnungsresultate.

3) Vgl. dazu S.76 ff.,Tabelle 19, Zeile 10, Spalten 10, 17, 5 und 9.

± total net shift = ± net differential shift + (± net proportionally shift)

- 6.768.000 DM = - 8.038.000 DM + 1.270.000 DM[1].

Das im Vergleich zu Niedersachsen sehr niedrige Wachstum der im Untersuchungsgebiet vorherrschenden Industriezweige wurde somit durch eine günstigere sektorale Verteilung der Industriezweige aufgebessert.

Zusammenfassung:

1. Das industrielle Wachstum im Raum Hildesheim und Hildesheim-Marienburg war zwischen 1959 und 1963 niedriger als im Landesdurchschnitt.

2. Die Ursachen dafür liegen im relativ geringen Wachstum der vorhandenen Industriezweige und nicht an dem Fehlen sogenannter Wachstumsindustrien. Die Wachstumsrate der Ernährungsindustrie wird erklärbar, wenn man bedenkt, daß diese Branche sich im Untersuchungsraum hauptsächlich auf die Mühlen- und Zuckerindustrie stützt, deren Eindringen in die Verarbeitung bzw. Veredelung nur gering ist. Es verbleibt zu überprüfen, ob durch die Herstellung konsumnäherer Güter auf der vorhandenen Rohstoffgrundlage das Wachstum der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nicht gesteigert werden kann. Ansätze zeigen sich bei der Eisherstellung, wo zwei Betriebe unter Ausnutzung der Rohstoffbasis Milch ihre Produkte am Markt anbieten.

3. Im Vergleich zum Land Niedersachsen liegt eine günstigere sektorale Verteilung der Industriezweige vor. So fehlen beispielsweise der Kohlen- und Eisenerzbergbau ganz, deren Umsatzentwicklung wohl dafür verantwortlich ist, daß der Wirtschaftszweig Bergbau in Niedersachsen zwischen 1959 und 1963 ein Wachstum von -1,0 v.H. aufweist.[2]

---

1) Vgl. S. 77, Tabelle 19.

2) Berechnet aus: "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32 und "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 27.

Tabelle 12:

Industrielle Septemberumsätze und deren Zuwachsraten für Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in den Jahren 1959 und 1963 für Hildesheim und Hildesheim - Marienburg insgesamt und das Land Niedersachsen nach Industriezweigen (Umsätze in 1000 DM).

Jahr	Land bzw. Untersuchungsraum		Industrie insgesamt	Kali-Steinsalzbergbau u. Salinen	Erdöl- u. Erdgasgewinnung	Chemie	Industrie d. Steine und Erden	Eisen-, Stahl u. Tempergiessereien	Kautschukind.	Stahlverformung Stahlbau
			1	2	3	4	5	6	7	8
1963	Niedersachsen	1	2.857.319	3[illegible]465	61.175	124.517	119.571	18.898	99.688	66.764
1959		2	2.065.950	27.332	58.179	79.114	81.735	16.800	82.096	40.291
Tatsächlicher Zuwachs abs.		3	791.369	5.133	2.996	45.403	37.836	2.098	17.592	26.473
Tatsächlicher Zuwachs rel. (in v.H.)		4	38,3	18,8	5,1	57,3	46,5	1[illegible],5	21,4	66,0
1963	Hildesheim, Stadt und Hildesheim-Marienburg insgesamt	5	87.414 [1]	6.133		1.005	3.814	2.283	2.492	82[illegible]
1959		6	68.082	4.590		652	3.115	2.253	1.824	60[illegible]
Tatsächlicher Zuwachs abs.		7	+ 19.332	+ 1.543		+ 353	+ 699	+ 30	+ 668	+ 22[illegible]
Tatsächlicher Zuwachs rel. (in v.H.)		8	28,4			54,1	22,4	1,3	36,6	37,4
Erwarteter absoluter Zuwachs		9	+ 26.100	+ 863 [4]		+ 374	+ 1.449	+ 282	+ 390	+ 39[illegible]
Total shift		10	- 6.768	+ 680		- 21	- 750	- 252	+ 278	- 17[illegible]
Net differential shift = Σ Zeile 10, Spalten 2 - 17 = - 8.038.000 DM							Net proportionally shift = -6.768.000-			

1) Für Hildesheim und Hildesheim-Marienburg beträgt der industrielle Gesamtumsatz für Sept. 1963: 84.999.000 DM. Dabei weist die Ernährungsindustrie, bedingt durch die Umsatzentwicklung bei der Zuckerindustrie, nur einen Monatsumsatz von 11.985.000 DM auf. Dieser Wert kann jedoch bei Berücksichtigung der vergangenen Jahre und auch nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer, Hildesheim nicht als repräsentativ angesehen werden. Der Umsatz im Sept. 1963 wurde für die Ernährungsindustrie mit 14.400.000 DM angenommen.

Septemberumsätze der Ernährungsindustrie:		davon Zuckerindustrie:	
1959:	14.218.000 DM	1959:	6.905.000 DM
1960:	14.214.000 DM	1960:	7.644.000 DM
1961:	14.318.000 DM	1961:	7.102.000 DM
1962:	14.397.000 DM	1962:	6.504.000 DM
1963:	11.985.000 DM	1963:	3.168.000 DM

Quellen: "Die Industrie in Niedersachsen 1959", a.a.O., S. 36.- "Die Industrie in Niedersachsen 1960", in: Statistische Berichte E/1-3/60, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Stastik, 1962, Seite 27.- "Die Industrie in Niedersachsen 1961", a.a.O., S. 27.- "Die Industrie in Niedersachsen 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 40, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963, S. 23.- "Die Industrie in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 41. -

2) Für die Stadt Hildesheim wurde ein landesdurchschnittliches Wachstum der Textilbetriebe unterstellt.

3) Siehe Fußnote 1.

4) Aus Geheimhaltungsgründen mußte Erdöl- und Erdgasgewinnung im E spielen, wurde der erwartete ab berumsatzes mit der landesdurch

Quellen: Zeile 1: "Die Industri "Die Industrie in Nied berechnet aus Zeilen 1 "Die Industrie in Nied Zeilen 5 und 6, Spalte des Niedersächsischen berechnet aus Zeilen 5 Zeilen 4 und 6. - Zeil

r- u. u	Maschinenbau	Elektrotechn. Industrie	Eisen-,Blech-, Metallwaren-ind.	Holzverarb. Ind.	Papier u. Pappe verarb. Ind.	Druckerei u. Vervielfältigungsind.	Textilind.	Bekleidungsind.	Ernährungsind.
	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	199.782	193.272	73.946	65.966	34.976	32.619	108.833	82.038	440.513
)	136.444	123.225	53.906	47.688	21.296	24.941	87.962	52.890	364.023
	63.338	70.047	20.040	16.278	13.680	7.678	20.871	29.208	76.490
	46,4	56,8	37,2	34,2	64,0	30,8	23,7	55,4	21
	4.576	34.335	9.679	186	3.990	851	1.312[2]	2.013	14.400[3]
	3.577	25.993	6.225	158	2.233	393	961	1.180	14.218
	+ 999	+ 8.342	+ 3.454	+ 28	+ 1.757	+ 458	+ 351	+ 833	+ 182
	27,9	32,0	55,5	17,7	78,9	116,6	36,5	70,6	1,3
	+1.660	+ 14.750	+ 2.320	+ 54	+ 1.428	+ 121	+ 228	+ 654	+ 2.990
	- 661	- 6.408	+ 1.134	- 26	+ 329	+ 337	+ 123	+ 179	- 2.808
	(-8.038.000) =	1.270.000 DM							

n die Industriezweige zusammengezogen werden. Da die
ildesheimer Raum eine zu vernachlässigende Rolle
solute Umsatz durch Multiplikation des 1959er Septem-
schnittlichen Wachstumsrate von 18,8 v.H. errechnet.

e in Niedersachsen 1963", a.a.O., S. 32-41. - Zeile 2:
ersachsen 1959", a.a.O., S. 27-36. - Zeilen 3 und 4:
und 2. - Zeilen 5 und 6, Spalten 1 - 5: Berechnet aus:
ersachsen 1963", bzw. 1959, a.a.O., S. 32-41 bzw. 27-36. -
n 6-17: Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material
Landesverwaltungsamtes, Hannover. - Zeilen 7 und 8:
und 6. - Zeile 9: Berechnet durch Multiplikation der
e 10: Berechnet durch Subtraktion der Zeile 9 von Zeile 7.

IV. Die Landwirtschaft.

1. Natürliche Gegebenheiten.

Der Produktionssektor Landwirtschaft befaßt sich mit der Nutzung des Bodens und erstellt unter Verwendung der Bodenfrüchte tierische Produkte. Diese Veredelung und der Verkauf der Erzeugnisse werden mit in die Betrachtung eingeschlossen, soweit sie nicht als verselbständigte Wirtschaftszweige (wie z.B. die Nahrungs- und Genußmittelindustrie) anderen Bereichen zugerechnet werden.

Umfang und Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion werden u.a. von der Bodenfruchtbarkeit sowie den Klima- und Wasserverhältnissen entscheidend beeinflußt.[1] Was den ersten Faktor anbelangt, so sind die Bodenverhältnisse im Kreis Hildesheim-Marienburg (die Stadt Hildesheim bleibt in dieser Betrachtung unberücksichtigt, da hier die Landwirtschaft nur eine unwesentliche Rolle spielt) zwar stark wechselnd, im ganzen aber sehr günstig. Kennzeichnend ist die Verbreitung lehmiger Böden, die bei starker Humusanreicherung als sogenannte Schwarzerden auftreten. Im Untersuchungsraum[2] befinden sich diese vor allem in dem nordöstlich von Hildesheim gelegenen Bördegebiet, welches in etwa durch die Gemeinden Algermissen, Harsum, Einum und Garmissen-Garbolzum begrenzt wird.[3]

Auch in klimatischer Hinsicht sind die Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Erzeugung relativ gut. Das Kreisgebiet gehört mit zu den wärmsten Gegenden Niedersachsens und eignet sich daher für den Zuckerrüben- und Weizenanbau vorzüglich.

Wenn auch die das Kreisgebiet durchziehenden Flüsse Innerste, Nette und Lamme des öfteren zu größeren Über-

---

1) Zu den anschließenden Ausführungen vgl. insbesondere "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 182.

2) In diesem Abschnitt umfaßt der Untersuchungsraum nur den Landkreis Hildesheim-Marienburg.

3) In diesem Gebiet liegt der Hauptvergleichsbetrieb für die Bodenbewertung in der Bundesrepublik. Die außerordentlich günstige Bodenbeschaffenheit kommt in den Ackerzahlen zum Ausdruck. Diese Größe ergibt sich zum einen

schwemmungen führen und im Norden des Kreisgebietes der Wasserhaushalt durch Grundwassersenkungen des Hildesheimer Stichkanals beeinträchtigt wird, so erscheint der Grundwasserhaushalt der Böden im allgemeinen ebenfalls als günstig.[1] Insgesamt bietet also der Produktionsfaktor Boden, als die Summe der von der Natur zur Verfügung gestellten Kräfte, günstige Produktionsvoraussetzungen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist durch einen Schrumpfungsprozeß bei gesamtwirtschaftlichem Wachstum charakterisiert, d.h. die Wachstumsrate des landwirtschaftlichen Produktionssektors liegt unter der gesamtwirtschaftlichen. Bei der Analyse des Bruttoinlandsprodukts zeigt sich dies auch für Hildesheim-Marienburg. Die Sonderbehandlung der Landwirtschaft in dem gestellten Themenkreis erscheint jedoch aus folgenden Gründen gerechtfertigt:

1. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft im Landkreis am Bruttoinlandsprodukt (1961) beträgt mehr als das Dreifache des Wertes für die Bundesrepublik, übersteigt den Wert für Niedersachsen um fast 70 v.H.[2] und liegt ebenfalls über denen der Nachbarkreise.

---

aus der chemisch-physikalischen Bodenbeschaffenheit und zum anderen werden außerdem noch die allgemeinen klimatischen Verhältnisse und die natürliche Geländegestaltung in die Bewertung einbezogen. Solche Zuschläge bewirken, daß die Ackerzahl auch Werte über 100 annehmen kann. Im Landkreis Hildesheim-Marienburg liegt die Gemeinde Nachtsum mit einer Ackerzahl von 101,2 (jeweils Gemeindedurchschnitt) an der Spitze. Es folgen Hönnersum und Adlum mit jeweils 100,1. Die niedrigste Ackerzahl weist die Gemeinde Wirringen (59,9) auf, gefolgt von Wehmingen (60,6) und Bolzum (62,0). Von der gesamten Ackerfläche in Höhe von 39.079 ha entfallen im Kreis auf Böden mit einer Ackerzahl von 100 und mehr etwa 3,3 v.H. Auf die Böden mit einer Ackerzahl von 95 bis unter 100 vereinigen sich 13,3 v.H. der gesamten Ackerfläche. (Ackerzahl 90 bis unter 95 = 8,9 v.H.; Ackerzahl 80 bis unter 90 = 33,4 v.H.; Ackerzahl 70 bis unter 80 = 27,6 v.H.). Rund 60 v.H. der Böden im Kreis haben Ackerzahlen von 80 und darüber. - Alle Zahlenangaben beruhen auf Unterlagen, die vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt, Hannover, und von der Oberfinanzdirektion, Hannover, zur Verfügung gestellt wurden. Die Ackerflächen gelten für das Jahr 1960 und entstammen der Bodennutzungshaupterhebung. Die Werte der Ackerzahlen umspannen den Zeitraum von 1938-1964.

1) Vgl. Fußnote 1, S. 80.

2) Vgl. S. 18, Tabelle 2, Spalte 2.

2. Die Freisetzung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat u.a. das gesamtwirtschaftliche Wachstum ermöglicht, und damit ergibt sich die Frage nach noch vorhandenen landwirtschaftlichen Arbeitskraftreserven.

3. Welche Rolle kann bei einer eventuell fortzusetzenden Industrialisierung die landwirtschaftliche Rohstoffgrundlage und die Veredelung spielen?

2. Umfang und Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen.

Angesichts des Anteils des warenproduzierenden Gewerbes von knapp 57 v.H. am Bruttoinlandsprodukt (1961) kann das Kreisgebiet wohl kaum als agrarisch strukturiert bezeichnet werden. Die relativ starke Stellung der Landwirtschaft zeigte sich jedoch schon bei der Analyse der Erwerbspersonen. Der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen an den Erwerbspersonen insgesamt (17 v.H.) lag 1961 für den Landkreis zwar unter dem Landesdurchschnitt (19 v.H.); er war jedoch höher als im Regierungsbezirk (15 v.H.), in den Nachbarkreisen und in der Bundesrepublik (13,5 v.H.).[1)]

Tabelle 20:

Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen am 6.6.1961 an den Erwerbspersonen insgesamt in ausgewählten Gebieten sowie Anteil der weiblichen ständigen Arbeitskräfte an den ständigen landw. Arbeitskräften insges. am 30.5.1960.

Kreis, Reg. Bezirk, Land	Anteil der land- u. forstwirtsch. Erwerbspersonen[1)] an den Erwerbspersonen insges. in v.H.	Anteil der weibl. ständigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft an den ständigen landwirt. Arbeitskräften insgesamt in v.H.
	1	2
Hildesh.-Marienburg	17	49
Alfeld	16	54
Peine	13	55
Hannover, Landkrs.	7	48
Burgdorf	16	53
Gandersheim	17	56
Springe	15	51
Reg.Bez.Hildesheim	15	61
Niedersachsen	19	57

Auffallend in diesem Zusammenhang ist der niedrige Anteil der weiblichen ständigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft des Kreises Hildesheim-Marienburg. Er wird nur noch vom Kreiswert für Hannover unterboten. Eine Erklärung dafür vermag die Beschäftigtenstruktur der vorhandenen Industriebetriebe zu geben. Werden die landwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten bei gegebener Betriebsgröße nicht als ausreichend angesehen, so gehen meistens erst die männlichen Arbeitskräfte anderen Erwerbstätigkeiten nach. Bei fehlenden nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für weibliche Arbeitskräfte verbleiben diese oft in dem noch vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieb. Sind jedoch ebenfalls als ausreichend angesehene Erwerbsmöglichkeiten für Frauen vorhanden, so wird der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ganz aufgegeben. Für den Raum Hildesheim-Marienburg bieten gerade die Bekleidungs- und elektrotechnische Industrie Möglichkeiten für die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte.[1)] Von großer Bedeutung kann ein hoher Anteil der ständig in der Landwirtschaft tätigen weiblichen Arbeitskräfte für die Industrialisierung dann sein, wenn durch Ansiedlung neuer Betriebe eine möglicherweise vorliegende versteckte Arbeitslosigkeit beseitigt und damit eine regionale Einkommenssteigerung erreicht werden kann. Der Wert

---

1) Zu den Erwerbspersonen zählen alle Erwerbstätigen, auch wenn sie regelmäßig nur stundenweise arbeiten.

Quellen: Spalte 1: Entnommen aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 22 und 24. - Spalte 2: Entnommen aus: Ebd., Teil 4, "Betriebsstruktur der Landwirtschaft", Hannover, 1964, S. 12 und 16.

1) Von den Erwerbspersonen am 6.6.1961 in der Bundesrepublik gehörten zum Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei 13,5 v.H. aller Erwerbspersonen. Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 322. - Zu den übrigen Angaben vgl. S. 82, Tabelle 20.

1) Die Auswertung der Umfrageergebnisse erbrachte, daß in einem großen Betrieb der Elektroindustrie im Zeitraum von 1958 bis 1964 der Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt etwa 65 v.H. ausmachte.

für Hildesheim-Marienburg weist jedoch darauf hin, daß hier kaum eine Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte als möglich erscheint.

3. Untersuchung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen.

Genauso wie in allen anderen Produktionssektoren stellt sich auch in der Landwirtschaft, auf Grund der empirisch gegebenen, nicht beliebigen Teilbarkeit der Produktionsfaktoren, die Frage nach der optimalen Betriebsgröße. Die Betriebsgröße beeinflussende Faktoren sind beispielsweise die Entwicklung der Besitzverteilung, die Art der Bodennutzung, weiterhin die Lage der Betriebsgemeinden zu städtischen bzw. industriellen Ansammlungen, die Entwicklung der Wohnbevölkerung und die soziologischen bzw. agrarsoziologischen Veränderungen. Bei der begrenzten Teilbarkeit der Produktionsfaktoren ist scharf zu trennen zwischen technischer und ökonomischer Unteilbarkeit. Die erstere kann grundsätzlich durch gemeinschaftliche Maschinenhaltung bzw. durch Anmietung der benötigten Produktionsmittel (beispielsweise Lohnmähdrusch) überwunden werden. Entscheidenden Einfluß hat hier die Kooperationswilligkeit der beteiligten Wirtschaftssubjekte.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche weist in entwickelten Gebieten im Zeitablauf nur geringfügige Schwankungen auf. So nahm sie in Hildesheim-Marienburg von 1949 bis 1960 um 92 ha auf 43.487 ha[1)] zu. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hingegen nahm um 16,5 v.H. im gegebenen Zeitraum ab. Diese Erscheinung ist keine regionale Besonderheit, sondern kennzeichnend für die gesamte Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Interessant ist daher in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur. Bei einem Vergleich der Betriebsgrößen für das Jahr 1960 mit anderen Raumeinheiten fällt der große Anteil der großbäuerlichen Betriebe (20 bis 50 ha) und der Großbetriebe (mehr als 50 ha) besonders auf. Erstere hatten einen Anteil von

---

1) Diese und die folgenden Zahlenangaben wurden berechnet aus: "Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 1, Hannover, 1963, S. 22, 24 und 26.

15,2 v.H. an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und lagen damit fast um das Doppelte über dem Wert des Regierungsbezirks Hildesheim (8,1 v.H.) und ebenfalls über dem niedersächsischen Landesdurchschnitt von 13,6 v.H. Übertroffen wurde diese Zahl nur noch von den Kreiswerten für Hannover, Springe und Burgdorf. Noch stärker zeigen sich die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen bei den Großbetrieben. Hier ist der Anteil in Hildesheim-Marienburg mehr als zweimal so groß wie in Niedersachsen und beträgt mehr als das Dreifache des Wertes für den Regierungsbezirk. Höhere Anteile liegen nur bei Hannover und Springe vor. Ganz deutlich zeigt sich dies auch bei der durchschnittlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche je Betrieb.[1)]

Die Aussagekraft der Untersuchung der Betriebsgrößenstruktur wird durch die Einbeziehung der von den Betrieben bewirtschafteten Flächen noch erhöht. So betrug der Anteil der von den kleinst- und kleinbäuerlichen Betrieben (von 0,01 bis unter 2 ha bzw. 2 bis unter 5 ha) genutzten Fläche 1960 im Kreisgebiet nur 4,2 v.H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Werte für den Regierungsbezirk Hildesheim (Land Niedersachsen) lauten 11,7 v.H. (7,9 v.H.). Für den flächenmäßigen Anteil der großbäuerlichen und Großbetriebe im Jahre 1960 ergeben sich folgende Zahlenwerte:

Hildesheim-Marienburg	61,2 v.H.
Reg.-Bezirk Hildesheim	48,5 v.H.
Land Niedersachsen	54,0 v.H.[2)]

Im Zusammenhang mit den angeführten Vergleichswerten können die landwirtschaftlichen Betriebsgrößenverhältnisse im Landkreis Hildesheim-Marienburg durch großbäuerliche und Großbetriebe gekennzeichnet werden.

Die aufgezeigten Betriebsgrößenstrukturen treten auch schon bei einer Betrachtung der Zahlen für das Jahr 1949 deutlich hervor. Die komparativ-statische Analyse (1949/1960) zeigt, daß die Vergrößerung des Anteils der großbäuerlichen und

---

1) Siehe hierzu S. 88, Tabelle 21.

2) Vgl. S. 84, Fußnote 1.

Großbetriebe an der Gesamtbetriebszahl im Landkreis stärker war als im Regierungsbezirk Hildesheim und in Niedersachsen.[1] Die Entwicklung der einzelnen Betriebsgrößenanteile an der Zahl der Betriebe insgesamt zeigt zwei Schwerpunkte, von denen einer infolge der hier benutzten Größenklassifizierung verdeckt wird. Bei abnehmender Gesamtbetriebszahl konnten die Landwirtschaftsbetriebe mit 5 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sowohl im Landkreis als auch im Regierungsbezirk und auf Landesebene ihren Anteil an der Zahl aller Betriebe erhöhen.[2] Unterteilt man die in der Tabelle dargestellte Größenklasse (unter 2 ha) nochmals in Betriebe mit 0,01 bis unter 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, so zeigt sich der zweite Schwerpunkt. Dabei weist Hildesheim-Marienburg im Jahre 1960 gegenüber 1949 eine Anteilserhöhung dieser Betriebsgrößenklasse um 1,8 v.H. und der Regierungsbezirk von 1,7 v.H. auf (Land Niedersachsen: Zunahme von 1,8 v.H.).[3]

Im Zusammenhang mit der Betriebsgröße ist vor allem noch die räumliche Verteilung der bewirtschafteten Flächen entscheidend. Aufschluß darüber gibt die Anzahl der voneinander getrennt liegenden Teilstücke. Ein Vergleich mit den benachbarten Landkreisen und dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Hildesheim ergibt, daß der Kreiswert (45) beträchtlich unter dem des Regierungsbezirks (71)[4] und der Mehrzahl der Nachbarkreise liegt. Niedriger ist die Zahl der voneinander getrennt liegenden Teilstücke nur noch in den Kreisen Hannover und Springe. Aus dieser Relation wird in gewissem Umfang (unberücksichtigt bleibt dabei beispielsweise die Größe der einzelnen Teilstücke sowie ihre Entfernungen voneinander und von den Hofgebäuden) erkennbar, in welchen Gebieten Ver-

---

1) Vgl. S. 88, Tabelle 21.

2) Die Verwendung der Größenklasse 5 bis unter 20 ha verdeckt die Tatsache, daß diese Aussage genau genommen nur Gültigkeit für Betriebe mit 10 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche hat.

3) Berechnet aus: "Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 22, 24 und 26.

4) Vgl. S. 87, Tabelle 21.

Tabelle 21:

Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur und ihre Entwicklung in ausgewählten Gebieten für die Zeitpunkte 22.5.1949 und 31.5.1960.

Landkreis, Reg.-Bez., Land		Jahr	Landwirtschaftl. Nutzfläche in ha	Zahl d. landwirtschaftl. Betriebe	auf je 100 ha landwirtschaftl. Nutzfläche entfallen ... Teilstücke	Anteil der Betriebe mit ... an den landwirtschaftl. Betrieben insges. v. H. unter 2	2 bis unter 5	einer landwirtschaftl. Nutzfläche von ... bis unter ... ha 5 bis unter 20	20 bis unter 50	50 und mehr	Durchschnittliche landwirtschaftl. Nutzfläche je Betrieb in ha.
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hildesheim-Marienburg	1	1960 [1]	43.487	3.079	45	33,6	9,4	36,6	15,2	5,2	14,1
	2	1949	43.395	3.870		39,8	12,9	32,6	11,2	3,7	11,2
Veränderung des relativen Anteils in v.H.	3			Abnahme um 20,4 v.H.		- 6,2	- 3,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 1,5	
Alfeld	4	1960	26.447	2.267	47	44,2	9,0	31,0	12,4	3,4	11,7
Peine	5	1960	27.857	2.471	54	33,9	13,2	36,2	14,6	2,1	11,3
Gandersheim	6	1960	27.267	2.607	50	43,7	12,0	28,5	13,5	2,3	10,5
Hannover	7	1960	31.064	1.980	42	34,8	8,9	29,0	21,7	5,6	15,7
Springe	8	1960	25.459	1.702	39	39,6	7,6	27,8	19,6	5,4	14,9
Burgdorf	9	1960	49.534	3.446	47	30,6	12,8	29,0	24,2	3,4	14,4
Reg.-Bez. Hildesheim	10	1960	255.285	30.435	71	43,0	17,7	29,5	8,1	1,7	8,4
	11	1949	257.584	41.549		50,5	19,6	24,0	4,8	1,1	6,2
Veränderung des relativen Anteils in v.H.	12			Abnahme um 20,8 v.H.		- 7,5	- 1,9	+ 5,5	+ 3,3	+ 0,6	
Niedersachsen	13	1960	2.800.603	256.325		29,3	17,7	37,1	13,6	2,3	10,9
	14	1949	2.725.775	300.930		31,8	21,6	35,0	10,1	2,0	9,1
Veränderung des relativen Anteils in v.H.	15			Abnahme um 14,9 v.H.		- 2,5	- 3,9	+ 2,1	+ 3,5	+ 0,3	

[1] Vergleichbarkeit mit 1949: Im Gegensatz zu 1949 sind in den Ergebnissen für 1960 gewisse Erhebungseinheiten ("Landwirtschaft außerhalb der Betriebe") nicht einbezogen. Dieser Fehler ist jedoch nur gering. Für das Jahr 1960 sind nur die landwirtschaftlichen Betriebe erfaßt, während 1949 die Forstbetriebe mit einbezogen wurden.

Quellen: Zeilen 1-15, Spalte 1: "Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 1, a.a.O., S. 22, 24, 26, 28 und 38. - Zeilen 1, 2, 4-11, 13 und 14, Spalte 2: Ebd., S. 22, 24, 26, 28 und 38 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, a.a.O., S. 12 und 16. - Zeilen 3, 12 und 15, Spalte 2: Berechnet aus: "Betriebsarten, Größenstruktur ...", a.a.O., S. 22, 24 und 26 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, a.a.O., S. 12 und 16. - Zeilen 1-5, Spalte 3: Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, a.a.O., S. 12 und 16. - Zeilen 1, 4-10 und 13, Spalten 4-8: Berechnet aus: Ebd., S. 12 und 16. - Zeilen 2, 11 und 14, Spalten 4-8: Berechnet aus: "Betriebsarten, Größenstruktur ...", a.a.O., S. 22-27. - Zeilen 3, 12 und 15, Spalten 4-8: Berechnet aus den Zeilen: 1, 2, 10, 11, 13 und 14, jeweils Spalten 4-8. - Zeilen 1, 2, 4-11, 13 und 14, Spalte 9: Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, a.a.O., S. 12, 13, 16 und 17.

besserungen der Agrarstruktur wünschbar bzw. notwendig sind. Unter diesem Aspekt ist die obige Relation für Hildesheim-Marienburg Ausdruck stärker arrondierter Betriebsflächen, d.h. die Notwendigkeit von Flächenzusammenfassungen erscheint geringer, wenn auch noch etwa 30 Kreisgemeinden als umlegungsbedürftig angesehen werden.[1)]

Die Ergebnisse der Betriebsgrößenstrukturanalyse sowie der getrennt liegenden Teilstücke lassen die Betriebsgrößenverhältnisse im Raum Hildesheim-Marienburg im Vergleich zu dem Durchschnitt des Regierungsbezirks und der Mehrzahl der Nachbarkreise als günstig, d.h. mehr einem Optimum angenähert, erscheinen.

Die regionale Verteilung der Betriebsgrößenklassen im Kreisgebiet zeigt keine besonderen Schwerpunkte. Lediglich die Gemeinden Henneckenrode, Marienburg, Marienrode und Ruthe treten etwas hervor, da sie durch eine rein großbetriebliche Struktur (jeweils ein Betrieb mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) gekennzeichnet sind.

Der Einfluß der Betriebsgrößenstruktur zeigt sich auch deutlich bei der Analyse der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Der Anteil der ständig beschäftigten, familienfremden Arbeitskräfte an den ständig beschäftigten Arbeitskräften insgesamt steigt mit zunehmender Betriebsgröße.[2)] Der Vergleich des Landkreises Hildesheim-Marienburg mit den Werten anderer Gebiete ergibt, daß im Untersuchungsgebiet ein Anteil von 31,8 v.H. und im Regierungsbezirk ein Anteil von nur 20,9 v.H. der ständig beschäftigten, familienfremden Arbeitskräfte an den ständig Beschäftigten vorliegt, was hauptsächlich auf die unterschiedlichen Betriebsgrößenstrukturen zurückzuführen ist.

Der Arbeitskräftebesatz kann in begrenztem Umfang als Effektivität des Produktionsfaktoreneinsatzes angesehen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Arbeitskräftebesatz sowohl von der Betriebsgröße und damit dem Umfang der Mechani-

---

1) Vgl. "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 184.

2) Vgl. S. 90, Tabelle 22.

Tabelle 22:

Der Arbeitskräftebesatz in absoluten Werten und je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Betriebsgrößenklassen und in ausgewählten[1] Gebieten für 1949 und 1960.

Landkreis, Reg.-Bez.		Betriebsgrößenklassen in ha LN	Ständig beschäft. Arbeitskräfte (AK)[2] Familieneigene[3]	Fremde	Nicht ständig beschäftigte AK Familieneigene	Fremde	Beschäft. AK insges.[4] je 100 ha LN 1960 (1949)	relative Veränder. zu 1949	Ständig beschäft. AK je 100 ha LN	Anteil d. ständig beschäft. familienfremden AK an den ständig beschäft. AK in v.H.
			1	2	3	4	5	6	7	8
Hildesheim - Marienburg	1	0,01 bis unter 2	1.021	66	1.086	116	260			6,1
		2 " " 10	1.412	134	472	342	55			8,7
		10 " " 20	1.785	241	217	1.172	35			11,9
		20 " " 50	1.204	882	117	2.225	30			41,0
		50 und mehr	362	1.396	31	1.772	25			79,5
	2		Σ 5.844	Σ 2.719	Σ 1.923	Σ 5.627	37(58)	- 36,2 %	20	31,8
Alfeld	3		4.011	1.513	1.897	2.603	38(65)	- 41,6 %	21	27,4
Springe	4		3.239	1.410	1.149	2.479	33(53)	- 37,8 %	18	30,4
Reg.-Bez. Hildesheim	5		52.516	10.988	27.873	24.841	44(72)	- 39,0 %	25	20,9

1) Die Landkreise wurden nach dem Ausmaß der Übereinstimmung ihrer Bodennutzungsstruktur mit der des Kreises Hildesheim - Marienburg ausgewählt.

2) Im folgenden als Abkürzung für Arbeitskräfte verwendet.

3) Umfaßt Betriebsinhaber und Familienangehörige.

4) Ständige, unständige sowie familieneigene und familienfremde Beschäftigte umfassend.

Quellen: Zeilen 1 und 2, Spalten 1 und 3: Berechnet aus: "Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 4, Hannover, Nieders. Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964, S. 58 und 59. - Zeilen 3, 4 und 5, Spalten 1 und 3: Berechnet aus: "Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 54-57. - Zeilen 1-5, Spalten 2 und 4: "Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 54-59. - Zeilen 2-5, Spalten 5-8 (jedoch ohne Klammerwerte): Berechnet aus Zeilen 2-5, Spalten 1-4 sowie "Betriebsarten, Größenstruktur ...", a.a.O., S. 24, 26 und 28. - Zeilen 2-5, Spalte 5 (Klammerwerte) berechnet aus: "Betriebsarten, Größenstruktur ...", a.a.O., S. 24, 26 und 28 sowie "Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22. Mai 1949", Tabelle 7, Das Personal der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Hannover, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, o. Jahresangabe, S. 7.

sierung aber vor allem von der Bodennutzungsstruktur abhängig ist.[1] Sowohl in bezug auf die beschäftigten Arbeitskräfte insges. je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche[2] als auch bei den ständigen Arbeitskräften je 100 ha LN liegt der Kreiswert stark unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks. Die unterschiedliche starke Abweichung zwischen den beiden obigen Relationen ist darauf zurückzuführen, daß im Mai 1960 durch sehr warme Witterung die Arbeitsspitze der Pflegearbeiten an Zuckerrüben auf eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt war, was einen verstärkten Einsatz nichtständiger weiblicher Arbeitskräfte zur Folge hatte. Der Wert für die Beschäftigten insgesamt je 100 ha LN (37) ist daher überhöht und dürfte im Jahresdurchschnitt etwa bei 35 liegen. Zieht man die Bodennutzung mit heran, so kann eine erste vergröberte Auslegung der vorliegenden Werte gegeben werden, wobei folgende Tatsachen zu berücksichtigen sind:

a. Hildesheim-Marienburg weist den niedrigsten Anteil der Wiesen an der LN auf (8,2 v.H.); (Regierungsbezirk: 21,0 v.H.).
b. Der Kreis hat den größten Anteil der Hackfrüchte (30,0 v.H. des Ackerlandes; Regierungsbezirk: 26,6 v.H. des Ackerlandes).
c. Nach dem Landkreis Springe (1,6 v.H.) verzeichnet das Untersuchungsgebiet den höchsten Prozentsatz des Anbaus von Gemüse und sonstigen Gartengewächsen (1,2 v.H. des Ackerlandes).[3]

Zieht man die Arbeitsintensivität bzw. -extensivität dieser Bodennutzungsarten mit in Betracht, so läßt der niedrige Arbeitskräftebesatz darauf schließen, daß in der Landwirtschaft des Kreises Hildesheim-Marienburg kapitalintensivere Produktionsverfahren Anwendung finden als im Regierungsbezirk Hildesheim und auch teilweise in den anderen Vergleichsräumen.

---

1) Bei Spezialisierung auf Gartenbauprodukte ist ein höherer Arbeitskräftebesatz zu erwarten als bei Spezialisierung auf Getreideanbau oder arbeitsextensive Viehwirtschaft.

2) Im weiteren wird hierfür die Abkürzung LN benutzt.

3) Alle Angaben unter Punkt a, b und c berechnet aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 2, Hannover, 1963, S. 38-45.

4. Mechanisierungsgrad.

In engem Zusammenhang mit dem Arbeitskräftebesatz steht die Ausrüstung der Landwirtschaft mit Maschinen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Sektor zeigt eine allgemeine Zunahme der Schlepperbestände. Interessant ist dabei nicht so sehr die absolute Zahl der maschinellen Zugkräfte als vielmehr die Relation zwischen Schleppern und Ackerland. Die Beziehungszahl Schlepperbesatz je 100 ha Ackerland vernachlässigt zwar die Zugkrafteinheiten und die individuellen Bodenverhältnisse, aber eine grobe Charakterisierung scheint doch möglich. Eine Verfeinerung der Analyse scheint wenig sinnvoll, da die Ausrüstung mit Schleppern - im Gegensatz zur Ausstattung mit Spezialmaschinen - als Strukturkennzeichen ständig an Aussagekraft verliert.

Tabelle 23:

Schlepperbesatz[1] der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in absoluten Werten und je 100 ha Ackerland in ausgewählten Gebieten für 1960 und 1949.

Landkreis, Regierungsbezirk		Ackerland in ha (1960)	Zahl der Schlepper		Schlepperbesatz je 100 ha Ackerland (1960)
			1960	1949[2]	
		1	2	3	4
Hildesheim-Marienburg	1	39.079	2.649	664	6,8
Alfeld	2	21.407	1.488	451	6,9
Gandersheim	3	20.023	1.457	303	7,3
Hannover	4	24.052	1.531	379	6,4
Springe	5	21.371	1.323	432	6,2
Reg.-Bezirk Hildesheim	6	196.345	14.889	2.596	7,6

[1] Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

[2] Einschließlich Einachsschlepper.

Quellen: Zeilen 1-6, Spalte 1: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, a.a.O., S. 14 und 18. - Zeilen 1-6, Spalte 2: "Viehhaltung, Maschinenverwendung und technische Einrichtungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 3, Hannover, 1964, S. 31-34 und 43.- Zeilen 1-6, Spalte 3: "Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22. Mai 1949", Tabelle 12: Die Verwendung von betriebseigenen Antriebsmaschinen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Hannover, o.J., S. 11 und 12. - Zeilen 1-6, Spalte 4: Berechnet aus Spalten 1 und 2.

Mit 6,8 Schleppern je 100 ha Ackerland liegt Hildesheim-Marienburg zwischen den beiden Extremen Landkreis Springe (6,2) und dem Regierungsbezirk (7,6). Für die Auslegung der vorliegenden Werte gibt es mehrere Möglichkeiten:

a. Die Ertragskraft der Landwirtschaft in Hildesheim-Marienburg, Hannover und Springe erlaubt keine Erhöhung der Schlepperbestände. Die bisherige Analyse (BIP, Arbeitskräftebesatz, Agrar- und Betriebsgrößenstruktur) widerspricht jedoch weitgehend dieser Erklärung.

b. In den Gebieten mit höherem Schlepperbesatz sind wegen ungenügender Überwindung der technischen Unteilbarkeiten die Zugkräfte weniger optimal ausgenutzt. Angesichts der dort die Betriebsgrößenstruktur kennzeichnenden bäuerlichen Mittelbetriebe und kleinbäuerlichen Betriebe, des Arbeitskraftbesatzes und der getrennt liegenden Teilstücke erscheint diese Interpretation wahrscheinlicher.

Im folgenden soll nun die Ausstattung mit Spezialmaschinen untersucht werden. Da der Landkreis - wie später noch ausführlich gezeigt wird - in seiner Bodennutzung besonders durch den Weizen- und Zuckerrübenanbau gekennzeichnet ist, spielen die hierfür erforderlichen Erntebergungsmaschinen eine wichtige Rolle. Bei den Mähbindern hat Hildesheim-Marienburg, verglichen mit dem Durchschnitt des Regierungsbezirks und des Landwirtschaftskammerbezirks Hannover, den niedrigsten Hektarbesatz. Auf je 100 ha Getreidefläche entfallen 5,1[1)] Mähbinder. Für das Kombinationsverhältnis von Arbeit und Kapital ergibt sich hieraus, daß im Untersuchungsgebiet bei der Erntebergung cet. par. relativ weniger Arbeit eingesetzt wird als in den Vergleichsräumen, da diese höhere Zahlenwerte aufweisen. Dies zeigt sich auch bei der Ausstattung mit Mähdreschern. Von diesen Erntemaschinen entfallen im Hildesheimer Raum fast 2 auf 100 ha Getreideanbaufläche. Dieser Wert ist etwa doppelt so groß wie die Vergleichszahlen.[2)] Hingegen bei einem Vergleich der Rübenerntemaschinen je 100 ha Rübenanbaufläche fällt auf, daß der Wert für den Landkreis um 20 v.H. bis 30 v.H.

---

1) Vgl. S. 96, Tabelle 24. Der Einsatz von Mähbindern ist verglichen mit der Verwendung von Mähdreschern arbeitsintensiver.

2) Vgl. ebd., Quellenangabe.

unter dem anderer Gebiete liegt. Bei der Auslegung derartiger Erscheinungen ergibt sich immer die Frage: Ist ein höherer Maschinenbesatz Ausdruck größerer ökonomischer Effizienz der Faktorkombination? Daß dies nicht sein muß, zeigt folgende Überlegung: Die optimale Faktorenkombination ist gekennzeichnet durch den Ausgleich der Grenzerträge des Geldes, d.h. die Faktorgrenzerträge müssen den Faktorpreisen entsprechen. Die Faktoreinsatzrelationen müssen also ein bestimmtes Verhältnis aufweisen und ein stärkerer Maschineneinsatz kann eine Abweichung von der Minimalkostenkombination sein. Dazu sei ein Exkurs gestattet. Auf Grund von Berechnungen hat sich ergeben, daß für einen ha Rübenernte etwa 12 Stunden[1] mit einem Bunkerköpfroder erforderlich sind. Im langfristigen Durchschnitt stehen in Niedersachsen 32 Rodetage[2] zur Verfügung. Nimmt man die "verfeinerte" Rodezeit mit 8 Stunden pro Rodetag an, so können mit dem obigen Gerät insgesamt 32 Tage x 8 Stunden = 256 Std. : 12 Std./ha = 21,4 ha Rübenanbaufläche je Rodeperiode geerntet werden. Für Mähdrescher ergeben sich folgende Werte: Mit einem gezogenen Mähdrescher (210 cm Schnittbreite) werden durchschnittlich für einen ha Getreide 3 Stunden[3] benötigt. Beziffert man die Zahl der Mähdruschstunden auf etwa 170 je Kampagne[4], so ergibt sich daraus: 170 Std. : 3 Std./ha = 57 ha, welches die Maximalkapazität eines derartigen Gerätes darstellt. Aus diesen Berechnungen würde sich ein Besatz mit Rübenerntemaschinen von etwa 5 je 100 ha und bei den Mähdreschern von ungefähr 2 je 100 ha ergeben. Die hier errechneten Ergebnisse stellen zwar technische Größen dar und besagen

---

1) Vgl. "Kalkulations-Unterlagen für Betriebswirtschaft", Bd. 1, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft e.V., Frankfurt/M., Wolfratshausen b. München, Hellmut-Neureuter-Verlag, 1964, S. 14/7 und S. II/7.

2) Siehe Quellenangabe unter Fußnote 1.

3) Vgl. ebd., S. 10/9.

4) Vgl. Adelhelm, R., Deecke, U., Kühne, P., "Zeitspannen für Feldarbeiten im Raum Göttingen", in: Mitteilungen der DLG, 79. Jg., Heft 6 vom 6.2.1964, Frankfurt/M., 1964, S. 148.

Tabelle 4:

Ausgewählte Arbeitsmaschinen und Geräte[1] für die Erntebergung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 2 ha und mehr Betriebsfläche in ausgewählten Gebieten für das Jahr 1960.

Landkreis, Reg.-Bez., Landwirtschaftskammerbezirk		Zahl der Mähbinder insgesamt[2]	Getreideanbaufläche in ha	Zahl der Mähbinder je 100 ha Getreidefläche	Zahl der Mähdrescher insgesamt	Zahl der Mähdrescher je 100 ha Getreideanbaufläche	Zuckerrübenanbaufläche in ha	Zahl der Rübenerntemaschinen insgesamt[3]	Zahl der Rübenerntemaschinen je 100 ha Zuckerrübenanbaufläche
		1	2	3	4	5	6	7	8
Hildesheim - Marienburg	1	1.310	25.508	5,1	463	1,8	9.464	664	7,0
Reg.-Bez. Hildesheim	2	8.769	127.407	6,9	1.382	1,1	26.691	2.611	9,8
Landwirtschaftskammerbezirk Hannover	3	42.443	696.290	6,1	5.826	0,8	101.957	8.759	8,6

[1] Die Zahlen beziehen sich nur auf Geräte im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, da die amtliche Statistik keine Erfassung der Geräte im Allein- und gemeinschaftlichen Besitz zuläßt.

[2] Schlepper und Gespannmähbinder.

[3] Erfaßt wurden Zuckerrübenroder und Zuckerrüben-Sammelköpfroder. Würden die Zuckerrübenköpfer ebenfalls addiert, so ergäben sich entstellende Verzerrungen.

Quellen: Zeile 1, Spalte 1 sowie Zeile 1, Spalte 4 u. Zeile 1, Spalte 7: Berechnet aus bisher nicht veröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover. - Zeilen 2 und 3, Spalte 1, Zeilen 2 und 3, Spalte 4, Zeilen 2 und 3, Spalte 7: Berechnet aus: "Viehhaltung, Maschinenverwendung und technische Einrichtungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 3, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964, S. 57, 58 und 59. - Zeilen 1-3, Spalten 2 und 6: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme ...", a.a.O., S. 31, 33, 39, 41, 43 und 45. - Zeilen 1-3, Spalten 3, 5 und 8: Berechnet aus Zeilen 1-3, jeweils Spalten 1, 2, 4, 6 und 7.

Tabelle 25:

Verwendung ausgewählter Arbeitsmaschinen und Geräte für die Erntebergung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 2 ha u. mehr Betriebsfläche in gemeinsamer Maschinennutzung in ausgewählten Gebieten für das Jahr 1960.

Landkreis, Reg.-Bez., Landwirtschaftskammerbezirk		Zahl d. Betriebe mit Alleinbesitz an		Zahl d. Betriebe mit gemeinschaftl. Maschinennutzung [2]		Zahl der Betriebe mit gemeinschaftlicher Maschinennutzung ausgedrückt in v.H. der Zahl der Betriebe mit Alleinbesitz	
		Mähdrescher	Rübenerntemaschinen [1]	Mähdrescher	Rübenerntemaschinen [1]	Mähdrescher	Rübenerntemaschinen [1]
		1	2	3	4	5	6
Hildesheim-Marienburg	1	445	652	863	638	194	98
Reg.-Bez. Hildesheim	2	1.328	2.573	5.157	3.146	389	122
Landwirtschaftskammerbez. Hannover	3	5.666	8.655	23.179	13.270	410	153

[1] Zuckerrübenroder und Zuckerrüben-Sammelköpfroder.

[2] Umfaßt Maschinen in gemeinschaftlichem Besitz mit anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Maschinen im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage und Maschinen in Nachbarschaftshilfe.

Quellen: Zeile 1, Spalten 1-4: Berechnet aus bisher nicht veröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover. - Zeile 2, Spalten 1-4, Zeile 3, Spalten 1-4: Berechnet aus: "Viehhaltung, Maschinenverwendung ...", a.a.O., S. 57-65. - Zeilen 1-3, Spalten 5 und 6: Berechnet aus Zeilen 1-3, Spalten 1-4.

an sich noch nichts über die ökonomische Zweckmäßigkeit des Einsatzes solcher Maschinen. In einer wachsenden Volkswirtschaft wie der Bundesrepublik Deutschland (Erhöhung der relativen Knappheit des Faktors Arbeit), entspricht jedoch die Anwendung kapitalintensiverer Produktionsverfahren auch in der Landwirtschaft den sich verändernden Faktorknappheitsrelationen,und in diesem Zusammenhang stellen die obigen Ergebnisse cet. par. ungefähre Anhaltspunkte für eine optimale Faktorkombination dar. Unter Berücksichtigung der vorhergehenden Untersuchungen erscheint daher der Maschinenbesatz in der Hildesheimer Landwirtschaft mehr einem Optimum angenähert als im Regierungsbezirk.

Über den Umfang der überbetrieblichen Maschinennutzung unterrichtet Tabelle 25. Dabei zeigt sich, daß im Kreis Hildesheim-Marienburg die überbetriebliche Maschinenverwendung von geringerer Bedeutung ist als in den Vergleichsräumen. Bei gleicher Betriebsgrößenstruktur könnte dies in unterschiedlicher Kooperationswilligkeit begründet sein. Da der Landkreis jedoch durch großbäuerliche und Großbetriebe gekennzeichnet ist, sind die niedrigeren Werte für die überbetriebliche Maschinennutzung wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die betrieblichen Anbauflächen groß genug sind, um eine als günstig angesehene innerbetriebliche Kapazitätsauslastung der vorhandenen Maschinen zu gewährleisten.

5. Umfang und Art der Bodennutzung.

Von der Gesamtfläche des Kreises Hildesheim-Marienburg entfielen im Jahre 1960 auf die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) 42.664 ha, auf die Waldfläche 10.555 ha; das Ackerland umfaßte 38.451 ha.[1] Für das Verhältnis von Waldfläche zur LN ergibt sich die Relation 1 : 4,05 (Reg.-Bez.: 1 : 1,31; Land Niedersachsen: 1 : 2,95).[2] Neben dem geringeren Anteil der bewaldeten Flächen, die sich hauptsächlich auf den Südzipfel des Kreises beschränken, hat das Untersuchungs-

1) Entnommen aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", Haupterhebung, Teil 2, a.a.O., S. 42 und 43.

2) Berechnet aus: Ebd., S. 30, 38 und 42.

gebiet auch einen sehr niedrigen Grünlandanteil. Auf einen ha Grünland[1] kommen 11 ha Ackerland. Für den Regierungsbezirk Hildesheim (Land Niedersachsen) lauten die Zahlen: 1 : 3,7 (1 : 1,1).[2]

Die Art der Bodennutzung ist u.a. abhängig von den natürlichen Gegebenheiten (Landschaftsformen, Bodenart und -qualität), historisch überkommenen Faktoren (z.B. Betriebsgrößenstruktur) und der Kosten- und Ertragsgestaltung bei alternativen Fruchtanbau- und Verwertungsmöglichkeiten. So begünstigen beispielsweise die durchwegs guten Bodenqualitäten im Zusammenhang mit den großbäuerlichen Betriebsgrößen in starkem Umfang den Weizenanbau. Die dafür verwendeten Flächen nehmen über 30 v.H. des gesamten Ackerlandes ein und übertreffen damit erheblich die Werte für den Regierungsbezirk (25,2 v.H.) und vor allem den Landesdurchschnitt (11,6 v.H.).[3] In der Reihenfolge der Flächenanteile liegt der Zuckerrübenanbau an zweiter Stelle. (Schon bei der Analyse des industriellen Sektors zeigte sich die bedeutende Rolle der Zuckerindustrie.) Der Anteil der Zuckerrübenfläche am Ackerland liegt mit rd. 25 v.H. fast doppelt so hoch wie im Regierungsbezirk (14,2 v.H.) und übertrifft den Landesdurchschnitt um mehr als das Dreifache.[4] Bei keinem anderen Anbauprodukt sind die interregionalen Anteilsdifferenzen derartig stark ausgeprägt. Mit einem Flächenanteil von 14,6 v.H. folgt der Gersteanbau auf dem dritten Platz. Vergleichsweise hoch liegt auch der Anteil von Gemüse und anderen Gartengewächsen, der seit 1949 jedoch stark zurückgegangen ist. Die Getreidesorten Weizen, Gerste und Hafer nahmen im Jahre 1960 eine Fläche von 55,2 v.H. des Ackerlandes ein. Dazu die Vergleichswerte:

Reg.-Bezirk Hildesheim ..... 49,8 v.H.
Land Niedersachsen ..... 30,0 v.H.[5]

---

1) Umfaßt Wiesen ohne Streuwiesen, jedoch zuzüglich Viehweiden.

2) Berechnet aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 30, 31, 38, 39, 42 und 43.

3) Vgl. S.102, Tabelle 26, Zeilen 1, 4 und 7, jeweils Spalte 3.

4) Vgl. ebd., Zeilen 1, 4 und 7, jeweils Spalte 7.

5) Berechnet aus: S.102, Tabelle 26, Zeilen 1, 4 und 7, jeweils Spalten 3-5.

Tabelle 6:

Anbauflächen ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in ausgewählten Gebieten für 1960 und 1949 in v.H. des Ackerlandes.[1]

Landkreis, Reg.-Bez., Land	Jahr		Ackerland in ha	Getreide Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Hackfrüchte Kartoffeln	Zuckerrüben	Gemüse und sonstige Gartengewächse
			1	2	3	4	5	6	7	8
Hildesheim-Marienburg	1960[2]	1	38.451	9,3	30,3	14,6	10,3	2,8	24,6	1,2
	1949	2	39.721	11,1	15,4	5,2	13,3	8,8	22,0	4,0
Veränderung d. prozentualen Anteile von 1949 bis 1960		3		-1,8	+14,9	+9,4	-3,0	-6,0	+2,6	-3,4
Reg.-Bez. Hildesheim	1960	4	188.583	14,7	25,2	12,3	12,3	7,4	14,2	0,9
	1949	5	204.131	15,9	13,1	3,9	14,9	13,0	10,8	2,7
Veränderung d. prozentualen Anteile von 1949 bis 1960		6		-1,2	+12,1	+8,4	-2,6	-5,6	+3,4	-1,8
Land Niedersachsen	1960	7	1.439.712	27,4	11,6	8,2	10,2	14,8	7,3	0,8
	1949	8	1.477.982	25,0	5,8	2,4	15,2	18,4	5,0	2,1
Veränderung d. prozentualen Anteile von 1949 bis 1960		9		+2,4	+5,8	+5,8	-5,0	-3,6	+2,3	-1,3

[1] Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 2 ha und mehr Betriebsfläche.

[2] Im Gegensatz zu 1949 ist für 1960 "Landwirtschaft außerhalb der Betriebe" nicht erfaßt.

Quellen: Zeilen 1, 4 und 7, Spalte 1: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme", a.a.O., S. 30, 38 und 42. - Zeilen 2, 5 und 8, Spalte 1: "Bodennutzungserhebung 1949", in: Veröffentlichungen des niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 8, Hannover, 1949, Blatt 1. - Zeile 1, Spalten 2-8: Berechnet aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme", a.a.O., S. 43-45. - Zeile 4, Spalten 2-8: Berechnet aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme", a.a.O., S. 39-41. - Zeile 7, Spalten 2-8: Berechnet aus: "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme", a.a.O., S. 31-33. - Zeilen 2, 5 und 8, jeweils Spalten 2-8: Berechnet aus: "Bodennutzungserhebung 1949", a.a.O., Blatt 2-5. - Zeilen 3, 6 und 9, jeweils Spalten 2-8: Berechnet aus Zeilen 1, 2, 4, 5, 7 und 8, jeweils Spalten 2-8.

Tabelle 27:

Hektarerträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in ausgewählten Gebieten und Jahren in dz/ha.

Gebiet Landkreis, Reg.-Bez., Land		Jahr	Winter- Weizen	Sommer Weizen	Winter- Gerste	Sommer Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
			1	2	3	4	5	6	7
Hildesheim-Marienburg	1	1964	44,9	44,2	47,8	40,1	45,5	262,2	453,6
	2	1962	42,7	42,9	38,7	41,6	42,5	228,3	306,4
	3	1960	46,9	43,6	47,2	38,9	44,1	243,2	433,0
	4	1958	33,7	34,8	35,5	31,7	37,8	-	403,6
	5	1956	38,6	37,7	37,0	31,6	37,1	-	277,5
	6	ø 1958/63	40,5	39,6	40,2	34,0	40,1	217,4	372,3
Gandersheim	7	1964	41,5	39,0	40,4	38,3	39,0	276,3	391,3
	8	ø 1958/63	34,7	33,0	34,4	30,8	33,3	211,1	328,9
Reg.-Bez. Hildesheim	9	1964	41,1	41,3	42,6	36,7	39,4	282,1	423,6
	10	ø 1958/63	36,5	36,4	36,4	30,9	34,6	223,0	355,7
Land	11	1964	40,6	36,0	41,2	35,2	34,6	296,1	408,1
	12	ø 1958/63	36,0	32,8	35,4	29,8	29,6	239,6	344,7

Quellen: Zeilen 1, 7, 9, 11, 6, 8, 10 und 12: "Die Ernte 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965, S. 14, 20, 22, 23, 25, 28, 30, 31 und 33. - Zeile 2: "Die Ernte 1962 für landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963, S. 17-19 und S. 23. - Zeile 3: "Die Ernte 1960 für landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1961, S. 13-15 und S. 19. - Zeile 4: "Die Ernte 1958 in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1959, S. 18, 19 und S. 21. - Zeile 5: "Die Ernte in Niedersachsen im Jahre 1956", in: Veröffentlichungen des niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 8, Heft 25, Hannover, 1957, S. 13-15 und S. 21.

Bei der zeitlichen Betrachtung tritt vor allem die Ausdehnung des Gersteanbaues hervor, der flächenmäßig 1949 an sechster Stelle stand und 1960 den dritten Platz einnahm. Den größten Zuwachs hatte jedoch der Weizenanbau zu verzeichnen, der damit (1960) die Bodennutzung für Zuckerrübengewinnung von der Spitzenposition (1949) verdrängte.

Die Landwirtschaft in Hildesheim-Marienburg wird in ihrer Bodennutzungsstruktur durch drei Produktionsschwerpunkte: Weizen-, Zuckerrüben- und Gersteanbau sowie durch ein hohes Ertragsniveau gekennzeichnet. Die Hektarerträge der betrachteten Anbauprodukte mit Ausnahme der Kartoffel lagen im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1963 um etwa 10 v.H. höher als im Regierungsbezirk Hildesheim und im Lande Niedersachsen.[1)]

6. Viehhaltung.

Die Analyse der Bodennutzungsstruktur gewährt zugleich Einblick in Umfang und Zusammensetzung des Viehbestandes, da erstere die Rohstoffgrundlage für die darauf aufbauende Veredelungsproduktion darstellt. Der Regierungsbezirk zeigt für 1964 einen Rindviehbesatz von 3,9 je ha Gründland. Der entsprechende Wert des Landkreises liegt mit 7,6 je ha[2)] jedoch fast doppelt so hoch. Hier zeigt sich deutlich der Einfluß des Zuckerrübenanbaues, der dazu führt, daß die Stallfütterung auf Rübenblattbasis eine starke Ausdehnung erfährt. Damit dürfte auch der hohe Rindviehbesatz je ha Grünland in Hildesheim-Marienburg zu erklären sein. Entsprechend der geringeren Bedeutung des Kartoffelanbaues liegt der Umfang der Schweinehaltung im Landkreis unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Viehhaltung zeigt sich recht deutlich im folgenden: Im Jahre 1964 kamen im Landkreis auf 1 Rindvieh 1,52 Schweine bzw. 0,46 Schafe bzw. 9,8 Hühner. Hingegen entfielen im Regierungsbezirk auf 1 Rindvieh 1,77 Schweine bzw. 0,20 Schafe bzw. 7,50 Hühner.[3)] Im Untersuchungsgebiet sind vor allem Schafe

---

1) Errechnet aus: S. 104, Tabelle 27.

2) Errechnet aus: S. 106, Tabelle 28, Zeilen 1 und 6, Spalte 2 sowie "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 38, 39, 42 und 43.

3) Berechnet aus: S.106, Tabelle 28, Zeilen 1 und 6, jeweils Spalten 2-5.

Tabelle 28:

Der Viehbestand in Hildesheim - Marienburg und dem Regierungsbezirk in ausgewählten Jahren.

Landkreis, Reg.-Bez.	Jahr		Gesamtzahl d.Pferde	Gesamtzahl d.Rindviehs	Gesamtzahl d.Schweine	Gesamtzahl d.Schafe	Gesamtzahl d. Hühner	Anteil d. Schlacht- und Masthähne und -hühner einschließlich der hierfür bestimmten Kuken in v.H. der Hühner insges.
			1	2	3	4	5	6
Hildesheim - Marienburg	1964	1	830	26.225	39.980	11.954	257.729	6
	1962	2	1.440	29.581	37.416	12.566	208.444	5,3
	1960	3	2.216	31.333	36.217	13.834	152.770	3,5
Veränderungen von 1959 bis 1964		abs. 4	-1.864	-3.764	+3.331	-2.518	+105.277	
		rel. 5	- 69,4%	-12,6 %	+9,1 %	-17,4 %	+69,1 %	
Reg.-Bez. Hildesheim	1964	6	9.545	201.501	357.000	40.199	1.508.015	14,5
	1962	7	14.081	206.994	335.409	42.459	1.130.361	7,6
	1960	8	17.992	205.275	328.694	51.460	938.063	6,6
Veränderungen von 1959 bis 1964		abs. 9	-10.656	+9.784	+44.941	-14.953	+577.341	
		rel. 10	-52,8 %	+ 5,1 %	+ 14,4 %	- 27,2 %	+ 62,0 %	

Quellen: Zeilen 1 und 6, Spalten 1-5: "Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, Febr. 1965, S. 9, 11, 13, 15 und 17. - Zeilen 1 und 6, jeweils Spalte 6: Berechnet aus: "Der Viehbestand ... 1964", a.a.O., S. 16 und 17. - Zeilen 2 und 7, Spalten 1-5: "Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1962", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, März 1963, S. 9, 11, 13, 15 und 17. - Zeilen 2 und 7, jeweils Spalte 6: Berechnet aus: "Der Viehbestand ... 1962", a.a.O., S. 16 und 17. - Zeilen 3 und 8, jeweils Spalten 1-5: "Der Vienbestand in Niedersachsen im Dezember 1960", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, Februar 1961, S. 9, 11, 13, 15 und 16. - Zeilen 3 und 8, jeweils Spalte 6: Berechnet aus: "Der Viehbestand ... 1960", a.a.O., S. 16. - Zeilen 4 und 9: Berechnet aus: "Der Viehbestand ... 1964", S. 9, 11, 13, 15-17 sowie "Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1959", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, Februar 1960, S. 9, 11, 13, 15 und 16. - Zeilen 5 und 10: Berechnet aus Zeilen 4, 9 sowie "Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1959", a.a.O., S. 9, 11, 13, 15 und 16.

und Hühner noch von relativ größerer Bedeutung als im Regierungsbezirk. Bei der Hühnerhaltung zeigt sich auf Kreis- bzw. Regierungsbezirksebene ein Übergang von der Eier- zur Fleischproduktion, der im Regierungsbezirk Hildesheim stärker ausgeprägt ist und seinen Ausdruck im zunehmenden Anteil der Schlacht- und Masthähne bzw. -hühner findet.[1] Der Rückgang des Pferdebestandes in der Landwirtschaft ist allgemein feststellbar und tritt im Landkreis nur durch seinen größeren Umfang hervor. Die Entwicklung der hier untersuchten Viehbestände zeigt - abgesehen von der Rindviehhaltung - im Kreis und Regierungsbezirk in die gleiche Richtung.

Stand und Entwicklung der Milcherzeugung.

Im folgenden wird die Untersuchung der Rindviehbestände durch die Betrachtung der Milcherzeugung und -verwendung ergänzt. Die Zahl der Milchkühe verringerte sich in Hildesheim-Marienburg von 1957 bis 1964 - trotz des hohen Niveaus der Milchwirtschaft - um 27 v.H.[2] Im gleichen Zeitraum betrug der Rückgang im Regierungsbezirk jedoch nur 8,3 v.H., während im Landesdurchschnitt sogar eine Zunahme von 2,6 v.H. vorliegt, wobei jedoch seit 1963 eine gringe Abnahme zu verzeichnen ist.[3] Der vergleichsweise sehr hohe Rückgang im Landkreis ist vor allem dadurch bedingt, daß in zunehmendem Umfang die großbäuerlichen und Großbetriebe sich auf möglichst milchlose Viehwirtschaft umstellen.[4] Trotz des relativ hohen und weitersteigenden Milchertrages je Kuh, dessen Steigerungsrate allerdings geringer war als in den Vergleichsgebieten, nahm der jährliche Milchertrag insgesamt (gemessen in t) von 1957 bis 1964 im Landkreis um 22,7 v.H. ab. Im Regierungsbezirk konnte der zahlenmäßige Rückgang der Milchkühe durch die Ertragssteigerung mehr als kompensiert werden, und der jährliche Milchertrag stieg im obigen Zeitraum um 6,7 v.H. Im Landesdurchschnitt betrug diese Wachstumsrate 16,1 v.H.

1) Vgl. S.107, Tabelle 28, Spalte 6.
2) Vgl. S.109, Tabelle 29, Spalte 1.
3) Vgl. ebd.
4) Nach Auskunft der Kreisgeschäftsstelle des Niedersächsischen Landvolkes in Hildesheim.

Tabelle 29:

Milcherzeugung und -verwendung[1] in ausgewählten Gebieten und Jahren.

Landkreis, Reg.-Bezirk, Land		Jahr	Zahl der Milchkühe	Milchertrag insges. in t	An Molkereien und Händler geliefert in v.H. des Milchertrages insges.		Milchertrag je Kuh im Jahr in kg
			1	2	3		4
Hildesheim-Marienburg	1	1964	10.243	46.556	1964	83,0	4.545
Zu- bzw. Abnahme in v.H. des Wertes von 1957	2		-27,0	-22,7	1957	80,4	+6,1
Reg.Bezirk Hildesheim	3	1964	85.514	359.490	1964	85,0	4.205
Zu- bzw. Abnahme in v.H. des Wertes von 1957	4		- 8,3	+ 6,7	1957	81,2	+16,5
Land Niedersachs.	5	1964 (1963)	1.013.698 (1.034.553)	4.176.866	1964	84,6	4.120
Zu- bzw. Abnahme in v.H. des Wertes von 1957	6		+ 2,6	+16,1	1957	79,6	+13,8

[1] In den Zahlen für Hildesheim-Marienburg sind die der Stadt Hildesheim eingeschlossen.

Quellen: Zeilen 1, 3 und 5: Berechnet aus: "Kuhmilcherzeugung und Verwendung in Niedersachsen im Januar, Februar, ..., Dezember 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964/65, S. 3, 4, 7, 8, 12, 13, 16, 17, 21, 22, 25, 26, 30, 31, 34, 35 usw. bis 102, 103, 106 und 107. - Zeilen 2, 4 und 6: Berechnet aus den Angaben in Zeilen 1, 3 und 5 sowie "Die Milcherzeugung und -verwendung in Niedersachsen im Jahre 1957", in: Statistische Berichte, Hannover, a.a.O., Juli 1958, S. 5, 6, 9 und 10.

Für die auf der Milchanlieferung basierende Nahrungs- und Genußmittelindustrie (z.B. Molkereien) ergibt sich durch den kräftigen und ständigen Rückgang der Milcherzeugung die Notwendigkeit zur Anpassung an diese Strukturänderungen. Auf Anfrage teilte beispielsweise die Molkerei Algermissen mit, daß durch geringere Milchanlieferung Gebäude und Maschinen nicht

voll ausgelastet seien. Die Zusammenlegung der Bolzumer Molkerei und Käsefabrik mit der Molkerei in Lehrte weist in die gleiche Richtung. Damit scheint unter den augenblicklich gegebenen Verhältnissen eine stärkere Ausdehnung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf der Rohstoffbasis Milch nur schlecht möglich zu sein.

V. Der Dienstleistungssektor.

1. Arbeitsstätten und ihre Beschäftigten.

Entsprechend der sektoralen Dreiteilung der Wirtschaft in einen primären, sekundären und tertiären Sektor wird im folgenden der Dienstleistungssektor untersucht. Industrialisierung ist ein wirtschaftlicher Wachstumsprozeß, aber nicht jedes Wirtschaftswachstum ist Industrialisierung.[1] Empirisch zeigt sich, daß das Wachstum in entwickelten Volkswirtschaften durch eine Ausdehnung des tertiären Sektors gekennzeichnet ist. Zur Abgrenzung dieses Bereiches werden in der Literatur verschiedene Merkmale benutzt.[2] Da die Analyse des Dienstleistungssektors hier weitgehend auf der Arbeitsstättenzählung vom 6.6.1961 fußt, werden folgende Abgrenzungen vorgenommen: Der gesamte Dienstleistungsbereich umfaßt die Sektoren

a. Verkehr und Nachrichtenübermittlung
b. Organisationen ohne Erwerbscharakter
c. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
d. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
e. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

Davon werden die unter den Punkten a, b und c aufgeführten Wirtschaftsabteilungen dem öffentlichen Dienstleistungssektor zugerechnet, da ihre Leistungen von öffentlichen Unternehmen erbracht werden bzw. der Befriedigung von Kollektivbedürfnissen dienen. Die restlichen Abteilungen stellen den privaten Dienstleistungsbereich dar.

---

1) Vgl. dazu Klatt, S., "Zur Theorie der Industrialisierung", a.a.O., S. 21.

2) Für die sektorale Dreiteilung verwendet A.G.B. Fisher die Nachfrageelastizität (ε) als Kennzeichen. Primärer Sektor: $\varepsilon \leqq 0{,}5$; sekundärer Sektor: $\varepsilon \geqq 0{,}5$; tertiärer Sektor: $\varepsilon \geqq 1$. - J. Fourastié benutzt dagegen das Ausmaß des

Im Jahre 1961 waren im Untersuchungsraum (Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim-Marienburg) 3.021 Arbeitsstätten im Dienstleistungsbereich vorhanden, das sind 2,86 v.H. der entsprechenden Arbeitsstätten des Landes Niedersachsen (105.724). Die durchschnittliche Beschäftigtengröße je Arbeitsstätte entsprach dabei fast genau dem Landesdurchschnitt, da die Zahl der Beschäftigten mit 19.520 wiederum 2,8 v.H. des Landeswertes ausmacht.[1] Durch die Zusammenfassung von Stadt und Landkreis Hildesheim-Marienburg gehen teilweise regionale Eigenheiten verloren. Betrug der Beschäftigtenanteil des öffentlichen Sektors in der Stadt (Land Niedersachsen) 60,6 v.H. (59,4 v.H.), so belief er sich im Landkreis nur auf 54,5 v.H.[2] Der Vorrang des öffentlichen Dienstleistungssektors besteht in allen hier betrachteten Regionen, wobei auf die besondere Stellung der Stadt Hildesheim schon bei der Analyse des Bruttoinlandsprodukts hingewiesen wurde. Die auf der Landesebene vorliegende Arbeitsstättengrößendifferenz zeigt sich auch im Untersuchungsraum, und zwar noch ausgeprägter. Entspricht die Relation zwischen Beschäftigten je private und Beschäftigten je öffentliche Arbeitsstätte im Land Niedersachsen noch dem Verhältnis 1 : 2,8, so steigt dieser Wert für das Untersuchungsgebiet auf 1 : 3,1 und in der Stadt Hildesheim sogar auf 1 : 5.[3] Berücksichtigt man dazu den großen Anteil des öffentlichen Sektors im Stadtgebiet, so erklärt sich damit auch der hohe Beschäftigtenbesatz aller Dienstleistungsarbeitsstätten von 9,0 Beschäftigten in der Stadt Hildesheim.

2. Branchenzusammensetzung.

Die Zusammensetzung der Beschäftigtenanteile der einzelnen Dienstleistungssektoren (Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Organisationen ohne Erwerbscharakter usw.) im Hildesheimer Raum entspricht ungefähr der des Landes Niedersachsen. Besonderheiten zeigen sich jedoch in den Bereichen Verkehr und Nach-

technischen Fortschritts. Primärer Sektor: mittelmäßig; sekundärer Sektor: stark; tertiärer Sektor: gering. - Vgl. insbesondere Klatt, S., a.a.O., S. 29.

1) Zahlenangaben berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", in: Statistik von Niedersachsen, a.a.O., Bd. 54, 1965, S. 54, 229 und 231.

2) Vgl. S. 112, Tabelle 30, Zeile 2, Spalten 1, 2 und 4.

3) Berechnet aus: Ebd., Zeilen 10 und 11, Spalten 1, 3 und 4.

Tabelle 30:

Beschäftigte im Dienstleistungssektor in Niedersachsen sowie in der Stadt und dem Kreis Hildesheim-Marienburg und durchschnittliche Arbeitsstättengröße im Jahre 1961.

Beschäftigte im Dienstleistungssektor		Hildesheim, Stadt	Hildesheim-Marienburg	Hildesheim und Hildesheim-Marienburg	Land Niedersachsen
		1	2	3	4
Beschäftigte im Dienstleistungssektor insgesamt	1	14.392	5.128	19.520	700.617
davon: im öffentl. Bereich und in v.H. der Beschäftigten im Dienstl.-Bereich insgesamt	2	60,6	54,5	59,0	59,4
im privaten Bereich ebenfalls in v.H.	3	39,4	45,5	41,0	40,6
Beschäftigte in den einzelnen Dienstl.-Bereichen in v.H. der Gesamtbeschäftigten:					
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4	17,4	21,2	18,4	23,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter	5	9,6	11,7	10,1	6,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	6	33,6	21,6	30,5	29,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	7	6,4	4,8	6,0	6,6
Dienstleistungen, soweit von Unternehmern und Freien Berufen erbracht	8	33,0	40,7	35,0	34,0
Beschäftigte je Arbeitsstätte (insges.)	9	9,0	3,6	6,5	6,6
Beschäftigte je Arbeitsstätte im öffentl. Sektor	10	23,2	4,9	12,2	11,5
Beschäftigte je Arbeitsstätte im privaten Sektor	11	4,6	2,8	3,9	4,1

Quellen: Zeilen 1-11, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229. - Zeilen 1-11, Spalte 2: Berechnet aus: Ebd., S. 231. - Zeilen 1-11, Spalte 3: Berechnet aus: Ebd., S.229 und 231. - Zeilen 1-11, Spalte 4: Berechnet aus: Ebd., S. 54.

richtenübermittlung und Organisationen ohne Erwerbscharakter, deren Beschäftigtenanteile um 22 v.H. unter bzw. 53 v.H. über den Werten des Landesdurchschnitts liegen sowie bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, deren Anteil sowohl im Stadt- als auch im Kreisgebiet unterlandesdurchschnittlich ist.[1)]

Bei einer weiteren Untergliederung der Dienstleistungsbereiche zeigt sich, daß im Bereich des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung die Eisenbahnen und die Bundespost mit zusammen 2.486 Beschäftigten[2)] von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind. Im privaten Bereich liegt das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in bezug auf den Beschäftigtenanteil an erster Stelle.[3)] Im Vergleich

---

1) Berechnet ebenfalls aus Tabelle 30, S. 112, Zeilen 4 und 5, Spalten 3 und 4 sowie Zeile 7, Spalten 1, 2 und 4.

2) Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

3) Beschäftigtenanteile ausgewählter Dienstleistungsbereiche in v.H. der gesamten Dienstleistungsbeschäftigten.

		Niedersachsen	Hildesheim und Hildesheim-Marienburg
		1	2
Eisenbahnen	1	8,5	7,0
Deutsche Bundespost	2	6,9	5,7
Gaststätten- und Beherbergungswesen	3	10,8	9,7
Wäscherei und Reinigung	4	4,0	3,9
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	5	3,9	4,6
Kunst, Theater, Film	6	0,8	1,9
Verlags-, Literatur- und Pressewesen	7	2,1	1,2
Gesundheitswesen	8	4,1	4,8
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	9	2,7	3,1
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	10	4,4	4,1
Versicherungsgewerbe	11	2,9	1,8

Quellen: Zeilen 1 und 2, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961",a.a.O., S. 54 und 71. - Zeilen 10 und 11, Spalte 1: Berechnet aus: Ebd., S. 54 und 72. - Zeilen 4-6, Spalte 1: Berechnet aus: Ebd., S. 54 und 73. - Zeilen 7-9, Spalte 1: Berechnet aus: Ebd., S. 54 und 74. - Zeilen 1-11, Spalte 2: Berechnet aus bisher unveröffentlichtem Material des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Hannover.

mit den Landeswerten stärker vertreten sind vor allem die Bereiche Kunst, Theater, Film (das 2,4fache des Landesanteils[1]), das Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe, das Gesundheitswesen und der Sektor Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung, wobei letzteres wohl die Folge einer stärkeren Wirtschaftsentwicklung ist. Andererseits sind jedoch die Beschäftigtenanteile vor allem der Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute, des Versicherungsgewerbes und des Verlags-, Literatur- und Pressewesens geringer.[2]

3. Entwicklungsstand.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem augenblicklichen Entwicklungsstand des Dienstleistungsbereiches im Untersuchungsraum. Erfahrungsgemäß nimmt in entwickelten Volkswirtschaften im Verlauf des Wirtschaftswachstums der Dienstleistungsbereich einen größeren Anteil ein, und damit können aus seinem Umfang und der qualitativen Zusammensetzung Rückschlüsse auf Entwicklungsstand und Wirtschaftskraft verschiedener Volkswirtschaften gezogen werden. Bei einer Übertragung dieses Verfahrens auf den hier vorliegenden Untersuchungsraum mit vergleichsweise geringer räumlicher Ausdehnung ist jedoch folgendes zu berücksichtigen: Es ist beispielsweise denkbar, daß die Bereitstellung von Dienstleistungen in größerem Umfang in kreisexternen Arbeitsstätten erfolgt. Das Kreisgebiet weist dann einen geringen Dienstleistungsbeschäftigtenanteil auf, obwohl die Versorgung mit derartigen Leistungen dem Durchschnitt anderer Kreise entspricht. Damit würde der Rückschluß auf den Entwicklungsstand verzerrt. Werden jedoch größere Raumeinheiten (beispielsweise die einzelnen Länder der Bundesrepublik) miteinander verglichen, so hat dieser Faktor in der Regel keine so große Bedeutung.

Für das Verhältnis zwischen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und Wohnbevölkerung werden im folgenden nur die Beschäftigten in privaten Arbeitsstätten herangezogen, da die räumliche Verteilung der öffentlichen Arbeitsstätten

1) Berechnet aus der Tabelle in Fußnote 3, S. 113, Zeile 6, Spalten 1 und 2.

2) Vgl. Hinweis in Fußnote 1.

und der in ihnen Beschäftigten nicht so sehr ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung ist, als vielmehr die Folge historischer, politischer und anderer Entscheidungen. Dabei zeigt sich, daß für die Stadt und den Kreis Hildesheim-Marienburg auf je 100 Einwohner nur 3,9 Dienstleistungsbeschäftigte entfallen, während es im Landesdurchschnitt 4,3 und im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland sogar 4,6 sind.[1)]

Tabelle 31:

Zahl der im privaten Dienstleistungssektor Beschäftigten in absoluten Werten und je 100 Einwohner in ausgewählten Gebieten im Jahre 1961.

Gebiet		Beschäftigte im privaten Sektor	Wohnbevölkerung	Dienstleistungsbeschäftigte je 100 Einwohner
		1	2	3
Hildesheim, Stadt	1	5.670	96.296	5,9
Hildesheim-Marienburg	2	2.331	108.894	2,1
Hildesheim und Hildesheim-Marienburg	3	8.001	205.190	3,9
Land Niedersachsen	4	284.401	6.640.855	4,3
Bundesrepublik Deutschland	5	2.597.224	56.173.200	4,6
Ausgewählte Nachbarkreise:				
Springe, Landkreis	6	1.665	62.062	2,7
Alfeld, Landkreis	7	2.569	80.384	3,2
Gandersheim, Landkreis	8	2.152	75.939	2,8
Burgdorf, Landkreis	9	3.359	115.062	2,9

Quellen: Zeile 1, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229. - Zeile 1, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 86. - Zeile 2, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 231. - Zeile 2, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", a.a.O., S. 110. - Zeile 3, Spalten 1 und 2: Berechnet aus Zeilen 1 und 2, jeweils Spalten 1 und 2. - Zeile 4, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 54. - Zeile 4, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", a.a.O., S. 16. - Zeile 5, Spalte 1: Berechnet aus: "Unternehmen und Arbeitsstätten", Heft 3, Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und Beschäftigte in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1965, S. 321. - Zeile 5, Spalte 2:"Statistisches Jahr-

1) Vgl. S.115, Tabelle 31, Zeilen 3, 4 und 5, Spalte 3.

Dieser niedrige Wert für den Untersuchungsraum ist durch den relativ geringen Dienstleistungsanteil im Landkreis bedingt. Die entsprechenden Werte der Nachbarkreise stellen zwar nur eine verzerrte Vergleichsbasis dar, da hier keine kreisfreien Städte vorhanden sind und der höhere städtische Wert für die Dienstleistungsbeschäftigten je 100 Einwohner eingeschlossen ist; aber trotzdem erscheint der Wert für Hildesheim-Marienburg relativ niedrig. Wird der Untersuchungsbereich auf die Räume ausgeweitet, in denen kreisfreie Städte und Landkreise vorhanden sind, so erfährt diese Aussage eine weitere Stützung.[1)]

4. Hannover-Messe und ihre Auswirkungen.

Eine regionale Besonderheit des Hildesheimer Raumes ergibt sich durch die Hannover-Messe.[2)] Diese alljährlich um die Monatswende April/Mai stattfindende und neun Tage dauernde Veranstaltung schlägt sich bedingt durch die relativ kurze Dauer nicht so sehr in den Jahresangaben der Statistik des Gaststättengewerbes nieder (so beispielsweise in der Auslastung der Beherbergungskapazität) als vielmehr in den Übernachtungszahlen in Privatquartieren. Die Heranziehung derartiger Dienst-

---

buch für die Bundesrepublik Deutschland 1962", hrsg. vom Statischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1962, S. 34. - Zeile 6, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 228. - Zeile 6, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 80. - Zeile 7, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229. - Zeile 7, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 92. - Zeile 8, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 247. - Zeile 8, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", a.a.O., S. 380. - Zeile 9, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 234. - Zeile 9, Spalte 2: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", a.a.O., S. 152. - Zeilen 1- 9, Spalte 3: Berechnet aus Zeilen 1- 9, Spalten 1u.2.

1) In den Landkreisen mit kreisfreien Städten entfielen auf 100 Einwohner ... Dienstleistungsbeschäftigte in privaten Arbeitsstätten:

Hannover	2,8	Goslar	2,3
Celle	2,8	Braunschweig .	2,1
Osnabrück ...	2,7	Göttingen	1,9
Lüneburg	2,4		

Quellen: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 235, 230, 227, 236, 243, 247, 248 und "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 14 und 16.

2) Die offizielle Bezeichnung dieser Ausstellung lautet: "Deutsche Industriemesse Hannover".

leistungskapazitäten ist gesamtwirtschaftlich positiv zu bewerten, da mit ihrer Hilfe saisonale Spitzen der Nachfrage nach Dienstleistungen durch ein elastisches Angebot befriedigt werden können. Unter regionalem Aspekt ist dabei noch der Einkommenserhöhungseffekt zu berücksichtigen.

Die Bedeutung der Industrieausstellung läßt sich deutlich bei den monatsweisen Fluggastzahlen auf dem Flughafen Hannover nachweisen. Bei generell im Zeitablauf zunehmenden Fluggastzahlen (Ankunft und Abgang zusammen) lag im Mai 1959 die Zahl der Fluggäste um 40,3 v.H. über dem Monatsdurchschnitt. Im Mai 1961 lag dieser Wert sogar bei 56,7 v.H. und stieg bis zum Mai 1962 auf 64 v.H.[1] Diese Angaben betreffen primär den Raum Hannover. Daher sollen im Anschluß hieran die Auswirkungen auf die Stadt Hildesheim untersucht werden. Da das Messegelände südlich der Stadt Hannover gelegen ist, bietet der nördliche Teil des Landkreises Hildesheim-Marienburg und hier vor allem die Stadt Hildesheim für den Fremden äußerst günstige Verkehrsverhältnisse, denn dieser Raum ist in kurzer Zeit über den Messeschnellweg, die Bundesautobahn und vor allem über die von Hannover nach Hildesheim führende Bundesstraße 6 zu erreichen. Von den in die Analyse einbezogenen Städten weist Hildesheim mit einem Anteil der Übernachtungen in Privatquartieren von knapp 20 v.H. nach Hannover (32 v.H.) den größten Wert im Jahre 1963 auf. Bei den anderen Städten liegt dieser Anteil unter 1 v.H.[2] Da der hohe Prozentsatz von Übernachtungen in Privatquartieren weder das Ergebnis aperiodischer Großveranstaltungen ist, noch durch Kunstdarbietungen mit überregionaler Ausstrahlungskraft (z.B. Bayreuther Festspiele) bedingt wird, und die Stadt Hildesheim kein ausgesprochenes Erholungsgebiet darstellt, kann diese Erscheinung nur durch den Messe-Einfluß erklärt werden. Interessant ist in

---

1) Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 48. Jg., 1960, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1960, S. 406 und ebd., 50 Jg., 1962, S. 426 sowie ebd., 51. Jg., 1963, S. 128.

2) Entnommen S. 118, Tabelle 32, Zeilen 1, 4, 7, 10 und 13, Spalte 3.

Tabelle 32:

Die Übernachtungen in ausgewählten Städten in den Jahren 1961 bis 1963.

Stadt		Jahr[1]	Übernachtungen insges.	Davon Übernachtungen in v.H. d. Gesamtübernachtungen in		Bettenausnutzung in Hotels, Gasthöfen usw. in v.H.
				Hotels, Gasthöfen usw.	Privatquartieren	
			1	2	3	4
Hildesheim	1	1963	113.910	80,3	19,7	49,7
	2	1962	122.450	89,2	10,8	60,1
	3	1961	104.137	90,1	9,9	50,0
Hannover	4	1963	1.170.664	68,0	32,0	62,9
	5	1962	1.082.284	71,8	28,2	58,6
	6	1961	1.069.902	72,0	28,0	60,4
Braunschweig	7	1963	250.585	100,0	.[2]	50,2
	8	1962	239.227	100,0	.	46,5
	9	1961	217.671	100,0	.	43,8
Göttingen	10	1963	161.801	99,2	0,8	43,3
	11	1962	168.894	93,0	7,0[3]	49,4
	12	1961	151.829	98,7	1,3	48,1
Celle	13	1963	77.369	99,9	0,1	40,2
	14	1962	81.854	99,9	0,1	34,5
	15	1961	81.294	99,8	0,2	34,8

1) Die Angaben beziehen sich auf folgende Zeiträume:
1.10.1962 - 30.9.1963
1.10.1961 - 30.9.1962
1.10.1960 - 30.9.1961

2) Anteil unter 0,1 v.H.

3) Der hohe Prozentsatz ist durch eine Großveranstaltung bedingt.

Quellen: Zeilen 1,10 und 13, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden , 1963 ...", a.a.O., S. 116. - Zeilen 1, 10 und 13, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden , 1963 ...", a.a.O., S. 116. - Zeilen 4 und 7, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1963 ...", a.a.O., S. 115. - Zeilen 4 und 7, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1963 ...", a.a.O., S. 115. - Zeilen 2 und 11, Spalten 1 und 4: " Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O., S. 330. - Zeilen 2 und 11, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O., S. 330. - Zeile 14, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O. S. 331. - Zeile 14, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O., S. 331. - Zeilen 5 und 8, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O., S. 329. - Zeilen 5 und 8, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1962 ...", a.a.O.,S.329.- Zeilen 3 und 12, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 49. Jahrg., 1961, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1961, S. 146. - Zeilen 3 und 12, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1961 ...", a.a.O., S. 146 .- Zeile 15, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1961 ...", a.a.O., S. 147. - Zeile 15, Spalten 2 und 3: Berechnet aus:"Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1961 ...", a.a.O., S. 146. - Zeilen 6 und 9, Spalten 1 und 4: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1961 ...", a.a.O.,S.145. Zeilen 6 und 9, Spalten 2 und 3: Berechnet aus: "Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1961 ...", a.a.O., S. 145.

diesem Zusammenhang noch, daß der Anteil der Übernachtungen in Privatquartieren von 1961 bis 1963 in Hannover und besonders stark in Hildesheim zugenommen hat, obwohl in Hildesheim die Zahl aller Übernachtungen von 1962 bis 1963 um etwa 7 v.H. abgenommen hat.[1] Dabei ging die Zahl der Übernachtungen in den Hotels, Gasthöfen usw. der Stadt Hildesheim um 16,2 v.H. zurück, während die Privatquartiere einen Zuwachs von 69,3 v.H.[2] aufweisen. Somit scheint eine Verschiebung der Nachfrage nach Dienstleistungen zu ungunsten des gewerblichen Sektors eingetreten zu sein, welche auch die im Jahre 1963 plötzlich und stark abfallende (10,4 v.H.)[3] Bettenausnutzung in Hotels usw. erklären würde.

5. Der Handel.[4]

Kennzeichnend für den Handel ist seine inter- und intrasektorale Vermittlerstellung zwischen der Produktion und Konsumtion und damit der Kauf von Waren auf eigene Rechnung und eigenes Risiko zum Zwecke der Weiterveräußerung. Durch die Übernahme von Finanzierungs-, Lagerhaltungsleistungen und Veredlungen wird der Handelscharakter nicht beseitigt, solange diese Funktionen nicht den betrieblichen Schwerpunkt ausmachen. Mit den Einteilungen Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung ergeben sich weitere Unterabteilungen des Handelssektors. Unter Rücksichtnahme auf die Auswertung des vorliegenden statistischen Materials (Handels- und Gaststättenzählung 1960) umfaßt der Großhandel alle Institutionen, die Handelswaren an Unternehmen verkaufen, die diese Waren weiterverkaufen bzw. wenn die Güter überwiegend in größeren Mengen abgenommen werden. Im Einzelhandel hingegen werden die Waren vorwiegend an private Haushalte abgesetzt. Der Absatz an Wiederverkäufer wird auch dann dem Einzelhandelssektor zugerechnet, wenn die Warenmengen nur relativ gering sind. Die

---

1) Berechnet aus: Tabelle 32, S. 118, Zeilen 1-6, Spalten 1 und 3.

2) Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1963", a.a.O., S. 116, und "Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1962", a.a.O., S. 330.

3) Berechnet aus: Tabelle 32, S. 118, Zeilen 1 und 2, Spalte 4.

4) Der Handel wird hier nicht unter einem gesonderten Gliederungspunkt behandelt, da er weitgehend Dienstleistungs- bzw. dienstleistungsähnliche Funktionen (räumlicher, zeitlicher,

Handelsvermittlung unterscheidet sich von den anderen Bereichen dadurch, daß Waren in fremdem Namen und für fremde Rechnung abgesetzt werden.

Im Jahre 1961 waren in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg insgesamt 3.120 Arbeitsstätten des Handels mit 13.922 [1] Beschäftigten vorhanden. Von letzteren entfielen auf die Stadt Hildesheim rd. 75 v.H.[2] Während der Anteil der Arbeitsstätten bezogen auf die des Landes Niedersachsen 3,2 v.H. betrug, belief sich der Prozentsatz der Beschäftigten auf 3,5 v.H.[3] des Landeswertes. Damit ist die durchschnittliche Arbeitsstättengröße im Stadt- und Landkreis um etwa 10 v.H.[4] höher als in Niedersachsen. Dieser Durchschnittswert verdeckt jedoch die zwischen den einzelnen Handelssektoren bestehenden Größendifferenzen bei den Arbeitsstätten. Im Untersuchungsgebiet (Stadt und Kreis Hildesheim-Marienburg) waren die Arbeitsstätten des Großhandels durchschnittlich mit 9,6 Arbeitskräften und im Einzelhandel mit 4,0 besetzt. Die entsprechenden Werte für das Land Niedersachsen beliefen sich auf 7,9 und 3,7 Beschäftigte. Dahingegen war für die Handelsvermittlung der Ein- bzw. Zwei-Mann-Betrieb kennzeichnend. Neben diesen sektoralen Unterschieden bei den Arbeitsstättengrößen zeigen sich auch beim Groß- und Einzelhandel, jedoch nicht bei der Handelsvermittlung, regional unterschiedliche Arbeitsstättengrößen. Entfielen in der Stadt Hildesheim im Einzelhandelsbereich (Großhandel) auf eine Arbeitsstätte 5,7 (12,9) Beschäftigte, so waren es im Landkreis 2,3 (4,2)[5] Beschäftigte.

---

quantitativer und qualitativer Ausgleich) wahrnimmt, wie es sich besonders deutlich bei der Handelsvermittlung zeigt.

1) Zahlenangabe s.h. S. 121, Tabelle 33, Zeile 9, Spalte 1.

2) Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229 und 231.

3) Berechnet aus: Ebd., S. 229, 231 und 54.

4) Berechnet aus: S. 121, Tabelle 33, Zeilen 9 und 13, jeweils Spalte 2.

5) Entnommen der Tabelle 33, S. 121, Zeilen 2, 4, 6 und 8, jeweils Spalte 2.

Tabelle 33:

Beschäftigte, Arbeitsstätten und deren Größe in ausgewählten Gebieten im Jahre 1961.

Gebiet		Handelssektoren	Zahl der Arbeitsstätten	Beschäftigte je Arbeitsstätte (Durchschnitt)	Anteile der in einzelnen Handelssektoren Beschäftigten in v.H. der Ges.-Beschäftigten
			1	2	3
Hildesheim, Stadt	1	Handel insgesamt	1.748	6,0	100 (= 10.481)
	2	Großhandel	274	12,9	33,9
	3	Handelsvermittl.	372	1,7	6,1
	4	Einzelhandel	1.102	5,7	60,0
Hildesheim-Marienburg	5	Handel insgesamt	1.372	2,5	100 (= 3.441)
	6	Großhandel	166	4,2	20,2
	7	Handelsvermittl.	102	1,7	5,0
	8	Einzelhandel	1.104	2,3	74,8
Hildesheim u. Hildesheim-Marienburg	9	Handel insgesamt	3.120	4,5	100 (= 13.922)
	10	Großhandel	440	9,6	30,4
	11	Handelsvermittl.	474	1,7	5,8
	12	Einzelhandel	2.206	4,0	63,8
Land Niedersachs.	13	Handel insgesamt	97.722	4,1	100 (=402.606)
	14	Großhandel	15.836	7,9	31,1
	15	Handelsvermittl.	13.060	1,9	6,1
	16	Einzelhandel	68.826	3,7	62,8

Quellen: Zeilen 1-8 und 13-16, Spalte 1: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229, 231 und 54. - Zeilen 9-12, Spalte 1: Berechnet aus Zeilen 1-8, Spalte 1. - Zeilen 1-16, Spalte 2: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229, 231 und 54. - Zeilen 1-16, Spalte 3: Berechnet aus: Ebd., S. 229, 231 und 54.

Entsprechend der Verbrauchernähe der Handelsinstitutionen sind deren Arbeitskräfte im Untersuchungsraum zu 30,4 v.H. im Großhandel, zu 5,8 v.H. in der Handelsvermittlung und zu 63,8 v.H.[1] im Einzelhandel beschäftigt. Diese Zusammensetzung entspricht weitgehend der des Landes. Dabei ist der Großhandel in der Stadt Hildesheim relativ stärker vertreten, während im Landkreis das Schwergewicht auf dem Einzelhandel liegt.

---

1) Vgl. **oben**, Tabelle 33, Zeilen 10-12, Spalte 3.

In den einzelnen Wirtschaftsgruppen des Großhandels liegen die Beschäftigtenanteile mit Ausnahme des Eisen- und Metallwarengroßhandels sowie bei den Artikeln des technischen Bedarfs im Untersuchungsraum unter denen des Landes. Das starke Hervortreten des Großhandels mit Eisen- und Metallwaren ist dabei als Ausfluß der Produktionsstruktur anzusehen. Auffallend ist jedoch der niedrige Beschäftigtenanteil im Großhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, der in der Stadt Hildesheim (Niedersachsen) nur 1,4 v.H. (4,3 v.H.)[1] beträgt, obgleich die elektrotechnische Industrie hier eine überragende Rolle spielt.[2] Eine weitere regionale Gliederung der Großhandelsniederlassungen zeigt wiederum die große Bedeutung der Landwirtschaft im Landkreis Hildesheim-Marienburg, denn auf den Handel mit Getreide, Saaten usw. entfallen über ein Drittel[3] der Beschäftigten, d.h. diese Handelsgruppe ist gefolgt vom Großhandel mit Holz sowie mit Nahrungs- und Genußmitteln am stärksten vertreten. Dahingegen liegt im Stadtgebiet der Nahrungs- und Genußmittelhandel mit rd. einem Fünftel[4] der Beschäftigten vor dem Handel mit Eisen- und Metallwaren und Fahrzeugen an der Spitze. Zeigen die Beschäftigtenanteile in den einzelnen Großhandelsgruppen gegenüber den Landesdurchschnitten teilweise recht erhebliche Unterschiede, so entsprechen im Einzelhandel die Werte des Untersuchungsgebietes (Hildesheim und Hildesheim-Marienburg) weitgehend den niedersächsischen. Bedenkt man, daß die Bedarfsstruktur der einzelnen Wirtschaftssubjekte bei derartigen regionalen Vergleichen nur in geringem Umfang variiert, so ist diese Erscheinung nicht weiter verwunderlich. Besonderheiten im Einzelhandelssektor des Stadt- und Landkreises zeigen sich in den Bereichen Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Brenn- und Kraftstoffe. Im ersteren beläuft sich der Beschäftigtenanteil im Stadt- bzw. Kreisgebiet auf etwa ein Viertel bzw. mehr als die Hälfte.[5] Bei Bekleidung und Wäsche sind die

---

1) Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 35, Hannover, 1963, S. 98 und 103.

2) Eine Erklärungsmöglichkeit wäre die Anwendung unterschiedlicher Vertriebssysteme.

3) Vgl. S. 125, Tabelle 34, Zeile 2, Spalte 2.

4) Vgl. ebd., Zeile 5, Spalte 1.

5) Vgl. ebd., Zeile 11, Spalten 1 und 2.

Relationen umgekehrt (Stadt: 26,6 v.H., Landkreis: 13,0 v.H.). Diese Erscheinungen sind weitgehend durch die Stellung des Einzelhandels zwischen Großhändler und Erzeuger einerseits und dem Verbraucher andererseits bedingt. Die Absatzorientierung des Handels führt zu Standortgründungen in Verbrauchernähe. Dies gilt besonders für Betriebe, die Güter des täglichen Bedarfs absetzen (z.B. Nahrungs- und Genußmittel), während der Fachhandel und der Handel mit längerlebigen Konsumgütern (Bekleidung, Wäsche) fast nur in zentralen Orten vorhanden ist.

Bei einem Vergleich der Umsätze je Niederlassungsbeschäftigten zwischen Stadt und Landkreis Hildesheim-Marienburg und dem Landesdurchschnitt liegen die Umsätze in dem anfangs genannten Gebiet niedriger, wobei in einzelnen Gruppen kräftige Abweichungen nach oben und unten festzustellen sind. Auch hier zeigt sich eine Verminderung der interregionalen (Umsatz-)Unterschiede zwischen Groß- und Einzelhandel. Während im Großhandel der Umsatz je Beschäftigten noch um 9,2 v.H. unter dem Landesdurchschnitt lag, betrug diese Abweichung beim Einzelhandel nur noch 1,7 v.H.[1] Da die einzelnen Wirtschaftsgruppen des Großhandels unterschiedliche Pro-Kopf-Umsätze aufweisen, kann der niedrigere Wert im Untersuchungsgebiet durch eine im Vergleich zum Land Niedersachsen unterschiedliche Zusammensetzung der Wirtschaftsgruppen bedingt sein. Andererseits kann er aber auch auf regional (Land Niedersachsen/Untersuchungsraum) unterschiedliche Pro-Kopf-Umsätze in gleichartigen Wirtschaftsgruppen

---

1) Berechnet aus Tabelle 34, S. 126, Zeilen 1 und 10, Spalten 7 und 8.

zurückzuführen sein.[1] Die tabellarischen Berechnungen beruhen auf folgender Überlegung: Sind die Großhandelsbeschäftigten im Untersuchungs- und Vergleichsgebiet (Land Niedersachsen) zu gleichen Anteilen in den Wirtschaftsgruppen beschäftigt und erzielen sie innerhalb der gleichen Wirtschaftsgruppen in den beiden Raumeinheiten gleiche Umsätze, so kann es keine Differenzen im Pro-Kopf-Umsatz geben.

---

1) Der quantitativen Abschätzung des Einflusses dieser beiden Faktoren dienen die folgenden Untersuchungen: (Jahresumsatz 1959)

Großhandel (G.H.) und Wirtschaftsgruppen		Beschäftigte (Hildesh. und Hildesh.-Marienburg)	Umsatz je Niederlassungsbeschäftigten (Ld.Nieders.) in DM	Tatsächl. Gesamtumsatz Hild.u. Hi.-M'bg. in 1.000 DM	Hypothetischer Gesamtumsatz Hild. u. Hi.-M'bg. in 1.000 DM	Differenz zw. tatsächl. u. hypothet. Gesamtumsatz in 1.000 DM
		1	2	3	4	5
Großhandel insgesamt	1	4.116	117.000	444.653	482.000	- 37.347
davon in den Wirtschaftsgruppen:						
G.H. mit Getreide, Saaten usw.	2	552	188.000	144.559	104.000	+ 40.559
G.H. mit Kohle usw.	3	147	359.000	15.290	52.800	- 37.510
G.H. mit Holz usw.	4	385	98.000	30.169	37.700	- 7.531
G.H. mit Schrott usw.	5	127	66.600	6.874	8.450	- 1.576
G.H. mit Nahrungsmitteln usw.	6	844	116.000	106.133	97.800	+ 8.333
G.H. mit Bekleidung usw.	7	160	64.200	7.924	10.290	- 2.366
G.H. mit Eisenwaren usw.	8	403	57.900	18.050	23.390	- 5.340
G.H. mit elektrotechn.Erzeugn.usw.	9	49	74.100	2.484	3.630	- 1.146
G.H. mit Fahrzeugen	10	366	63.800	23.237	23.370	- 33
G.H. mit techn. Bedarf usw.	11	233	74.000	19.726	17.220	+ 2.506
G.H. mit Papier usw.	12	89	51.000	4.303	4.540	- 237
				Summe der Differenz in 1.000 DM		- 4.341

Quellen: Zeilen 1-12, Spalte 1: Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 103 und 105. - Zeilen 1-12, Spalte 2: Berechnet aus: Ebd., S. 98. - Zeilen 1-12, Spalte 3: Ebd., S. 103 und 105. - Zeilen 1-12, Spalte 4: Berechnet durch Multiplikation der Zeilen 1-12, Spalte 1 mit den Zeilen 1-12, Spalte 2. - Zeilen 1-12, Spalte 5: Berechnet durch Subtraktion der Zeilen 1-12, Spalte 3 von Spalte 4.

Tabelle 34:

Die Beschäftigten in den Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Großhandels- bzw. Einzelhandelstätigkeit und deren Pro-Kopf-Umsätze in ausgewählten Gebieten.

Handelssektoren, Wirtschaftsgruppen		Beschäftigtenanteile[1] ausgewählter Wirtschaftsgruppen in v.H. der Niederlassungsbeschäftigten				Umsatz[2] je Niederlassungsbeschäftigten[3] in DM			
		Hildesheim	Hildesheim-Marienburg	Hildesheim und Hildesheim-Marienburg	Land Niedersachsen	Hildesheim	Hildesheim-Marienburg	Hildesheim und Hildesheim-Marienburg	Land Niedersachsen
		1	2	3	4	5	6	7	8
GH[4] insgesamt	1	100 (=3.399)	100 (=717)	100 (=4.116)	100 (=120.647)	106.000	118.000	108.000	119.000
davon in den Wirtschaftsgruppen:									
GH mit Getreide, Saaten usw.	2	8,8	35,6	13,4	15,8	314.000	200.000	262.000	188.000
GH mit Kohle usw.	3	3,7	2,9	3,6	4,5	100.000	127.000	104.000	359.000
GH mit Holz, Holzhalbwaren usw.	4	8,6	12,8	9,3	10,7	85.700	55.500	78.300	98.000
GH mit Nahrungs- u. Genußmitteln	5	18,7	29,3	20,4	22,2	138.500	87.500	126.000	116.000
GH mit Bekleidung, Wäsche usw.	6	3,8	4,2	3,9	4,3	-[7]	-	-	-
GH mit Eisen- u. Metallwaren usw.	7	11,3	2,9	9,8	4,9	44.500	51.700	45.000	57.900
GH mit Fahrzeugen usw.	8	10,8	.[6]	8,9	13,2	63.600	.	63.600	63.800
GH mit techn. Bedarf usw.	9	6,5	1,8	5,7	4,5	-	-	-	-
EH[5] insgesamt	10	100 (=5.453)	100 (=2.490)	100 (=7.943)	100 (=238.098)	36.400	32.600	35.200	35.800
davon in den Wirtschaftsgruppen:									
EH mit Nahrungs- u. Genußmitteln	11	25,8	56,4	35,4	36,9	40.000	32.300	36.200	37.700
EH mit Bekleidung, Wäsche usw.	12	26,6	13,0	22,4	20,8	31.200	30.600	31.100	33.800
EH mit Eisen- u. Metallwaren usw.	13	6,2	4,1	5,6	6,4	45.200	34.200	42.700	38.800
EH mit elektrotechn. Erzeugn. usw.	14	9,4	4,9	8,0	7,4	26.600	24.600	26.300	28.600
EH mit Papierwaren usw.	15	2,5	1,9	2,3	2,7	-	-	-	-
EH mit pharmazeut. Artikeln usw.	16	6,0	5,8	5,9	6,1	31.600	35.200	32.800	32.800
EH mit Brenn- u. Kraftstoffen	17	2,1	4,7	2,9	3,0	-	-	-	-
EH mit Fahrzeugen usw.	18	6,8	4,5	6,1	6,6	48.700	55.600	50.400	37.200

1) Beschäftigte am 30.9.1960.

2) Berechnet auf der Grundlage der Jahresumsätze 1959.

3) Die Niederlassungen umfassen Haupt-, Zweig- und Einzelniederlassungen. Abweichungen bei den Niederlassungsbeschäftigten gegenüber der Arbeitsstättenzählung sind methodisch bedingt.

4) GH = Großhandel. Abweichungen von vorangehenden Angaben (S. 124) sind methodisch bedingt. Dort nur Teilgegliederung.

5) EH = Einzelhandel.

6) Zahlenangabe aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich.

7) Keine Berechnungen vorgenommen.

Quellen: Zeilen 1-9, Spalten 1 und 5: Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 103. - Zeilen 1-9, Spalten 2 und 6: Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 105. - Zeilen 1-9, Spalten 3 und 7: Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 103 und 105. - Zeilen 1-9, Spalten 4 und 8: Berechnet aus: "Der Großhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 98. - Zeilen 10-18, Spalten 1 und 5: "Der Einzelhandel in Niedersachsen", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 36, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963, S. 136. - Zeilen 10-18, Spalten 2 und 6: Berechnet aus: "Der Einzelhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 138. - Zeilen 10-18, Spalten 3 und 7: Berechnet aus: "Der Einzelhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 136 und 138. - Zeilen 10-18, Spalten 4 und 8: Berechnet aus: "Der Einzelhandel in Niedersachsen", a.a.O., S. 126.

(Dies setzt voraus, daß nur die Zusammensetzung nach Wirtschaftsgruppen und der regional unterschiedliche Umsatz je Beschäftigten in jeweils gleichartigen Wirtschaftsgruppen den Pro-Kopf-Großhandelsumsatz beeinflussen.) Sind diese Voraussetzungen jedoch nicht gegeben, so kommt es zu Abweichungen beim Pro-Kopf-Großhandelsumsatz zwischen diesen Gebieten. Um den Einfluß der beiden (oben genannten) Variablen getrennt erfassen zu können, wird eine konstant gehalten. Dies geschieht z.B. dadurch, daß man die Umsätze je Niederlassungsbeschäftigten innerhalb gleicher Wirtschaftsgruppen für die zu vergleichenden Gebiete als identisch unterstellt. Damit erhält man dann den Einfluß der unterschiedlichen Zusammensetzung des Großhandels nach Wirtschaftsgruppen auf die Differenz des Pro-Kopf-Umsatzes. In dem hier untersuchten Fall ist die Differenz zwischen dem Umsatz je Großhandelsbeschäftigten im Untersuchungsraum und dem Lande Niedersachsen unter den obigen Voraussetzungen zu etwa einem Neuntel (-4.341: -37.347 = 11,6 v.H.) durch Abweichungen in der Zusammensetzung nach Wirtschaftsgruppen bedingt, d.h. 8/9 der Großhandelsumsatzdifferenz sind auf die geringere Umsatzproduktivität des Großhandels in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg zurückzuführen. Eine Überprüfung zeigt, daß für die Differenzen beim Pro-Kopf-Großhandelsumsatz zwischen dem Land Niedersachsen und dem Untersuchungsgebiet vor allem die niedrigere Umsatzproduktivität verantwortlich ist. Somit erscheint die Arbeitsproduktivität des Großhandels im Hildesheimer Raum geringer als im Landesdurchschnitt. In diesem Zusammenhang ist der räumliche Vergleich der Versorgungsdichte (ausgedrückt durch die Zahl der Handelsbeschäftigten je 100 Einwohner) noch von Interesse. Entfielen im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg zusammen auf 100 Einwohner 6,8[1] Handelsbeschäftigte, so waren es im Landesdurchschnitt zum gleichen Zeitpunkt (1961) nur 6,1[2] Handelsbeschäftigte, und für den Durchschnitt der Bundesrepublik ergab sich der gleiche Wert (6,1).[3] Diese größere Versorgungsdichte kann

---

1) Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 14 und "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229 und 231.

2) Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 16 und "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 54.

3) Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964", hrsg. vom Statistischen Bundesamt,

einerseits bedeuten, daß der Großhandel im Hildesheimer Raum Handelsfunktionen für andere Räume übernimmt. Andererseits weist die gegenüber dem Landesdurchschnitt geringere Arbeitsproduktivität jedoch darauf hin, daß der hohe Wert für die Versorgungsdichte im Stadt- und Kreisgebiet nicht nur Ergebnis der zusätzlichen Handelsleistungen für andere Gebiete ist.

Die regionale Verteilung der Handelsbeschäftigten im Untersuchungsgebiet veranschaulicht die nachfolgende Tabelle. Der Vergleich der Wohnbevölkerungsanteile mit der räumlichen Verteilung der Handelsbeschäftigten ermöglicht die Feststellung der Anziehungskraft einzelner Gemeinden als Absatzschwerpunkte des Handels.

Tabelle 35:

Räumliche Verteilung der Handelsbeschäftigten und der Wohnbevölkerung auf die Stadt Hildesheim und ausgewählte Gemeinden des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Jahr 1961.

Stadt, Kreis, Gemeinden		Beschäftigte in v.H. der Ges.-Handelsbeschäft.	Wohnbevölkerung in v.H. der ges. Wohnbevölkerung
		1	2
Hildesheim und Hildesheim-Marienburg	1	100 (=13.922)	100 (= 205.190)
Hildesheim, Stadt	2	75,2	47,5
Hildesheim-Marienburg	3	24,8	53,0
davon in Landkreisgem.:	4	100 (= 3.441)	100 (= 108.894)
Sarstedt	5	13,3	9,4
Bockenem	6	10,9	4,0
Bad Salzdetfurth	7	6,7	6,2
Algermissen	8	4,2	3,4
Harsum	9	4,1	3,6
Himmelsthür	10	3,4	4,4
Hoheneggelsen	11	3,0	1,6
Summe der Zeilen 5-11	12	45,6	32,6

Quellen: Zeilen 1-4, Spalte 1: Berechnet aus: "Arbeitsstättenzählung 1961", a.a.O., S. 229 und 231. - Zeilen 5-11, Spalte 1: Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 3, Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft), in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 29, Hannover, 1964, S. 43 und 45. - Zeilen 1-4, Spalte 2: Berechnet aus: "Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, a.a.O., S. 86 und 110. - Zeilen 5-11, Spalte 2: Berechnet aus: Ebd., S. 104 und 110. - Zeile 12, Spalten 1 und 2: Berechnet aus Zeilen 5-11 und Spalten 1 und 2.

Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1964, S. 206 und "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1962, S. 34.

In dem Zahlenmaterial tritt die Stellung der Stadt Hildesheim als bevorzugter Einkaufsort deutlich hervor, denn bei einem Anteil der Wohnbevölkerung von fast der Hälfte sind in ihrem Gebiet gut drei Viertel[1] der Arbeitskräfte des Handels beschäftigt. Innerhalb des Kreises Hildesheim-Marienburg sind vor allem Sarstedt, Bockenem, Bad Salzdetfurth, Algermissen und Harsum von größerer Bedeutung als Einkaufsplätze. Betrachtet man die Anteilsdifferenzen zwischen Beschäftigten und Wohnbevölkerung als (wenn auch nur grobes) Maß für die Anziehungskraft einzelner Gemeinden, so liegt die Stadt Hildesheim mit 28,2 v.H. an der Spitze gefolgt von Bockenem (6,9 v.H.), Sarstedt (3,9 v.H.) und Hoheneggelsen (1,4 v.H.).[2] Die relativ starke Ausstrahlung von Bockenem und Hoheneggelsen läßt sich damit erklären, daß diese südlich und nord-östlich der Stadt Hildesheim gelegenen Gemeinden sich nicht im unmittelbaren Einflußbereich anderer Einkaufszentren befinden und daher für ihre nähere Umgebung günstige Einkaufsmöglichkeiten bieten. Innerhalb des Kreisgebietes ist von den untersuchten Gemeinden nur in Himmelsthür der Beschäftigtenprozentsatz geringer als der Wohnbevölkerungsanteil.[3] Die Gründe dafür sind wohl in dem Vorortscharakter dieser Gemeinde in bezug auf die Stadt Hildesheim zu sehen.

---

1) Vgl. S. 128, Tabelle 35, Zeile 2, Spalten 1 und 2.

2) Berechnet aus Tabelle 35, S. 128, Zeilen 2, 6, 5 und 11, Spalten 1 und 2.

3) Vgl. S. 128, Tabelle 35, Zeile 10, Spalten 1 und 2.

ZWEITER TEIL:

Entwicklungsmöglichkeiten des Untersuchungsraumes.

A Räumlich totales Gleichgewicht als wirtschaftspolitisches Zwischenziel.

Ausgehend von einer sich im stationären Gleichgewicht befindenden Wirtschaft, in der die verfügbare Menge des Produktionsfaktors Boden auch für die Zukunft als unveränderlich angenommen wird, kann ein wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich durch drei Faktoren bewirkt werden:

1. Bevölkerungswachstum
2. Auftreten von Nettoersparnissen und im Zusammenhang damit die Vornahme von Nettoinvestitionen
3. Technischer Fortschritt.

In jeder nicht-stationären Wirtschaft stellt sich immer auch die Frage nach der wirtschaftlichen Richtschnur für die zukünftige Entwicklung. Daß die Wirtschaftsstruktur des Landes Niedersachsen oder der Bundesrepublik Deutschland bzw. anderer empirischer Vergleichsräume nicht das anzustrebende Ziel für den hier zu untersuchenden Vergleichsraum sein kann, ergibt sich schon daraus, daß diese Räume und jeder andere Raum in der Regel eine unterschiedliche Ausstattung mit Produktionsfaktoren aufweisen. Die empirische Analyse kann immer nur das im Zeitpunkt t_n Vorhandene aufzeigen. Wachsende Wirtschaften erfordern aber eine Einbeziehung der Zukunftserwartungen und daher können auch bei der Raumplanung nur die von der Theorie gefundenen Gesetze die einzige wirtschaftliche Richtschnur für das sein, was geschehen soll.[1] Da die ökonomischen Aktivitäten u.a. immer raumgebunden sind, interessieren hier besonders räumliche Aspekte.[2] So wird die Landesplanung zwar immer Praxis

---

1) Vgl. Lösch, A., "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", a.a.O., S. 236.

2) Lange erschienen die Standortprobleme als ein Spezialfall für die Anwendung von Werkzeugen der (nicht-räumlichen) allgemeinen ökonomischen Theorie, die jedoch genau umge-

bleiben, aber das entbindet sie nicht von grundsätzlichen Überlegungen über ein mögliches System, mit dem sie die Tagesfragen in Zusammenhang bringen und nach einem Leitbild ausrichten kann.[1)]

Da der hier gegebene Untersuchungsraum keine geschlossene Raumeinheit darstellt, sondern im Zusammenhang mit der Bundesrepublik Deutschland als Volkswirtschaft zu sehen ist, wird im folgenden auf das Verhältnis zwischen regionaler und gesamtwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik eingegangen. Dabei zwingt die westeuropäische Wirtschaftsintegration heute dazu, die Raumordnung nicht nur aus dem Blickwinkel der Bundesrepublik, sondern aus dem der Gesamtwirtschaft der Mitgliedsstaaten zu betrachten.[2)] Analog zu den Interdependenzen im Preissystem bestehen auch in räumlicher Beziehung derartige Zusammenhänge. Alle Raumeinheiten stehen in einem komplexen Zusammenhang. So beeinflußt eine neue Standortgründung wiederum eine Vielzahl anderer Standorte. Eine optimale Raumnutzung in allen Teilräumen einer Volkswirtschaft bedeutet jedoch noch keine gesamtwirtschaftliche Optimalität, da mit dem größeren Bezugsraum auch andere Bewertungsmaßstäbe erforderlich sind, nämlich die Berücksichtigung der gesamten räumlichen Ordnung.[3)] Regionalpolitik darf daher nicht aus

---

kehrt einen Spezialfall einer viel allgemeineren Theorie darstellt, d.h. einer nicht vom Raum abstrahierenden. Vgl. hierzu Böventer, E. von, "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", Tübingen, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1962, S. 1 f.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen von Dittrich, E., "Versuch eines Systems der Raumordnung" (Institut für Raumforschung, Bonn, Vorträge), Bad Godesberg, 1953, S. 4.

2) Vgl. insbesondere Egner, E., "Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12 (Kurt Brüning Gedächtnisschrift), Göttingen-Hannover, 1963, S. 136 f.

3) Vgl. Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", Volkswirtschaftliche Schriften, hrsg. von J. Broermann, Heft 47, Berlin, Duncker und Humblot, 1959, S. 117, sowie Dittrich, E., "Regionale Wirtschaftspolitik", in: Grundfragen deutscher Raumordnung, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bonn, Heft 21, Bad Godesberg, 1955, S. 48.

einer kleinräumlichen Perspektive betrieben werden, die die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge übersieht. Wie entwicklungsfähig Gemeinden, Landkreise usw. sind, kann nicht unter ihrem eigenen Blickwinkel und allein von ihrem Ehrgeiz bestimmt werden.[1] Vielmehr müssen die Raumordnungsmaßnahmen zentral geplant werden, wenn es auch nicht nötig ist, sie dann zentral durchzuführen.[2] Entscheidend ist jeweils nur, daß die lokalen und regionalen Bestrebungen sich der Gesamtkonzeption einfügen.

B Absolute und relative Optimalität als Leitbilder der Raumstruktur.

In der nicht-räumlichen allgemeinen Wirtschaftstheorie nimmt der Gleichgewichtsbegriff (Gleichgewichtszustand = Leitbild) sowohl bezogen auf eine stationäre als auch auf eine dynamische Wirtschaft eine zentrale Stellung ein. Ist das totale Gleichgewicht erreicht, so kann durch keine anderwertige Faktorkombination noch eine Erhöhung der verfügbaren Gütermengen erreicht werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn der Raum mit in die Betrachtung einbezogen wird. Der Gleichgewichtsbegriff erfährt zwar eine Ausweitung, aber der Gleichgewichtszustand ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß durch keine andere sachliche, zeitliche und räumliche Verwendung der Produktivkräfte noch eine bessere Bedürfnisbefriedigung der Wirtschaftssubjekte möglich ist. Die Berücksichtigung der räumlichen Aspekte zeigt jedoch eine Besonderheit der produzierten Produktionsmittel.[3] Die Standortwahl wird im folgenden als rein ökonomisches Problem aufgefaßt.[4]

---

1) Vgl. Egner, E., "Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", a.a.O., S. 136.

2) Vgl. Dittrich, E., "Marktwirtschaft und Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, 11. Jg., Heft 1, Köln-Berlin, 1953, S. 6.

3) Zu den folgenden Ausführungen vgl. Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 66 (1951 I), Hamburg, 1951, S. 5-24.

4) Hierbei ist aber zu beachten, daß "die Mitwirkung historischer, nicht aus ökonomischen Vorgängen hervorgegangener Daten die Verwirklichung des Optimums in einem höheren

Angenommen, es seien in einer Gebietswirtschaft keinerlei produzierte Produktionsmittel (z.B. keine künstlichen Verkehrseinrichtungen) vorhanden und unter ausschließlicher Beachtung der natürlichen Daten und des Rationalprinzips sollten die optimalen Standorte bestimmt werden, so wäre das eine absolute Standortwahl, die ein absolut optimales Standortsystem zur Folge hätte. Nunmehr werden die produzierten Produktionsmittel einbezogen. Im Zeitpunkt t_o sei C das Verbrauchszentrum und A bzw. B mögliche Rohstoffbasen mit unterschiedlichen Rohstoffgewinnungskosten (in Geldeinheiten = GE):

1. Zeitpunkt t_o:

	in A	in B	
Produktionskosten	10	13	
Transportkosten nach C	5	8	(5)
Ortspreis in C	15	21	(18)

Der Bau eines Kanals von C nach A bzw. B koste jeweils 5 GE. Nach dem Rationalprinzip wird der Kanal nach A gebaut, da der Ortspreis in C von hieraus nur 15 statt 18 (von B) beträgt. A ist somit der absolut optimale Standort. Nach B wird zum Transport anderer Güter eine Bahnstrecke errichtet mit Transportkosten in Höhe von 8 GE. Nun tritt im Zeitpunkt t_{+1} ein technischer Fortschritt ein, der in B (und nur dort) die Produktionskosten auf 5 GE senken würde:[1)]

2. Zeitpunkt t_{+1}:

	in A	in B
Produktionskosten	10	5
Transportkosten nach C	5	8
Ortspreis in C	15	13

Der Preismechanismus bewirkt langfristig eine Verlagerung der Produktionsstätten von A nach B, denn in C steigt die Nachfrage auf Grund des gesunkenen Ortspreises und die

---

Grade aus (schließt), als dies etwa in der Preistheorie unter der Annahme einer rein verkehrswirtschaftlichen Organisation der Fall ist." So Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 17.

1) Die numerische Darstellung beruht weitgehend auf den Zahlenbeispielen von Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 19.

Kanalbauinvestitionen werden soweit wie möglich vermittels der Abschreibungen wieder herausgezogen und zum Bau günstigerer Verkehrswege nach B verwendet. B wird somit zum absolut optimalen Standort.

Nun sind aber noch andere Kombinationen denkbar. Ausgangspunkt ist wiederum das erste Zahlenbeispiel. Doch statt einer Bahnstrecke sei eine Straße von C nach B gebaut worden, wodurch sich annahmegemäß die Transportkosten jetzt auf 12 GE belaufen sollen. Im Zeitpunkt t_{+1} ergibt sich für B wiederum der oben beschriebene technische Fortschritt. Das Zahlenbeispiel lautet dann:

3. Zeitpunkt t_{+1}:

	in A	in B
Produktionskosten	10	5
Transportkosten nach C	5	12
Ortspreis in C	15	17

Steigt die Nachfrage in C, so werden weitere Produktionsstätten am Standort A errichtet. Die Unternehmer handeln ökonomisch richtig. Sie können unter den gegebenen Umständen bei Beachtung des Rationalprinzips garnicht anders handeln. Der Unterschied zwischen dem zweiten und dem dritten Zahlenbeispiel besteht im folgenden: Die besondere Bedeutung der produzierten Produktionsmittel liegt nicht darin, daß sie nur schwer einschmelzbar sind. Dadurch wird zwar die Anpassungsgeschwindigkeit vermindert, aber wie das zweite Zahlenbeispiel zeigt, sind einmal getätigte Investitionen langfristig durch den Preismechanismus wieder einschmelzbar. Diese Einschmelzung ist aber nur in begrenztem Umfang möglich. Der Preismechanismus muß überhaupt erst einmal in Gang gesetzt werden, und das ist das Entscheidende. Wäre das Verfahren, das B zu dem günstigeren Produktionsstandort macht, schon früher bekannt gewesen, so wäre der Standort nie in A, sondern von Anfang an in B gewesen. Es ist lediglich das historische Datum des Kanals, das aus einer früher richtigen Standortwahl hervorgegangen ist, was jetzt die Ausnutzung des Produktionskostenvorteils in B verhindert.[1] Der Standort A

[1] Vgl. Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 19.

ist also nicht absolut, sondern nur relativ optimal. Da der Preismechanismus im dritten Beispiel die Investitionen nicht einzuschmelzen vermag - die Datenänderung, d.h. die Produktionsverbilligung durch technischen Fortschritt reicht nicht aus, um den historischen Transportkostenvorteil von A aufzuheben - bleibt nur die Schlußfolgerung, daß eine weitere Annäherung an das absolut optimale Standortsystem unter der gegebenen Datenkonstellation nicht möglich ist und, daß eine Einschmelzung der produzierten Produktionsmittel unwirtschaftlich wäre. Somit kann angenommen werden, daß die absolute Standortwahl und das absolut optimale Standortsystem nur Fiktionen sind, "die als wirtschaftspolitisches Ziel gar nicht aufgestellt werden können. Sie sind in der Realität, wenn überhaupt, nur einmal möglich."[1] Es ist sogar anzunehmen, daß mit wachsender Anhäufung der produzierten Produktionsmittel die verbleibenden Freiheitsgrade relativ abnehmen, d.h. die Rückkehr zum absoluten Standortsystem immer schwieriger und unwahrscheinlicher wird.

In den bisherigen Uberlegungen waren die externen Ersparnisse unberücksichtigt geblieben. Für die Erklärung räumlicher Konzentrationserscheinungen sind sie bedeutungsvoll, denn je größer die externen Ersparnisse sind, desto stärker ist die Konzentration der Industrien an einigen wenigen Punkten oder gar an einem Industriezentrum.[2] Wenn schon die Existenz von Kapitalgütern das Erreichen des absoluten Standortsystems verhindern kann, so verstärken die externen Ersparnisse noch die Beharrungstendenz historischer Standortentscheidungen. Wären im dritten Zahlenbeispiel die Produktionskosten durch den technischen Fortschritt unter 3 GE gesunken, so würde dabei eine Standortverlagerung von A nach B eintreten. Durch das Bestehen mehrerer Produktionsstätten in A sinken dort die Produktionskosten. Der technische Fortschritt müßte also außer dem Produktionskostennachteil in B zum Zeitpunkt t_0 auch noch den historischen Transportkostenvorteil von A und die externen Ersparnisse

---

1) Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 23.

2) Vgl. insbesondere Böventer, E. von, "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 15.

überkompensieren, damit B zum absolut optimalen Standort würde. Das Bestehen externer Ersparnisse bedingt jedoch noch weitere Schwierigkeiten. Bei der Existenz von Kapitalgütern und nicht linear-homogenen Produktionsfunktionen ist das Problem der Bestimmung eines absoluten gesamtwirtschaftlichen Optimums weder theoretisch noch durch den Marktmechanismus lösbar, weil die übliche Marginalbetrachtung allein dazu nicht mehr ausreicht.[1] Gesamtwirtschaftlich gesehen kann es nur darum gehen, große und offensichtliche Abweichungen vom relativ optimalen Standortsystem durch wirtschaftspolitische Eingriffe zu verhindern bzw. eine möglichst weitgehende Annäherung an dieses Optimum zu erreichen.

C Optimale Raumstruktur und Marktwirtschaft.

In den bisherigen Ausführungen wurde unterstellt, daß in einem marktwirtschaftlichen System durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage die Erreichung einer optimalen Raumstruktur nicht als gesichert angesehen werden kann. Diese Annahme soll nun im folgenden auf ihre Haltbarkeit überprüft werden, denn eine Raumordnung durch Anwendung wirtschaftspolitischer Maßnahmen kann nur dann berechtigt sein, wenn das gegebene System wirtschaftlicher Maßnahmen und Einrichtungen nicht von sich aus einen gesamtwirtschaftlich optimalen Zustand herbeizuführen vermag. Die Theorie der Marktwirtschaft geht davon aus, daß auch die räumliche Struktur letztlich über den Markt, d.h. die Standortentscheidungen der Wirtschaftssubjekte gelenkt wird. So kommen schließlich die jeweils günstigsten Standorte zum Zuge, und die erreichte Regionalstruktur der Wirtschaft ist damit zugleich auch die optimale Standortverteilung. Eine optimale Standortwahl setzt jedoch voraus, daß alle standortbestimmenden Faktoren kalkulierbar sind. Die Standortwahl ist aber teilweise an Größen orientiert, deren ökonomische Bewertung gar nicht bzw. nur sehr schwer möglich ist. So ist beispielsweise anzunehmen, daß eine Großstadt ein geeignetes

1) Vgl. Böventer, E. von, "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 163.

Absatzgebiet für die Konsumgüterindustrie darstellt. Da die kaufkräftige Güternachfrage neben der Einkommenshöhe und den Güterpreisen auch noch von den subjektiven Verbrauchsneigungen und Verbrauchstendenzen abhängt, kann die Absatzfähigkeit einzelner Güter nur grob kalkulationsfähig gemacht werden.[1] Neben den Erfassungsschwierigkeiten bei den qualitativen Faktoren kann auch die Wirkung einmaliger Faktoren die Erreichung des Optimums verhindern.[2]

Wenn aber solche kurzfristigen quantitativen Standortfaktoren ausschlaggebend für die Standortwahl werden, dann kann langfristig nicht von einem optimalen Standortsystem gesprochen werden.[3] In diesem Zusammenhang ist außerdem noch der Einfluß außerwirtschaftlicher Faktoren wie z.B. politischer (Zonengrenzziehung) auf die Standortwahl zu erwähnen. Da die "reine Theorie" im allgemeinen diese Faktoren ausschließt, kann sie nur in begrenztem Umfang eine Erklärung der tatsächlichen Vorgänge geben.

Die aufgezählten Erscheinungen lassen jedoch noch nicht den Schluß zu, daß in einem marktwirtschaftlichen System über die rentabilitätsorientierten Stadtortentscheidungen der Wirtschaftssubjekte der Optimalzustand nicht erreichbar ist. So zeigt beispielsweise die verstärkte Anwendung der Marktforschung, daß die Praxis sich darum bemüht, auch qualitative Standortfaktoren im zunehmenden Umfang kalkulationsfähig zu machen.

Ein ernsteres Problem für die Theorie der Marktwirtschaft ergibt sich, wenn den Standortentscheidungen nur ein Teil der tatsächlich für die Volkswirtschaft entstehenden Kosten der Produktion und der anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten an einem bestimmten Standort zugrundeliegen. Diese Erschei-

---

1) Vgl. Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", a.a.O., S. 42.

2) Als Beispiel sollen die betrieblichen Gründungskosten erwähnt werden. So kann u.a. die Höhe der Grundstückspreise bei gegebenem betrieblichen Gründungskapital die Errichtung eines Betriebes an einem Standort ausschließen, der als optimal angesehen wird.

3) Vgl. Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", a.a.O., S. 46 f.

nung wird in der Literatur u.a. unter den Begriffen der "social costs" bzw. "soziale Kosten" oder "Sozialkosten" behandelt.[1] Damit erscheint es durchaus als denkbar, daß, "würden die jetzt von der Gesamtheit getragenen Kosten des Standorts in einem industriellen Ballungsraum dem einzelnen Betrieb angelastet, die Produktion an einem dezentralisierten Standort auch kostenmäßig günstiger erschiene."[2] Bei Abwälzung der Sozialkosten auf die Gesamtheit entsprechen die kostenmäßigen Vorteile der Ballung nicht den tatsächlich entstehenden Kosten. Zur Widerspiegelung der effektiven Kosten wäre daher beispielsweise eine Besteuerung erforderlich, die die zusätzlich durch die Ballung entstehenden Kosten nicht der Gesamtheit der Steuerzahler, sondern den für ihre Entstehung verantwortlichen Betrieben anlasten würde. Bei einem derartigen Vorgehen würden private und soziale Kosten nicht mehr voneinander abweichen, und die marktmäßige Optimalität wäre gesichert.

Somit erscheint das oben angeschnittene Problem nicht so sehr ein theoretisches als vielmehr ein praktisches zu sein, das in der numerischen Bestimmung der für die sozialen Kosten geltenden Funktionalzusammenhänge und der Bestimmung und Zurechnung der in Anspruch genommenen Leistungen besteht.[3] Bisher konnte also noch kein - auch theoretisch - stichhaltiges Argument für den Eingriff in den marktwirtschaftlichen Prozeß erbracht werden.

---

1) Vgl. dazu Kapp, K.W., "The Social Costs of Private Enterprise", Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 1950 und Böventer, E.v., "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., sowie Egner, E., "Die regionale Entwicklung der Industriewirtschaften", in: Industrialisierung ländlicher Räume, Raum und gewerbliche Wirtschaft 1, Bd. XVII, Hannover, Gebr. Jänecke Verlag, 1961, S. 27-45. - Weiterhin Dittrich, E., "Über den Begriff 'social costs'", in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 6. Jg., Heft 19, Bad Godesberg, 1956, S. 473-482.

2) Thalheim, K., "Marktkonforme Mittel der Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, 12. Jg., Heft 4, Köln-Berlin, 1954, S. 201.

3) Vgl. Böventer, E.v., "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 189.

Betrachten wir nun folgenden Fall:[1] Wir denken uns drei ein Dreieck bildende Orte. C sei das Verbrauchszentrum, A und B seien mögliche Produktionsstandorte mit zwar gleichen Transportkosten nach C aber unterschiedlichen Produktionskosten. (Produktionskosten in A < Produktionskosten in B). In A wird daher eine Produktionsstätte errichtet. Nun ergebe sich ein technischer Fortschritt, der nur in B anwendbar sei. (Produktionskosten in B < Produktionskosten in A). In der Zwischenzeit sei alles andere gleich geblieben. Unter dieser Annahme ist eine kostenlose Standortverlagerung von A nach B nur bei linear homogenen Produktionsfunktionen möglich, wenn also der Gegenwert aller Realabschreibungen sukzessive am neuen Standort investiert würde, bis durch die räumliche Verlagerung der Ersatzinvestitionen die gesamte Produktionsstätte in B wiedererstanden wäre.[2] Heben wir nun die Annahme der zwischenzeitlichen Konstanz auf und betrachten die "Umwelt" des Unternehmens in A, solange noch keine räumliche Verlagerung der Investitionen stattgefunden hat. Andere Unternehmer, sowohl Abnehmer als auch Lieferanten werden sich nach dem für die Produktionsstätte gewählten Standort A orientieren. Damit verändert die historische Standortwahl des Unternehmens in A dessen eigene Daten. So wird der Standort A immer attraktiver und die Umzugskosten nach dem Ort B werden infolge der externen Ersparnisse in A immer größer. Es wird nun angenommen, daß die Produktionskosten in B, bei Beibehaltung der in A vorhandenen externen Ersparnisse auch in B, zuzüglich der Umzugskosten nach B geringer sind als die Produktionskosten minus externe Ersparnisse in A. Die Annahme beliebiger Teilbarkeit der Kapitalgüter wird weiter aufrechterhalten. Eine Standortverlagerung nach B tritt unter diesen Voraussetzungen jedoch nur dann ein, wenn alle Unternehmen in A gleichzeitig ihre Investitionen in B vor-

---

1) Diese Darlegungen erfolgen in Anlehnung an Böventer, E.v., "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 155 f.

2) In einer wachsenden Wirtschaft ist die Anpassung wahrscheinlich leichter, da alle wachstumsbedingten Nettoinvestitionen in B getätigt werden könnten, ohne daß möglicherweise die Kapazität in A einzuschränken wäre. Vgl. hierzu ebd., S. 155 f.

nehmen. Würde nur ein Unternehmen diesen Schritt tun, so würde es der in A bestehenden externen Ersparnisse verlustig gehen, d.h. einen Verlust erleiden. Für diese räumliche Verlagerung aller Produktionsstätten wäre eine Art Koalition aller Unternehmer erforderlich bzw. staatliche Standortberatung oder staatliche Subventionierung.[1] Diese zeitweiligen Subventionen für die Standortwahl in B erfolgen im langfristigen Interesse der Gesamtwirtschaft, da in B niedrigere Sozialkosten der Produktion gegeben sind und ohne Beratung bzw. Subventionierung die Unternehmer in A verbleiben würden. Die Höhe der Subventionen darf jedoch nicht den gesamten Umfang des Sozialkostenvorteils in B langfristig ausschöpfen.

Insgesamt scheint nachgewiesen zu sein, daß der marktwirtschaftliche Mechanismus weder empirisch noch theoretisch die Gewähr für eine Erreichung der optimalen Raumstruktur bietet und somit sich der Erfolg durch Eingriffe in den Wirtschaftsablauf noch steigern läßt.[2]

In diesem Zusammenhang stellt sich eine weitere, grundsätzliche Frage. Sie ergibt sich u.a. aus dem gegenwärtigen Steuersystem, speziell dem kommunalen in der Bundesrepublik Deutschland. Durch das Fehlen einer gemeindlichen Personalsteuer und die Verkümmerung der Grundsteuer in der Nachkriegszeit ist die Gewerbesteuer zur Hauptstütze der kommunalen Steuereinnahmen geworden.[3] Da die Produktionsstätten räumlich viel ungleichmäßiger verteilt sind als die Verbraucher,

---

1) Vgl. hierzu auch die von Egner getroffene Unterscheidung der Formen der Standortpolitik in empfehlende, ankurbelnde und befehlende Standortpolitik. - Egner, E., "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik", in: Raumforschung und Raumordnung, Bremen-Horn, Walter Dorn Verlag, 1948, S. 12.

2) Vgl. dazu auch Lösch, A., "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", a.a.O., S. 228 f. und Dittrich, E., "Marktwirtschaft und Raumordnung", a.a.O., S. 6, sowie Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", a.a.O., S. 52.

3) Vgl. Egner, E., "Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", a.a.O., S. 129 f. Der Anteil der Gewerbesteuer an den kommunalen Steuereinnahmen betrug im Jahr 1938 etwa 12 v.H.; bis 1956 stieg er auf 70 v.H. und machte im Jahre 1960 fast 80 v.H. der kommunalen Steuereinnahmen aus. Vgl. ebd.

hat dies zur Folge, daß Finanzkraft und Finanzbedarf räumlich nicht ausgeglichen sind. Hiermit werden Gemeinden, in denen sich Standorte von Gewerbebetrieben befinden, gegenüber anderen, die weniger Gewerbesteueraufkommen haben, begünstigt und ziehen weitere Gewerbebetriebe an, so daß eine Tendenz zur räumlichen Konzentration besteht,[1] die über das Ausmaß hinausgeht, welches infolge des Bestehens von Agglomerationsvorteilen wirtschaftlich zu vertreten wäre. Die Agglomerationsnachteile (wachsende Unkosten in der Wasserversorgung, im Nahverkehr, in den erzieherischen und kulturellen Aufgaben usw.) treten nicht so stark hervor, weil sie auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.[2] Aufgabe des Finanzausgleichs soll es sein, Finanzbedarf und Finanzkraft zum Ausgleich zu bringen.[3] Das gegenwärtige System des Finanzausgleichs vermag dies jedoch nicht. Die Berechnung des Finanzbedarfs nach der sogenannten "veredelten Einwohnerzahl" bewirkt, daß den größeren Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung ein höherer Finanzbedarf zugebilligt wird als den kleineren.[4] Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben der größeren Gemeinden resultieren zwar teilweise aus der Übernahme von Leistungen für benachbarte Räume, aber es besteht die Vermutung, daß ein derartiges Vorgehen die räumliche Konzentration wirtschaftlich ungerechtfertigt begünstigt. Den größeren Gemeinden gelingt es so, bestimmte Leistungen zu gleichen Preisen anzubieten, wie die kleineren, obwohl die tatsächlichen realen Kosten höher sind.

---

1) Vgl. Albers, W., "Der Einfluß des Finanzausgleichs auf regionale Wettbewerbsbedingungen und Produktionsstandorte", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft (Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet), hrsg. von H. Jürgensen, Göttingen, 1964, S. 477.

2) Dittrich, E., "Die Industrie auf dem flachen Landes", in: Grundfragen deutscher Raumordnung, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bonn, Heft 21, Bad Godesberg, 1955, S. 64.

3) Mit dieser Aufgabenstellung kann er stark dezentralisierend wirken. Vgl. Isenberg, G., "Finanzausgleich und Raumordnung", in: Raumforschung, Bremen, Walter Dorn Verlag, 1960, S. 486.

4) Vgl. Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", a.a.O., S. 173.

Unter diesem Aspekt erscheinen die Forderungen nach Gewährung erleichterter Abschreibungen, Erhöhung der steuerlichen Freibeträge, gestaffelte Ermäßigungen bei der Einkommen-, Körperschaft - und Vermögensteuer für wirtschaftlich weniger entwickelte Räume nicht so sehr als künstliche Wettbewerbsvorteile, sondern eher als Maßnahmen zur Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen.[1] Die obige Frage lautet daher: Sollen die sich aus dem gegenwärtigen System ergebenden nachteiligen Raumwirkungen durch eine Summe von Einzelmaßnahmen behoben werden oder soll das gesamte System neu gestaltet werden? Wird der erste Weg beschritten, so werden ständig fiktive Kosten in die Wirtschaftsrechnung eingeführt, und damit würde das gesamtwirtschaftliche Preissystem nicht die realen relativen Knappheitsrelationen wiedergeben. Die Lösung erscheint daher wahrscheinlich nur über eine grundsätzliche Änderung der gemeindlichen Besteuerung möglich.[2]

Am Beispiel der Verkehrskosten soll die obige Lösungsmöglichkeit aufgezeigt werden.[3] In einer gegebenen Region sei eine bestimmte Zahl von Unternehmungen und Verkehrswegen im Zeitpunkt t_o vorhanden. Im Zeitpunkt t_{+1} werde nun ein zusätzlicher Betrieb errichtet. Steigen durch den hinzukommenden Betrieb die Kosten des Gütertransports über- bzw. unterdurchschnittlich und werden aber alle Betriebe mit den durchschnittlichen Transportkosten besteuert, so findet eine Verletzung der Bedingungen für das Erreichen des räumlichen Optimums statt, da dem hinzukommenden Betrieb nicht die marginalen Kosten zugerechnet werden. Um dies zu vermeiden, sind daher von allen Betrieben Beiträge in Höhe

---

1) Frank, L., "Finanzpolitische Mittel in der Raumordnung", in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 6. Jg., Heft 1, Bad Godesberg, 1956, S. 19.

2) Vgl. hierzu Egner, E., "Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", a.a.O., S. 130.

3) Vgl. dazu die Ausführungen von Böventer, E.v., "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 186 ff.

der marginalen Kosten des Gütertransports zu erheben.[1] Die Anwendung des Marginalkostenprinzips zeigt, daß Industriezentren mit über den durchschnittlichen Kosten liegenden Marginalkosten (sinkenden Agglomerationsvorteilen) weniger stark anwachsen als bei Zugrundelegung des Durchschnittskostenprinzips und vice versa. Dabei treten in den Gebietswirtschaften vom Typ A (Typ B) Einnahmeüberschüsse (Einnahmedefizite) auf. Diese Differenzen zwischen Gesamtkosten und Gesamteinnahmen sollten im Interesse der Optimierung zur Unterstützung der Gebietswirtschaften verwendet werden, die steigende Agglomerationsvorteile aufweisen. Sie können damit bewirken, daß Unternehmungen und Beschäftigte in die Gebiete wandern, die vergleichsweise niedrige marginale Sozialkosten der Produktion haben.[2]

---

1) Die unterschiedlichen Auswirkungen der Besteuerung nach dem Durchschnitts- bzw. Marginalkostenprinzip lassen sich an einem einfachen Zahlenbeispiel aufzeigen:

Typ A: Region mit über den durchschnittlichen Kosten liegenden Marginalkosten:

	Durchschnittskostenprinzip t_0	Durchschnittskostenprinzip t_{+1}	Marginalkostenprinzip t_{+1}	Saldo der Staatseinnahmen
Steuereinnahmen	100	115	165	+ 50
Totale Transportkosten	100	115	115	
Zahl der Betriebe	10	11	11	
Durchschnittliche Transportkosten	10	10,5	15 (Marginalkosten)	

Typ B: Region mit unter den durchschnittlichen Kosten liegenden Marginalkosten:

	Durchschnittskostenprinzip t_0	Durchschnittskostenprinzip t_{+1}	Marginalkostenprinzip t_{+1}	Saldo der Staatseinnahmen
Steuereinnahmen	100	105	55	- 50
Totale Transportkosten	100	105	105	
Zahl der Betriebe	10	11	11	
Durchschnittliche Transportkosten	10	9,5	5 (Marginalkosten)	

2) Vgl. Böventer, E.v., "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 188.

D Ausgleich der Pro-Kopf-Realeinkommen - Ziel der Entwicklungspolitik (Industrialisierungspolitik).

Unter den Voraussetzungen der vollständigen Konkurrenz[1], der freien Beweglichkeit von Waren, Kapital und Arbeit, dem Fehlen subjektiver Präferenzen und der Annahme vollständiger Marktransparenz führen die im Marktmechanismus angelegten Gleichgewichtstendenzen (z.B. Wanderungen der Faktoren)[2] zu einem Ausgleich der Pro-Kopf-Realeinkommen. Die gleiche Zielsetzung verfolgt auch die Entwicklungspolitik. Wie jedoch oben gezeigt werden konnte, erreicht sie ihr Ziel bei einem höheren Durchschnittseinkommen als der Markt.[3] Die Realität weist teilweise beträchtliche regionale Unterschiede zwischen den Pro-Kopf-Realeinkommen auf. Kann es nun Ziel einer Entwicklungspolitik sein, einen vollständigen Ausgleich der Pro-Kopf-Realeinkommen herbeizuführen? Beruhen die Abweichungen z.B. auf mangelnder Markttransparenz, so ist der Optimalzustand noch nicht erreicht. Sind sie hingegen durch einen freiwilligen Verzicht auf Abwanderung in Wirtschaftsgebiete mit höherem Pro-Kopf-Realeinkommen bedingt, so ist es offenbar sinnlos, von einer Abweichung vom Optimum zu sprechen, denn für das Optimum gibt es gar keinen anderen Maßstab als die individuelle Bedürfnisbefriedigung.[4] Bei derartigen Vergleichen muß die gesamte Bedürnisskala der Wirtschaftssubjekte in Betracht gezogen werden. Beziehen die Wirtschaftssubjekte in einem Raum A ein Pro-Kopf-Einkommen von 96 Geldeinheiten, und sind sie nicht bereit, in den

---

1) Daß auch vollständige Konkurrenz im Raum möglich ist, zeigt L. Miksch in seinem Beitrag "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 7-16.

2) Vgl. dazu auch Isenberg, G., "Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung", in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, Heft 1, Tübingen, 1956/57, S. 65.

3) Vgl. Egner, E., "Raumordnung durch Industrialisierungspolitik", in: Raumforschung, Bremen, Walter Dorn Verlag, 1960, S. 327.

4) Miksch, L., "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", a.a.O., S. 38.

Raum B zu wandern, wo sie 100 Geldeinheiten (bei gleichen Preisen in A und B bedeutet das eine Realeinkommenserhöhung) als Einkommen erzielen könnten, so besagt dies doch, daß die Wirtschaftssubjekte bereit sind, sich ihre Präferenzen für z.B. Bodenständigkeit, ländliche Umgebung usw. 4 Geldeinheiten kosten zu lassen. Aus einem solchen Fall kann sogar geschlossen werden, daß bei einer Anhebung des Realeinkommens in A (bei Konstanz in B) durch die Entwicklungspolitik eine Verletzung der Welfare-Normen insofern stattfindet, als die Wirtschaftssubjekte im Raum A bevorzugt werden. Als angenäherte Zielfunktion stellt der Ausgleich der Pro-Kopf-Realeinkommen auf möglichst hohem Niveau[1] jedoch ein brauchbares entwicklungspolitisches Leitbild dar.

E Konkretisierung wirtschaftsstruktureller Zwischenziele.

Mit der Zielangabe, Angleichung der Pro-Kopf-Realeinkommen, stellt sich zugleich die Frage nach dem einzuschlagenden Weg. Jede wirtschaftliche Entwicklungspolitik muß grundsätzlich von 3 Gesichtspunkten ausgehen.[2] Am Anfang steht die Frage nach den in der zu entwickelnden Region verfügbaren Produktivkräften.

---

1) "Für die regionale Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildet das Streben nach einem langfristig, möglichst hohen Sozialprodukt das wirtschaftspolitische Endziel, das im Rahmen der gesellschaftlich garantierten Freiheit und unter Wahrung größtmöglicher sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen ist. Zu den wichtigsten Vorzielen zählen die allgemeine Strukturverbesserung der Ballungsräume, die Hebung der Wirtschaftskraft schwach strukturierter Gebiete, die Beseitigung des bestehenden Einkommens- und Infrastrukturgefälles, der Schutz guter agrarischer Böden, die Erhaltung großflächiger Erholungsgebiete und die Ordnung des überörtlichen Verkehrs." - Marx, D., "Koordinationsprobleme der regionalen Wirtschaftspolitik im Bundesstaat", in: Informationen (Veröffentlichungen aus dem Institut für Raumforschung), 15. Jg., Nr. 2, Bad Godesberg, 1965, S. 35.

2) Vgl. Egner, E., "Die Industrialisierung ländlicher Gebiete", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 169, Stuttgart, 1958, S. 59.

Daran anschließend ist zu untersuchen, welche Möglichkeiten bestehen, diesen Bestand an Produktionsfaktoren von außen her (z.B. durch Kapitalzufluß) zu ergänzen und drittens, welchen Verwendungen die Produktionsfaktoren zugeführt werden sollen, um das vorgegebene Ziel möglichst weitgehend zu erreichen.

Zur Realisierung des obigen Zieles ist es denkbar, daß eine Mobilitätspolitik angewendet wird, die sich bemüht, Arbeitskräfte aus wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten abzuziehen und diese dann Regionen mit stärkerer Wirtschaftskraft zuführt. Dazu bedarf es in einer Marktwirtschaft wirtschaftlicher Anreize. Unterstellen wir, daß ein derartiges Vorgehen erfolgreich ist. Mit der Abwanderung von Arbeitskräften aus weniger entwickelten Regionen tritt dort eine Abnahme der privaten Wirtschaftstätigkeit ein. Zugleich steigen aber auch die volkswirtschaftlichen Kosten in dieser Gebietswirtschaft. Zu denken wäre beispielsweise an eine geringere Nutzung des gegebenen Wohnraumbestandes, eine geringere Beanspruchung der öffentlichen Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen, was wiederum eine nichtoptimale Kapazitätsausnutzung bewirken kann; weiterhin ist die sinkende Steuerkraft zu berücksichtigen. Diese möglichen Auswirkungen betreffen jedoch nur den Abwanderungsraum. Haben die Zuwanderungsgebiete schon vorher die optimale Kapazitätsausnutzung der öffentlichen Leistungsstätten erreicht, so werden hier durch den Zufluß an Arbeitskräften die Kosten progressiv ansteigen. Damit werden in den schon vorher optimal ausgelasteten Räumen neue volkswirtschaftliche Kosten anfallen. Unter diesen Annahmen trägt eine Mobilitätspolitik nicht nur zu keiner Senkung, sondern sehr wahrscheinlich sogar zu einer Steigerung der die Gesamtheit belastenden volkswirtschaftlichen Kosten bei.[1)] Die Verminderung der Pro-Kopf-Realeinkommensdifferenzen kann also nicht generell durch eine Mobilitätspolitik erreicht werden. Vielmehr ist anzunehmen, daß eine umfangmäßig zu begrenzende Dezentralisierungspolitik gesamtwirtschaftlich sinnvoller ist. Ein derartiges Vorgehen wird begünstigt, wenn

---

1) Egner, E., "Die Industrialisierung ländlicher Gebiete", a.a.O., S. 59.

die Transport- und Energieversorgungskosten langfristig gesenkt werden können, und an die Stelle der binnenländischen Rohstofforientierung in zunehmendem Umfang die Rohstoffversorgung durch andere Volkswirtschaften erfolgt. Für die Verteilung der weiterverarbeitenden Industrien auf die einzelnen Regionen einer Volkswirtschaft bedeutet dies, daß der Freiheitsgrad der fernbedarfstätigen Industriezweige bei der Standortwahl zunehmen wird. Damit wird eine Ansiedlung derartiger Produktionszweige in wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen erleichtert. Untersuchungen über die Standortbindung fernbedarfstätiger Industriezweige zeigen, daß die Industrien, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik besonders stark expandierten, nach den heutigen technischen Möglichkeiten nur geringe Anforderungen an den Standort stellen. Sie können in entwickelten Industrieländern praktisch überall produzieren.[1)]

Weitere Fragen im Zusammenhang mit regionaler Entwicklungspolitik ergeben sich aus folgendem: Sollen gleich am Anfang Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur ergriffen werden oder versprechen andere Mittel mehr Erfolg? Im ersteren Fall erfordert der Ausbau der Infrastruktur in der Regel einen beträchtlichen Kapitalaufwand. Aber die weniger entwickelten Gebiete zeichnen sich u.a. ja gerade durch mangelnde eigene Finanzierungsmöglichkeiten aus. Weiterhin ist zu bedenken, daß eine Verbesserung der Infrastruktur nicht zwangsläufig private Investitionen nach sich ziehen muß. Darum besteht die Gefahr, daß sich die getätigten Investitionen zu einem späteren Zeitpunkt als Fehlinvestitionen erweisen.[2)] Als zweiter Weg bietet sich daher eine Politik der Starthilfen an.[3)] Sie stützt sich vor allem auf einmalige bzw. zeitlich befristete Unterstützungen. Dazu gehören beispielsweise die kostenlose oder verbilligte Überlassung von Industriegelände sowie die Gewährung verlorener Baukosten-

---

1) Vgl. Marx, D., "Koordinationsprobleme der regionalen Wirtschaftspolitik im Bundesstaat", a.a.O., S. 50.

2) Die Erfahrungen mit einem derartigen Vorgehen in England ("industrial estates") bestätigen weitgehend diese Überlegungen.

3) Vgl. hierzu Egner, E., "Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", a.a.O., S. 140 f.

zuschüsse und die Vergabe verbilligter Kredite bzw. die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen. Dieses Verfahren hat den Vorteil geringeren Kapitalbedarfs, und weiterhin kommt die Vergabe von Unterstützungsmitteln nur dann in Betracht, wenn auch tatsächlich Kapazitätserweiterungen oder Neuerrichtungen von Produktionsstätten vorgenommen werden.[1)]

Bei der Ansiedlung neuer Betriebe sollten möglichst Erzeugungsstätten für Güter mit hoher Einkommenselastizität der Nachfrage (Wachstumsindustrien[2)]) herangezogen werden, denn wie die Erfahrung und allgemeine Überlegungen zeigen, trägt die Ansiedlung derartiger Branchen um so mehr zur regionalen Wirtschaftsentwicklung bei, je einkommenselastischer die Nachfrage nach dem Produkt dieser Branche ist.[3)]

Das entscheidende Kriterium für den Beitrag erweiterter bzw. neuer Produktionsstätten zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region ist die Einkommensvermehrung. So vermag beispielsweise die Ansiedlung kapitalintensiv produzierender Unternehmungen im Gegensatz zu denen mit arbeitsintensiven Herstellungsverfahren das regionale Einkommen nur in relativ geringerem Umfang zu erhöhen. Je mehr eine Branche ihren Produktionsfaktoreneinsatz (Arbeitskräfte, Roh- und Hilfsstoffe,

---

1) So sind beispielsweise in den Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung für die Zonenrand- und Bundesausbaugebiete verbilligte Kreditvergaben vorgesehen.

2) Unter Wachstumsindustrien werden hier die Industriezweige verstanden, "in denen die Produktion stets stärker zunimmt als die der gesamten Industrie im Durchschnitt, also Industrien, die stetig und weitgehend unabhängig von kunjunkturellen Wechsellagen ihren Strukturanteil ausdehnen". - Hertens, D., "Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960", Berlin, Duncker und Humblot, 1964 (Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 68), S. 118. - Als Wachstumsindustrien bezeichnete Wirtschaftszweige müssen jedoch nicht immer Wachstumsindustrien bleiben.

3) Vgl. Giersch, H., "Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft (Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet), a.a.O., S. 398 und Brenneisen, R., "Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur", in: Industrialisierung ländlicher Räume (Raum und gewerbliche Wirtschaft, 1), Bd. XVII, Hannover, Gebrüder Jänecke Verlag, 1961, S. 62.

Benutzung regional vorhandener Transportmittel usw.) aus dem zu fördernden Raum entnimmt, desto stärker kann das Einkommen der Wirtschaftssubjekte angehoben werden.[1] Dieser Vorgang verstärkt sich noch, wenn die entstehenden Einkommen in großem Umfang als regional kaufkräftige Nachfrage auftreten. Verlagern sich die zusätzlichen Kaufkraftströme jedoch in andere Regionen, so wird ein Teil der Einkommensentstehung nach außerhalb verlagert. Entscheidend für das Ausmaß der weiteren Einkommensentstehung ist somit die Höhe des regionalen Ausgabenmultiplikators bzw. bei Verlagerung von Kaufkraft in andere Regionen, deren Importneigung in bezug auf Güter, die in dem zu entwickelnden Wirtschaftsraum hergestellt werden.

Der Dezentralisierungsgedanke findet nicht nur im Räumlichen seinen Ausdruck. Er schlägt sich ebenfalls in der Forderung nieder, die Produktionsstruktur eines Standortes bzw. eines Wirtschaftsgebietes möglichst vielseitig zu gestalten, um die Krisenanfälligkeit gegenüber Konjunkturbewegungen zu vermindern. Die Grundvorstellung ist die einer "räumlichen Polykultur",[2] d.h. die räumliche Mischung von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr. Damit ist jedoch unter Umständen eine Verringerung der interregionalen Arbeitsteilung und Spezialisierung verbunden, die einen Verzicht auf ein an sich mögliches Güteroptimum bzw. auf ein stärkeres Wirtschaftswachstum zur Folge haben kann. Die Mischung der Nutzungsarten eines Standortes kann zu einer Steigerung der Produktionskosten gegenüber anderen Standorten führen, d.h. zu einem geringeren Gütervolumen. Aber auch hier ist die gesamte Bedürfnisskala der Wirtschaftssubjekte zu berücksichtigen, denn das Bedürfnis nach Sicherheit der Versorgung ist ein Bedürfnis wie jedes andere. Gesamtwirtschaftlich ist der Grundsatz der Mischung solange gerechtfertigt, wie ein geringeres Gütervolumen durch die - allerdings nur schwer bewertbaren - Sicherheitsvorteile aufgewogen wird. Die Mischung der Pro-

---

1) Vgl. Brenneisen, R., "Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur", a.a.O., S. 62.

2) Egner, E., "Die regionale Entwicklung der Industriewirtschaften", a.a.O., S. 41. - Ebenso äußern sich auch Lösch,A., "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", a.a.O., S. 16, sowie Brenneisen, R., "Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume ....", a.a.O., S. 60 und Storbeck, D., "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", a.a.O., S. 129.

duktionsstruktur muß jedoch nicht immer einem Verzicht auf ein höheres Gütervolumen gleichbedeutend sein. So ist es beispielsweise denkbar, daß in einer wachsenden Wirtschaft infolge gestiegener Nachfrage bisher ungenutzte Böden und Gewinnungsstätten jetzt zu Grenzbetrieben werden und monoindustrielle Agglomerationen auflockern.[1)]

Hinsichtlich der raumwirksamen Maßnahmen im Rahmen einer Dezentralisierungspolitik stehen sich zwei Thesen gegenüber: gleichmäßige Streuung oder Wachstumspole? Die Streuung will Verteilung der ökonomischen Aktivitäten über die gesamte Fläche eines Gebietes, so daß eine große Zahl von Gemeinden an den Maßnahmen teilhat. Die Konzeption der Wachstumspole hingegen will die Entwicklungsbemühungen auf wenige Mittelpunkte konzentriert sehen.[2)] Für das Vorgehen im letzteren Sinne sprechen dabei vor allem industrieinterne Ersparnisse bei der Heranbildung eines regionalen Facharbeiterangebots, Ersparnisse, die sich aus der mangelnden Teilbarkeit der infrastrukturellen Investitionen ergeben und die "localization" bzw. "urbanization economies". Im Rahmen einer wachstumsorientierten Regionalpolitik lassen diese Faktoren die Vermutung zu, daß es zweckmäßiger ist, Schwerpunkte zu bilden, statt die vorhandenen Mittel nach irgendwelchen Gerechtigkeitsvorstellungen räumlich zu verteilen.[3)]

Zum Abschluß dieser Überlegungen sei noch auf eine Besonderheit des Untersuchungsraumes hingewiesen, die sich aus der politischen Situation ergibt. Die Stadt und der Kreis Hildesheim-Marienburg zählen zu den Zonenrandgebieten. Diese Lage

---

1) Vgl. Egner, E., "Die regionale Entwicklung der Industriewirtschaften", a.a.O., S. 43.

2) Vgl. Krier, H., "Bedingungen und Wege industrieller Entwicklung in einem landwirtschaftlichen Gebiet wie der Bretagne", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 93 (1964 II), Hamburg, 1964, S. 321.

3) Vgl. Giersch, H., "Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik", a.a.O., S. 396 und Marx, D., "Koordinationsprobleme der regionalen Wirtschaftspolitik im Bundesstaat", a.a.O., S. 48. - Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch Milhau, J., "La théorie de la croissance et l'expansion régionale", in: Economie appliquée, Tome IX, Paris, 1956, S. 354.

im östlichen Teil Niedersachsens hat zur Folge, daß praktisch keine Absatzmöglichkeiten in östlicher Richtung vorhanden sind. Für eine Ansiedlung fernbedarfstätiger Industriezweige ergibt sich daraus, daß vor allem solche Betriebe in Frage kommen, die weitgehend frachtunempfindliche Güter erzeugen. Im Rahmen eines zukünftigen gemeinsamen Marktes gewinnt diese Forderung noch mehr an Gewicht, da mit seiner Realisierung die etwas periphere Lage des Hildesheimer Raumes noch weiter verstärkt werden dürfte.

Die schon mehrmals erwähnte Notwendigkeit zur Einbeziehung der gesamten Bedürfnisskala der Wirtschaftssubjekte weist daraufhin, daß Entwicklungspolitik sich nicht nur auf rein ökonomische Maßnahmen und Aspekte beschränken darf. Entwicklungspolitik unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten führt zur Vernachlässigung der Einflußfaktoren, die sich aus der Gesamtheit der Umweltbedingungen ergeben und kann Fehlurteile nach sich ziehen.[1)]

So gesehen stellt sich die Entwicklungspolitik als ein komplexes Problem dar, dessen Lösung den Einsatz und die Abstimmung vielgestaltiger Mittel aufeinander erfordert.

---

1) So zählen zu den Standortfaktoren u.a. auch ein günstiges "Industrieklima", d.h. die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für die industrielle Arbeit, die Industriegesinnung, der Wille zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation usw. Für die Ansiedlung gewerblicher Betriebe können außerdem psychologische Faktoren starke Hindernisse darstellen. Bei der Heranziehung nichtheimischer Führungskräfte (z.B. Betriebsleiter, Spezialisten und Facharbeiter) ist weiterhin zu beachten, daß diese eine angemessene Gestaltung der sozialen Umwelt vorfinden wollen (beispielsweise das Vorhandensein weiterführender Schulen, als angemessen empfundene Wohnungsmöglichkeiten, Bestand an kulturellen Einrichtungen usw.). - Stark betont werden die außerökonomischen Faktoren von Milhau, J., "La théorie de la croissance et l'expansion régionale", a.a.O., S. 354. - Vgl. weiterhin Esenwein-Rothe, I., "Sozialpolitische Probleme der Industrialisierung strukturschwacher Räume", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 118. Bd., Tübingen, 1962, S. 296-310, sowie "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik", Denkschrift des Instituts für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg, 1954, S. 60.

F Wachstumsmöglichkeiten des Untersuchungsraumes.

I. Arbeitskraftreserven.

1. Arbeitsmarktlage.

Bei zunehmendem Volkseinkommen ist die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren in besonderem Umfang durch eine Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit gekennzeichnet. Dies führte dazu, daß Gebietswirtschaften mit noch vorhandenen Arbeitskraftreserven bei der Gründung neuer Betriebe bzw. bei Kapazitätserweiterungen ein zunehmendes Standortgewicht erlangten, d.h. bei Standortentscheidungen rückte die Arbeitsorientierung stärker in den Vordergrund und begünstigte die Industrialisierung weniger entwickelter Räume. Die Verschiebung in den Knappheitsrelationen der Produktionsfaktoren tritt auch deutlich im Untersuchungsraum hervor. Betrug die männliche (weibliche) Arbeitslosenquote in der Stadt Hildesheim noch 1,9 (4,2) für das Jahr 1957, so sank sie bis 1963 auf 0,7 (0,9).[1] Sie lag zwar damit etwas über dem Landesdurchschnitt, aber im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg zusammen entsprach die Arbeitslosenquote (Männer: 0,5; Frauen: 0,6)[2] den Landeswerten. Die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften ist also kein besonderes Kennzeichen des Hildesheimer Raumes.

Auch die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften vermochte nicht diese "Nachfragelücke" zu schließen. Dabei entspricht der Anteil der männlichen ausländischen Arbeitskräfte im Untersuchungsgebiet für die Jahre 1963 und 1965 etwa dem Landesdurchschnitt. Hingegen tritt bei den weiblichen ausländischen Arbeitskräften ihr relativ hoher Beschäftigungsanteil im Jahre 1965 im Untersuchungsgebiet gegenüber dem Land Niedersachsen stark hervor (3,1 bzw. 1,7).[3] Besonders deutlich zeigt sich der Nachfrageüberhang

---

1) Vgl. S. 153, Tabelle 36, Zeilen 1 und 4, Spalten 1 und 2.

2) Berechnet aus Unterlagen des Arbeitsamtes Hildesheim.

3) Siehe hierzu S. 153, Tabelle 36, Zeilen 5 und 15, Spalte 6.

Tabelle 36:

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote in ausgewählten Gebieten und Zeiträumen, der Bestand an ausländischen Arbeitskräften sowie das Verhältnis von Arbeitssuchenden und offenen Stellen.

Land, Stadt, Landkreis	Jahr		von je 1oo Arbeitnehmern[1] sind arbeitslos		Zahl d. ausländ. Arbeitskräfte absolut und in v.H. d. Beschäftigten				auf einen Arbeitssuchenden entfallen ... offene Stellen	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen			Männer	Frauen
					abs.	in v.H.	abs.	i.v.H.		
			1	2	3	4	5	6	7	8
Hildesheim	1957[3]	1	1,9	4,2	-				0,2[2]	0,5
	1959	2	0,7	2,1	-				1,5	0,5
	1961	3	0,7	0,7	1.011[2]	2,0	117[2]	0,5	2,4	1,5
	1963	4	0,7	0,9	1.261	2,5	305	1,2	2,5	3,0
Hildesheim-Marienburg	1965	5	-	-	1.439[4]	2,8[5]	786	3,1	2,8	4,3
	1957	6	1,4	2,0	-					
	1959	7	0,5	1,4	-					
	1961	8	0,5	0,6	-					
	1963	9	0,5	0,5	-					
	1965	10	-	-	-					
Niedersachsen	1957	11	2,5	4,4	-	-	-		0,2	0,2
	1959	12	1,0	1,9	-		-		0,8	0,6
	1961	13	0,6	0,8	18.032	1,1	3.362	0,4	1,8	1,4
	1963	14	0,4	0,7	40.507	2,5	10.299	1,3	2,4	2,0
	1965	15	-	-	48.656[6]	2,9[7]	13.393	1,7	1,8	1,9

[1] Arbeitnehmer = Beschäftigte und Arbeitslose.

[2] Zahlenangaben umfassen Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg .

[3] Stichtag ist jeweils der 30. September des betreffenden Jahres.

[4] Bestand am 1. Januar 1965.

[5] Zur Berechnung der Quoten wurde der Beschäftigtenbestand vom 30. September 1963 benutzt, da die Arbeitsämter für den nachfolgenden Zeitraum keine Beschäftigtenstatistik mehr führen.

[6] Nach dem Stand vom 30. September 1964.

[7] Vgl. Fußnote 5.

Quellen: Zeilen 1-15, Spalten 1 und 2: Zusammengestellt aus dem vom Arbeitsamt Hildesheim überlassenen Material. - Zeilen 1-15, Spalten 3-8: Berechnet aus den vom Arbeitsamt Hildesheim zur Verfügung gestellten Unterlagen.

bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte auch bei der Relation zwischen Arbeitssuchenden und offenen Stellen. Entfallen auf eine weibliche arbeitssuchende Person in Niedersachsen etwa 2 Stellenangebote, so beträgt der Wert für den Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg zusammen mehr als das Zweifache.[1] Diese Erscheinung ist im Zusammenhang mit der industriellen Produktionsstruktur zu sehen, wo vor allem die elektrotechnische Industrie gute Erwerbsmöglichkeiten für ausländische weibliche Arbeitskräfte bietet.

Aus der Analyse der Arbeitsmarktlage ergibt sich somit, daß ungenutzte Arbeitskräfte für ein wirtschaftliches bzw. industrielles Wachstum im Untersuchungsraum kaum noch zu erwarten sind.[2]

Die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Wachstums sind daher nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt der Mobilisierung bisher nichtbeschäftigter Arbeitskräfte zu betrachten, als vielmehr unter dem Aspekt: in welchem Umfang kann durch alternative Verwendung des Produktionsfaktors Arbeit eine Erhöhung des Pro-Kopf-Realeinkommens erreicht werden? Bedeutung für diese Fragestellung haben beispielsweise die Pendler bzw. die in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte.

2. Pendler.

Die Analyse der Pendelbewegungen hat gezeigt, daß rund die Hälfte der im Landkreis Hildesheim-Marienburg ansässigen

---

1) Entnommen und berechnet aus Tabelle 36, S. 153, Zeilen 5 und 15, Spalte 8.

2) In jüngster Zeit wurden verstärkte Bemühungen zur Heranziehung teilzeitbeschäftigter Arbeitskräfte unternommen. Auf Anfrage teilte das Arbeitsamt Hildesheim dazu mit, daß zwar ein Angebot für Teilzeitbeschäftigung vorhanden sei, die Nachfrage von seiten der Unternehmungen wegen der dabei auftretenden Schwierigkeiten bislang jedoch nur geringen Umfang habe. - Zur Frage der Erhöhung des Arbeitsangebotes durch Teilzeitarbeit vgl. insbesondere Anders, C., "Die Reservearmee der Hausfrauen", in: Der Volkswirt, 18. Jg., Frankfurt/M., 1964, Nr. 48, S. 2527-2529.

Berufstätigen Pendler sind. Gleichzeitig ergab sich aber, daß von ihnen 66 v.H.[1] nicht weiter als 10 km von der Stadt Hildesheim (Zielort) entfernt wohnen. Berücksichtigt man noch die Auspendler von Sarstedt und Umgebung nach Hannover, so steigt der Anteil der Berufspendler mit 10 km Pendelentfernung noch weiter an. Insgesamt sind die zu überwindenden Abstände also nicht sehr groß.

Der Untersuchungsraum[2] hat für das Jahr 1961 einen negativen Pendlersaldo in Höhe von 1.993[3], das sind etwa 2,4 v.H.[4] der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Werden die Pendelbewegungen nach Hannover einmal ausgeschaltet, so ergibt sich sogar ein Pendlerüberschuß von 2.506[5] Berufspendlern. Unter Berücksichtigung dieser Angaben erscheint es eventuell möglich, den regional verfügbaren Bestand an Arbeitskräften um 4.500 Erwerbspersonen zu erhöhen. Bei einer derartigen Rückgewinnung ist jedoch folgendes zu berücksichtigen: Sind die Pendelwanderungen Ausfluß unterschiedlicher Pro-Kopf-Realeinkommen, so müßten Mittel eingesetzt werden, um die Ertragskraft der Wirtschaft im Stadt- und Landkreis zu steigern; sind die Agglomerationsvorteile und innerbetrieblichen Ersparnisse im Pendelzielgebiet jedoch größer als die im Untersuchungsraum erreichbaren, so würde die Rückgewinnung von Pendlern eine Subventionierung erfordern, die gesamtwirtschaftlich ein niedrigeres Gütervolumen zur Folge hätte. Bei der Bewertung der Auspendler nach Hannover als potentielle Arbeitskraftreserve des Untersuchungsgebietes ist außerdem zu beachten, daß auch bei den Pendelbewegungen die gesamte Bedürfnisskala der Wirtschaftssubjekte einzubeziehen ist. So ist es beispielsweise denkbar,

---

1) Vgl. S. 39.

2) Umfaßt Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg.

3) Errechnet aus Tabelle 6, S. 37 und Zahlenangaben im Text.

4) Berechnet aus Tabelle 4, S. 31 und dem Pendlersaldo.

5) Berechnet aus Tabelle 6, S. 37 und den dortigen Zahlenangaben im Text. Der Pendlersaldo nach Hannover beträgt -4.499.

daß unter der Voraussetzung - erzielbares Arbeitseinkommen in Hannover - (Pendelkosten + Freizeitverlust) < erzielbares Arbeitseinkommen im Untersuchungsraum + Freizeitgewinn - weiterhin Pendelbewegungen von Hildesheim nach Hannover stattfinden, wenn subjektive Präferenzen die Einkommensunterschiede überkompensieren. Mit der Einbeziehung der gesamten Präferenzskala ist die Abschätzung einer möglichen Erhöhung des regional verfügbaren Arbeitskräftebestandes aus einem gegebenen Pendelvolumen ohne genaue Kenntnis der Bedarfsstruktur nur schlecht möglich.

3. Landwirtschaftliche Arbeitskraftreserven.

Im Verlaufe der Strukturwandlungen im landwirtschaftlichen Produktionssektor sind der gewerblichen Wirtschaft in der Vergangenheit über die Betriebsaufstockung und -aufgabe, die Verpachtung und den Landverkauf ständig Arbeitskräfte zugewachsen. So hatten im Hildesheimer Raum vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe in den Größenklassen 0,5 bis unter 10 ha eine starke Abnahme zwischen 1949 und 1960 zu verzeichnen. Analog dazu verlief auch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen, die von 1950 bis 1961 um 7.019,[1)] d.h. fast um die Hälfte abnahmen. In diesem Zusammenhang ist nun zu fragen, in welchem Umfang weiterhin Freisetzungen landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zu erwarten sind, die einer anderen Erwerbstätigkeit zugeführt werden könnten.

Das Ausmaß der freiwerdenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist vor allem abhängig

a. von der Betriebsgrößenstruktur
b. vom Mechanisierungsgrad
c. vom technischen Fortschritt bei den landwirtschaftlichen Produktionsverfahren und
d. von der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach familieneigenen und fremden.

Die Analyse der Betriebsgrößen zeigte, daß für den Hildesheimer Raum großbäuerliche und Großbetriebe kennzeichnend sind. Be-

---

1) Berechnet aus Tabelle 9, S.43, Zeile 1, Spalten 1 und 4.

rücksichtigt man weiterhin, daß bei einer Gegenüberstellung von Arbeitskraftbesatz und Arbeitskraftbedarf je 100 ha LN der Mehrbesatz an Arbeitskräften in v.H. vom Bedarf mit zunehmender Betriebsgröße abnimmt,[1] so erscheinen die bei einer Betriebsaufstockung freiwerdenden Arbeitskräfte auf alle Fälle geringer als in Räumen mit vorwiegend kleineren Betriebsgrößen. Auf die enge Beziehung zwischen Betriebsgröße und Mechanisierungsgrad war schon in der bisherigen Untersuchung eingegangen worden. Die Landwirtschaft in Hildesheim-Marienburg nähert sich immer mehr der Vollmechanisierung, und infolge des schon hohen Standes der Maschinenausrüstung sind auch hier wohl kaum noch beträchtliche Freisetzungen zu erwarten. Analog zu anderen Wirtschaftszweigen findet auch in der Landwirtschaft der technische Fortschritt durch die Entwicklung neuer Erntegeräte, neuer Anbau- und Arbeitsmethoden Eingang. Welchen Einfluß der technische Fortschritt auf die Erhöhung des nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsangebotes hat, läßt sich hier nicht quantifizieren, da noch keine ausreichenden Untersuchungen vorliegen. Langfristig wird seine Einführung jedoch zu einer Verminderung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs führen.

Bei der Beschäftigtenstruktur der Landwirtschaft trat der hohe Anteil der ständigen familienfremden Arbeitskräfte stark hervor.[2] Wie weit sich diese einer anderen Erwerbstätigkeit

---

1) Vgl. hierzu insbesondere Hesselbach, J., "Arbeitskräftebesatz und Arbeitseinkommen", in: Agrarwirtschaft (Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung), Jg. 9, Heft 1, Hannover, 1960, S. 8-15. - Unter Zugrundelegung der Betriebsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1956/57 gibt Hesselbach folgende Zahlen für Niedersachsen an:

Durchschnittlicher Mehrbesatz an Arbeitskräften in v.H. vom Bedarf:

Betriebsgröße	Mehrbesatz in v.H.
10-20 ha	65
20-50 ha	56
über 50 ha	37

Vgl. ebd., S. 12.

2) Siehe insbesondere Tabelle 22, S.90 f., Zeile 2, Spalten 2 und 8.

zuwenden, ist in erster Linie abhängig von der Entwicklung der Landarbeiter- und Industrielöhne und ob es durch den Bau von Landarbeiterwohnungen gelingt, diese Arbeitskräfte der Landwirtschaft zu erhalten. Im Zeitraum von 1956/57 bis 1960/61 nahmen in Niedersachsen die ständigen familienfremden Arbeitskräfte um 35,4 v.H. und die ständigen Familienarbeitskräfte nur um 17,9 v.H. ab. Bei den ersteren lag die Abnahme bei den Betriebsgrößenklassen von 10 bis unter 20 ha und 20 bis unter 50 ha noch über dem Durchschnitt (54,5 v.H. bzw. 39,1 v.H.). Allein bei den Betrieben mit mehr als 50 ha belief sich die Verringerung auf 13,0 v.H.[1] Im Jahre 1960 waren im Landkreis Hildesheim-Marienburg 2.719[2] ständige familienfremde Arbeitskräfte vorhanden, von denen etwa die Hälfte in Großbetrieben beschäftigt waren. Für die Wirtschaftsjahre 1961/62 und 1963/64 weisen die Grünen Berichte 1963 bzw. 1965 einen Rückgang der ständigen Lohnarbeitskräfte von 9,8 v.H.[3] bzw. 6,2 v.H.[4] gegenüber dem Vorjahr in der Bundesrepublik aus, von dem vor allem die kleineren Betriebe betroffen wurden. Unterstellt man den Rückgang der ständigen familienfremden Arbeitskräfte für die Betriebsgrößenklassen: 10 bis unter 20 ha = -6 v.H.; 20 bis 50 ha = -5 v.H. und mehr als 50 ha mit 2 v.H. und nimmt weiterhin an, daß diese Arbeitskräfte nicht in andere Gebiete abwandern, so können der gewerblichen Wirtschaft in den nächsten Jahren höchstens 50 bis 80 Arbeitskräfte jährlich zugeführt werden. Dieser Wert ist wahrscheinlich noch zu hoch, da die Altersstruktur und der Berufsnachwuchs vernachlässigt wurden.

---

1) Zusammengestellt aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 116.

2) Entnommen und berechnet aus Tabelle 22, S. 90, Zeilen 1 und 2, Spalte 2.

3) Vgl. "Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1963) Maßnahmen der Bundesregierung gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1963)", Bonn, 1963, S. 35.

4) Vgl. Quellenangabe unter Fußn. 3, aber "Grüner Bericht und Plan 1965", Bonn, 1965, S. 32.

Auch die weiblichen Arbeitskraftreserven in der Landwirtschaft scheinen nur sehr gering zu sein. Hinweise darauf gibt der niedrige Anteil der ständigen weiblichen Beschäftigten[1] und die Arbeitsmarktlage.[2] Für den niedrigen weiblichen Beschäftigtenanteil war schon mit der gewerblichen Produktionsstruktur eine Erklärung gegeben. Die Abwanderung weiblicher Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft wurde außerdem noch durch die Mechanisierung verstärkt, denn je höher der Mechanisierungsgrad bei den landwirtschaftlichen Außenarbeiten ist, desto geringer werden die Austauschmöglichkeiten zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften.[3]

Insgesamt erscheinen die Arbeitskraftreserven im Hildesheimer Raum augenblicklich nur sehr gering zu sein[4], und für ein wirtschaftliches Wachstum stellt sich das Angebot an Arbeitskräften als limitationaler Faktor dar.

4. Entwicklung der Wohnbevölkerung.

Die Beurteilung der Wachstumsmöglichkeiten kann sich jedoch nicht nur mit der Erfassung gegenwärtiger Verhältnisse begnügen. Sie muß auch zukünftige Entwicklungen mit ins Auge fassen. Hier interessiert dabei vor allem die Entwicklung der Wohnbevölkerung und besonders die der Erwerbsbevölkerung. Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg hatten Anfang 1964 eine Wohnbevölkerung von insgesamt 210.474.[5] Für den Zeitraum von 1961 bis 1964 ergab sich eine jährliche Zuwachsrate der Wohnbevölkerung von 1 v.H.[6] Unterstellt man diese

---

1) Vgl. S. 82, Tabelle 20, Spalte 2.

2) Siehe dazu S. 153, Tabelle 36, Zeile 5, Spalte 8.

3) Vgl. Bauer, D., "Beitrag zur Frage der Bewertung des vorhandenen und betriebsnotwendigen Arbeitskräftebesatzes in landwirtschaftlichen Betrieben", in: Agrarwirtschaft (Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung), Jg. 13, Heft 3, Hannover, 1964, S. 98.

4) Auch die Umfrageergebnisse zeigen, daß bei vielen Unternehmungen der Mangel an Arbeitskräften eine Kapazitätsausdehnung erschwert.

5) Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 12 f.

6) Vgl. Tabelle in der Fußnote 1 des Abschnitts: Entwicklung der Wohnbevölkerung, S. 28.

Wachstumsrate bis zum Jahre 1975, so ergibt sich eine Zunahme der Wohnbevölkerung um 23.200 Personen. Bei einer gleichbleibenden Erwerbsquote von 44 v.H.[1] würde die Erwerbsbevölkerung um 10.200 ansteigen. Sollen diese zusätzlichen Erwerbspersonen Arbeitsmöglichkeiten im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg erhalten, so müßten hier also von 1965 bis 1975 etwa 10.200 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Da im Augenblick nennenswerte regionale Arbeitskraftreserven kaum vorhanden zu sein scheinen, muß sich eine Zunahme des Arbeitskräfteangebotes hauptsächlich auf die Zuführung von kreisexternen Erwerbstätigen (Vermehrung der Einpendler bzw. Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte) und langfristig vor allem auf den Zuwachs des Arbeitskräftebestandes aus der Bevölkerungszunahme stützen.

II. Boden.

Neben den Möglichkeiten der Beschaffung von Arbeitskräften stellen die vorhandenen und gewerblich noch nutzbaren Flächen u.a. einen bedeutsamen Faktor für die weitere Entwicklung einer Gebietswirtschaft dar. So waren bei den verlagerten und neuerrichteten Betrieben in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1961 bis 1963 mangelnde räumliche Ausdehnungsmöglichkeiten bzw. die Beschaffung von geeignetem Gelände in 35 v.H.[2] der Standortentscheidungen die ausschlaggebenden Größen.

Hinsichtlich der räumlichen Aspekte eines wirtschaftlichen Wachstums wurde weiter oben vermutet, daß eine schwerpunkt-

---

1) Vgl. Zahlenangabe im Textabschnitt: Entwicklung der Wohnbevölkerung, S. 28 f.

2) Vgl. "Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963", a.a.O., S. 13.

mäßig ausgerichtete Entwicklungspolitik als effektiver erscheine.[1] Diese vorerst theoretisch abgeleitete Aussage wird weitgehend durch die Entwicklung der Industrieansiedlungen in der Bundesrepublik bestätigt. Von den Industriebetrieben, die in den Jahren 1961 bis 1963 nicht in Ballungsgebieten bzw. Großstädten ansässig wurden, entschied sich die Mehrzahl für Kreisstädte bzw. größere Orte als Standort,[2] in denen gewisse zentrale Dienste angeboten wurden. Entsprechend diesen theoretischen und empirischen Einsichten gehen sowohl die Stadt und der Landkreis Hildesheim-Marienburg[3] als auch die Regionalplanung von der schwerpunktmäßigen Entwicklung als Leitvorstellung aus, bei der neben den schon bestehenden Industrieansammlungen in Hildesheim, Sarstedt, Bad Salzdetfurth und Bockenem noch weitere Schwerpunkte in Aussicht genommen werden. Da bei der heute bestehenden Finanzverfassung fast jede Gemeinde Wert auf die Heranziehung gewerblicher Betriebe (Gewerbesteuereinnahmen) legt,[4] kann die Durchführung eines Programms der Wachstumspole zu Interessenkonflikten zwischen den Gemeinden einerseits sowie den Gemeindeverbänden und der Regionalplanung andererseits führen. So möchten beispielsweise die Gemeinden Bolzum[5] und Asel[6] Industrialisierungsgelände in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen und hier gewerbliche Betriebe ansiedeln. Da Sehnde und Hildesheim jedoch schon in kleinerem

---

1) Vgl. auch Jürgensen, H., "Produktivitätsorientierte Regionalpolitik", in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik (Schriften der Adolf-Weber-Stiftung), Berlin, Duncker und Humblot, 1965, S. 15.

2) Vgl. "Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963", a.a.O., S. 12 f.

3) Die folgenden Ausführungen sind weitgehend zusammengestellt nach Auskünften des Planungsamtes der Stadt Hildesheim und des Kreisbauamtes sowie nach dem vom Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung (Dir.: Prof. Wortmann) an der Technischen Hochschule in Hannover zur Einsichtnahme überlassenen Material. Die Stadt und der Landkreis Hildesheim-Marienburg haben das obige Institut beauftragt, einen Regionalplan für den Untersuchungsraum (ausschließlich des im Südzipfel des Kreises gelegenen Ambergaues) aufzustellen.

4) Vgl. S. 181, Tabelle 38.

5) Bolzum liegt südlich der dem Landkreis Burgdorf zugehörigen Gemeinde Sehnde.

6) In der Nähe der Autobahnauffahrt Hildesheim-Nord gelegen.

bzw. größerem Umfang wirtschaftliche Schwerpunkte darstellen, dürften diese Bestrebungen kaum mit den Vorstellungen der Kreis- sowie der Regionalplanung übereinstimmen.

Unter Zuhilfenahme der bisher aufgestellten Flächennutzungspläne sollen im folgenden die potentiellen Industrieflächen und die Möglichkeiten einer weiteren gewerblichen Schwerpunktbildung aufgezeigt werden.

1. Hildesheim.

Die Stadt Hildesheim hat in ihrem nach dem Bundesbaugesetz aufgestellten Flächennutzungsplan beträchtliche gewerbliche Bauflächen im nördlichen Stadtbereich ausgewiesen (I, II und III).[1] Davon erscheinen die Flächen I und II jedoch kaum realisierbar, da sie in unmittelbarer Nähe des bestehenden Flugplatzes liegen und hierfür besondere Sicherheitsvorschriften bestehen. Als sofortige potentielle Industriefläche scheidet auch das mit III bezeichnete Gebiet aus, da seine Ausweisung wohl nur sinnvoll beim Bau eines zweiten Hafenbeckens sein dürfte. Im Augenblick ist jedoch noch nicht abzusehen, wann eine derartige Hafenerweiterung vorgenommen wird. Das im Osten der Stadt ausgewiesene Baugelände (IV und V) wird teilweise schon genutzt. Ausdehnungsmöglichkeiten bestehen vor allem noch in dem westlich der Borsigstraße gelegenen Gebiet (V). Daneben sind in diesem Stadtbezirk noch freie Gelände- und Gebäudekapazitäten am Straßenzug "Langer Garten" (VI) vorhanden, wo sich früher eine Sackfabrik befand. Bei den im Westen der Nordstadt ausgewiesenen Gewerbeflächen (VII) bestehen nur noch Erweiterungsmöglichkeiten in geringerem Umfang, die möglicherweise bzw. wahrscheinlich durch eine Ausdehnung der bereits vorhandenen Betriebe (Kloth-Senking AG und Eduard Ahlborn AG) in Anspruch genommen werden.

Insgesamt scheinen somit im Stadtgebiet nur noch begrenzte räumliche Ausdehnungsmöglichkeiten vorhanden zu sein. Zur Verbesserung dieser Lage bemüht sich daher die Gemeinde Hildesheim stadtexternes Gelände aufzukaufen. So befinden sich erhebliche Flächen in der Gemeinde Himmelsthür im Eigentum der Stadt Hildesheim, die eine Ausdehnung im Stadt-Umlandbereich ermöglichen.

---

1) Vgl. S. 163, Karte 1. Die römischen Ziffern kennzeichnen die entsprechenden Flächen. Sie sind mit den Tafelziffern identisch. Bei allen Karten handelt es sich um ausschnittsweise und verkleinerte Wiedergaben der entsprechenden Flächennutzungspläne, die vom Verfasser für den hier verfolgten Zweck formell überarbeitet wurden.

STADT HILDESHEIM
KARTE 1
I
II
III
IV
V
VI
VII
N
ZEICHENERKLÄRUNG
STADTGRENZE
0 100 200 300 400 500 m

2. Sarstedt.[1]

Entsprechend ihrer Lage zwischen Hannover und Hildesheim bietet die Stadt Sarstedt[2] hinsichtlich der Verkehrserschliessung und auch der Energieversorgung sehr günstige Möglichkeiten für ein weiteres Wirtschaftswachstum, was sich ebenfalls deutlich bei den im Flächennutzungsplan[3] ausgewiesenen und noch zu nutzenden Gewerbeflächen zeigt. Neben dem im nördlichen Stadtteil ausgewiesenen Gewerbegebiet (I), welches über einen direkten Anschluß an die Bundesstraße 6[4] verfügt, sind noch weitere Industrialisierungsflächen im Westen (II und III), Süden (IV) und im Osten (V) vorgesehen. Für die im Westen von Sarstedt gelegenen Flächen (II und III) können Anschlüsse zum Bahnhof vorgenommen werden, bzw. mit dem Bau der hier geplanten Straße wäre auch eine Straßenverkehrsbedienung für die Gesamtfläche gesichert. Günstige Verkehrsvoraussetzungen bietet auch das mitIV gekennzeichnete Gebiet, welches schon heute über einen Bahnanschluß durch die zum Kaliwerk "Glückauf" führende Industriebahn verfügt. Mit dem an der Nord-Süd-Eisenbahnstrecke gelegenen Bahnhof besitzt Sarstedt bei diesem Verkehrsmittel einen deutlichen Vorteil gegenüber Hildesheim, das abseits dieser wichtigen Eisenbahnverbindung liegt. Auch die im Osten noch vorhandene Gewerbefläche kann über die Landstraße 410 bzw. sogar direkt an die Bundesstraße 6 angeschlossen werden. Für alle bisher besprochenen Flächen[5] erscheint die Stromversorgung ohne besondere Schwierigkeiten möglich. Zur Beurteilung der Gesamtlage bleibt noch zu erwähnen, daß Sarstedt ebenfalls zu den mit Ferngas versorgten Kreisgemeinden zählt.

---

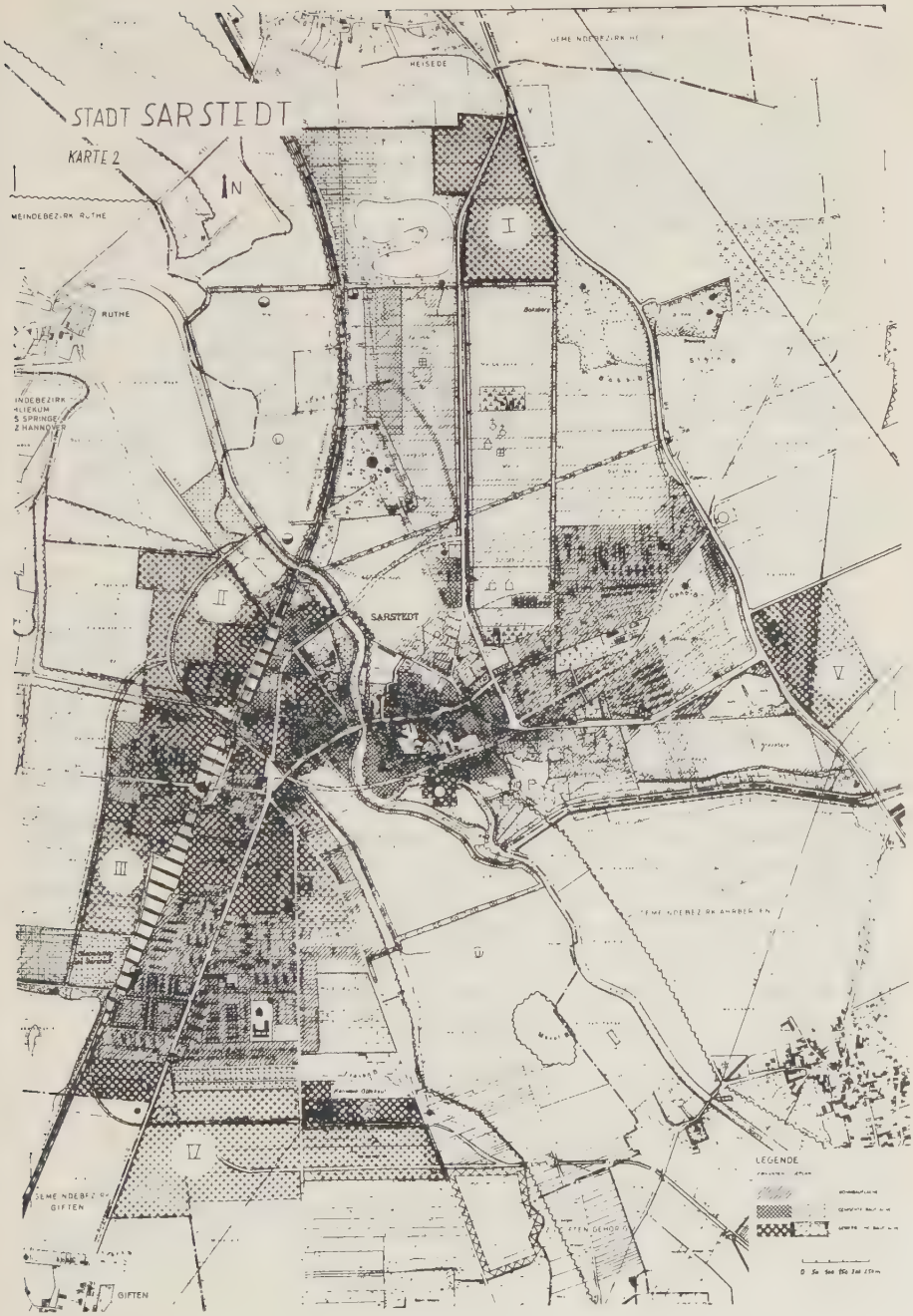
1) Vgl. S. 165, Karte 2.

2) Die fortgeschriebene Wohnbevölkerung betrug am 31.12.1964 11.215 Einwohner. Vgl. "Die Bevölkerung der Gemeinden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", in: Statistische Berichte, A/2-hj 2/64, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965, S. 17.

3) Der nach dem Bundesbaugesetz aufgestellte Flächennutzungsplan ist allerdings noch nicht genehmigt.

4) Über weitere Straßenbaupläne vgl. S. 193.

5) Für weitere Industrieansiedlungen haben sich u.a. schon zwei Unternehmungen gemeldet, von denen ein Betrieb aus Hannover kommt.


STADT SARSTEDT
KARTE 2
N
HEISEDE
RUTHE
SARSTEDT
GIFTEN
LEGENDE

Unter den Gesichtspunkten der Verkehrs-, Energie- und Absatzorientierung[1] sowie unter Berücksichtigung der räumlichen Ausdehnungsmöglichkeiten besitzt Sarstedt günstige Wachstumsvoraussetzungen, die seine Bedeutung möglicherweise noch erhöhen können, da nach den Vorstellungen der Kreis- und Regionalplanung der gesamte Raum Sarstedt[2], Giften, Gleidingen, Heisede und Ahrbergen als Industrialisierungsgebiet vorgesehen ist.

3. Bad Salzdetfurth.

Von wirtschaftlich überragender Bedeutung für die Stadt Bad Salzdetfurth und ihre Umgebung sind neben dem Kalibergbau[3] noch zwei Unternehmungen der Elektroindustrie.[4] Weitere Erwerbsmöglichkeiten bestehen im Rahmen des Kurbetriebes, bei dem die Kuren für Sozialversicherte von überragender Bedeutung sind.[5] Da die bestehenden Verträge für derartige Dienstleistungen gekündigt wurden, muß in Zukunft damit gerechnet werden, daß, von Privatpatienten abgesehen, keine Kurgäste mehr aus Nordrhein-Westfalen nach Bad Salzdetfurth kommen werden, was bei fehlender Kompensation zur Einschränkung des Kurbetriebes führen wird.

Die Berücksichtigung der Wirtschaftsstruktur Bad Salzdetfurths erklärt weitgehend, daß im Flächennutzungsplan fast keine gewerblichen Bauflächen vorgesehen sind.[6] Die im Westen der Stadt vorhandenen Flächen (I) sind durch Kaligerechtsame einer zusätzlichen gewerblichen Nutzung entzogen, und von dem im Süden noch als bebauungsfähig ausgewiesenen Gelände (II) hat einer der beiden elektrotechnischen Industriebetriebe

---

1) Sarstedt liegt in unmittelbarer Nähe der Stadt Hannover.

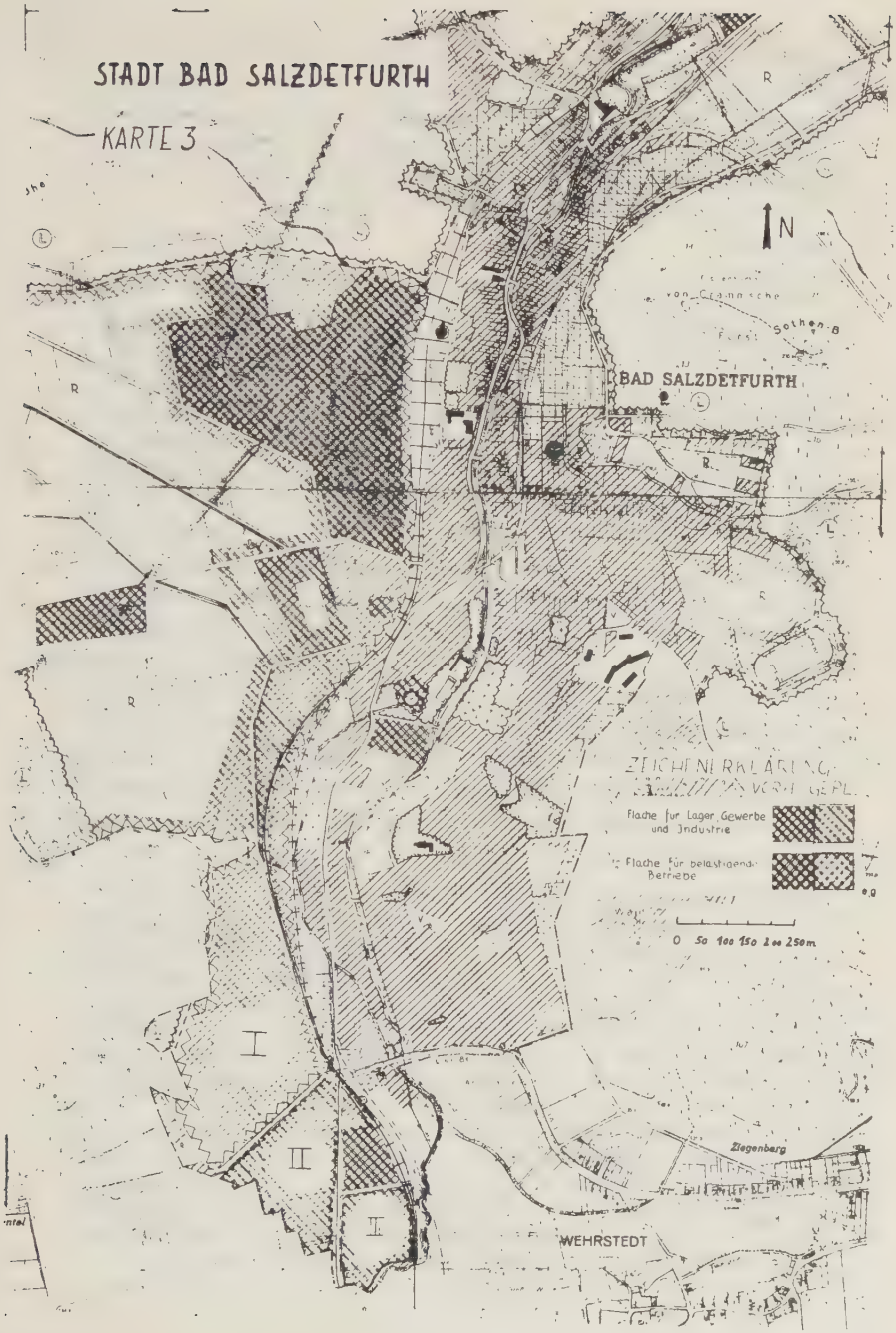
2) Als mögliche Abbaustoffe kommen hier noch Ton- und Lehmvorkommen in Frage.

3) Kaliwerk "Salzdetfurth" der Vereinigten Kaliwerke Salzdetfurth AG.

4) Es sind dies die fuba Antennenwerke Hans Kolbe & Co sowie die Friedrich Petrick GmbH.

5) Die meisten Kurgäste werden durch die Landesversicherungsanstalt Düsseldorf nach Bad Salzdetfurth vermittelt. Vgl. auch "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 300.

6) Vgl. S. 167, Karte 3.


STADT BAD SALZDETFURTH
KARTE 3
N
BAD SALZDETFURTH
ZEICHENERKLÄRUNG
Fläche für Lager, Gewerbe und Industrie
Fläche für belästigende Betriebe
0 50 100 150 200 250m
I
II
II
WEHRSTEDT
Ziegenberg

weitere Flächen erworben. Für zukünftige Ansiedlungen verbleibt nur noch das mit III bezeichnete Gebiet. Unter Einbeziehung der regionalpolitischen Vorstellungen, die einen Ausbau des Kur- und Heilbetriebes vorsehen, erscheint die Heranziehung zusätzlicher Industriebetriebe offenbar auch gar nicht wünschenswert.

4. Bockenem.[1]

Für die im Südzipfel des Landkreises Hildesheim-Marienburg gelegene Stadt Bockenem[2] bestehen räumliche Ausdehnungsmöglichkeiten in nördlicher, östlicher und südlicher Richtung. Eine Erweiterung nach Westen ist nicht möglich, da die hier vorhandenen Flächen als Überschwemmungsgebiet der Nette gesetzlich ausgewiesen sind. Als gewerbliche Nutzungsgebiete kommen jedoch nur die im Norden und Süden der Gemeinde gelegenen Flächen in Frage, da die Stadt Bockenem sich siedlungsmäßig nach Osten ausdehnt, wo in den letzten Jahren eine Anzahl neuer Wohnungen errichtet wurden. Das im nördlichen Gemeindeteil noch nutzbare Industriegelände umfaßt etwa 17 ha[3] und kann ohne größere Schwierigkeiten sowohl an das kommunale Abwässernetz als auch an die Wasser- und Stromversorgungsleitungen angeschlossen werden. Ähnlich günstige Voraussetzungen liegen auch für die Gewerbeflächen (9 ha) im südlichen Gemeindeteil[4] vor, die mit der Bundesstraße 243a als Autobahnzubringer direkten Anschluß an die Bundesautobahn haben. Für die bisher besprochenen potentiellen Gewerbeflächen interessieren sich bereits mehrere Firmen.[5]

---

1) Der Flächennutzungsplan der Stadt Bockenem ist im Augenblick in Vorbereitung. Die folgenden Angaben beruhen daher weitgehend auf den Auskünften des Stadtdirektors von Bockenem.

2) Am 31.12.1964 belief sich die fortgeschriebene Wohnbevölkerung auf 4.350 Einwohner. Vgl. "Die Bevölkerung der Gemeinden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 16.

3) Ein Teil dieser Fläche dient schon der Erweiterung eines ortsansässigen Unternehmens.

4) Für dieses Gebiet wird vor allem die Ansiedlung nichtstörender Betriebe gewünscht.

5) Beispielsweise möchte eine große Mineralölgesellschaft ein Auslieferungslager errichten. Bedingt durch die günstige Lage zur Bundesautobahn möchte sich weiterhin ein Tiefbauunternehmen mit Autobahnaufträgen ansiedeln.

Hinsichtlich der Verkehrserschließung ist zu erwähnen, daß Bockenem keinen direkten Anschluß an die Nord-Süd-Eisenbahnlinie, sondern nur über die von Seesen nach Hildesheim führende eingleisige Nebenstrecke der Bundesbahn Verbindung mit dem Eisenbahnnetz hat. Mit der Fertigstellung der Bundesautobahn trat jedoch eine starke Verbesserung der Fernverkehrsverbindungen ein.

. Für die Stadt Bockenem als bereits bestehender wirtschaftlicher Schwerpunkt[1] ist u.a. das Vorhandensein von Einrichtungen mit überörtlicher Ausstrahlungskraft kennzeichnend. Neben der Kreissparkasse Bockenem, die weitere Zweigstellen in den umliegenden Gemeinden[2] unterhält und der Volksbank Bockenem eGmbH weist die Gemeinde ein Amtsgericht, eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Hildesheim, eine Kreis-Berufs- und Berufsfachschule, jeweils zwei Apotheken und Drogerien, weiterhin acht Arztniederlassungen, eine Mittelschule, ein Postamt und eine Reihe von Arbeitsstätten des Dienstleistungsbereiches auf. Nicht zuletzt kommt die Bedeutung der Stadt Bockenem als zentraler Ort niederer Ordnung in der Auswahl dieser Gemeinde als Standort einer Mittelpunktschule zum Ausdruck, an der mehr als 16 Gemeinden beteiligt sind.[3]

Für eine weitere wirtschaftliche Schwerpunktbildung in Bockenem sprechen neben den nutzbaren Gewerbeflächen, dem Autobahnanschluß und dem Vorhandensein zentraler Einrichtungen noch die Vermutung, daß mit dem weiteren Ausbau von Bockenem zu einem Wachstumspol sich auch günstige Auswirkungen auf die dem Landkreis Gandersheim angehörigen Gemeinden ergeben können, zumal der Kreis Gandersheim ein beträchtlich unter dem Landesdurchschnitt liegendes Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung aufweist.[4]

---

1) Nach Auskunft des Stadtdirektors von Bockenem betrug das Gewerbesteueraufkommen 1954 DM 143.929 und wurde für das Jahr 1964 auf DM 800.000 geschätzt.

2) Es sind dies: Baddeckenstedt, Groß Rhüden und Holle.

3) Dazu gehören auch Gemeinden, die dem Landkreis Gandersheim angehören.

4) Vgl. S. 19, Tabelle 2.

Mit der Lage der Stadt Bockenem[1] im landschaftlich reizvollen Ambergau ergibt sich zugleich die Frage, in welchem Umfang gerade hier ein weiteres Wirtschaftswachstum durch Ausdehnung des Dienstleistungsbereiches, d.h. verstärkte Anstrengungen im Gaststätten- und Übernachtungsgewerbe, herbeigeführt werden kann.[2]

5. Algermissen - Lühnde.

Der Raum Algermissen - Lühnde[3] wird sowohl nach den Vorstellungen der Regional- als auch der Kreisplanung als geeignet für die Bildung eines weiteren gewerblichen Schwerpunktes innerhalb des Landkreises Hildesheim-Marienburg angesehen. Dieses Gebiet weist dabei eine Anzahl wachstumsfördernder Voraussetzungen auf. Was die Verkehrsbedienung betrifft, so liegt die Gemeinde Algermissen am Zweigkanal nach Hildesheim. Zudem besteht hier schon eine Verladestelle, die das am Zweigkanal ausgewiesene Industrialisierungsgebiet (I)[4] für Industriebetriebe mit Binnenschiffahrtsanschluß als günstig erscheinen läßt. Allerdings liegt der Zweigkanal hier im Auftrag,[5] und das kanalnahe Gelände müßte bei einer Erschließung teilweise erst aufgeschüttet werden. Weiterhin ist Algermissen auch über die von Lehrte nach Hildesheim verlaufende Eisenbahnlinie an das Schienenverkehrsnetz angeschlossen. Durch die Stillegung der Zuckerfabrik im Jahre 1963 stehen hier im Augenblick neben einer eventuell gewerblich nutzbaren Fläche (II) auch noch Gebäudekapazitäten und ein Gleisanschluß zur Verfügung. Außerdem ist anzunehmen, daß sich bei Herstellung eines Autobahnanschlusses im Raum Sarstedt - Algermissen die Verbindung von Algermissen zu dieser Schnell-

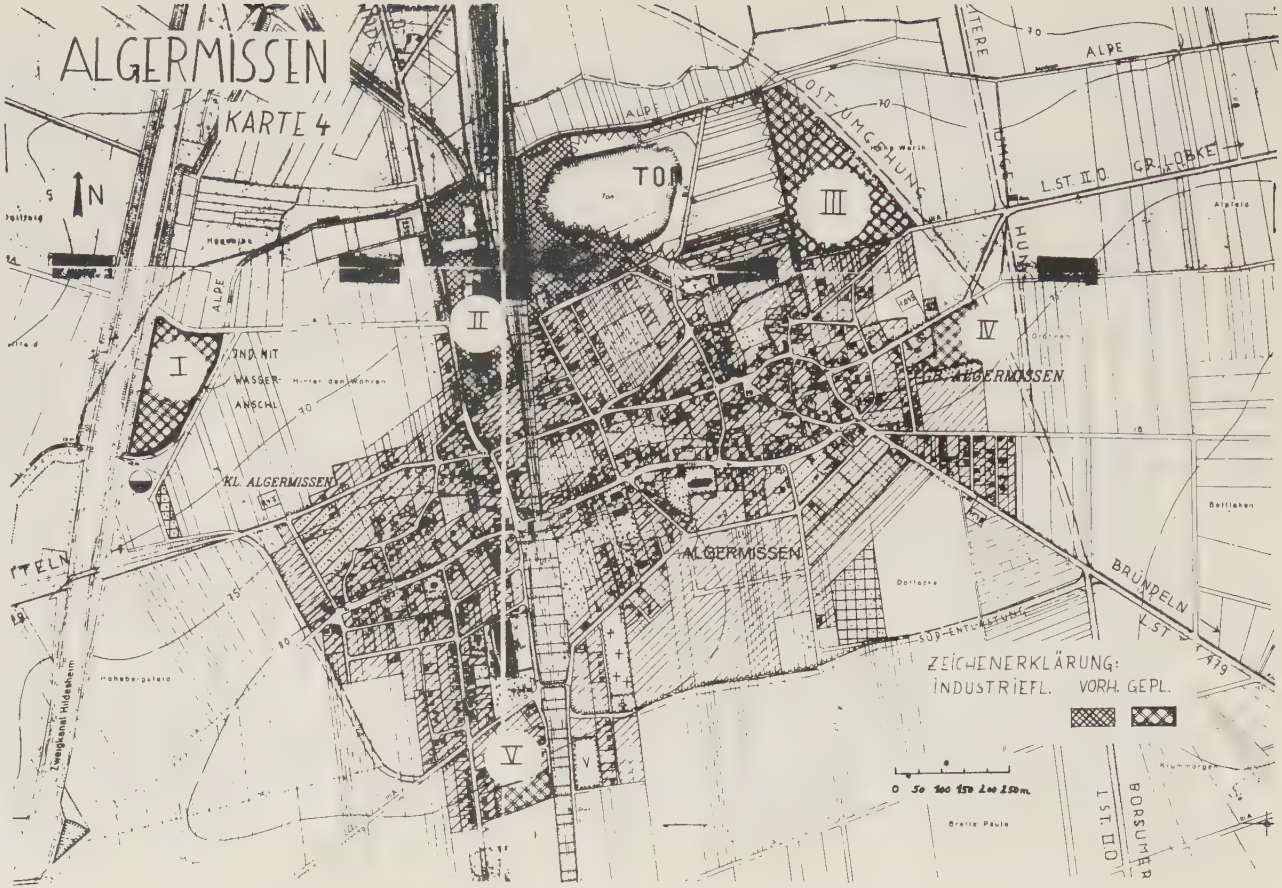
---

1) Die Stadt Bockenem verfügt über ein Freibad, welchem in starkem Umfang auch von auswärtigen Besuchern benutzt wird.

2) Im Augenblick ist dieser Wirtschaftsbereich vor allem infolge unzureichender qualitativer Ausstattung nur von untergeordneter Bedeutung.

3) Auf der Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung ergab sich für den 31.12.1964 in Algermissen eine Wohnbevölkerung von 3.769, während für Lühnde 1.210 Einwohner errechnet wurden. Vgl. "Die Bevölkerung der Gemeinden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 16 f. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Algermissen deutet zugleich darauf hin, daß hier auch gewisse zentrale Einrichtungen bestehen.

4) Vgl. S. 171, Karte 4.


ALGERMISSEN
KARTE 4
N
I
II
III
IV
V
TO
IND. MIT WASSER-ANSCHL.
KL. ALGERMISSEN
GR. ALGERMISSEN
ALGERMISSEN
L.ST. II.O.
GR. LOBKE
BRUNPELN
L.ST.
BORSUMER
L.ST. II.O.
ALPE
ZEICHENERKLÄRUNG:
INDUSTRIEFL. VORH. GEPL.
0 50 100 150 200 250 m

verkehrsstraße noch günstiger gestalten wird. Auch von Seiten der Energie-[1] und Wasserversorgung sind wachstumsfördernde Einflüsse zu erwarten. So verfügt Algermissen neben einer eigenen zentralen Wasserversorgung auch über Gasbezugsmöglichkeiten von den Kokereien in Groß Ilsede. Daneben besitzt Algermissen eine Anzahl von zentralen Einrichtungen wie Apotheken, Drogerie, Arztniederlassung und einer Spar- und Darlehnskasse, die in Nachbarorten nicht vorhanden sind. Neben den bisher besprochenen potentiellen Gewerbeflächen sind noch weitere am östlichen Gemeinderand (III und IV) sowie im Süden, direkt am Bahnkörper (V), vorgesehen. Auf der letztgenannten Fläche beabsichtigt ein ortsansässiges Tiefbauunternehmen die Fabrikation aufzunehmen.

6. Hoheneggelsen - Söhlde.[2]

Die Untersuchungen im ersten Teil dieser Arbeit ergaben, daß sich im Westen - und besonders im Nordwesten - des Untersuchungsraumes das Schwergewicht gewerblicher Wirtschaftstätigkeit befindet, während das östliche Teilgebiet mehr agrarisch strukturiert ist[3] und auch eine geringere Entwicklung der gewerblichen Aktivitäten aufweist. In diesem Zusammenhang entspricht daher ein Gewerbeansatz im Raum Hoheneggelsen - Söhlde den Zielvorstellungen der Regionalplanung.[4] Im Gegensatz zu allen bisher besprochenen Schwerpunkten kann das obige Gebiet jedoch keine gleich günstigen Voraussetzungen aufweisen. Mit dem Bahnhof Hoheneggelsen besteht zwar ein

---

5) Nach Auskunft der Wasser- und Schiffahrtsdirektion, Hannover. - Dieser Ausdruck besagt, daß das Gelände unter dem Wasserspiegel des Schiffahrtsweges liegt.

1) Vgl. S. 198.

2) Einwohnerzahl nach der Bevölkerungsfortschreibung am 31.12.1964 in Söhlde: 1.990 und in Hoheneggelsen: 1.690 Einwohner. Vgl. "Die Bevölkerung der Gemeinden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 17.

3) Das Vorhandensein landwirtschaftlich ertragreicher Böden muß keineswegs generell eine geringere Industrialisierung nach sich ziehen. Vielmehr erscheint es möglich, daß auf Grund höherer landwirtschaftlicher Einkommen auch zunehmend Industrie- bzw. Gewerbebetriebe zur Ansiedlung auf diesen Böden veranlaßt werden.

4) Nach Auskunft des Instituts für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an der Technischen Hochschule in Hannover.

Anschluß an die von Hildesheim nach Braunschweig führende Eisenbahnlinie, aber diese Strecke hat mehr regionale als interregionale Bedeutung.[1] Etwas ungünstiger als beispielsweise in Algermissen sind auch die Verbindungen zur Bundesautobahn, die von Hoheneggelsen aus entweder über die Bundesstraße 1 in Hildesheim-Ost oder über die Bundesstraße 444 an der Auffahrt Derneburg[2] nach jeweils etwa 15 Kilometern Anfahrt erreicht werden kann. Allerdings stellt die durch Hoheneggelsen führende Bundesstraße 1 eine günstige Straßenverkehrsverbindung dar, da mit ihrer Hilfe sowohl Hildesheim und Peine[3] als auch Braunschweig zu erreichen sind. Die Energieversorgung stützt sich hauptsächlich auf die Strombelieferung und die Zufuhr von Kohle- und Ölbrennstoffen. Ein Anschluß an die Ferngasversorgung besteht nicht. Neben diesen Faktoren weist der Raum Hoheneggelsen - Söhlde noch Einrichtungen auf, die ihn als - wenn auch nur kleinräumlichen - Schwerpunkt günstig erscheinen lassen. Neben einer Hauptzweigstelle der Kreissparkasse Hildesheim-Marienburg sowie der Spar- und Vorschußkasse eGmbH, Hoheneggelsen, befinden sich in der Gemeinde Hoheneggelsen noch ein Postamt und eine öffentliche Volksschule, die als vorläufige Mittelpunktschule ausgebaut ist.[4] Für die Ansiedlung gewerblicher Unternehmen hat die Gemeinde Hoheneggelsen in ihrem Flächennutzungsplan[5] ein 7 ha großes Gelände im Osten ausgewiesen (I),[6] welches zwischen der Bundesstraße 1 und der geplanten Südumgehung gelegen ist.[7]

---

1) Vgl. auch S. 194.

2) Zusammengestellt nach amtlichem Kartenmaterial.

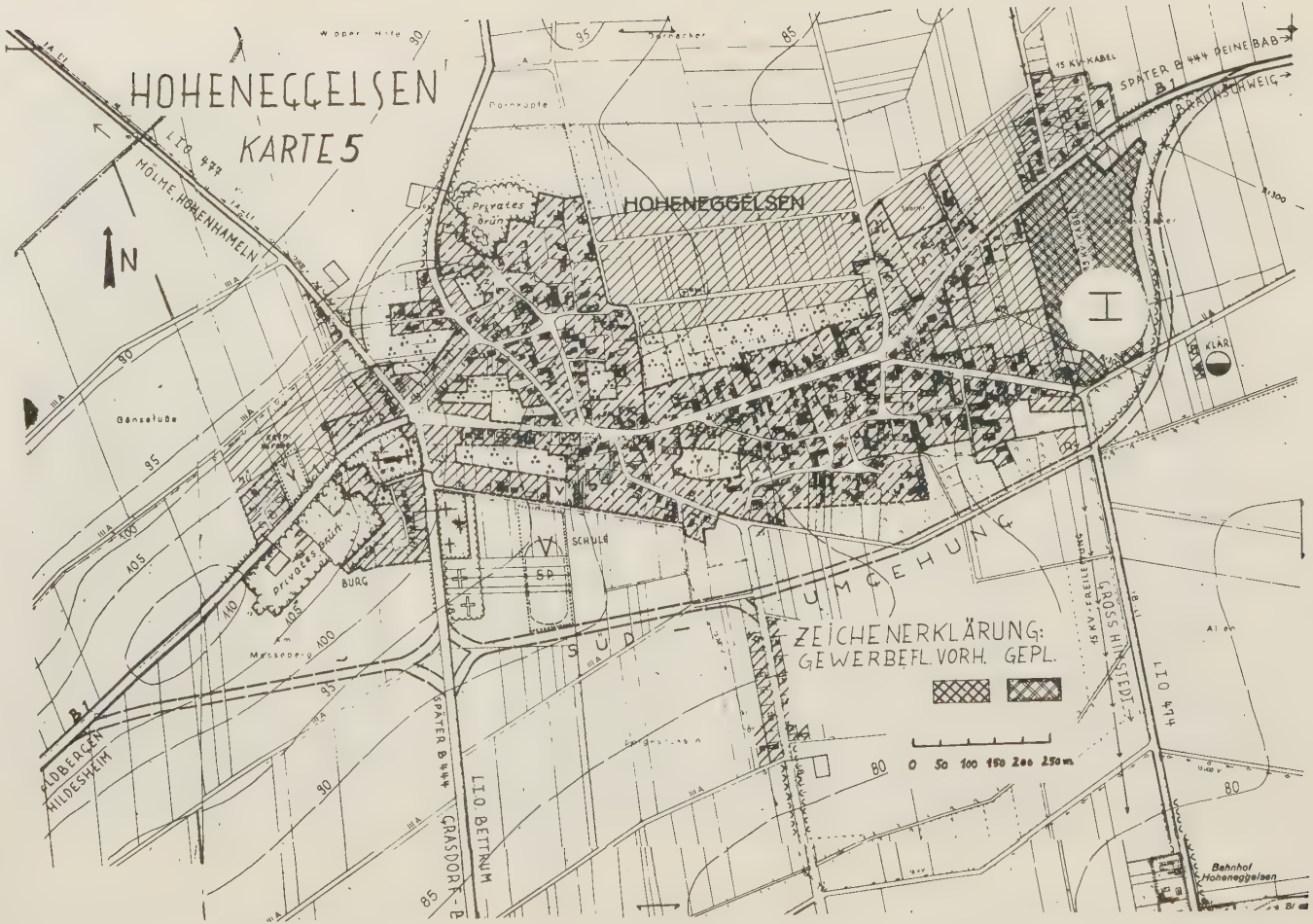
3) Abzweigung der Bundesstraße 444 von der Bundesstraße 1 östlich von Hoheneggelsen.

4) In der benachbarten Gemeinde Söhlde ist eine öffentliche Mittelpunktschule vorhanden.

5) Aufgestellt nach dem Bundesbaugesetz und genehmigt.

6) Vgl. S. 174, Karte 5.

7) Außer den bisher erwähnten Gebieten weisen folgende kreisangehörige Gemeinden noch freies Industriegelände aus: 1. Diekholzen: etwa 1,5 ha sowie das Gelände und eventuell die Gebäudekapazitäten, die durch die Stillegung des Kaliwerkes "Hildesia" im Jahre 1962 noch frei sind. 2. Emmerke: etwa 18 ha. 3. Groß und Klein Giesen: etwa 5,4 ha. 4. Groß Rhüden: etwa 6,4 ha. 5. Harsum: 14,1 ha. 6. Königsdahlum: etwa 5 ha und 7. Wesseln: 2,9 ha. - Diese Angaben wurden aus den Flächennutzungsplänen berechnet und entsprechen deren jeweiligem Aufstellungszeitpunkt. Die Realisierungsmöglichkeiten der Flächen wurden nicht weiter untersucht.


HOHENEGGELSEN
KARTE 5
HOHENEGGELSEN
Privates Grün
SCHULE
BURG
Privates Grün
Gänseteiche
Messeder-B.
Dornkopfe
Sprecher
15 KV-KABEL
SPÄTER B 444 NEINE BAB
BRAUNSCHWEIG
B1
KLAR
HOLLE, HOHENHAMELN
L 110 499
L 110 444
SPÄTER B 444
GRASDORF-B
L 110 BETTNUM
ALDBERGEN
HILDESHEIM
B1
ZEICHENERKLÄRUNG:
GEWERBEFL. VORH. GEPL.
0 50 100 150 200 250 m
Bahnhof Hoheneggelsen
N
SÜD
UMGEHUNG

Die bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, daß neben dem Stadt-Umlandbereich Hildesheim vor allem der Raum Sarstedt günstige Voraussetzungen aufweist, die auch weiterhin einem gewerblichen Wachstum nutzbar gemacht werden sollten. In abgeschwächter Form gilt dies auch für Bockenem, wo bei der Ansiedlung neuer Betriebe allerdings vor allem die landeskulturellen Gesichtspunkte mit einzubeziehen wären. Bei der Förderung neuer Wachstumspole scheint der Raum Algermissen - Lühnde geeigneter als Hoheneggelsen - Söhlde. Gegen einen stärkeren Gewerbeansatz im letztgenannten Raum könnte die Lage zu den in geringer Entfernung vorhandenen wirtschaftlichen Schwerpunkten Peine, Braunschweig und Salzgitter sprechen. Die Analyse der Pendelbewegungen zeigt jedoch, daß die Zahl der Auspendler zu den oben genannten Zielgebieten nur gering ist,[1] und der Raum Hoheneggelsen als kleinräumliches Zentrum einige günstige Ansätze bietet.

III. Kapitalausstattung des Untersuchungsraumes.

Bei optimaler Kombination der Produktionsfaktoren im Zeitpunkt t_n kann ein wirtschaftliches Wachstum, verstanden als Erhöhung des Pro-Kopf-Realeinkommens, nur durch technischen Fortschritt bzw. die Vornahme von Nettoinvestitionen hervorgerufen werden. Die Kapitalausstattung bzw. die Möglichkeiten ihrer Erweiterung sind daher u.a. ein bedeutsamer Faktor für die weitere Entwicklung einer Gebietswirtschaft.

Hierbei zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Zuwachsmöglichkeiten bei den einzelnen Kapitalarten. Die Ausstattung mit Privatkapital erscheint nicht so sehr vom regionalen Sparvolumen abhängig als vielmehr von der wirtschaftlichen Anziehungskraft.[2] Hingegen der Bestand an öffentlichem Kapital[3]

---

1) Vgl. die Ausführungen auf den Seiten 36 f.

2) Beispielsweise günstige Absatzmöglichkeiten, Verkehrserschließung, Energieversorgung, Bodenschätze usw.

3) Zu denken wäre beispielsweise an Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Versorgungsleitungen usw.

und seine Zunahme dürften stärker von den regionalen Finanzierungsmöglichkeiten der betreffenden Gebietskörperschaften durch Steuern, Gebühren, Beiträge usw. abhängen, wenngleich die Gemeinden und Gemeindeverbände auch über den Finanzausgleich und die Kreditaufnahme Kapital von außerhalb bekommen bzw. heranziehen können. Da die Kreditaufnahmemöglichkeiten im Zusammenhang mit der Steuerkraft einer Gebietswirtschaft stehen, stellen die regionalen Steuereinnahmen in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Faktor dar.

1. Ausstattung mit privatem Kapital.

Unter Zuhilfenahme der im Handelsregister[1] eingetragenen Firmen soll versucht werden, wenigstens einen groben Überblick über die Ausstattung mit Privatkapital im Zeitablauf zu geben. Im Zeitraum von 1955 bis 1957 wurden im Handelsregister 18 Firmen[2] neu eingetragen, die ihren Sitz im Stadt- bzw. Landkreis Hildesheim-Marienburg hatten. In den folgenden drei Jahren waren es 21, und von 1961 bis 1963 stieg die Zahl der Neueintragungen auf 26, und im Jahre 1964 belief sie sich auf 11. Unterteilt man den Zeitraum von 1955 bis 1964 in Zweijahresabschnitte, so ergibt sich ebenfalls ein Ansteigen der Neueintragungen.[3] Diese Angaben können und sollen auch nicht einfach als Nachweis für eine zunehmende Ausstattung mit privatem Kapital ausgelegt werden. Nimmt man aber noch die Neuzugänge an Produktionsstätten[4] sowie die Erweiterungspläne der bestehenden Unternehmungen mit hinzu, so darf wohl insgesamt ein Wachstum des im Untersuchungsraum vorhandenen privatwirtschaftlichen Realkapitals

---

1) Die Eintragung im Handelsregister muß nicht identisch mit der Errichtung neuer Produktionsstätten sein. Sie kann u.a. auch auf Grund einer Geschäftsausweitung erfolgen.

2) Die Angaben wurden nach dem von der Industrie- und Handelskammer Hildesheim überlassenen Material zusammengestellt.

3) Entwicklung der Neueintragungen: 1955/56: 13; 1957/58: 12; 1959/60: 14; 1961/62: 17 und 1963/64: 20. - Zusammengestellt auf Grund der Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Hildesheim.

4) Vgl. S. 47, Tabelle 10, Zeilen 6-10, Spalte 1.

auch für zukünftige Perioden unterstellt werden,[1] zumal keine der vom Verfasser befragten Firmen die Kapitalbeschaffung als erschwerenden Faktor bei einer Kapazitätsausdehnung angegeben hat.

Auf eine numerische Erfassung der regionalen Spareinlagen und Kreditgewährungen wurde in diesem Zusammenhang aus folgenden Gründen verzichtet:

a. Viele der größeren Kapitalgesellschaften des Hildesheimer Raumes sind konzernmäßig mit anderen Unternehmen verbunden und daher primär nicht auf die regionalen Finanzierungsquellen für Kapazitätsausdehnungen angewiesen.[2]

b. Bei einer Anzahl von Produktionsstätten im Untersuchungsraum befindet sich der Sitz der Geschäftsführung in Orten bzw. an Bankplätzen, die außerhalb des Untersuchungsraumes liegen.[3]

c. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß in der Stadt Hildesheim eine Hauptstelle der Landeszentralbank in Niedersachsen besteht.[4] Die Landeszentralbanken sowie deren Filialen sind für die Versorgung ihres Gebietes mit Zahlungsmitteln zuständig und dienen den Geschäftsbanken als Refinanzierungsinstitute. Daneben hat Hildesheim außer

---

1) Eine numerische Erfassung des Betriebskapitals wurde hier nicht durchgeführt, da einerseits die Personalgesellschaften nur unzureichend berücksichtigt würden und andererseits ein interregionaler Vergleich der Kapitalausstattung die Kapitalkoeffizienten der einzelnen Produktionszweige einbeziehen müßte.

2) Zusammengestellt nach Auskünften der Industrie- und Handelskammer Hildesheim. - So ist beispielsweise die Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, eine Tochtergesellschaft der Robert Bosch GmbH; und das Kaliwerk "Siegfried" in Giesen ist über die Burbach Kaliwerke Aktiengesellschaft wiederum mit der Wintershall Aktiengesellschaft verflochten.

3) Vgl. auch "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 273 (Tabelle 95) sowie S. 275 (Tabelle 97). - So ist das in Sarstedt bestehende Wellkistenwerk ein Zweigwerk der Hch. Sieger GmbH mit Sitz in Köln und die Geschäftsführung der Harzer Achsenwerke KG Schwemann und Althoff liegt in Bornum am Harz.

4) Zusammengestellt nach Auskünften der Industrie- und Handelskammer in Hildesheim.

der Stadtsparkasse, einem privaten Bankhaus und einer Zweigstelle der Landesgenossenschaftsbank eGmbH Hannover noch drei Großbanken in der Rechtsform der Aktiengesellschaft aufzuweisen.[1] Hiermit ist zugleich die Möglichkeit gegeben, über den Umfang der regionalen Ersparnisse hinaus Kredit- und Finanzierungsmittel zu beschaffen.[2]

d. Neben den für Hildesheim-Marienburg bedeutungsvollen Kreissparkassen in Hildesheim und Bockenem gibt es im Landkreis noch 3 gewerbliche und 21 landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften, deren Kreditgewährungen vor allem von Landwirten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handwerkern[3] in Anspruch genommen werden. Aber auch diesen Kreditinstituten stehen überregionale Finanzierungsstellen zur Verfügung, da erstere der Zentralkasse nordwestdeutscher Volksbanken eGmbH mit Sitz in Hannover und letztere der Landesgenossenschaftsbank eGmbH (ebenfalls in Hannover) angeschlossen sind.

Diese Angaben stützen die weiter oben gemachte Bemerkung, daß für eine weitere Kapitalvermehrung nicht so sehr die regionalen Ersparnisse als vielmehr andere Faktoren entscheidend sind.

2. Finanzkraft der Stadt und des Kreises Hildesheim-Marienburg.

a. Entwicklung der Haushaltsvolumen.

Entsprechend der Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik hat auch in der Stadt Hildesheim (Landkreis) das Haushaltsvolumen eine kräftige absolute Ausdehnung erfahren. So belaufen sich die planmäßigen Reineinnahmen bzw. -ausgaben der Stadt Hildesheim (Landkreis) im Jahre 1965 auf 154 v.H. (164 v.H.)[4] derjenigen des Rechnungsjahres 1958. Dies entspricht etwa einer jährlichen

---

1) Es sind dies: Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG und die Commerzbank AG, von denen die letztgenannte eine Filiale in Sarstedt unterhält.

2) Die Angabe der Bankkonten auf den Antwortschreiben der vom Verfasser befragten Betriebe gibt einen Hinweis darauf, daß diese überregionalen Finanzierungsmöglichkeiten auch tatsächlich genutzt werden.

3) Vgl. auch "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 273 (Tabelle 95) sowie S. 275 (Tabelle 97).

4) Berechnet aus Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1 und 8, Spalten 1 und 3.

Tabelle 37:

Entwicklung der Haushaltsvolumen[1] der Stadt und des Landkreises Hildesheim-Marienburg in den Jahren 1958 bis 1965.

Istgrößen in 1.000 DM

Jahr		Hildesheim, Stadt		Hildesheim-Marienburg, Kreis	
		Reineinnahme[2]	Reinausgabe	Reineinnahme	Reinausgabe
		1	2	3	4
1958	1	43.361	41.860	23.054	22.494
1959	2	46.997	44.059	23.795	23.218
1960[3]	3	40.646	36.645	19.442	18.758
1961	4	55.930[4]	55.930[4]	27.023	26.395
1962	5	61.903	60.036	35.149	34.060
1963	6	56.995	55.697	36.444	35.847
1964[5]	7	59.520	59.520	36.781	36.781
1965[6]	8	66.910	66.910	37.882	37.882

1) Jeweils ordentlicher Haushalt. Der außerordentliche Haushalt der Stadt Hildesheim schloß mit Gesamteinnahmen bzw. -ausgaben in Höhe von DM 38,95 Mill. ab. (Landkreis: DM 1,74 Mill.). Vgl. "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", Hildesheim, 1965, S. 215 und berechnet aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", Hildesheim, 1964, S. 138-143.

2) Die Nomenklatur entspricht den Bezeichnungen in den Haushaltsplänen.

3) Im Jahre 1960 wurde das Haushaltsjahr auf das Kalenderjahr umgestellt, somit umfaßt das Rechnungsjahr nur den Zeitraum vom 1.4. bis 31.12.1960. Der geringere Umfang der Reineinnahmen bzw. -ausgaben ist daher Ausdruck des Rumpfrechnungsjahres.

4) Plandaten, da der entsprechende Haushaltsplan nicht zur Verfügung stand.

5) Da die Rechnungslegung noch nicht greifbar war, wurden die Plandaten verwendet.

6) Vgl. die Anmerkung in Fußnote 5.

Quellen: Zeile 1, Spalten 1 und 2: "Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim, Rechnungsjahr 1960", Hildesheim, 1960, S. XL und XLI. - Zeile 2, Spalten 1 und 2: "Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim, 1961", Hildesheim, 1960, S. XLII und XLIII. - Zeilen 3 und 4, Spalten 1 und 2: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962", Hildesheim, 1961, S. XL und XLI. - Zeilen 5 und 7, Spalten 1 und 2: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964", Hildesheim, 1964, S. 50 f. - Zeilen 6 und 8, Spalten 1 und 2: "Stadt Hildes-

Zuwachsrate von nicht ganz 8 v.H. (etwas über 9 v.H.). [1]

b. Steueraufkommen und Finanzausgleich.

In diesem Zusammenhang stellt sich zugleich die Frage nach den Finanzierungsquellen für die wachsenden öffentlichen Ausgaben. In der Stadt Hildesheim konnte durch die Steuereinnahmen nur ein Teil der Mehrausgaben finanziert werden, da erstere im Zeitraum von 1959 bis 1964 nur um 11,1 v.H.[2] (1959: 20,13 Mill. DM) zunahmen. Beim Landkreis ist diese Relation günstiger, da hier die Steuereinnahmen um 29 v.H.[3] (1959: 637.925 DM) anstiegen, was aber bei der geringeren Bedeutung der landkreiseigenen Steuern im Rahmen des Kreishaushaltes keine starke Erhöhung der eigenen Deckungsmittel zur Folge hatte. Die abnehmende Bedeutung der kommunalen Steuern bei den Haushaltseinnahmen zeigt deutlich die folgende Zahlenreihe für die Stadt Hildesheim:

Anteil der Steuereinnahmen in v.H. der Reineinnahmen des ordentlichen Haushaltes für den Zeitraum 1959 bis 1964.

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Anteil in v.H.	43,0	42,3	48,0	37,7	36,4	37,4

Quellen: Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 308 und den Zahlenangaben in Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1-8, Spalte 1.

---

heim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. LII und LIII. - Zeile 1, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1960", Hildesheim, 1960, S. 28 f. - Zeile 2, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1961", Hildesheim, 1960, S. 28 f. - Zeile 3, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1962", Hildesheim, 1961, S. 28 f. - Zeile 4, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1963", Hildesheim, 1962, S. 28 f. - Zeilen 5 und 7, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1964", Hildesheim, 1963, S. 28 f. - Zeilen 6 und 8, Spalten 3 und 4: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", Hildesheim, 1964, S. 28 f.

1) Errechnet aus Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1 und 8, Spalten 1 und 3.

2) Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 308.

3) Berechnet aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 168.

Wenn auch die Steuereinnahmen noch mehr als ein Drittel der Reineinnahmen ausmachen, so erlangen, von jährlichen Schwankungen abgesehen, andere Einnahmequellen immer mehr Bedeutung. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch die Zusammensetzung der Steuereinnahmen. Die Hauptsteuerquelle ist dabei die Gewerbesteuer, die 1964 mehr als drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen ausmachte. Als zweitwichtigste Steuer folgt dann die Grundsteuer, die einen Anteil von etwa einem Siebentel an den Steuereinnahmen hatte.

Tabelle 38:

Das Aufkommen ausgewählter Steuern in v.H. des Steueraufkommens der Stadt Hildesheim für die Jahre 1959/1964.

- Ist-Aufkommen -

Steuerarten		1959	1960	1961	1962	1963	1964
		1	2	3	4	5	6
Gewerbesteuer	1	75,5	81,4	81,2	81,4	77,0	76,9
Grundsteuer	2	14,3	12,7	13,3	14,4	16,7	15,9
Grunderwerbssteueranteil, Getränke- und Vergnügungssteuer	3	9,8	5,5	5,1	6,1	5,5	6,1
Steueraufkommen insgesamt in Mill. DM	4	20,11	17,17	23,36	23,36	20,64	22,28

Quellen: Zeilen 1-3, Spalten 1-6: Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 308. - Zeile 4, Spalten 1-6: Ebd., S. 308.

Der hohe Anteil des Gewerbesteueraufkommens an den kommunalen Steuereinnahmen macht es verständlich, daß die Gemeinden bestrebt sind, möglichst viele gewerbliche Betriebe anzusiedeln, was sich auch schon bei der Untersuchung der Flächennutzungspläne in Form der Ausweisung von Industrialisierungsgelände gezeigt hat.

Der abnehmende Deckungsbeitrag der Steuereinnahmen bezüglich der Haushaltsausgaben wurde sowohl in der Stadt Hildesheim als auch beim Landkreis durch ein Ansteigen der Finanzzuweisungen weitgehend kompensiert.

Tabelle 39:

Die Finanzzuweisungen in v.H. der Haushaltsreineinnahmen in den Jahren 1959 bis 1964 für die Stadt und den Landkreis Hildesheim-Marienburg. - Ist-Aufkommen -

		1959	1960	1961	1962	1963	1964
		1	2	3	4	5	6
Anteil der Finanzzuweisungen in der Stadt Hildesheim in v.H.	1	4,1	4,5	4,2	6,8	9,6	11,7
Anteil der Finanzzuweisungen im Landkreis in v.H.	2	3,9	4,6	5,2	7,6	7,7	7,9

Quellen: Zeile 1, Spalten 1-6: Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 308 sowie Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1-8, Spalte 1. - Zeile 2, Spalten 1-6: Berechnet aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 168 sowie Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1-8, Spalte 3.

Hierbei verdreifachte sich der Anteil der Finanzzuweisungen bei den städtischen Reineinnahmen, während beim Landkreis nur eine Verdoppelung eintrat, was jedoch in beiden Fällen eine stärkere finanzielle Abhängigkeit der Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes von den übergeordneten Finanzgewalten bedeutet.

Als direkte bzw. indirekte Eigenfinanzierungsquellen stehen den hier betrachteten Gebietskörperschaften grundsätzlich Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Beiträgen, Erwerbsvermögen und dem Finanzausgleich zur Verfügung. Da die Erwerbseinkünfte[1)] nur von geringer Bedeutung sind, beschränken sich die folgenden Darlegungen nur auf die Steuereinnahmen und die Mittel aus dem Finanzausgleich. Faßt man beide Größen zusammen und setzt sie in Relation zu den

1) Im Jahre 1962 betrugen die Einnahmen aus Erwerbsvermögen je Einwohner in der Stadt Hildesheim nur DM 33,95 im Gegensatz zu den Steuereinnahmen je Einwohner von DM 225,53. Quelle: "Die staatlichen und kommunalen Finanzen in Niedersachsen 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 52, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964, S. 177.

Haushaltsreineinnahmen, so zeigt sich, daß ihr Anteil in Hildesheim bei geringfügigen jährlichen Schwankungen im Zeitablauf etwa gleich geblieben ist und etwa 50 v.H.[1] der gesamten Reineinnahmen ausmacht. Ähnlich sind die Verhältnisse beim Landkreis gelagert, wenngleich der prozentuale Anteil hier um fast die Hälfte[2] niedriger liegt. Bleibt die Eigenfinanzierungsquote der öffentlichen Haushalte bei steigendem Haushaltsvolumen im Zeitablauf etwa gleich, so muß dies zu einer zunehmenden Verschuldung der Gebietskörperschaften führen, so auch bei den hier zu analysierenden.

c. Umfang der Verschuldung.

Von 1959 bis 1964 haben sich die Neuschulden[3] der Stadt Hildesheim von 26,20 Mill. DM auf 81,37 Mill. DM erhöht,[4] was einer Zunahme von über 200 v.H. entspricht. Im gleichen Zeitraum verzeichnet der Landkreis eine Erhöhung seiner Schulden von 2,01 Mill. DM auf 5,28 Mill. DM[5], welches wiederum einer Zunahme um ungefähr 160 v.H. gleichkommt. Der Vergleich der absoluten Schuldenhöhe ist aber nur von beschränkter Aussagekraft. Er ist beispielsweise zum jährlichen Einnahmevolumen bzw. zur Wohnbevölkerung in Beziehung zu setzen.

---

1) Die einzelnen Prozentsätze lauten: 1959: 47; 1960: 46,7; 1961: 53,0; 1962: 44,6; 1963: 46,0 und 1964: 49,3. Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 308 sowie den Zahlenangaben in Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1-8, Spalte 1.

2) Anteile der Finanzzuweisungen, Steuern und Kreisumlage insgesamt in v.H. der Reineinnahmen: 1959: 23,6; 1960: 25,4; 1961: 26,5; 1962: 25,2; 1963: 23,9 und 1964: 28,2. Berechnet aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 168 sowie den Zahlenangaben in Tabelle 37, S. 179, Zeilen 1-8, Spalte 3.

3) Seit dem 21.6.1948 aufgenommene Schulden.

4) Zahlen entnommen aus: "Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim, Rechnungsjahr 1960", a.a.O., S. 299 sowie "Die staatlichen und kommunalen Schulden am 31. Dezember 1964", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 73, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965, S. 37.

5) Zahlen entnommen aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1961", a.a.O., S. 145 sowie "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 37.

Tabelle 40:

Die Entwicklung der Inlandsschulden in DM je Kopf der Wohnbevölkerung seit 1960 für ausgewählte Gebietskörperschaften.

Jahr	Gebietskörperschaften		Hildesheim	Hildesheim-Marienburg	Land Niedersachsen	Bundesgebiet
			1	2	3	4
1960[1]	a[2]	1	445,21		380,21	379,41[3]
	b	2		217,23	177,82	153,55
	c	3		16,56	35,12	25,39
	d	4		233,79	212,94	178,94
1961	a	5	519,08			
	b	6		260,81		
	c	7		14,26		
	d	8		275,07		
1962	a	9	648,96		482,86	512,52
	b	10		307,37	250,65	217,57
	c	11		23,57	37,14	25,75
	d	12		330,94	287,79	243,32
1963	a	13	714,01			592,23[4]
	b	14		377,91		251,30
	c	15		35,22		26,81
	d	16		413,13		278,11
1964	a	17	821,08		650,95	
	b	18		461,82	358,15	
	c	19		47,11	44,11	
	d	20		508,93	402,26	

1) Jeweils am 31. Dezember des entsprechenden Jahres.

2) Erklärung der Abkürzungen: a = kreisfreie Städte; b = kreisangehörige Gemeinden; c = Landkreise und d = kreisangehörige Gemeinden und Landkreise zusammen.

3) Ohne Saarland.

4) Die Werte für 1964 waren auf Bundesebene noch nicht greifbar.

Quellen: Zeile 1, Spalte 1: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1960", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 9, a.a.O., 1961, S. 17. - Zeilen 2 und 3, Spalte 2: "Die staatlichen un kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1960", a.a.O., S. 17. - Zeile 4, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 2 und 3, Spalte 2. - Zeilen 1-3, Spalten 3 und 4: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen 1960", a.a.O., S. 5. - Zeile 4, Spalten 3 und 4: Berechnet aus Zeilen 2 und 3, Spalten 3 und 4. - Zeile 5, Spalte 1 sowie Zeilen 5 und 6, Spalte 2: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1961", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 17, a.a.O., 1962, S. 17. - Zeile 8, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 6 und 7, Spalte 2. - Zeile 9, Spalte 1 sowie Zeilen

Das vorliegende Zahlenmaterial macht folgendes ersichtlich:

a. Die zunehmende Verschuldung der Gebietskörperschaften kann nicht einfach durch eine Erhöhung der Wohnbevölkerung erklärt werden. Vielmehr nehmen die öffentlichen Ausgaben je Kopf der Wohnbevölkerung zu, da die Verschuldung je Einwohner sich weiter erhöht hat.

b. Die Verschuldung der Stadt Hildesheim je Einwohner nimmt schneller zu als die der kreisfreien Städte im Landesdurchschnitt. Während sie im Jahre 1960 rd. 117 v.H. des Landesdurchschnitts ausmachte, stieg sie bis 1964 auf 126 v.H.[1] Von den 15 kreisfreien Städten in Niedersachsen weist keine andere für 1964 eine derartige Schuldenhöhe je Einwohner auf.[2]

c. Eine zunehmende Verschuldung weist ebenfalls der Landkreis Hildesheim-Marienburg auf. Lag sein Schuldenstand 1960 noch um 53 v.H. unter dem Landesdurchschnitt der Kreisverschuldung, so überstieg er ihn 1964 doch schon um 7 v.H.[3]

d. Lediglich bei den kreisangehörigen Gemeinden liegt eine geringere Verschuldungszunahme vor, die aber trotzdem noch über dem Durchschnitt der neidersächsischen Gemein-

---

10 und 11, Spalte 2: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 24, a.a.O., 1963, S. 17. - Zeile 12, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 10 und 11, Spalte 2. - Zeile 13, Spalte 1 sowie Zeilen 14 und 15, Spalte 2: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 51, a.a.O., 1965, S. 39. - Zeile 16, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 14 und 15, Spalte 2. - Zeile 17, Spalte 1 sowie Zeilen 18 und 19, Spalte 2: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 37. - Zeile 20, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 18 und 19, Spalte 2. - Zeilen 9-11, Spalten 3 und 4 sowie Zeilen 13-15, Spalte 4 sowie Zeilen 17-19, Spalte 3: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 17. - Zeile 12, Spalten 3 und 4 sowie Zeile 16, Spalte 4 sowie Zeile 20, Spalte 3: Berechnet aus den jeweils vorhergehenden 2 Zeilen.

1) Berechnet aus Tabelle 40, S. 184, Zeilen 1 und 17, Spalten 1 und 3.

2) Vgl. hierzu "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 34-47.

3) Berechnet aus den Zahlenangaben in Tabelle 40, S. 184, Zeilen 3 und 19, Spalten 2 und 3.

den sowie der des Bundesgebietes liegt. Im Jahre 1960 betrug diese Mehrverschuldung 22 v.H., die sich bis 1964 auf 29 v.H.[1] erhöhte. Faßt man die Landkreise und deren Gemeinden einmal zusammen, so sind von 60 derartigen Gebietswirtschaften im Land Niedersachsen noch 13 stärker verschuldet als der Landkreis Hildesheim-Marienburg und seine Gemeinden (31.12.1964).[2]

Bei dem Vergleich der Schuldenhöhe ist noch zu berücksichtigen, daß bei der Betrachtung kurzer Zeiträume durch das Hinausschieben von Investitionen für Straßen, Schulen und sonstiger sozialer Einrichtungen sich kurzfristig stärkere Differenzen ergeben als langfristig.

Insgesamt gesehen muß die Finanzlage der Stadt Hildesheim wohl als relativ ungünstig bezeichnet werden, während die Finanzanspannung des Landkreises und seiner Gemeinden geringer sein dürfte.

Für die sich aus der Schuldenaufnahme ergebende Belastung künftiger Haushalte ist es wichtig, die Verwendung der Schulden zu kennen. Am 31.12.1964 verteilten sich in der Stadt Hildesheim die gesamten Neuschulden zu 54,1 v.H. auf unrentierliche und zu 45,9 v.H.[3] auf rentierliche Schulden.[4] Bei den kreisangehörigen Gemeinden war diese Relation mit 38,4 v.H. bzw. 61,6 v.H.[5] günstiger, während beim Landkreis die unrentierlichen Schulden 70,6 v.H.[6] der Neuschulden ausmachten und

---

1) Berechnet aus Tabelle 40, S. 184, Zeilen 2 und 18, Spalten 2 u. 3.

2) Vgl. "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 34-47.

3) Berechnet aus: Ebd., S. 51.

4) Die unrentierlichen Schulden umfassen u.a. die Ausgaben für Allgemeine Verwaltung, Straßen, Wege, Brücken, Schulen, Kultur, soziale Angelegenheiten sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die rentierlichen Schulden betreffen vor allem die Ausgaben für Wirtschaftsunternehmen, Grundvermögen, Stadtentwässerung, Müllbeseitigung und weitergegebene Darlehen für den Wohnungsbau.

5) Berechnet aus: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 51.

6) Berechnet aus: Ebd., S. 51.

der Rest auf rentierliche Schulden entfiel. Eine weitere Aufgliederung der Schuldenverwendung zeigt deren Schwerpunkte. Es sind dies vor allem der Straßenbau, die Versorgung der kommunalen Einrichtungen mit Finanzierungsmitteln, der Wohnungsbau sowie der Bau neuer Schulen.

Tabelle 41:

Verwendungsnachweis der Gesamtschulden[1] für die Stadt und den Landkreis Hildesheim-Marienburg (31.12.1963).

Verwendungsart der Schulden in v.H. der Neuschulden		Hildesheim, Stadt	Hildesheim-Marienburg	Verwendungsart der Schulden in v.H. der Neuschulden
		1	2	
			66,0	Schulen, Land- und Jugendheime
			17,4	Wohnungsbaufonds
			8,9	Straßenbau
Straßen, Wege, Plätze		30,4		
Stadtentwässerung und Kläranlage		18,5		
Stadtwerke		15,2		
Schulen und Kindergärten	1	9,0		
Bauförderungsamt		8,6		
Städt. Krankenhaus		6,0		
Brücken, Wasserläufe		2,8		
Schlacht- und Viehhof		1,8		
Neuschulden insges. in DM	2	70.651.583	4.295.417	Neuschulden insges. in DM

[1] Umfaßt Alt- und Neuschulden.

Quellen: Zeile 1, Spalte 1: Berechnet aus: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 302 f. - Zeile 1, Spalte 2: Berechnet aus: "Haushaltsplan für den Landkreis Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 166. - Zeile 2, Spalte 1: "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 303. - Zeile 2, Spalte 2: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 166.

Nicht zuletzt dürften auch die Personalausgaben zu der wachsenden Verschuldung beigetragen haben. Während sie sich im Jahre 1958 in der Stadt Hildesheim (Landkreis) auf etwa 11,9 Mill. DM (3,5 Mill. DM) beliefen, stiegen sie bis 1965 nach den in den Haushaltsplänen veranschlagten Ausgaben um 108 v.H. (76 v.H.)[1] der 1958er Werte. Dies bedeutet eine durchschnittliche Erhöhung pro Jahr um 15 v.H. bzw. 10,9 v.H.

Unterschiedliche Verschuldungshöhen zwischen mehreren Gebietskörperschaften können grundsätzlich dadurch bedingt sein, daß

a. die Gebietskörperschaften zwar gleich hohe eigene Einnahmen je Einwohner haben, aber gleichzeitig zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterschiedlich hohe Ausgaben je Einwohner tätigen bzw. tätigen müssen und

b. die Gebietskörperschaften zwar gleich hohe Ausgaben je Einwohner vornehmen, jedoch über unterschiedlich hohe eigene Einnahmen je Einwohner verfügen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu denken, daß infolge mangelnder Teilbarkeit der Investitionen kleinere Gemeinden nur eine unteroptimale Kapazitätsausnutzung ihrer Versorgungseinrichtungen erreichen bzw. von deren optimaler Betriebsgröße abweichen. Das Gegenstück stellen die Großgemeinden dar, bei denen ebenfalls Abweichungen von den optimalen Betriebsgrößen und der optimalen Kapazitätsausnutzung, wenn auch in entgegengesetzter Richtung eintreten können.

Von den 15 kreisfreien Städten Niedersachsens weist Hildesheim die höchste Verschuldung je Einwohner auf. Beruht dies nun auf einer unterdurchschnittlichen Einnahmengestaltung? Nur sechs der geringer verschuldeten Städte haben höhere Eigeneinnahmen als Hildesheim. Da die Eigeneinnahmen von Goslar, Osnabrück und Hameln aber nur geringfügig über denen der Stadt Hildesheim liegen - bei beträchtlich geringerer Verschuldung - kann die Finanzkraft kaum für den Verschuldungs-

---

1) Berechnet aus: "Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1960", a.a.O., S. 129 und ebd., 1965, S. 149 sowie "Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim, Rechnungsjahr 1960", a.a.O., S. 235 sowie "Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", a.a.O., S. 239.

Tabelle 42:

Verschuldung und Eigeneinnahmen[1] ausgewählter Gebietskörperschaften je Einwohner.[2]

Gebietskörperschaft - Städte -		Verschuldung je Einwohner - in DM -	Verschuldung je Einwohner in v.H. der Verschuldung in Hildesheim	Eigeneinnahme je Einwohner - in DM -	Eigeneinnahme je Einwohner in v.H. der Eigeneinnahme in Hildesheim
		1	2	3	4
Hildesheim		648,96	100,0	405,00	100,0
Hannover		641,98	99,1	561,42	138,5
Wilhelmshaven		555,61	85,8	335,90	83,0
Lüneburg		520,88	80,3	398,19	98,4
Osnabrück		509,62	78,5	418,28	103,2
Braunschweig		488,39	75,4	464,49	114,5
Celle		406,24	62,7	347,29	85,7
Göttingen	1	380,90	58,6	338,14	83,5
Oldenburg		312,74	48,2	348,95	86,1
Hameln		290,87	44,8	442,04	109,0
Salzgitter		283,94	43,7	349,12	86,2
Goslar		239,69	36,9	415,56	102,7
Emden		232,13	35,8	359,31	88,8
Wolfsburg		228,56	35,2	832,96	205,0
Cuxhaven		175,81	27,1	384,72	95,0
- Landkreise -	[3]		Verschuldung je Einwohner in v.H. der Verschuldung i.Hildesheim-Marienburg		Eigeneinnahme je Einwohner in v.H. der Eigeneinnahme i.Hildesheim-Marienburg
Hannover		405,97	122,6	194,05	127,9
Hildesh.-M'burg		330,94	100,0	152,13	100,0
Göttingen		291,66	88,1	146,69	96,3
Osnabrück		265,46	80,1	166,38	109,4
Celle		216,12	65,4	141,18	92,9
Goslar	2	199,48	60,4	142,13	93,4
Hameln-Pyrmont		185,60	56,1	157,75	103,5
Braunschweig		173,38	52,4	130,00	85,6
Oldenburg		132,02	40,0	118,61	78,0
Lüneburg		131,06	39,7	92,60	60,9

1) Die Eigeneinnahmen umfassen: Gebühren, Entgelte, Strafen, Steuern, Erwerbseinkünfte und allgemeine Finanzzuweisungen abzüglich der allgemeinen Umlagen auf der Grundlage der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung.

2) Stand am 31.12.1962.

3) Umfaßt nur die Landkreise mit kreisfreien Städten und die kreisangehörigen Gemeinden.

Quellen: Zeilen 1 und 2, Spalte 1: "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1962", a.a.O., S. 14-28. - Zeilen 1 und 2, Spalte 2: Berechnet aus Zeilen 1 und 2, Spalte 1. - Zeilen 1 und 2, Spalte 3: Berechnet aus: "Die staatlichen und kommunalen Finanzen in Niedersachsen 1962", a.a.O., Bd. 52, 1964, S. 174-189. - Zeilen 1 und 2, Spalte 4: Berechnet aus Zeilen 1 und 2, Spalte 3.

grad der Stadt Hildesheim verantwortlich gemacht werden. Gestützt wird die Aussage noch durch die Finanzsituation der Stadt Hannover. Obwohl deren Eigeneinnahmen mehr als ein Drittel[1] über denen der Stadt Hildesheim liegen, hat die Stadt Hannover doch fast den gleichen Verschuldungsgrad wie Hildesheim.

Für die hier betrachteten Landkreise mit den ihnen angehörigen Gemeinden ist die Situation ähnlich. Nach dem Landkreis Hannover[2] ist der Raum Hildesheim-Marienburg am stärksten verschuldet. Von den weniger verschuldeten Gemeinden und Gemeindeverbänden haben bis auf Hannover, Hameln - Pyrmont und Osnabrück alle anderen geringere Eigeneinnahmen als die des Kreises Hildesheim-Marienburg. Auch in Hameln - Pyrmont und Osnabrück dürften die Einnahmen kaum die niedrigere Verschuldung bedingt haben. Die Sonderstellung des Raumes Hannover zeigt sich auch beim Landkreis. Obwohl seine Eigeneinnahmen zusammen mit denen seiner Gemeinden um 27,9 v.H. über denen von Hildesheim-Marienburg (Gemeinden und Gemeindeverband) liegen, ist die Verschuldung doch noch um 22,1 v.H. höher.[3]

Konklusionen:

1. Die bisherigen Untersuchungen haben eine starke Anspannung der Finanzlage der Stadt Hildesheim angezeigt. Dieser Zustand ist nicht so sehr durch die Entwicklung der Eigeneinnahmen bedingt als vielmehr durch die Ausgabengestaltung, die unter anderem auch Ausdruck der Kriegszerstörungen, eines angestauten Nachholbedarfs und der Bevölkerungszunahme sein dürfte. Für die fernere Entwicklung ist weiterhin folgendes zu beachten: Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13.7.1965 sind die Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes über die Erhebung der Zweigstellensteuer[4] von Wareneinzelhandelsunternehmen

---

1) Vgl. S. 189, Tabelle 42, Zeile 1, Spalte 4.

2) Kreisangehörige Gemeinden im folgenden immer eingeschlossen.

3) Vgl. S. 189, Tabelle 42, Zeile 2, Spalten 2 und 4.

4) Der Gewerbesteuerhebesatz in Hildesheim beläuft sich auf 325 v.H. Der Hebesatz für die Zweigstellensteuer darf bis zu drei Zehnteln über dem Normalsatz liegen. Er beträgt daher 422,5 v.H. - Zusammengestellt nach Auskunft der Stadtkämmerei Hildesheim.

für nichtig erklärt worden.[1] Da diese Zahlungen in der Vergangenheit nur unter Vorbehalt erfolgten, muß die Stadt Hildesheim etwa 1,7 Mill. DM[2] wieder zurückzahlen. In diesem Zusammenhang wird eine Kürzung des Gewerbesteueraufkommens um etwa 0,3 Mill. DM für 1966 erwartet.[3] Außerdem bestehen Mehrausgaben in Höhe von etwa 3,3 Mill. DM[4] aus einem Prozeß zwischen der Forstgenossenschaft Sorsum und der Stadt Hildesheim. Hinzu kommt noch, daß der gestiegene Kapitalmarktzins bei weiterer Kreditfinanzierung zu einer stärkeren Belastung zukünftiger Haushalte führen kann bzw. wird.

Insgesamt scheinen in der Stadt Hildesheim kaum noch Finanzierungsreserven vorhanden zu sein, die einem Wirtschaftswachstum auch weiterhin günstige Impulse geben könnten.

2. Wenn auch die Verschuldung des Landkreises und der Kreisgemeinden weiterhin zugenommen hat, erscheint die Finanzkraft dieser Körperschaften doch im Hinblick auf ein weiteres Wirtschaftswachstum günstiger als in der Stadt Hildesheim. So weisen beispielsweise die Landkreise Zellerfeld (955,22 DM/Einw.), Springe (852,29 DM/Einw.) und Peine (538,46 DM/Einw.) eine stärkere Verschuldung auf als Hildesheim-Marienburg (508,56 DM/Einw.).[5] Weiterhin ist der Anteil der rentierlichen Schulden bei den Kreisgemeinden höher als in der Stadt Hildesheim, wodurch wiederum die Ausgabenpolitik beweglicher gehandhabt werden kann.

---

1) Vgl. hierzu auch Grobe, H.J., "Schrittmacher der Finanzreform", in: Der Volkswirt, 19. Jg., Frankfurt/M., 1965, Nr. 36, S. 2026.

2) Vgl. "Halbjahresbericht des Stadtkämmerers der Stadt Hildesheim", ohne weitere Angaben, S. 2 f.

3) Vgl. ebd., S. 3.

4) Ebd., S. 4.

5) Vgl. "Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", a.a.O., S. 35 und 37.

IV. Verkehrsverhältnisse.

Neben den Produktionsfaktoren Arbeit und Boden, die bei der Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1955 bis 1963 entscheidenden Einfluß hatten,[1] darf aber nicht übersehen werden, daß auch die Verkehrserschließung eines Raumes bei den Standortentscheidungen einen bestimmenden Einfluß ausüben kann.[2] So wurde beispielsweise Ingolstadt als Standort einiger Erdölraffinerien gewählt, weil außer den Absatzmöglichkeiten im süddeutschen Raum und neben der Eigenschaft von Ingolstadt als Eisenbahnknotenpunkt auch ein ausbaufähiger Donauhafen und ein Autobahnanschluß vorhanden sind.

1. Straßennetz.

Mit der Fertigstellung des fehlenden Teilstückes der Nord-Süd-Autobahn im Jahre 1962 wurde der Untersuchungsraum an das Schnellstraßenverkehrsnetz angeschlossen. Als Teil der von Kopenhagen über Hamburg, Hannover, Frankfurt und Bern nach Madrid führenden Europastraße 4 durchläuft bzw. berührt die Bundesautobahn den Untersuchungsraum fast in seiner ganzen Länge.[3] Allein im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg befinden sich sieben[4] Autobahnanschlußstellen und bis auf die Räume Mölme - Hoheneggelsen - Söhlde und Bad Salzdetfurth liegen alle anderen Gemeinden nicht mehr als 10 km (Luftlinie) von den jeweiligen Anschlußstellen entfernt. Im Umkreis von 15 km Luftlinie kann sogar der ganze Untersuchungsraum durch die Bundesautobahn bedient werden.

---

1) Vgl. auch "Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1955 bis 1960", hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1961, S. 7 und 11 sowie "Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963", hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1964, S. 13.

2) Bei den Standortentscheidungen waren die Transportkosten in 10 v.H. der Fälle bestimmender Faktor. Vgl. "Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1961 bis 1963", a.a.O., S. 13.

3) Der Untersuchungsraum weist 24,7 km Bundesautobahn aus. - Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 220.

4) Dies sind die Auf- bzw. Abfahrten: Seesen, Kl.-Rhüden,

Ein weiterer Anschluß wird für den Raum Sarstedt-Algermissen erwogen. Mit der Verbindung zur Autobahnstrecke Berlin-Köln in Hannover bzw. über das Autobahndreieck Salzgitter erreicht der Hildesheimer Raum eine außerordentlich günstige Lage zum Schnellstraßenverkehrsnetz. Letzteres wird noch durch drei Bundesstraßen ergänzt, die sich im Stadtgebiet treffen und radial zur Stadt Hildesheim verlaufen. Es sind dies die von Hannover über Hildesheim nach Goslar führende Bundesstraße 6, die u.a. zwischen Hannover und Hildesheim vierspurig ausgebaut ist; die von Berlin nach Aachen verlaufende Bundesstraße 1 sowie die von Hildesheim nach Herzberg führende Bundesstraße 243. Daneben durchziehen noch eine Vielzahl von Landes- und Kreisstraßen den Untersuchungsraum, der im Nordosten die größte Straßendichte hat. Der überdurchschnittliche Ausbau des Straßenverkehrsnetzes zeigt sich auch bei einem Vergleich der Straßendichte:[1] Nach dem Stand vom Jahre 1961 betrug dieser Wert im Untersuchungsgebiet 1,49 km/qkm. Im Vergleich dazu der Durchschnitt des Regierungsbezirks Hildesheim mit 1,21 km/qkm und der Landesdurchschnitt, der nur 1,17 km/qkm[2] aufweist.

2. Schienenwege.[3]

Die Lage des Untersuchungsgebietes zum Schienennetz ist weit weniger günstig als bei den Verkehrsstraßen. So berührt die von Bremen bzw. Hamburg ausgehende und über Hannover nach Kassel bzw. Bebra führende Nord-Süd-Eisenbahnstrecke den Stadt- und Landkreis nur im Raum Sarstedt und läuft dann weiter westlich am Untersuchungsgebiet vorbei. Die Stadt Hildesheim besitzt keine direkte Bahnverbindung nach Hannover und kann von Norden nur über Nordstemmen bzw. Lehrte erreicht werden. Zur Verbesserung dieser Verkehrsverbindungen wurde

---

Bockenem, Autobahndreieck Salzgitter, Derneburg, Hildesheim-Ost und Hildesheim-Nord.

1) Straßendichte: auf 1 qkm Gebietsfläche entfallende Straßenkilometer.

2) Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", a.a.O., S. 8, 10, 220 und 221.

3) Zusammengestellt aus amtlichen Kartenwerken der Bundesbahn sowie den Auskünften der Stadt- und Kreisverwaltung.

daher zwischen den Bahnhöfen Hildesheim und Hannover eine Autobusschnellverkehrslinie eingerichtet. Ähnlich wie beim Straßenverkehr stellt auch hier die Stadt Hildesheim den Mittelpunkt eines radialen Schienennetzes dar. So bestehen Zugverbindungen nach Nordstemmen (im Westen), Lehrte (Norden), Goslar (im Südosten) und Braunschweig (im Osten), wobei jedoch die Eisenbahnlinie nach Braunschweig nur eine eingleisig ausgebaute Nebenstrecke der Bundesbahn ist. Eine weitere Analogie zum Straßennetz hinsichtlich der Verkehrserschließung ergibt sich für den Nord-Osten des Landkreises, dessen Verkehrsbedienung durch die Eisenbahn ebenfalls geringer ist als die der anderen Gebiete. Dieser Nachteil wurde noch verstärkt, als die Privatlinie der Hildesheim-Peiner-Kreiseisenbahn im Jahre 1964 den Personenverkehr einstellte. Einen gewissen Ausgleich bieten die bestehenden Autobuslinien der Bundesbahn bzw. Bundespost und der privaten Unternehmen.

3. Flugverkehr.[1)]

Der im Norden der Stadt gelegene Flugplatz wurde bislang weitgehend für militärische Zwecke genutzt. In begrenztem Umfang war bzw. ist eine Inanspruchnahme durch Flugsportvereinigungen und für den Geschäftsverkehr (u.a. für Messebesucher) möglich. Das Flugplatzgelände ist zwar weitgehend städtisches Eigentum, im Augenblick steht es jedoch unter der Verfügungsgewalt von Bundesbehörden. Seit einiger Zeit werden Anstrengungen gemacht, durch einen Vertrag mit den deutschen Verteidigungsstellen die Mitbenutzung für die obigen Zwecke auch für die Zukunft zu sichern. Mit einer gewerblichen Nutzung im größeren Umfang ist aber nicht zu rechnen.

4. Binnenschiffahrt.[2)]

Von den im Untersuchungsraum vorhandenen natürlichen und künstlichen Wasserläufen der Innerste, Nette, Lamme und dem

---

1) Zusammengestellt aus den Angaben der Stadtverwaltung und des 2. Vorsitzenden vom Aero-Club Hildesheim e.V., der an den weiter unten erwähnten Verhandlungen zwischen der Flugplatz GmbH und den deutschen Verteidigungsstellen teilnimmt.

2) Zusammengestellt nach Angaben der Wasser- und Schiffahrtsdirektion, Hannover.

Hildesheimer Stichkanal[1] hat nur letzterer Bedeutung als Binnenschiffahrtsweg. Dieser Zweigkanal hat durch die Schleuse in Bolzum Anschluß an den Mittellandkanal und mündet nach 14,7 km in südlicher Richtung in den Hildesheimer Hafen.[2] Seit den 1950er Jahren ist die Umschlagsentwicklung durch eine ständige Zunahme gekennzeichnet:[3]

	Empfang in t	Versand in t	Insgesamt in t
1959	398.621	415.365	813.986
1962	493.947	456.026	949.973
1963	456.869	415.637	872.506[4]
1964	447.274	527.888	975.162[5]

Entsprechend der Geeignetheit der Binnenschiffahrt für Massengütertransporte und bedingt durch die räumliche Nachfrage- und Produktionsstruktur sind beim Güterumschlag vor allem Steine und Erden, Rohmineralien, Brennstoffe (Steinkohle) und bedingt durch die starke Stellung der Landwirtschaft im Kreisgebiet der Empfang von Düngemitteln die wichtigsten Umschlagsposten. Es folgen dann die Getreideerzeugnisse und die Produkte der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie. Die Umschlagsentwicklung im Zeitraum von 1959 bis 1964 läßt einen beträchtlichen Wandel in der gütermäßigen Zusammensetzung erkennen. Zum einen zeigt sich ein starker Rückgang des Kohlebezuges, an dessen Stelle in zunehmendem Umfang der Energieträger Heizöl tritt. Im letzteren Bereich scheinen noch beträchtliche Ausdehnungsmöglichkeiten zu liegen, zumal Zuckerfabriken und andere Industriebetriebe Kohle durch Heizöl substituieren.[6] Zum anderen ist im Zusammenhang

---

1) Der Mittellandkanal durchläuft das Gebiet des Landkreises zwischen Sehnde und Bolzum in etwa 2 km Länge.

2) Technische Daten des Hildesheimer Hafens: Wassertiefe:2,50 m; Länge: 500 m; Wasserspiegelbreite: 54,3 m - erreichbar für 1000 t-Schiffe. Der Hafen besitzt Bahnanschluß und 8 Krananlagen, deren Ladekapazität bis zu 10 t reicht (im Jahre 1965). Ladekapazität für Getreide und Dünger: 76.000 t (1963). Im Jahre 1960 betrug sie noch 63.000 t. Entsprechend dem Wandel beim Energieverbrauch wurde ein Tanklager für Heizöl errichtet. - Die technischen Angaben wurden aus den Auskünften der Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hildesheim, zusammengestellt.

3) Aus Unterlagen der Wasser- und Schiffahrtsdirektion, Hannover.

4) Ende 1962 bis Anfang März 1963 kam die Binnenschiffahrt durch starken Frost ganz zum Erliegen.

5) Im Hafen von Hannover belief sich der Umschlag im gleichen Jahre auf 1.975.264 t. - Unterlagen der Wasser- und

Tabelle 43:

Empfang und Versand[1] nach Güterarten im Hildesheimer Hafen für ausgewählte Zeiträume.

		Empfang in v.H. des jeweiligen Gesamtempfangs				Versand in v.H. des jeweiligen Gesamtversands			
		1959	1962	1963	1964	1959	1962	1963	1964
		1	2	3	4	5	6	7	8
Getreide	1	8,7	19,1	6,4	5,2	19,2	9,7	12,9	7,9
Zellstoff und Altpapier	2	-[2]	4,4	4,6	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Sand, Kies, Ton und Schlacken	3	-	16,4	25,6	20,2	15,6[3]	23,4	33,6	30,4
Sonst.Steine u.Erden u.verwertete Rohmineralien ...	4	-	0,05	1,0	0,5	-	20,8	25,6	31,2
Steinkohlen, Steink.Brik. .	5	45,8	31,2	31,4	28,4	0,05	0,0	0,0	0,0
Kraft- und Leuchtstoffe, Heizöl	6	0,0	0,0	3,0	9,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Chemische Grundstoffe ..	7	-	0,04	0,03	0,0	-	3,7	1,0	2,4
Düngemittel ..	8	8,2	9,7	9,0	10,0	30,1	35,6	21,6	21,6
Futtermittel .	9	-	1,2	0,7	1,1	-	0,2	0,2	0,1
Zucker	10	2,4	0,0	2,4	0,0	5,8	0,0	0,0	0,07
Eisen, Stahl, NE-Metalle, Metallhalbzeug, Gießereierz...	11	8,8	7,2	7,0	9,0	0,0	0,1	0,2	0,3

1) Im Vergleich zur Kaliproduktion werden im Hildesheimer Hafen nur relativ geringe Mengen umgeschlagen, da in Algermissen und nordöstlich von Klein Förste (Burbach Kaliwerke AG) betriebseigene Anlagen vorhanden sind. Der Kaliumschlag an der Ladestelle nordöstlich von Klein Förste betrug in den Jahren 1962 und 1963 etwa 50.000 t. Im Jahre 1964 stieg er auf 85.000 t. - Diese Angaben beruhen auf den Auskünften der Betriebsleitung des der Burbach Kaliwerke AG zugehörigen Kalischachtes "Siegfried" in Giesen.

2) In den statistischen Unterlagen nicht gesondert ausgewiesen.

3) Umfaßt Natur- und Kunststeine, Erden, Kies, Sand, Schutt und Müll.

Quelle: Berechnet aus Unterlagen der Wasser- und Schiffahrtsdirektion, Hannover.

mit der Entwicklung der Bauwirtschaft ein Ansteigen des Versandes von Baumaterialien festzustellen. Gleichzeitig ist auch der Versand der Rohmineralien weiterhin expansiv. Somit darf wohl für die nähere Zukunft eine weitere Zunahme der Umschlagstätigkeit angenommen werden.

Ein Blick auf die Bezugs- und Absatzräume zeigt, daß der Hildesheimer Hafen auch für die angrenzenden Räume von Bedeutung ist. So wird ein Teil der Kohle an die Kohlenverwertungsgesellschaft in Rhumspringe und an das Kraftwerk in Osterode weitergeleitet. Als Bezugsgebiet liefert der Osteroder Raum vor allem Gipsgestein, das neben den Kieserzeugnissen des Hildesheimer Raumes in großem Umfang nach Berlin weitergeleitet wird.

Im Zuge des Ausbaues des Mittellandkanals für das Europa-Schiff (1350 t) ist auch eine Verbreiterung und Vertiefung des Hildesheimer Stichkanals[1)] vorgesehen. Die erforderlichen Maßnahmen sollen in 15 bis 20 Jahren abgeschlossen sein. Da aber der Ausbau des Mittellandkanals als vorrangig angesehen wird, ist mit dem Baubeginn für den Zweigkanal in naher Zukunft (5 bis 10 Jahre) nicht zu rechnen. Das gleiche dürfte auch für die Schaffung eines zweiten Hafenbeckens in Hildesheim Gültigkeit haben.

Insgesamt bietet die Verkehrserschließung des Hildesheimer Raumes durch Straßen-, Schienen-, Luft- und Binnenschiffahrtswege ein günstiges Bild und kann als wachstumsfördernder Faktor angesehen werden; vor allem ist es hier der Straßen- und Binnenschiffahrtsverkehr.

Schiffahrtsdirektion, Hannover.

6) Das ergibt sich sowohl nach den Aussagen der Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hildesheim, als auch auf Grund der dem Verfasser vorliegenden Umfrageergebnisse.

1) Technische Daten des Zweigkanals: Wasserspiegelbreite vor und nach dem Ausbau: 33 m bzw. 47 m; Tauchtiefe vor und nach dem Ausbau: 2 m bzw. 2,50 m; Wassertiefe vor und nach dem Ausbau: 3 - 3,50 m bzw. 4 m. - Zusammengestellt nach Auskunft der Wasser- und Schiffahrtsdirektion, Hannover.

V. Energieversorgung.

Auch hinsichtlich der Energieversorgung dürften für ein weiteres Wirtschaftswachstum im Hildesheimer Raum kaum negative Einflüsse zu erwarten sein, allenfalls eher umgekehrt. Müssen auch Kohle und Koks in großem Umfang aus dem Ruhrgebiet bezogen werden, so wird diese Revierferne doch teilweise durch die Transportmöglichkeiten über die Binnenwasserstraßen gemildert. Bei der Verdrängung der Kohle durch das Heizöl ist weiterhin zu beachten, daß durch die Erdölraffinerien im Misburger Raum möglicherweise eine günstige Bezugsquelle zur Verfügung steht. Neben einem weitverzweigten Stromversorgungsnetz, welches von der Hannover-Braunschweigischen-Stromversorgungs-Aktiengesellschaft (HASTRA) und der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (PREUSSAG) gespeist wird, besteht auch ein - im Vergleich zu anderen Gebieten Niedersachsens - relativ gut ausgebautes Gasversorgungsnetz, welches den nordwestlichen Teil des Landkreises Hildesheim-Marienburg und die Stadt Hildesheim versorgt. Im Kreisgebiet befinden sich 13 ferngasversorgte Gemeinden.[1] Schon im Jahre 1930 stellte die Stadt Hildesheim ihre eigene Gaserzeugung ein.[2] Diese Erscheinung und die heutige Versorgung einer Anzahl von Ortschaften mit Gas ist vor allem durch das Vorhandensein der Schwerindustrie in Groß Ilsede und Salzgitter-Watenstedt bedingt.[3] Auch die zukünftigen Versorgungsmöglichkeiten auf dem Erdgassektor dürfen günstig beurteilt werden, da das Niedersächsische Wirtschaftsministerium die Genehmigung für den Bau einer Erdgasfernleitung erteilt hat, die aus dem Raum Bremen über Hannover bis nach Sehnde führen soll.[4] Da die Gemeinde Sehnde direkt am Nordzipfel des Untersuchungsraumes liegt, wäre mit der

---

1) Vgl. "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 279.

2) Vgl. hierzu ebd.

3) Die Verwertung der dortigen Gaserzeugung erfolgt durch die Ferngas Salzgitter GmbH.

4) Vgl. Mitteilung im Handelsblatt vom 3. Juni 1965, Handelsblatt, Jg. 20, Nr. 106, Düsseldorf, 1965, S. 6.

Fertigstellung dieser Versorgungsleitung eine weitere Ausdehnung des Gasbezuges denkbar, zudem schon eine Kokereigasversorgungsleitung zwischen Sehnde und Bolzum besteht.[1)]

G Weitere Industrialisierung?

I. Industrielle Ausbaumöglichkeiten.

Das Ergebnis der bisherigen Analyse läßt sich bezüglich der Rolle der Industrie und ihrer Ausbaumöglichkeiten folgendermaßen zusammenfassen: Der Untersuchungsraum weist sowohl für die Industriedichte[2)] als auch für den Industriebesatz[3)] und das Verhältnis zwischen Produktionsmittelgüter- und Konsumgüterindustrie[4)] relativ hohe Werte auf, die nicht nur über dem Durchschnitt des Landes Niedersachsen liegen, sonder auch höher als der Durchschnitt der Bundesrepublik sind.[5)] Insgesamt erscheint der Hildesheimer Raum somit als überdurchschnittlich industrialisiert. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung sind ebenfalls eine Reihe von günstigen Voraussetzungen nachweisbar. Neben der verkehrsgünstigen Lage können wachstumsfördernde Impulse vor allem von der Energieversorgung und den räumlichen Ausdehnungsmöglichkeiten erwartet werden. Weniger vorteilhaft gestaltet sich jedoch die Ausstattung der Gebietskörperschaften mit Haushaltsmitteln; hier bedarf be-

---

1) Bislang ist im Landkreis Hildesheim-Marienburg im Zusammenhang mit Erdölbohrungen noch kein Erdgas in nennenswertem Umfang gefunden worden.

2) Vgl. S. 45.

3) Vgl. S. 45.

4) Vgl. S. 57, Tabelle 14.

5) Im Jahre 1963 belief sich die Industriedichte in der Bundesrepublik einschließlich Berlin auf 33,2 Industriebeschäftigte je qkm und wurde vom Untersuchungsraum um mehr als 34 v.H. übertroffen. - Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 32 und 236. - Für den Industriebesatz (1961) ergab sich in der Bundesrepublik (ohne Berlin) ein Wert von 0,31 Industriebeschäftigte je Erwerbsperson, d.h. auf 3,2 Erwerbspersonen entfiel 1 Industriebeschäftigter. (Für den Untersuchungsraum beläuft sich diese Relation auf 3,0 : 1.) - Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962", a.a.O., S. 143 und 223.

sonders die Stadt Hildesheim einer Kapitalzufuhr von außerhalb. Als Engpaß für ein weiteres regionales Wirtschaftswachstum erweist sich augenblicklich insbesondere das Angebot an Arbeitskräften, zumal im Untersuchungsraum kaum noch Arbeitskraftreserven in bedeutendem Umfang vorhanden sind. Eine Erhöhung des Arbeitsangebotes ist daher hauptsächlich von der Zunahme der Wohnbevölkerung (natürlicher Bevölkerungszuwachs und vor allem Zugang aus dem Raum Hannover[1]) abhängig. Der Zuwachs an Arbeitskräften wurde bis zum Jahre 1975 auf etwa 10.200 geschätzt.[2] Die sich hieraus ergebenden Fragen sind hinsichtlich des räumlichen Aspekts[3] schon behandelt worden. Außerdem ist u.a. aber noch zu untersuchen, welche Branchen - neben den schon bestehenden - für eine Ausdehnung der Arbeitsplatzkapazität herangezogen werden sollten.

---

1) So auch die Annahmen der Regionalplanung.

2) Vgl. S. 160.

3) Für den Raum Sarstedt rechnet die Regionalplanung bei einer Wiederaufnahme der Kaliförderung in dem der Kali-Chemie-AG, Hannover, gehörenden Schacht "Glückauf" mit einer eventuellen Ausdehnung des Arbeitsplatzangebotes um 750 bis 850 Arbeitsplätze (vorläufige Annahme des Instituts für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an der Technischen Hochschule Hannover). In diesem Werk waren (1964 bzw. 1965) bzw. sind 13 Arbeitskräfte beschäftigt, und die jährliche Förderung beläuft sich auf etwa 6.000 t Steinsalz. Eine weitere Ausdehnung der Steinsalzförderung ist nicht vorgesehen. Hinsichtlich einer Wiederaufnahme der Kaliförderung ist zu beachten, daß die in der Bundesrepublik für Kalibergbauprodukte staatlich festgesetzten Höchstpreise seit 1959 unverändert geblieben sind. Hingegen auf dem Weltkalimarkt zeichnet sich in den letzten Jahren infolge steigenden Bedarfs eine Preiserhöhung ab. Gleichzeitig nahm aber auch das Angebot - wenn auch in geringerem Umfang - zu (Zuwachsraten der Kaliproduktion 1958 bis 1964: Frankreich: 23,0 v.H.; Bundesrepublik Deutschland: 28,8 v.H.; Vereinigte Staaten: 30,6 v.H.; Sowjetunion: 45,4 v.H. und vor allem Kanada (1962-1964): 475 v.H.). Für die Entwicklung des Angebotes auf dem Weltkalimarkt ist zu berücksichtigen, daß die Exportquoten der größten Kalierzeuger (USA, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Sowjetunion) nur geringe Veränderungen aufweisen, während die Exportquote Kanadas von 35,3 v.H. (1962) bis auf 88,6 v.H. (1964) anstieg.
Da die Förderaufnahme im Schacht "Glückauf" noch von einer Reihe anderer Faktoren abhängt, kann über ihren Zeitpunkt und Umfang keine sichere Aussage gemacht werden. Wahrscheinlich ist jedoch, daß bei einer vollen Auslastung der Lagerstätte nur etwa 400 bis 500 Arbeitsplätze neu geschaffen werden könnten. - Zusammengestellt nach Unterlagen und Auskünften des Instituts für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung; der Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke GmbH, Hannover, und der Kali-Chemie-AG, Hannover.

II. Wachstumsindustrien[1] in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Konkretisierung wirtschaftsstruktureller Zwischenziele wurde darauf hingewiesen, daß mit der Neuansiedlung überdurchschnittlich wachsender Industriezweige wahrscheinlich auch eine Verstärkung des regionalen Wirtschaftswachstums eintreten wird.

Für den Zeitraum von 1958 bis 1964 stellen sich in der Bundesrepublik vor allem die Kunststoffverarbeitung, die Chemiefasererzeugung, die Mineralölverarbeitung sowie die gesamte chemische Industrie und der Fahrzeugbau als wachstumsintensive[2] Wirtschaftszweige - gemessen an den Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion[3] - dar.

---

1) Zur Definition der Wachstumsindustrien s. S. 148, Fußnote 2.

2) Wachstumsindustrien sui generis gibt es nicht. (Beispiel: die Entwicklung des ehemals wachstumsintensiven Kohlebergbaus). Die Zunahmen sind u.a. vielmehr abhängig von den Bedarfsstrukturen der Wirtschaftssubjekte und deren Veränderungen im Zeitablauf sowie vom technischen Fortschritt. Der Begriff der Wachstumsindustrie besagt auch nicht, daß die Ansiedlung eines Unternehmens einer unterdurchschnittlich wachsenden Branche regionalpolitisch unerwünscht sein muß. So kann selbst bei gleichbleibendem gesamtwirtschaftlichen Absatz einer Branche ein einzelnes Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges über dem gesamtindustriellen Zuwachs liegende Umsatzerhöhungen aufweisen, indem es seinen Marktanteil ausweitet bzw. neue Märkte erschließt. (Als Beispiel sei nur die Odermarck-Herrenkleiderwerke GmbH in Goslar erwähnt, die sich in den letzten Jahren zum größten westeuropäischen Herrenbekleidungshersteller entwickelte und im Vergleich zum Wachstum der Bekleidungsindustrie in der Bundesrepublik überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnet. - Nach Auskunft der Betriebsleitung.)

3) Die Auswahl und ausführliche Untersuchung der Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion auf Indexbasis (S. 202, Tabelle 44) wurden aus folgenden Gründen vorgenommen:

1. Der Vergleich nur zweier Zeitpunkte kann zu Wachstumsverzerrungen führen, wenn die Ausgangsbasis durch konjunkturelle Schwankungen besonders niedrig liegt.
2. Die Berechnung auf Indexbasis macht zugleich deutlich, ob hohe Wachstumsraten hauptsächlich durch niedrige Anfangswerte bedingt sind.
3. Bei der industriellen Nettoproduktion sind Preisveränderungen ausgeschaltet und damit auch zugleich nur nominelle Zunahmen, die keine Erhöhung des Realeinkommens darstellen.

Tabelle 44:

Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion[1] ausgewählter Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland[2] für die Jahre 1959 bis 1964.

Wirtschaftszweig		1959	1960	1961	1962	1963	1964	1964/58
Produktionsindex (1958 = 100)								
		1	2	3	4	5	6	7
Zuwachsraten d. Nettoproduktion (in v.H.)[3] Industrie insges.	1	7,4[4]	11,1	6,2	4,8	5,9	8,8	49,2
davon:								
Erdöl- u. Erdgasgewinnung	2	15,0	8,4	12,3	10,3	11,1	8,1	85,6
Kali- und Steinsalzbau, Salinen	3	5,5	7,3	2,9	-0,2	4,1	9,9	29,5
Chemiefasererzeugung	4	26,9	18,0	14,9	25,7	14,1	19,9	194,3
Mineralölverarbeitung	5	29,0	23,0	22,0	12,3	14,9	15,1	186,3
Chemische Industrie insgesamt[5]	6	15,1	14,2	6,2	10,9	10,4	13,1	93,0
Flachgasindustrie	7	15,0	14,3	0	11,5	4,2	12,0	70,6
NE-Metallgießerei	8	12,0	24,7	3,1	-0,6	0,1	17,5	68,2
Kautschuk-u.Asbest verarbeitende Ind.	9	15,2	14,0	1,4	3,9	6,8	9,6	61,6
Industrie der Steine und Erden	10	12,4	6,2	8,2	5,8	2,2	12,0	56,0
Fahrzeugbau	11	15,5	20,9	5,8	8,8	13,5	6,0	92,1
Elektrotechnische Industrie	12	9,4	18,4	12,3	2,4	2,6	10,5	68,7
Eisen-,Blech- u. Metallwarenindustrie	13	11,2	14,9	6,1	2,9	3,0	11,0	59,5
Feinmechanische u. optische Industrie[6]	14	8,4	14,1	3,6	1,1	3,8	14,4	53,8
Kunststoffverarbeitende Industrie	15	33,3	25,7	16,1	19,9	6,0	23,2	204,0
Papier u. Pappe verarbeitende Industrie	16	9,1	11,2	1,5	10,0	5,1	9,4	55,8
Textilindustrie	17	7,7	9,9	3,8	6,0	4,4	3,2	39,3
Bekleidungsindustrie	18	6,8	7,9	7,0	5,2	2,1	1,9	34,3
Schuhindustrie	19	6,9	7,1	1,2	3,9	1,1	2,5	24,4
Kaffeemittel, Kaffee u. Tee verarbeitende Industrie	20	12,3	7,2	13,1	7,5	9,9	6,9	71,7
Brauereien	21	7,5	3,8	9,1	6,9	7,1	8,0	50,2
Spirituosenindustrie	22	5,2	12,9	6,8	17,5	2,9	-1,7	49,9
Molkereien u. milchverarb. Industrie	23	5,8	5,0	5,1	3,8	4,0	1,0	26,8
Obst u. Gemüse verarb. Industrie	24	2,4	7,7	7,6	13,2	9,2	-13,6	26,6

1) Preisveränderungen sind ausgeschaltet. Der Gewichtung der einzelnen Industriegruppen liegen die entsprechenden Nettoproduktionswerte des Jahres 1958 zugrunde.

2) Bundesgebiet ohne Berlin.

3) Die Zuwachsraten wurden jeweils aus den Vorjahresindices der industriellen Nettoproduktionen berechnet, welche von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt sind.

4) Zahlenangaben ohne Vorzeichen bedeuten Zunahme.

5) Darin Chemiefasererzeugung enthalten.

6) Ohne Uhrenindustrie.

Quellen: Zeile 1: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1965, a.a.O. S. 246. - Zeilen 2-6, 8 und 10: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 247. - Zeilen 7, 9 und 11-14: Berechnet aus "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 248. - Zeilen 15-19: Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 249. - Zeilen 20-24: Berechnet aus:"Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 250.

Ihnen folgen dann die Erdöl- und Erdgasgewinnung, die Kaffee und Tee verarbeitende Industrie, die Flachglasindustrie, die elektrotechnische Industrie[1] und andere mehr. Von dieser zweiten Gruppe dürften mehrere Industriezweige für eine Neuansiedlung im Hildesheimer Raum ausscheiden, da sie entweder rohstoff- bzw. importorientiert (Kaffee und Tee verarbeitende Industrie) sind oder monostrukturelle Ansätze verstärken könnten (elektrotechnische Industrie).

Bei derartigen Rückschlüssen aus aggregierten Zahlenmaterial bleibt allerdings die betriebliche Produktionsstruktur unberücksichtigt. So erweist sich die elektrotechnische Industrie im Bundesdurchschnitt - aufgrund der industriellen Nettoproduktion - zwar als Wachstumsindustrie (1958/1964),[2] hinsichtlich der Umsatzerhöhungen von 1959 bis 1963 weist dieser Industriezweig im Hildesheimer Raum jedoch nur einen Zuwachs auf, der etwas mehr als die Hälfte des Wachstums der elektrotechnischen Industrie im Durchschnitt des Landes Niedersachsen beträgt.[3] Diese Erscheinung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß im Hildesheimer Raum das Schwergewicht der elektrotechnischen Industrie u.a. auf der Herstellung von Rundfunkempfangsgeräten und Fernsehempfängern sowie deren Zubehörteilen liegt, bei denen in den Jahren 1959 und 1960 eine starke Produktionsausweitung stattfand, die in den

---

1) Vgl. S. 202, Tabelle 44.

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. S. 77, Tabelle 19.

nachfolgenden Jahren - bedingt durch die Absatzverhältnisse - teilweise wieder rückgängig gemacht wurde.[1)]

III. Branchenstreuung - in welcher Richtung?

In der Stadt Hildesheim ist die industrielle Branchenstruktur durch ein Vorherrschen der elektrotechnischen Industrie geprägt, die im September 1963 fast zwei Drittel[2)] des gesamtindustriellen Monatsumsatzes auf sich vereinigte. Durch die Einbeziehung des Landkreises Hildesheim-Marienburg mit seiner wesentlich ausgeglicheneren Branchenstruktur verringert

---

1) Neben den Ergebnissen der vom Verfasser durchgeführten Umfrage zeigen auch die Zahlen für die Bundesrepublik diese Entwicklung recht deutlich:

Produktionswerte elektrotechnischer Güter (in Mill. DM) in der Bundesrepublik Deutschland[1)] von 1957 bis 1963.

		1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1959/63
		1	2	3	4	5	6	7	8
Rundfunkempfangsgeräte und Fernsehempfänger (auch Fernsehkombinationen)	1	932,4	1.314,1	1.454,7	1.756,8	1.670,4	1.618,4	1.702,0	+247,3
Zunahme in v.H. des Vorjahres bzw. gegenüber 1959	2		+ 41,0	+ 10,8	+ 20,9	- 4,8	- 3,1	+ 5,3	+ 17,0

1) Die Werte für 1957 bis 1959 beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin. Für 1960 bis 1963 umfassen die Zahlenangaben das Bundesgebiet einschließlich Saarland aber ohne Berlin.

Quellen: Zeile 1, Spalten 1-5: Berechnet aus: "Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland", Reihe 3, Die industrielle Produktion (Jahreszahlen 1952 bis 1961), hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1962, S. 52. - Zeile 1, Spalten 6-7: Berechnet aus: "Industrie und Handwerk", Reihe 3, Industrielle Produktion, 1963, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1964, S. 43. - Zeile 1, Spalte 8: Berechnet aus Zeile 1, Spalten 3 und 7. - Zeile 2, Spalten 2-8: Berechnet aus Zeile 1, Spalten 1-7. - Vgl. insbesondere auch Ruppel, F., "In der Expansion", in: Der Volkswirt, 19. Jg., Frankfurt/M., 1965, Beiheft zu Nr. 40 vom 8.10.1965, S.4.

2) Vgl. S. 51.

sich zwar das Übergewicht der elektrotechnischen Industrie im gesamten Untersuchungsraum, der Umsatzanteil beträgt aber immer noch rd. 41 v.H.[1] des gesamtindustriellen Septemberumsatzes (1963).

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten wurde eine stärkere Branchenmischung u.a. durch die Ansiedlung von Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie vorgeschlagen,[2] zumal beide Wirtschaftszweige bislang nur in geringem Umfang im Untersuchungsraum vertreten sind.[3] Die Analyse der Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion[4] zeigt jedoch, daß sowohl die Textil- als auch die Bekleidungsindustrie (39,3 v.H. bzw. 34,3 v.H.) von 1958 bis 1964 in der Bundesrepublik nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (durchschnittliches gesamtindustrielles Wachstum: 49,2 v.H.) zu verzeichnen hatten. Zu berücksichtigen ist weiterhin, daß die Textilimporte aus den sogenannten Niedrigpreisländern durch ihre konkurrenzlose Preisstellung einen starken Einfluß auch auf den innerdeutschen Markt ausüben.[5] Unter Berücksichtigung des Textilaußenhandels und des Inlandsverbrauchs an Textilwaren belaufen sich daher die Schätzungen bezüglich der inländischen Textilproduktionszunahme von 1960 bis 1970 in der Bundesrepublik auf etwa 1,4 v.H. jährlich, während für das gesamtindustrielle Wachstum ein Zuwachs von 5 v.H.[6] angenommen wird.

---

1) Berechnet aus Tabelle 12, S. 52.

2) Vgl. "Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", a.a.O., S. 375.

3) In der Stadt Hildesheim betrug der Anteil der Bekleidungsindustrie 3,4 v.H. des gesamtindustriellen Septemberumsatzes im Jahre 1963. - Berechnet aus den Zahlenangaben auf S. 49, Tabelle 11 und S. 51. - Im Landkreis Hildesheim-Marienburg war die Textilindustrie (September 1963) mit weniger als 1 v.H. am industriellen Gesamtumsatz beteiligt. - Berechnet aus Tabelle 10, S. 47, und Tabelle 12, S. 52.

4) Vgl. S. 202, Tabelle 44.

5) Vgl. Meier, R.-C., "Textilindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-München, Duncker u. Humblot, 1964 (Struktur und Wachstum, Reihe Industrie, Heft 1), S. 57.

6) Vgl. ebd., S. 96.

Im Vergleich zur Textilindustrie erscheinen die Wachstumsprognosen für die Bekleidungsindustrie günstiger (etwa 3 bis 3,5 v.H. jährlich für den Zeitraum von 1966 bis 1970),[1] obwohl die Zunahmen damit ebenfalls noch unterdurchschnittlich sein würden. Ein etwas differenzierteres Bild für die Wachstumschancen der Textil- und Bekleidungsindustrie im Hildesheimer Raum zeigt die "Shift Analyse".[2] Hiernach lag die Wachstumsrate (1963/1959) der Textilindustrie im Untersuchungsraum (36,5 v.H.) zwar unter der des landesdurchschnittlichen gesamtindustriellen Wachstums (38,3 v.H.). Hingegen erreichte die Umsatzerhöhung bei der Bekleidungsindustrie im Stadt- und Landkreis Hildesheim-Marienburg mit 70,6 v.H. fast das Doppelte des Zuwachses der gesamten Industrie im Lande Niedersachsen. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß bei niedrigen Ausgangswerten die Wachstumsraten in der Regel größer sind als bei höherem Umsatzniveau.[3]

Insgesamt erscheint damit die Heranziehung von Betrieben der Textilindustrie unter Berücksichtigung der Wachstumszielsetzung nicht gerade empfehlenswert, während bei der Bekleidungsindustrie die Ausdehnungsmöglichkeiten günstiger erscheinen, wobei aber die künftigen Absatzmöglichkeiten kaum als besonders wachstumsintensiv angesehen werden können.

Auf den hohen Strukturanteil der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Landkreis Hildesheim-Marienburg war schon weiter oben hingewiesen worden. Sie war im September 1963 umsatzstärkster Wirtschaftszweig[4] gefolgt von der Investitionsgüterindustrie; und im gesamten Untersuchungsraum[5] stand sie - gemessen am Septemberumsatz 1963 - an zweiter Stelle. Das Schwer-

---

1) Vgl. Meier, R.-C., "Bekleidungsindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., Heft 6, S. 74.

2) Vgl. S. 78, Tabelle 19.

3) Vgl. hierzu auch S.202, Tabelle 44.

4) Vgl. S. 49, Tabelle 11.

5) Umfaßt die Stadt Hildesheim und den Landkreis Hildesheim-Marienburg.

gewicht lag dabei auf der zucker-, getreide- und milchverarbeitenden Industrie.[1] Aber gerade für diese Industriezweige weist die "Shift Analyse"[2] nur eine unbedeutende Zunahme aus, und die Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion zeigen für die Vergangenheit kein wesentlich anderes Bild.[3]

Auch für eine Heranziehung neuer Betriebe mit Veredelungsproduktion auf Getreide- und Zuckerbasis erscheinen die zukünftigen Absatzmöglichkeiten nicht besonders günstig, da sowohl für die Erzeugnisse der Mühlen- und Nährmittelindustrie als auch für die der Zuckerindustrie ein unterdurchschnittliches Wachstum angenommen wird.[4] Eine Ausnahme im Rahmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bildet jedoch die milchverarbeitende Industrie, für die überdurchschnittliche Zunahmen vorhergesagt werden.[5] Aber gerade in diesem Wirtschaftszweig zeigt sich für den Landkreis Hildesheim-Marienburg ein ständiger Rückgang der Milchproduktion.[6]

Zur Nutzung der landwirtschaftlichen Rohstoffgrundlage sollte im Rahmen der bestehenden Betriebe eine weiter zunehmende Ausrichtung auf die Veredelung vorgenommen werden und bei einer eventuellen Ansiedlung von Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie u.a. der Getränkesektor berücksichtigt werden, zumal dieser Wirtschaftsbereich relativ hohe Zuwächse ausweist[7] und die regional vorhandene Wohnbevölkerung ein bedeutsamer Absatzfaktor ist.

---

1) Vgl. S. 50.

2) Vgl. S. 78, Tabelle 19.

3) Für die Molkereien und die milchverarbeitende Industrie siehe S. 202, Tabelle 44. Die Zuwachsraten (1964/58) der industriellen Nettoproduktion in der Bundesrepublik betrugen in der Mühlen- bzw. Nährmittelindustrie 4,6 v.H. bzw. 29,4 v.H. - Berechnet aus: "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", a.a.O., S. 250.

4) Vgl. insbesondere Heinicke, B., "Nahrungs- und Genußmittelindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, a.a.O., Heft 4, S. 144.

5) Vgl. ebd.

6) Vgl. S.109, Tabelle 29.

7) Vgl. S.202 , Tabelle 44 und hinsichtlich der Wachstumschancen: Heinicke, B., "Nahrungs- und Genußmittelindustrie", a.a.O., S. 144.

Insgesamt erscheint unter Berücksichtigung der Branchenstreuung und des Wirtschaftswachstums die Heranziehung solcher Betriebe wünschenswert, die der chemischen Industrie, der kunststoffverarbeitenden Industrie, dem Fahrzeugbau, der Kautschuk- und Asbestverarbeitung sowie der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie angehören, zumal im Untersuchungsraum teilweise schon ähnliche Produktionsstätten vorhanden sind.

IV. Industrialisierung und agrarpolitische Zielsetzungen.

Die Analyse des Landkreises Hildesheim-Marienburg macht deutlich, daß sich industrielle und agrarische Produktion keineswegs gegenseitig ausschließen, sondern sich vielmehr günstig ergänzen können. Dies zeigt sich auch bei der Entwicklung von Gebietswirtschaften mit weniger optimaler Agrarstruktur. Dort stellt die Förderung gewerblicher Ansätze geradezu eine notwendige Ergänzung agrarpolitischer Maßnahmen dar, um den durch die Verbesserung der Agrarstruktur freiwerdenden Arbeitskräften andere Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen. Eine derartige Situation liegt im Landkreis Hildesheim-Marienburg jedoch nicht vor. Die Landwirtschaft im Kreisgebiet ist vielmehr durch relativ günstige Agrarstruktur (Betriebsgrößen, Zahl der voneinander getrennt liegenden Teilstücke), hohe Hektarerträge, starke Mechanisierung und einen hohen Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1] gekennzeichnet.

Unter der Annahme, daß es der Landwirtschaft in der Bundesrepublik auch in Zukunft nicht gelingen wird, ihre Produktionskosten bei den Grundnahrungsmitteln (u.a. Getreide) bis auf das Niveau der entsprechenden Agrarexportländer (z.B. die Vereinigten Staaten, Kanada) zu senken und, daß es im internationalen Agrarhandel - bedingt durch wehrpolitische und andere Erwägungen - nicht zu einer vollständigen Ausschöpfung der komparativen Kostenvorteile kommt , erscheint es ökonomisch zweckmäßig, die komparativen Kostenvorteile wenigstens im intraregionalen Rahmen zur Geltung kommen zu lassen. Angewendet auf den Untersuchungsraum würde dies bedeuten, daß bei einer weiteren Industrialisierung die ertragreichen Böden nicht in bedeutendem Umfang einer landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden.

---

[1] Vgl. S. 18, Tabelle 2.

Durch die Einigung der Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 15. Dezember 1964 in Brüssel über einen einheitlichen europäischen Getreidepreis von 425 DM/t ab 1. Juli 1967, der bei Weizen um 50 DM/t[1] unter dem derzeitigen deutschen Preis liegt, stellt sich zugleich die Frage, welche Einkommensminderungen sich daraus auf die weizenanbauintensiven Betriebe der Hildesheimer Börde ergeben können und in welchem Umfang eine Änderung der Bodennutzungsstruktur wahrscheinlich ist.

Die Anbaufläche für Weizen erfuhr in Hildesheim-Marienburg von 1949 bis 1960 eine Ausdehnung um 14,9 v.H.[2] und betrug damit 11.666 ha[3]. Im Mittel der Jahre 1957 bis 1962 erreichte der durchschnittliche Hektarertrag im Landkreis eine Höhe von 39,5 dz/ha.[4] Für das Wirtschaftsjahr 1963/64 betrug der Weizenpreis im Hildesheimer Raum durchschnittlich 456 DM/t.[5] Gegenüber dem zukünftigen Weizenpreis ergibt sich eine Mindereinnahme von 50 DM/t. Insgesamt ist damit eine Einkommensminderung von rd. 2,3 Mill. DM[6] zu erwarten, was etwa 3,2 v.H.[7] des durch die Landwirtschaft im Jahre 1961 erstellten Bruttoinlandsprodukts ausmachen würde. Bis 1970 wird sich diese Einnahmeminderung noch nicht bemerkbar machen, da die Bundesregierung 0,84 Mrd. DM bzw. 1,1 Mrd. DM[8] jährlich als Preisausgleich für die getreideanbauenden Betriebe in der gesamten

---

1) Vgl. insbesondere Fleischhauer, E., "Widerspruchsvolle Schwarzmalerei", in: Der Volkswirt, 19. Jg., Frankfurt/M., 1965, Nr. 5, S. 150.

2) Vgl. S. 102, Tabelle 26.

3) Siehe "Bodennutzung und Bodennutzungssysteme", a.a.O., S. 43.

4) Vgl. "Die Ernte 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 57, Hannover, a.a.O., 1964, S. 21.

5) Berechnet aus Unterlagen der Haupt-Genossenschaft eGmbH, Hannover.

6) Berechnet aus den vorhergehenden Zahlenangaben im Text, S. 209.

7) Berechnet aus Zahlenangaben im Text, S. 209 sowie "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", a.a.O., S. 15.

8) Vgl. Fleischhauer, E., "Widerspruchsvolle Schwarzmalerei", a.a.O., S. 150.

Bundesrepublik bewilligt hat. Langfristig ist aber eine Verminderung des Einkommens zu erwarten. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß in keinem landwirtschaftlichen Betriebszweig die Arbeitskraft - bei Anwendung hochentwickelter technischer Arbeitsverfahren - mit gleichem wirtschaftlichen Erfolg einzusetzen ist wie im Getreideanbau, und dies dürfte auch nach der Getreidepreissenkung noch gültig sein.[1] Obwohl die zukünftige Getreidepreishöhe tendenziell eine stärkere Ausrichtung auf die Veredelungsproduktion begünstigt, scheint keine umwälzende Änderung in der Bodennutzung besonders des Landkreises Hildesheim-Marienburg zu erwarten zu sein.

V. Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs.

Die Analyse des Bruttoinlandsprodukts hat ergeben, daß die Dienstleistungsbereiche zwischen 1957 und 1961 ihren Anteil - ausgedrückt in v.H. des gesamten Bruttoinlandsprodukts - um 1,9 v.H.[2] im Landkreis ausdehnen konnten, während er in der Stadt Hildesheim relativ abnahm. Weiterhin zeigte sich, daß der gesamte Untersuchungsraum im Hinblick auf das Dienstleistungsgewerbe mit 3,9 privaten Dienstleistungsbeschäftigten je 100 Einwohner[3] beträchtlich unter dem Landes- bzw. Bundesdurchschnitt liegt. Ein Vergleich des Kreises Hildesheim-Marienburg mit anderen Landkreisen führt zu einem ähnlichen Ergebnis.[4] In einer offenen Gebietswirtschaft kann bei sonst gleichbleibenden einkommenswirksamen Ausgaben das Einkommen durch eine Erhöhung des Außenhandelssaldos vermehrt werden. In Anwendung auf den hier zu behandelnden Dienstleistungssektor bedeutet dies, daß ein Ausbau des Fremdenverkehrswesens vorgenommen wird bzw. bisher gebietsextern vorgenommene Dienstleistungsausgaben von Gebietseinwohnern zukünftig gebietsintern getätigt, d.h. entsprechende Ausgabenanreize geschaffen werden. Die starke Ausstrahlungskraft der Landeshauptstadt Hannover auch im Bereich der Dienstleistungen läßt es wünschenswert erscheinen, im Untersuchungsraum besonders Dienstleistungsbe-

---

1) Vgl. Fleischhauer, E., "Widerspruchsvolle Schwarzmalerei", a.a.O., S. 150.
2) Vgl. S. 18, Tabelle 2.
3) Vgl. S. 115, Tabelle 31.
4) Vgl. S. 116, Fußnote 1.

reiche mit regional begrenztem Wirkungskreis zu fördern. Hierfür kämen vor allem die Städte Hildesheim und Sarstedt in Betracht, und als Plätze mit einem räumlich größeren Einflußbereich (Fremdenverkehr) hinsichtlich der Dienstleistungen bieten sich hauptsächlich Bad Salzdetfurth und der Ambergau mit Bockenem als Mittelpunkt an.

Neben dem weiteren Ausbau der Industrie erscheint - unter Berücksichtigung der oben genannten Gegebenheiten - im Untersuchungsraum vor allem eine starke Förderung des tertiären Sektors angebracht, zumal günstige Absatzmöglichkeiten bzw. natürliche Voraussetzungen gegeben sind und die bisherige Entwicklung auch in diese Richtung zeigt.

Literaturverzeichnis

a) Bücher:

Böventer, E.v.: "Theorie des räumlichen Gleichgewichts", Tübingen, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1962, 200 S.

"Der Landkreis Hildesheim-Marienburg", in: Die Landkreise in Niedersachsen, Bd. 21, Bremen-Horn, Walter Dorn Verlag, 1964, XIX, 425 S.

Heinicke, B.: "Nahrungs- und Genußmittelindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-München, Duncker u. Humblot, 1964, (Struktur und Wachstum, Reihe Industrie, Heft 4), 145 S.

Hoffmann, W.: "Stadien und Typen der Industrialisierung", Jena, Gustav Fischer, 1931, (Probleme der Weltwirtschaft, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, hrsg. von B. Harms, 54), VII, 190 S.

Isard, W.: "Location and Space-Economy", New York-London, The Technology Press of Massachusetts, Institute of Technology and John Wiley and Sons, Inc., 1956, XIX, 350 S.

Klatt, S.: "Zur Theorie der Industrialisierung", Köln und Opladen, Westdeutscher Verlag, 1959, 546 S.

Lösch, A.: "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", Jena, Gustav Fischer, 1940, VIII, 348 S.

Meier, R.-C.: "Bekleidungsindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-München, Duncker u. Humblot, 1964, (Struktur und Wachstum, Reihe Industrie, Heft 6), 75. S.

"Textilindustrie", hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-München, Duncker u. Humblot, 1964, (Struktur und Wachstum, Reihe Industrie, Heft 1), 99 S.

Mertens, D.: "Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960", Berlin, Duncker u. Humblot, 1964, (Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 68), 202 S.

Peter, H.: "Strukturlehre der Volkswirtschaft", Göttingen, Otto Schwartz u. Co., 1963, XX, 378 S.

Stackelberg, H.v.: "Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre", 2. Aufl., Tübingen-Zürich, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Polygraphischer Verlag AG, 1951, XVI, 368 S.

Storbeck, D.: "Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung", Berlin, Duncker u. Humblot, 1959, (Volkswirtschaftliche Schriften, hrsg. von J. Broermann, Heft 47), 201 S.

b) Zeitschriftenaufsätze:

Adelhelm, R., Deecke, U., Kühne, P.: "Zeitspannen für Feldarbeiten im Raum Göttingen", in: Mitteilungen der DLG, 79. Jg., Frankfurt/M., 1964, Heft 6, S. 145-148.

Albers, W.: "Der Einfluß des Finanzausgleichs auf regionale Wettbewerbsbedingungen und Produktionsstandorte", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, (Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet), hrsg. von H. Jürgensen, Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht, 1964, S. 462-491.

Bauer, D.: "Beitrag zur Frage der Bewertung des vorhandenen und betriebsnotwendigen Arbeitskräftebesatzes in landwirtschaftlichen Betrieben", in: Agrarwirtschaft, (Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung), Jg. 13, Hannover, 1964, Heft 3, S. 97-102.

Binswanger, H.C.: "Das intra-regionale Gleichgewicht. Zur Integration von Standorttheorie und Theorie des internationalen Handels", in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 97, Bern, 1961, Heft 2, S. 129-164.

Bombach, G.: "Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums", in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 15, Berlin, 1959, S. 154-230.

Brenneisen, R.: "Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur", in: Industrialisierung ländlicher Räume (Raum und gewerbliche Wirtschaft, 1), Bd. XVII, Hannover, Gebr. Jänecke, 1961, S. 47-63.

Dittrich, E.: "Die Industrie auf dem flachen Lande", in: Grundfragen deutscher Raumforschung, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg, 1955, Heft 21, S. 54-69.

"Marktwirtschaft und Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, 11. Jg., Köln-Berlin, 1953, Heft 1, S. 1-9.

"Regionale Wirtschaftspolitik", in: Grundfragen deutscher Raumordnung, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg, 1955, Heft 21, S. 45-54.

"Versuch eines Systems der Raumordnung", (Vorträge im Institut für Raumforschung Bonn, Bd. 4), Bad Godesberg, 1953, 37 S.

Dunn, E.S.jr.: "Une technique statistique et analytique d'analyse régionale", in: Économie appliquée, Tome XII, Paris, 1959, S. 521-530.

Egner, E.: "Die Industrialisierung ländlicher Gebiete", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 169, Stuttgart, 1958, S. 43-66.

Egner, E.: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik", in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 1948, Bremen-Horn, Walter Dorn Verlag, 1948, Heft 1, S. 3-15.

"Raumordnung durch Industrialisierungspolitik", in: Raumforschung, Bremen, Walter Dorn Verlag, 1960, S. 323-338.

"Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 12, (Kurt Brüning Gedächtnisschrift), Göttingen-Hannover, 1963, S. 129-143.

Faehndrich, H.: "Die Determinanten der Wirtschaftsstruktur", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIII, Wien, 1964, S. 200-208.

Fleischhauer, E.: "Widerspruchsvolle Schwarzmalerei", in: Der Volkswirt, 19. Jg., Frankfurt/M., 1965, Nr. 5, S. 150-152.

Frank, L.: "Finanzpolitische Mittel in der Raumordnung", in: Informationen des Instituts für Raumforschung Bonn, 6 Jg., Bad Godesberg, 1956, Heft 1, S. 15-22.

Giersch, H.: "Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, (Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet), hrsg. von H. Jürgensen, Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht, 1964, S. 386-400.

Hesselbach, J.: "Arbeitskräftebesatz und Arbeitseinkommen", in: Agrarwirtschaft (Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung), Jg. 9, Hannover, 1960, Heft 1, S. 8-15.

Isenberg, G.: "Finanzausgleich und Raumordnung", in: Raumforschung, Bremen, Walter Dorn Verlag, 1960, S. 475-487.

"Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung", in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, Tübingen, 1956/57, Heft 1, S. 64-97.

Jürgensen, H.: "Produktivitätsorientierte Regionalpolitik", in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, Berlin, Duncker u. Humblot, 1965, (Schriften der Adolf-Weber-Stiftung), S. 7-30.

Kloten, N.: "Wandlungen der industriellen Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland", in: Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 26, Berlin, Duncker u. Humblot, 1962, S. 287-396.

Krier, H.: "Bedingungen und Wege industrieller Entwicklung in einem landwirtschaftlichen Gebiet wie der Bretagne", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 93 (1964 II), Hamburg, 1964, S. 314-326.

Leontief, W.W.: "Interregionale Beziehungen wirtschaftlicher Aktivitäten", in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 14, Berlin, 1959, S. 46-55.

Machlup, F.: "Structure and Structural Change: Weaselword and Jargon", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 18, Wien, 1958, S. 280-298.

Marx, D.: "Koordinationsprobleme der regionalen Wirtschaftspolitik im Bundesstaat", in: Informationen (Veröffentlichungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn), 15. Jg., Bad Godesberg, 1965, Nr. 2, S. 35-55.

Miksch, L.: "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 66 (1951 I), Hamburg, 1951, S. 5-50.

Milhau, J.: "La théorie de la croissance et l'expansion régionale", in: Économie appliquée, Tome IX, Paris, 1956, S. 349-366.

Paulsen, A.: "Zum Begriff Wirtschaftsstruktur", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIV, Wien-New York, 1964, S. 302-305.

Redl, F.: "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum", in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XXIII, Wien, 1964, S. 189-199.

Thalheim, K.C.: "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 99. Bd., Tübingen, 1939, S. 464-515.

Thalheim, K.C.: "Marktkonforme Mittel der Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, 12. Jg., Köln-Berlin, 1954, Heft 4, S. 193-201.

c) Statistische Materialien:

"Arbeitsstättenzählung 1961", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 54, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1965) Maßnahmen der Bundesregierung gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1965)", Bonn, 1965.

"Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1963) Maßnahmen der Bundesregierung gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1963)", Bonn, 1963.

"Betriebsarten, Größenstruktur und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960, Haupterhebung, Teil 1", annover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Bodennutzung und Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960, Haupterhebung, Teil 2", Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Bodennutzungserhebung 1949", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 8, Hannover, 1949.

"Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961", (Sozialproduktsberechnungen der Länder, Heft 1), Wiesbaden, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, 1964.

"Das Handwerk in Niedersachsen, Ergebnisse der Handwerkszählung 1956", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Reihe F, Bd. 11, Wirtschaftsstatistik, Hannover, 1959, Heft 18.

"Der Einzelhandel in Niedersachsen", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 36, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Der Großhandel in Niedersachsen", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 35, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1962", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1960", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1961.

"Der Viehbestand in Niedersachsen im Dezember 1959", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1960.

"Die Bevölkerung der Gemeinden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", in: Statistische Berichte, A/2 - hj 2/64, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Die Ernte 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Die Ernste 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 57, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Die Ernte 1962 für landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Die Ernte 1960 für landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1961.

"Die Ernte 1958 in Niedersachsen", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt-Statistik, 1959.

"Die Ernte in Niedersachsen im Jahre 1956", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 8, Hannover, 1957, Heft 25.

"Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland", Reihe 3, Die industrielle Produktion, (Jahreszahlen 1952 bis 1961), hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1962.

"Die Industrie in Niedersachsen 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 55, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Die Industrie in Niedersachsen 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 40, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Die Industrie in Niedersachsen 1961", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 21, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1962.

"Die Industrie in Niedersachsen 1960", in: Statistische Berichte E/1 - j/60, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1962.

"Die Industrie in Niedersachsen 1959", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 5, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1961.

"Die Industrie in Niedersachsen 1957", in: Statistische Berichte E,I,2/j/57, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1958.

"Die Industrie in Niedersachsen 1955", in: Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Bd. 11, Wirtschaftsstatistik, Hannover, 1956, Heft 16.

"Die Milcherzeugung und -verwendung in Niedersachsen im Jahre 1957", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1958.

"Die staatlichen und kommunalen Finanzen in Niedersachsen 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 52, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1964", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 73, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1963", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 51, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1965.

"Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1962", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 24, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1963.

"Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1961", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 17, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1962.

"Die staatlichen und kommunalen Schulden in Niedersachsen am 31. Dezember 1960", in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 9, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1961.

"Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland", Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1964.

"Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1955 bis 1960", hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1961.

"Gemeindestatistik für Niedersachsen, Teil 2, Berufszählung 1950", Hannover, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, 1953.

"Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 3, Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft), in: Statistik von Niedersachsen, Bd. 29, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61", Teil 4, Betriebsstruktur der Landwirtschaft, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1965", Hildesheim, 1964.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1964", Hildesheim, 1963.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1963", Hildesheim, 1962.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1962", Hildesheim, 1961.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1961", Hildesheim, 1960.

"Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Rechnungsjahr 1960", Hildesheim, 1960.

"Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim 1961", Hildesheim, 1960.

"Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Hildesheim, Rechnungsjahr 1960", Hildesheim, 1960.

"Industrie und Handwerk", Reihe 3, Industrielle Produktion, 1963, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1964.

"Kalkulations-Unterlagen für Betriebswirtschaft Bd. 1", hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft e.V. (Frankfurt/Main), Wolfratshausen bei München, Hellmut-Neureuter-Verlag, 1964.

"Kuhmilcherzeugung und -verwendung in Niedersachsen im Januar, Februar ... Dezember 1964", in: Statistische Berichte, Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964/1965.

"Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22. Mai 1949", Tabelle 7, Das Personal der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Hannover, o.J.

"Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22. Mai 1949", Tabelle 12, Die Verwendung von betriebseigenen Antriebsmaschinen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Hannover, o.J.

"Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen 1960, Haupterhebung, Teil 4", Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965", Hildesheim, 1965.

"Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964", Hildesheim, 1964.

"Stadt Hildesheim, Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962", Hildesheim, 1961.

"Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 51. Jg., 1963, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1963.

"Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 50. Jg., 1962, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1962.

"Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 49. Jg., 1961, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1961.

"Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden", 48. Jg., 1960, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Braunschweig, Waisenhaus-Buchdruckerei, 1960.

"Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1965.

"Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1964.

"Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1962.

"Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1964", 5. Ausg., Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Unternehmen und Arbeitsstätten, Heft 3, Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und Beschäftigte in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, W. Kohlhammer GmbH, 1965.

"Viehhaltung, Maschinenverwendung und technische Einrichtungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen 1960, Haupterhebung, Teil 3", Hannover, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik, 1964.

"Volks- und Berufszählung 1950", in: Statistik Niedersachsens, Reihe F, Bd. 15, Hannover, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, 1953, Heft 2.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Das Bruttoinlandsprodukt nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen sowie die Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung für die Jahre 1957 und 1961 in der Stadt Hildesheim, dem Landkreis Hildesheim-Marienburg, dem Land Niedersachsen und dem Bundesgebiet. S. 14+15.

Tabelle 2: Anteile der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohn- bzw. Wirtschaftsbevölkerung für 1957 und 1961 in Hildesheim, ausgewählten Landkreisen, dem Land Niedersachsen und dem Bundesgebiet. S. 18+19.

Tabelle 3: Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 1961 in Niedersachsen, den kreisfreien Städten Hildesheim, Hannover und ausgewählten Landkreisen. S. 22+23.

Tabelle 4: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen in ausgewählten Gebieten für die Jahre 1961 und 1950. S. 31+32.

Tabelle 5: Auspendler und nichtlandwirtschaftliche Erwerbspersonen in ausgewählten Gebieten in den Jahren 1961 und 1950. S. 35.

Tabelle 6: Auspendler des Kreises Hildesheim-Marienburg nach ausgewählten Zielgebieten (am 6.6.1961). S. 37.

Tabelle 7: Ausgewählte Gemeinden nach Einpendlerzahlen, Pendlersaldo und Umfang der Pendlerwanderung (6.6.1961). S. 39.

Tabelle 8: Die Auspendler (ohne Soldaten) nach Wirtschaftsabteilungen und Wohngebieten im Jahre 1961. S. 41.

Tabelle 9: Von den Auspendlern (ohne Soldaten) - Berufspendler - benutzte Verkehrsmittel im Juni 1961. S. 43.

Tabelle 10: Betriebe, Beschäftigte und Umsätze in ausgewählten Gebieten für den Zeitraum 1955 bis 1963. S. 47.

Tabelle 11: Anteile der einzelnen Industriebereiche am industriellen Gesamtumsatz in v.H. im September 1963 in ausgewählten Gebieten. S. 49.

Tabelle 12: Monatsumsätze ausgewählter Industriezweige im September 1963 in Hildesheim und Hildesheim-Marienburg. S. 52.

Tabelle 13: Durchschnittlicher Monatsumsatz je Beschäftigten (in DM) im Jahre 1963 in den einzelnen Industriezweigen. S. 55.

Tabelle 14: Umsätze und Beschäftigte der Produktions- und Konsumgüterindustrie und ihre Relationen 1959 und 1963. S. 57.

Tabelle 15: Durchschnittlicher Beschäftigtenbesatz der Industriebetriebe in ausgewählten Branchen für Niedersachsen und den Untersuchungsraum im September 1963. S. 61.

Tabelle 16: Verteilung der Industriebetriebe auf die Beschäftigtengrößenklassen im Untersuchungsraum und dem Land Niedersachsen. S. 62.

Tabelle 17: Die regionale Verteilung der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in der Stadt Hildesheim und im Landkreis am 1. April 1965 nach der Zahl der Betriebe, Beschäftigtengrößenklassen und Industriezweigzugehörigkeit. S. 65+66.

Tabelle 18: Bevölkerungsdichte, Industriebesatz und Industriedichte in ausgewählten Gebieten. S. 70.

Tabelle 19: Industrielle Septemberumsätze und deren Zuwachsraten für Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in den Jahren 1959 und 1963 für Hildesheim und Hildesheim-Marienburg insgesamt und das Land Niedersachsen nach Industriezweigen (Umsätze in 1000 DM). S. 76-78.

Tabelle 20: Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen am 6.6.1961 an den Erwerbspersonen insgesamt in ausgewählten Gebieten sowie Anteil der weiblichen ständigen Arbeitskräfte an den ständigen landw. Arbeitskräften insges. am 30.5.1960. S. 82.

Tabelle 21: Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur und ihre Entwicklung in ausgewählten Gebieten für die Zeitpunkte 22.5.1949 und 31.5.1960. S. 87+88.

Tabelle 22: Der Arbeitskräftebesatz in absoluten Werten und je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Betriebsgrößenklassen und in ausgewählten Gebieten für 1949 und 1960. S. 90+91.

Tabelle 23: Schlepperbesatz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in absoluten Werten und je 100 ha Ackerland in ausgewählten Gebieten für 1960 und 1949. S. 93.

Tabelle 24: Ausgewählte Arbeitsmaschinen und Geräte für die Erntebergung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 2 ha und mehr Betriebsfläche in ausgewählten Gebieten für das Jahr 1960. S. 96+97.

Tabelle 25: Verwendung ausgewählter Arbeitsmaschinen und Geräte für die Erntebergung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 2 ha und mehr Betriebsfläche in gemeinsamer Maschinennutzung in ausgewählten Gebieten für das Jahr 1960. S. 98+99.

Tabelle 26: Anbauflächen ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in ausgewählten Gebieten für 1960 und 1949 in v.H. des Ackerlandes. S. 102+103.

Tabelle 27: Hektarerträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in ausgewählten Gebieten und Jahren in dz/ha. S. 104.

Tabelle 28: Der Viehbestand in Hildesheim-Marienburg und dem Regierungsbezirk in ausgewählten Jahren. S. 106+107.

Tabelle 29: Milcherzeugung und -verwendung in ausgewählten Gebieten und Jahren. S. 109.

Tabelle 30: Beschäftigte im Dienstleistungssektor in Niedersachsen sowie in der Stadt und dem Kreis Hildesheim-Marienburg und durchschnittliche Arbeitsstättengröße im Jahre 1961. S. 112.

Tabelle 31: Zahl der im privaten Dienstleistungssektor Beschäftigten in absoluten Werten und je 100 Einwohner in ausgewählten Gebieten im Jahre 1961. S. 115.

Tabelle 32: Die Übernachtungen in ausgewählten Städten in den Jahren 1961 bis 1963. S. 118.

Tabelle 33: Beschäftigte, Arbeitsstätten und deren Größe in ausgewählten Gebieten im Jahre 1961. S. 121.

Tabelle 34: Die Beschäftigten in den Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Großhandels- bzw. Einzelhandelstätigkeit und deren Pro-Kopf-Umsätze in ausgewählten Gebieten. S. 125+126.

Tabelle 35: Räumliche Verteilung der Handelsbeschäftigten und der Wohnbevölkerung in der Stadt Hildesheim und ausgewählten Gemeinden des Landkreises Hildesheim-Marienburg für das Jahr 1961. S. 128.

Tabelle 36: Die Entwicklung der Arbeitslosenquote in ausgewählten Gebieten und Zeiträumen, der Bestand an ausländischen Arbeitskräften sowie das Verhältnis von Arbeitssuchenden und offenen Stellen. S. 153.

Tabelle 37: Entwicklung der Haushaltsvolumen der Stadt und des Landkreises Hildesheim-Marienburg in den Jahren 1958 bis 1965. S. 179.

Tabelle 38: Das Aufkommen ausgewählter Steuern in v.H. des Steueraufkommens der Stadt Hildesheim für die Jahre 1959/1964. S. 181.

Tabelle 39: Die Finanzzuweisungen in v.H. der Haushaltseinnahmen in den Jahren 1959 bis 1964 für die Stadt und den Landkreis Hildesheim-Marienburg. S. 182.

Tabelle 40: Die Entwicklung der Inlandsschulden in DM je Kopf der Wohnbevölkerung seit 1960 für ausgewählte Gebietskörperschaften. S. 184.

Tabelle 41: Verwendungsnachweis der Gesamtschulden für die Stadt und den Landkreis Hildesheim-Marienburg (31.12.1963). S. 187.

Tabelle 42: Verschuldung und Eigeneinnahmen ausgewählter Gebietskörperschaften je Einwohner. S. 189.

Tabelle 43: Empfang und Versand nach Güterarten im Hildesheimer Hafen für ausgewählte Zeiträume. S. 196.

Tabelle 44: Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion ausgewählter Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1959 bis 1964. S. 202.

Kartenverzeichnis

	Seite
Karte 1: Industriegelände in Hildesheim.	163
Karte 2: Industriegelände in Sarstedt.	165
Karte 3: Industriegelände in Bad Salzdetfurth.	167
Karte 4: Industriegelände in Algermissen.	171
Karte 5: Industriegelände in Hoheneggelsen.	174

L e b e n s l a u f

Am 11. Oktober 1940 wurde ich als Sohn des Viehkaufmanns und Schlachtermeisters Johannes Hellmold und seiner Ehefrau Maria, geb. Kreis, in Seeburg (Landkreis Duderstadt) geboren. Ab Ostern 1947 besuchte ich die dortige Volksschule. Im Jahre 1951 wurde ich in das staatliche Gymnasium mit Oberschule in Duderstadt aufgenommen. Seit 1955 besuchte ich die Felix-Klein-Oberschule in Göttingen und legte dort im Februar 1960 die Reifeprüfung ab.

Im Sommer-Semester 1960 wurde ich an der Georg-August-Universität zu Göttingen zum Studium der Volkswirtschaftslehre immatrikuliert. Nach dem 4. Semester absolvierte ich ein vierteljährliches Praktikum in einem Unternehmen der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie. Gegen Ende der Studienzeit bekam ich Gelegenheit zur Ausführung eines 2-semestrigen Tutoriums an der Georg-August-Universität, wo ich im Herbst 1964 die Diplomprüfung für Volkswirte bestand.

Seither bin ich als wissenschaftliche Hilfskraft, die dem Lehrstuhl von Prof. Dr. Dr. T. Surányi-Unger zugeordnet ist, im Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Göttingen eingesetzt und gleichzeitig mit der Durchführung einer Forschungsarbeit beauftragt.

BAMBERGER FOTODRUCK · Rudolf Rodenbusch